

# J. W. Stalin

## Werke

### 12

April 1929 – Juni 1930

HERAUSGEGEBEN  
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEE  
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI  
DER SOWJETUNION (BOLSCHEWIKI)

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT  
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES  
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI  
DEUTSCHLANDS

DIETZ VERLAG BERLIN  
1954

Gescannt und Korrektur gelesen von:

Daniel Weigelt

<http://www.stalinwerke.de/>

[webmaster@stalinwerke.de](mailto:webmaster@stalinwerke.de)

**Hinweise:**

Klein geschrieben Texte in Klammern sind Hinweise des Verfassers bzw. Herausgebers.

In eckige Klammern geschriebene und hochgestellte <sup>[Zahlen]</sup> weisen auf Anmerkungen am Ende des Buches hin

Einige Sätze bzw. Wörter sind im Buch kursiv geschrieben, darauf habe ich in der Abschrift verzichtet.

Ich habe die neue deutsche Rechtschreibung angewandt.

## INHALT

5 ...	Vorwort	
	<b>1929</b>	
8 ...	Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B). Rede auf dem Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) im April 1929 (Stenographisches Protokoll)	
8 ...	I. Eine Linie oder zwei?	
12 ...	II. Die klassenmäßigen Veränderungen und unsere Meinungsverschiedenheiten	
16 ...	III. Die Meinungsverschiedenheiten in den Fragen der Komintern	
20 ...	IV. Die Meinungsverschiedenheiten in den Fragen der inneren Politik	
20 ...	a. Über den Klassenkampf	
23 ...	b. Über die Verschärfung des Klassenkampfes	
26 ...	c. Über die Bauernschaft	
28 ...	d. Über die NÖP und die Marktbeziehungen	
30 ...	e. Über den so genannten „Tribut“	
34 ...	f. Über das Entwicklungstempo der Industrie und die neuen Formen des Zusammenschlusses	
40 ...	g. Bucharin als Theoretiker	
45 ...	h. Fünfjahrplan oder Zweijahrplan?	
47 ...	i. Die Frage der Anbauflächen	
48 ...	j. Über die Getreidebeschaffung	
51 ...	k. Über die Valutareerven und die Getreideeinfuhr	
53 ...	V. Fragen der Parteiführung	
53 ...	a. Über den fraktionellen Charakter der Bucharingruppe	
54 ...	b. Über Loyalität und kollektive Leitung	
56 ...	c. Über den Kampf gegen die rechte Abweichung	
57 ...	VI. Schlußfolgerungen	
59 ...	Der Wettbewerb und der Arbeitsaufschwung der Massen. Vorwort zu J. Mikulinas Buch „Der Wettbewerb der Massen“	
61 ...	An Genossen Felix Kon. Kopie an den Sekretär des Gebietsbüros des ZK des Iwanowo-Wosnessensker Gebiets, Genossen Kolotilow	
63 ...	An den Kommunistischen Jugendverband der Ukraine zum zehnten Jahrestag seines Bestehens	
64 ...	Eintragung in das Schiffsjournal des Kreuzers „Tscherwona Ukraina“	
65 ...	Das Jahr des großen Umschwungs. Zum 12. Jahrestag des Oktober	
65 ...	I. Auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität	
66 ...	II. Auf dem Gebiet des Aufbaus der Industrie	
68 ...	III. Auf dem Gebiet des Aufbaus der Landwirtschaft	
73 ...	IV. Zusammenfassung	
74 ...	An die Redaktion der Zeitung der Besonderen Fernöstlichen Armee „Trewoga“	
75 ...	Eine unerlässliche Richtigstellung	
76 ...	An alle Organisationen und Genossen, die Genossen Stalin zu seinem 50. Geburtstag Glückwünsche sandten	
77 ...	Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR. Rede auf der Konferenz marxistischer Agrarwissenschaftler, 27. Dezember 1929	

- 78 ... I. Die „Gleichgewichts“theorie
- 79 ... II. Die Theorie des „Selbstlaufs“ im sozialistischen Aufbau
- 80 ... III. Die Theorie von der „Stabilität“ der kleinbäuerlichen Wirtschaft
- 83 ... IV. Stadt und Land
- 86 ... V. Über die Natur der Kollektivwirtschaften
- 88 ... VI. Die klassenmäßigen Veränderungen und die Wendung in der Politik der Partei
- 90 ... VII. Zusammenfassung

## 1930

- 93 ... Brief an A. M. Gorki
- 95 ... Zur Frage der Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse
- 98 ... Antwort an die Genossen Swerdlower
- 102 ... Vor Erfolgen von Schwindel befallen.
- 106 ... Brief an Genossen Besymenski
- 107 ... Antwort an die Genossen Kollektivbauern
- 121 ... An die Absolventen des ersten Lehrgangs der Industrieakademie
- 122 ... Antwort an Genossen M. Rafail (Leningrad, Gebietsgewerkschaftsrat).
- 123 ... Rostow. Werke für Landmaschinenbau
- 124 ... Stalingrad. Traktorenwerke
- 125 ... Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU(B), 27. Juni 1930
- 125 ... I. Die wachsende Krise des Weltkapitalismus und die außenpolitische Stellung der UdSSR
  - 126 ... 1. Die Weltwirtschaftskrise
  - 130 ... 2. Die Verschärfung der Gegensätze des Kapitalismus
  - 133 ... 3. Die Beziehungen zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Staaten
- 136 ... II. Der wachsende Aufschwung des sozialistischen Aufbaus und die innere Lage der UdSSR
  - 137 ... 1. Das Wachstum der Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit
  - 138 ... 2. Die Erfolge der Industrialisierung
  - 139 ... 3. Die Schlüsselstellung der sozialistischen Industrie und ihr Wachstumstempo
  - 142 ... 4. Die Landwirtschaft und das Getreideproblem
  - 145 ... 5. Die Wendung der Bauernschaft zum Sozialismus und das Entwicklungstempo beim Aufbau der Sowjet- und Kollektivwirtschaften
  - 150 ... 6. Die Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Bauern
  - 154 ... 7. Die Schwierigkeiten des Wachstums, der Kampf der Klassen und die Offensive des Sozialismus an der ganzen Front
  - 162 ... 8. Kapitalistisches oder sozialistisches Wirtschaftssystem
  - 165 ... 9. Die nächsten Aufgaben
- 172 ... III. Die Partei
  - 173 ... 1. Fragen der Leitung des sozialistischen Aufbaus
  - 188 ... 2. Fragen der Leitung in innerparteilichen Angelegenheiten
- 189 ... Anmerkungen

## VORWORT

Im zwölften Band der Werke J. W. Stalins haben die Schriften Aufnahme gefunden, die vom April 1929 bis zum Juni 1930 geschrieben worden sind.

In dieser Periode entfaltet die bolschewistische Partei die allgemeine Offensive des Sozialismus an der ganzen Front, mobilisiert sie die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen der Bauernschaft zum Kampf für die Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft auf der Basis des Sozialismus, zum Kampf für die Erfüllung des ersten Fünfjahrplans. Die bolschewistische Partei vollzieht eine der entscheidenden Wendungen in ihrer Politik - den Übergang von der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung. Die Partei bewältigt die nach der Machteroberung schwierigste historische Aufgabe der proletarischen Revolution: die Überleitung der Millionen individuellen Bauernwirtschaften auf den Weg der Kollektivierung, auf den Weg des Sozialismus.

In der Rede auf dem Aprilplenium des ZK und der ZKK der KPdSU(B) (1929) „Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B)“, die im vorliegenden Band zum ersten Mal vollständig veröffentlicht wird, gibt J. W. Stalin eine Analyse der klassenmäßigen Veränderungen, die in der UdSSR und in den kapitalistischen Ländern vor sich gegangen sind, und weist auf die in unserem Lande sich verstärkende Offensive des Sozialismus gegen die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land und die damit zusammenhängende Verschärfung des Klassenkampfes hin. J. W. Stalin zeigt die Erschütterung der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus, das Anwachsen der Elemente eines revolutionären Aufschwungs in den kapitalistischen Ländern und begründet die Notwendigkeit der Verschärfung des Kampfes gegen die rechten Elemente in den kommunistischen Parteien.

J. W. Stalin entlarvt die parteifeindliche fraktionelle Tätigkeit der Bucharingruppe, ihre Doppelzünglerei, ihre hinter den Kulissen mit den Trotzlisten geführten Verhandlungen, die das Ziel verfolgten, einen Block gegen die Partei zu organisieren.

J. W. Stalin betont, dass die rechte Abweichung und das Versöhnertum ihr gegenüber die Hauptgefahr in dieser Periode ist, er entlarvt die rechten Kapitulantinnen als Feinde des Leninismus, als Agentur des Kulakentums und deckt das bürgerlich-liberale, antirevolutionäre Wesen der rechts-opportunistischen „Theorie“ vom friedlichen Hineinwachsen der Kulaken in den Sozialismus auf. Im Kampf gegen die Bucharinsche Opposition entwickelt J. W. Stalin die Leninsche These von der Vernichtung der Ausbeuterklassen auf dem Wege des erbitterten Klassenkampfes des Proletariats weiter. J.W. Stalin zeigt auf, dass die opportunistische Linie der rechten Kapitulantinnen in den Fragen des Klassenkampfes mit Bucharins antileninistischen Fehlern in den Fragen der Staatstheorie zusammenhängt.

Im Kampf gegen die Rechtsopportunisten verteidigt und entwickelt J.W. Stalin die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat und von der Diktatur des Proletariats.

In dem Artikel „Der Wettbewerb und der Arbeitsaufschwung der Massen“ bezeichnet J. W. Stalin den sozialistischen Wettbewerb als die kommunistische Methode des Aufbaus des Sozialismus, als den Hebel, mit dessen Hilfe die Werktätigen das gesamte wirtschaftliche und kulturelle Leben des Landes auf der Basis des Sozialismus umzugestalten berufen sind.

In dem Artikel „Das Jahr des großen Umschwungs“ bezeichnet J. W. Stalin das Jahr 1929 als ein Jahr gewaltiger Errungenschaften an allen Fronten des sozialistischen Aufbaus: auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität, beim Aufbau der Industrie und der Landwirtschaft. J.W. Stalin stellt die Erfolge der Kollektivwirtschaftsbewegung fest und zeigt auf, dass die Hauptmasse der Bauernschaft, die Mittelbauernschaft, in die Kollektivwirtschaften gegangen ist, dass im Zusammenhang mit dem Übergang der individuellen Bauernwirtschaft auf den Weg des Sozialismus die letzten Quellen einer Wiederherstellung des Kapitalismus im Lande zerstört werden.

Gestützt auf den Genossenschaftsplan W. I. Lenins, arbeitet J. W. Stalin die Theorie der Kollektivierung der Landwirtschaft aus und weist die praktischen Wege zu ihrer Verwirklichung.

In der Rede „Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR“ entlarvt J. W. Stalin die bürgerlichen und rechtsopportunistischen Theorien vom „Gleichgewicht“, vom „Selbstlauf“ im sozialistischen Aufbau, von der „Stabilität“ der kleinen Bauernwirtschaft und zeigt die Vorzüge der großen, der kollektiven Wirtschaft in der Landwirtschaft. J. W. Stalin charakterisiert die Kollektivwirtschaften als sozialistische Wirtschaftsform und begründet die Wendung von der Politik der Einschränkung und Verdrängung der kapitalistischen Elemente des Dorfes zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung.

In den Schriften „Vor Erfolgen von Schwindel befallen“, „Antwort an die Genossen Kollektivbauern“ und anderen entlarvt J. W. Stalin die „linken“ Verzerrungen der Parteilinie beim kollektivwirtschaftlichen Aufbau, weist die Wege zu ihrer Korrigierung und zeigt auf, dass das grundlegende und wichtigste Kettenglied der Kollektivwirtschaftsbewegung in der gegenwärtigen Entwicklungsphase das landwirtschaftliche Artel ist.

Im vorliegenden Band wird der „Politische Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU(B)“ veröffentlicht, in dem J. W. Stalin eine tief schürfende Analyse der Krise des Weltkapitalismus gibt und die Verschärfung der Gegensätze des kapitalistischen Systems aufdeckt. J.W. Stalin charakterisiert die Beziehungen zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Staaten und definiert die Außenpolitik des Sowjetstaates als konsequente Friedenspolitik. J.W. Stalin zeigt den wachsenden Aufschwung der Volkswirtschaft in der UdSSR, die Vorzüge des sozialistischen Wirtschaftssystems gegenüber dem kapitalistischen System und umreißt Wesen und Aufgaben der voll entfalteten sozialistischen Offensive an der ganzen Front. J. W. Stalin mobilisiert die Partei zum Kampf gegen die Abweichungen in der nationalen Frage und zeigt, dass die Periode der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR eine Periode des Aufblühens der nationalen Kulturen ist, die ihrem Inhalt nach sozialistisch, ihrer Form nach national sind.

Zum ersten Mal veröffentlicht werden in dem Band J.W. Stalins Briefe an Felix Kon, A. M. Gorki, Genossen Besymenski und Rafail.

*Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der KPdSU*

1929

## ÜBER DIE RECHTE ABWEICHUNG IN DER KPdSU(B)

Rede auf dem Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B)  
im April 1929<sup>[1]</sup>  
(Stenographisches Protokoll)

(In der Rede sind mehr als dreißig Seiten Text wiederhergestellt, die seinerzeit in der Presse nicht veröffentlicht worden waren. Die Red.)

Genossen! Ich werde auf persönliche Momente nicht eingehen, obgleich in den Reden einiger Genossen aus der Bucharigruppe persönliche Momente eine recht beträchtliche Rolle spielten. Ich werde darauf nicht eingehen, weil persönliche Momente Bagatellen sind und es nicht lohnt, sich mit Bagatellen zu befassen. Bucharin hat über den persönlichen Briefwechsel mit mir gesprochen. Er hat einige Briefe verlesen, aus denen hervorgeht, dass wir, die gestern noch persönliche Freunde waren, heute in der Politik auseinander gehen. Die gleichen Töne klangen in den Reden Uglanows und Tomskis durch. Wie ist das möglich, wollen sie sagen: Wir sind alte Bolschewiki, und plötzlich haben wir Differenzen miteinander, können einander nicht mehr achten.

Ich glaube, dass all dies Jammern und Wehgeschrei keinen roten Heller wert ist. Wir sind kein Familienkreis, keine Innung persönlicher Freunde, sondern die politische Partei der Arbeiterklasse. Man darf nicht zulassen, dass die Interessen persönlicher Freundschaft über die Interessen der Sache gestellt werden.

Wenn wir uns nur deshalb alte Bolschewiki nennen, weil wir alt sind, dann ist es um unsere Sache schlecht bestellt, Genossen. Die alten Bolschewiki werden nicht deshalb geachtet, weil sie alt sind, sondern weil sie zugleich ewig junge, nie alt werdende Revolutionäre sind. Wenn ein alter Bolschewik vom Wege der Revolution abgeschwenkt oder politisch heruntergekommen ist und sein klares politisches Gesicht verloren hat, so hat er, wenn er gleich hundert Jahre alt wird, kein Recht, sich ein alter Bolschewik zu nennen, hat er kein Recht, von der Partei Achtung zu verlangen.

Ferner darf man Fragen der persönlichen Freundschaft nicht mit Fragen der Politik vermengen, denn, wie es heißt, Freundschaft ist Freundschaft und Dienst ist Dienst. Wir alle dienen der Arbeiterklasse, und wenn die Interessen der persönlichen Freundschaft den Interessen der Revolution zuwiderlaufen, dann muss die persönliche Freundschaft in den Hintergrund treten. Anders können wir als Bolschewiki die Frage nicht stellen.

Ich werde auch nicht auf die Anspielungen und versteckten Beschuldigungen persönlicher Art eingehen, mit denen die Reden der Genossen aus der Bucharinschen Opposition gespickt waren. Diese Genossen wollen offenbar die politische Grundlage unserer Meinungsverschiedenheiten mit Anspielungen und zweideutigen Bemerkungen vertuschen. Sie wollen die Politik durch Politikasterei ersetzen. Besonders charakteristisch ist in dieser Beziehung die Rede Tomskis. Seine Rede war die typische Rede eines tradeunionistischen Politikasters, der Fragen der Politik durch Politikasterei zu ersetzen versucht. Aber dieser Trick wird ihnen nicht gelingen.

Kommen wir zur Sache.

### I EINE LINIE ODER ZWEI?

Haben wir eine gemeinsame Generallinie, oder haben wir zwei Linien - das ist die grundlegende Frage, Genossen.



Rykov sagte hier in seiner Rede, dass wir eine Generallinie hätten, und wenn bei uns einige „unbedeutende“ Meinungsverschiedenheiten bestehen, so deshalb, weil es in der Auffassung von der Generallinie „Nuancen“ gäbe.

Stimmt das? Leider stimmt das nicht. Und nicht nur, dass dies nicht stimmt, es ist der Wahrheit direkt entgegengesetzt. In der Tat, wenn wir eitre Linie harn und uns nur durch Nuancen unterscheiden, warum ist Bucharin dann zu den gestrigen Trotzlisten, mit Kamenew an der Spitze, gelaufen und hat versucht, mit ihnen einen fraktionellen Block gegen das ZK und sein Politbüro zustande zu bringen? Ist es etwa nicht Tatsache, dass Bucharin dort von der „verderblichen“ Linie des ZK, von prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten Bucharins, Tomskis und Rykows mit dem ZK der Partei, von der Notwendigkeit sprach, die Zusammensetzung des Politbüros des ZK radikal zu verändern?

Wenn es eine Linie gibt, warum konspirierte Bucharin mit den gestrigen Trotzlisten gegen das ZK, und warum wurde er dabei von Rykov und Tomski unterstützt?

Wenn es eine Generallinie gibt, wie ist es dann möglich, dass ein Teil des Politbüros, der diese eine gemeinsame Generallinie verfolgt, gegen den anderen Teil des Politbüros wühlt, der die gleiche Generallinie verfolgt?

Ist etwa eine solche Politik des Überlaufens möglich, wenn es eine gemeinsame Generallinie gibt?

Wenn es eine Linie gibt, wie konnte es dann zu der Deklaration Bucharins vom 30. Januar kommen, die von Anfang bis Ende gegen das ZK und seine Generallinie gerichtet ist?

Wenn es eine Linie gibt, wie konnte es dann zu der Deklaration der Drei (Bucharin, Rykov, Tomski) vom 9. Februar kommen, in der die Partei in unverschämter und grob verleumderischer Weise beschuldigt wird: a) einer Politik der militärisch-feudalen Ausbeutung der Bauernschaft, b) einer Politik der Züchtung des Bürokratismus, c) einer Politik der Zersetzung der Komintern?

Vielleicht existieren diese Deklarationen überhaupt nicht mehr? Vielleicht werden diese Deklarationen jetzt für irrig gehalten? Vielleicht sind Rykov, Bucharin und Tomski bereit, diese unbedingt irrigen und parteifeindlichen Deklarationen zurückzunehmen? So sollen sie uns das offen und ehrlich sagen. Dann wird für einen jeden klar sein, dass wir eine Linie haben und uns nur durch unbedeutende Nuancen unterscheiden. Aber sie wollten dies nicht tun, wie aus den Reden Bucharins, Rykows und Tomskis hervorgeht. Und nicht nur, dass sie das nicht tun wollten, sie haben auch nicht die Absicht, sich in Zukunft von ihren Deklarationen loszusagen, denn sie erklären, dass sie bei ihren in diesen Deklarationen dargelegten Meinungen verharren.

Wo ist denn dann die eine gemeinsame Generallinie?

Wenn es eine Linie gibt und wenn die Linie der Partei nach Meinung der Bucharingruppe darin besteht, eine Politik der militärisch-feudalen Ausbeutung der Bauernschaft durchzuführen, wollen denn dann Bucharin, Rykov und Tomski wirklich diese verderbliche Politik gemeinsam mit uns durchführen, statt sie zu bekämpfen? Das ist doch purer Unsinn.

Wenn es eine Linie gibt und wenn die Linie der Partei nach Meinung der Bucharinschen Opposition darin besteht, den Bürokratismus zu züchten, wollen denn dann Rykov, Bucharin und Tomski wirklich den Bürokratismus zusammen mit uns in der Partei züchten, statt ihn zu bekämpfen? Das ist doch purer Blödsinn.

Wenn es eine Linie gibt und wenn die Linie der Partei nach Meinung der Bucharinschen Opposition darin besteht, die Komintern zu zersetzen, wollen denn dann Rykov, Bucharin und Tomski wirklich die Komintern zusammen mit uns zersetzen, statt die Politik der Zersetzung der Komintern zu bekämpfen? Wie kann man eine solche Absurdität glauben?

Nein, Genossen, mit Rykows Erklärung, dass wir eine gemeinsame Linie haben, stimmt etwas nicht. Wie man es auch nimmt, die Sache mit der einen gemeinsamen Linie kommt nicht heraus, wenn man sich die soeben angeführten Tatsachen bezüglich der Deklarationen und des Verhaltens der Bucharingruppe vor Augen führt.

Wenn es eine Linie gibt, wie konnte es dann bei Bucharin, Rykow und Tomski zu ihrer Demissionspolitik kommen? Kann man sich vorstellen, dass, wenn eine gemeinsame Generallinie besteht, ein Teil des Politbüros sich systematisch weigert, wiederholt gefasste Beschlüsse des ZK der Partei durchzuführen, und ein halbes Jahr lang die Arbeit in der Partei fortgesetzt sabotiert? Wie konnte es zu dieser desorganisierenden Demissionspolitik kommen, die ein Teil des Politbüros mit Fleiß betreibt, wenn wir wirklich eine gemeinsame Generallinie haben?

Die Geschichte. unserer Partei kennt Beispiele einer Demissionspolitik.

Bekannt ist zum Beispiel, dass am Tage nach der Oktoberrevolution ein Teil der Genossen, mit Kamenew und Sinowjew an der Spitze, die ihnen angetragenen Posten ablehnten und eine Änderung der Politik der Partei verlangten. Bekanntlich begründeten sie damals ihre Demissionspolitik mit der Forderung, eine Koalitionsregierung zusammen mit den Nenschewiki und Sozialrevolutionären zu bilden, im Gegensatz zum ZK unserer Partei, das die Politik der Bildung einer rein bolschewistischen Regierung verfolgte. Aber damals hatte die Demissionspolitik einen Sinn, weil sie sich auf das Vorhandensein zweier verschiedener Linien gründete, von denen die eine darin bestand, eine rein bolschewistische Regierung zu bilden, während die andere darin bestand, eine Koalitionsregierung zusammen mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären zu bilden. Das war klar und verständlich. Doch es entbehrt jeder, aber auch jeder Logik, wenn die Bucharinsche Opposition einerseits die Einheit der Generallinie verkündet und andererseits eine bei Sinowjew und Kamenew aus der Periode des Oktoberumsturzes entlehnte Demissionspolitik betreibt.

Eins von beiden: Entweder gibt es eine Linie - und dann ist die Demissionspolitik Bucharins und seiner Freunde unverständlich und unerklärlich; oder wir haben zwei Linien - und dann ist die Demissionspolitik durchaus verständlich und erklärlich.

Wenn es eine Linie gibt, wie konnte es dann dazu kommen, dass die Drei aus dem Politbüro, Rykow, Bucharin und Tomski, es für möglich erachteten, sich im Politbüro bei der Annahme der grundlegenden Thesen über den Fünfjahrplan und über die Bauernfrage der Stimme zu enthalten? Gibt es denn so etwas, dass man eine Generallinie hat, ein Teil der Genossen aber in den grundlegenden Fragen der Wirtschaftspolitik sich der Stimme enthält? Nein, Genossen, solche Wunder gibt es nicht auf der Welt.

Schließlich, wenn es eine Linie gibt und wir uns nur durch Nuancen unterscheiden, warum lehnten dann die Genossen aus der Bucharinschen Opposition, Bucharin, Rykow und Tomski, den Kompromissvorschlag der Kommission des Politbüros vorn 7. Februar dieses Jahres ab? Ist es etwa nicht Tatsache, dass dieses Kompromiss der BucharinGruppe einen durchaus annehmbaren Ausweg aus der Sackgasse bot, in die sie sich selbst verrannt hat?

Hier ist der Wortlaut dieses Kompromisses, das am 7. Februar dieses Jahres von der Mehrheit des ZK vorgeschlagen wurde:

„Aus dem Meinungs austausch in der Kommission ergab sich:

1. Bucharin erkennt die Verhandlungen mit Kamenew als politischen Fehler an;
2. Bucharin erkennt an, dass die in seiner ‚Erklärung‘ vom 30. Januar 1929 aufgestellten Behauptungen, wonach das ZK faktisch eine Politik der ‚militärisch-feudalen Ausbeutung der Bauernschaft‘ durchführe, die Komintern zersetze und Bürokratismus in der Partei züchte - dass alle diese Behauptungen von ihm unüberlegt, im Eifer der Polemik aufgestellt wurden, dass er diese Behauptungen nicht mehr aufrechterhält und der Ansicht ist, dass er keine Differenzen mit dem ZK in diesen Fragen hat;
3. Bucharin erkennt auf Grund dessen an, dass eine eintrachtige Arbeit im Politbüro möglich und notwendig ist;
4. Bucharin macht seine Demission rückgängig, sowohl, was seine Arbeit in der ‚Prawda‘ als auch, was seine Arbeit in der Komintern anbelangt;
5. Bucharin nimmt in Anbetracht dessen seine Erklärung vom 30. Januar zurück.

Auf Grund des oben Dargelegten hält die Kommission es für möglich, davon Abstand zu nehmen, ihren Resolutionsentwurf mit der politischen Einschätzung der Fehler Bucharins der

gemeinsamen Sitzung des Politbüros und des Präsidiums der ZKK zu unterbreiten, und schlägt der gemeinsamen Sitzung des Politbüros und des Präsidiums der ZKK vor, alle vorhandenen Dokumente (das Stenogramm der Reden usw.) einzuziehen, Die Kommission schlägt dem Politbüro und dem Präsidium der ZKK vor, Bucharin alle Bedingungen zu gewährleisten, die er braucht, um als verantwortlicher Redakteur der ‚Prawda‘ und als Sekretär des EKKI normal arbeiten zu können.“

Warum haben Bucharin und seine Freunde dieses Kompromiss abgelehnt, wenn wir tatsächlich eine Linie haben und uns nur durch unbedeutende Nuancen unterscheiden? Ist es denn schwer zu begreifen, dass Bucharin und seine Freunde mit aller Kraft hätten zupacken und diesen Kompromissvorschlag des Politbüros hätten annehmen müssen, um dadurch die innerparteiliche Lage zu entspannen und eine Atmosphäre einmütiger und einträchtiger Arbeit im Politbüro zu schaffen?

Man redet von Einheit der Partei, von kollegialer Arbeit im Politbüro. Aber ist es denn nicht klar, dass jeder, der wirklich die Einheit will und dem die Kollegialität in der Arbeit am Herzen liegt, dieses Kompromiss hätte annehmen müssen? Warum haben dann Bucharin und seine Freunde dieses Kompromiss abgelehnt?

Ist es denn nicht klar, dass es, wenn wir eine Linie hätten, weder die Deklaration der Drei vom 9. Februar geben könnte noch die Ablehnung des vom Politbüro des ZK vorgeschlagenen Kompromisses durch Bucharin und seine Freunde?

Nein, Genossen, die Sache mit der einen gemeinsamen Linie kommt bei Ihnen nicht heraus, wenn man sich die oben dargelegten Tatsachen vor Augen führt.

Es ergibt sich, dass wir in Wirklichkeit nicht eine Linie haben, sondern zwei Linien, von denen die eine die Linie des ZK und die andere - die Linie der Bucharingruppe ist.

Rykow sprach die Unwahrheit, als er in seiner Rede erklärte, dass wir eine Generallinie hätten. Damit wollte er seine eigene, sich von der Linie der Partei unterscheidende Linie verschleiern, um seine Wühlarbeit gegen die Linie der Partei im geheimen zu betreiben. Die Politik des Opportunismus besteht ja gerade darin, die Meinungsverschiedenheiten zu verkleistern, die wirkliche Lage innerhalb der Partei zu vertuschen, seine eigene Position zu verschleiern und es der Partei unmöglich zu machen, volle Klarheit zu gewinnen.

Wozu braucht der Opportunismus eine solche Politik? Er braucht sie, um unter dem Deckmantel des Geschwätzes von der Einheit der Linie in Wirklichkeit seine eigene, sich von der Linie der Partei unterscheidende Linie zu verfolgen. In seiner Rede auf dem jetzigen Plenum des ZK und der ZKK hat Rykow diesen opportunistischen Standpunkt eingenommen. Wollen Sie hören, wie Genosse Lenin in einem seiner Artikel den Opportunisten überhaupt charakterisiert? Diese Charakteristik ist für uns nicht nur wegen ihrer allgemeinen Bedeutung wichtig, sondern auch, weil sie voll und ganz auf Rykow zutrifft.

Folgendes sagt Lenin über die Besonderheiten des Opportunismus und der Opportunisten:

„Wenn man vom Kampf gegen den Opportunismus spricht, so darf man nie die charakteristischen Züge des ganzen heutigen Opportunismus auf allen Gebieten vergessen: seine Unbestimmtheit, Verschwommenheit, Ungreifbarkeit. Seiner ganzen Natur nach geht der Opportunist stets einer eindeutigen und unwiderruflichen Fragestellung aus dem Wege; er sucht eine Resultante, windet sich wie eine Schlange zwischen Standpunkten, die sich gegenseitig ausschließen, und bemüht sich, mit dem einen und mit dem andern ‚einverstanden zu sein‘, wobei er seine Meinungsverschiedenheiten auf kleine Verbesserungsanträge, Zweifel, gute und unschuldige Wünsche usw. usw. beschränkt.“ (4. Ausgabe, Bd. 7, S. 373 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S. 406].)

Das ist sie, die Physiognomie des Opportunisten, der Klarheit und Eindeutigkeit fürchtet und bemüht ist, die wirkliche Lage der Dinge zu verkleistern, die wirklichen Meinungsverschiedenheiten in der Partei zu vertuschen.

Ja, Genossen, man muss es verstehen, der Wirklichkeit direkt ins Auge zu sehen, so unangenehm sie auch sein mag. Verhüte Gott, dass wir uns von der Krankheit anstecken lassen, die Furcht vor der Wahrheit heißt. Die Bolschewiki unterscheiden sich von jeder anderen Partei unter anderem gerade dadurch, dass sie die Wahrheit nicht fürchten, dass sie sich nicht fürchten, der Wahrheit ins Auge zu sehen, so bitter sie auch sein mag. Und die Wahrheit besteht im gegebenen Fall darin, dass wir in Wirklichkeit keine gemeinsame Linie haben. Es gibt eine Linie, die Linie der Partei, die revolutionäre, die Leninsche Linie. Daneben aber besteht eine andere Linie, die Linie der Bucharigruppe, die einen Kampf führt gegen die Linie der Partei mittels parteifeindlicher Deklarationen, mittels Demissionen, mittels Verleumdungen der Partei, mittels versteckter Wühltätigkeit gegen die Partei, mittels Verhandlungen hinter den Kulissen mit den gestrigen Trotzlisten zwecks Organisation eines parteifeindlichen Blocks. Diese zweite Linie ist eine opportunistische Linie. Das ist eine Tatsache, die sich durch keinerlei diplomatische Reden, durch keinerlei spitzfindige Erklärungen über das Vorhandensein einer einheitlichen Linie usw. usf. vertuschen lässt.

## II DIE KLASSENMÄSSIGEN VERÄNDERUNGEN UND UNSERE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN

Worin bestehen unsere Meinungsverschiedenheiten, womit hängen sie zusammen?

Sie hängen vor allen Dingen mit der Frage der klassenmäßigen Veränderungen zusammen, die in letzter Zeit in unserem Lande und in den kapitalistischen Ländern vor sich gehen. Manche Genossen glauben, dass die Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei zufälligen Charakter tragen. Das ist falsch, Genossen. Das ist völlig falsch. Die Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei sind entstanden auf der Grundlage der klassenmäßigen Veränderungen, auf der Grundlage der Verschärfung des Klassenkampfes, die in letzter Zeit vor sich geht und die einen Umschwung in der Entwicklung hervorruft.

Der Hauptfehler der Bucharigruppe besteht darin, dass sie diese Veränderungen und diesen Umschwung nicht sieht, nicht sieht und nicht bemerken will. Dadurch erklärt sich denn auch jenes Unverständnis für die neuen Aufgaben der Partei und der Komintern, das das charakteristische Merkmal der Bucharinschen Opposition bildet.

Haben Sie bemerkt, Genossen, dass die Führer der Bucharinschen Opposition in ihren Reden auf dem Plenum des ZK und der ZKK die Frage der klassenmäßigen Veränderungen in unserem Lande völlig umgangen, die Verschärfung des Klassenkampfes mit keinem Wort erwähnt und nicht einmal von ferne angedeutet haben, dass unsere Meinungsverschiedenheiten gerade mit dieser Verschärfung des Klassenkampfes zusammenhängen? Sie haben über alles gesprochen, sowohl über Philosophie als auch über Theorie, aber sie haben kein einziges Wort über die klassenmäßigen Veränderungen gesagt, die die Orientierung und die Praxis unserer Partei im gegenwärtigen Moment bestimmen.

Wodurch erklärt sich diese sonderbare Erscheinung? Vielleicht durch Vergesslichkeit? Natürlich nicht! Politiker können nicht das Wichtigste vergessen. Das erklärt sich dadurch, dass sie die neuen revolutionären Prozesse, die jetzt sowohl bei uns, in unserem Lande, wie auch in den kapitalistischen Ländern vor sich gehen, nicht sehen und nicht verstehen. Das erklärt sich dadurch, dass sie das Wichtigste übersehen haben, dass sie die klassenmäßigen Veränderungen übersehen haben, die zu übersehen ein Politiker nicht das Recht hat. Dadurch erklärt sich denn auch die Ratlosigkeit und Hilflosigkeit, die die Bucharinsche Opposition angesichts der neuen Aufgaben unserer Partei an den Tag legt.

Erinnern Sie sich der letzten Ereignisse in unserer Partei. Erinnern Sie sich der Losungen, die die Partei in letzter Zeit im Zusammenhang mit den neuen klassenmäßigen Veränderungen in unserem Lande ausgegeben hat. Ich meine solche Losungen wie die Losung der Selbstkritik,

die Losung der Verschärfung des Kampfes gegen den Bürokratismus und der Reinigung des Sowjetapparats, die Losung der Heranbildung neuer Wirtschaftskader und roter Spezialisten, die Losung der Verstärkung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaftsbewegung, die Losung der Offensive gegen den Kulaken, die Losung der Senkung der Selbstkosten der Produktion und der grundlegenden Verbesserung der praktischen Arbeit der Gewerkschaften, die Losung der Parteireinigung usw. Manchen Genossen schienen diese Losungen sinnverwirrend und schwindelerregend. Aber es ist doch klar, dass diese Losungen die notwendigsten und aktuellsten Losungen der Partei im gegebenen Moment sind.

Die Sache begann damit, dass wir im Zusammenhang mit der Schachty-Affäre<sup>[2]</sup> aufs neue die Frage neuer Wirtschaftskader stellten, die Frage der Heranbildung roter Spezialisten aus den Reihen der Arbeiterklasse zur Ablösung der alten Spezialisten.

Was hat sich im Zusammenhang mit der Schachty-Affäre herausgestellt? Es hat sich herausgestellt, dass die Bourgeoisie noch längst nicht endgültig geschlagen ist, dass sie in unserem Wirtschaftsaufbau Schädlingsarbeit organisiert und weiter organisieren wird, dass unsere Wirtschafts-, Gewerkschafts- und zum Teil auch Parteiorganisationen die Wühlarbeit unserer Klassenfeinde übersehen haben, dass wir also unsere Organisationen mit allen Kräften und allen Mitteln festigen und verbessern müssen, indem wir ihre Klassenwachsamkeit entwickeln und festigen.

Im Zusammenhang damit hat die Frage der Losung der Selbstkritik an Schärfe gewonnen. Warum? Weil es unmöglich ist, unsere Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Parteiorganisationen zu verbessern, weil es unmöglich ist, den Aufbau des Sozialismus vorwärts zu bringen und die Schädlingsarbeit der Bourgeoisie zu durchkreuzen, ohne die Kritik und Selbstkritik voll zu entfalten, ohne die Arbeit unserer Organisationen der Kontrolle der Massen zu unterstellen. Ist es doch eine Tatsache, dass es Schädlingsarbeit gegeben hat und noch immer gibt, nicht nur in den Kohlenrevieren, sondern auch in der Metallproduktion, in der Kriegsindustrie, im Volkskommissariat für Verkehrswesen, in der Gold- und Platinindustrie usw. usf. Daher die Losung der Selbstkritik.

Weiter stellten wir im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Getreidebeschaffung, im Zusammenhang mit den Vorstößen des Kulakentums gegen die Preispolitik der Sowjetmacht mit aller Schärfe die Frage der größtmöglichen Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften, der Offensive gegen den Kulaken, der Organisation der Getreidebeschaffung durch einen Druck auf die wohlhabenden kulakischen Elemente.

Was haben die Schwierigkeiten der Getreidebeschaffung gezeigt? Sie haben gezeigt, dass der Kulak nicht schläft, dass der Kulak wächst, dass er eine Wühlarbeit gegen die Politik der Sowjetmacht organisiert, während unsere Partei-, Sowjet- und Genossenschaftsorganisationen, jedenfalls ein Teil von ihnen, entweder den Feind nicht sehen oder sich mit ihm abfinden, statt gegen ihn zu kämpfen.

Daher die neue Zuspitzung der Losung der Selbstkritik, der Losung der Prüfung und Verbesserung unserer Parteiorganisationen sowie der Genossenschafts- und der Beschaffungsorganisationen überhaupt.

Weiter ergab sich im Zusammenhang mit den neuen Aufgaben, der Rekonstruktion der Industrie und der Landwirtschaft auf der Grundlage des Sozialismus, die Losung der systematischen Senkung der Selbstkosten der Produktion, der Festigung der Arbeitsdisziplin, der Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs usw. Diese Aufgaben erforderten eine Überprüfung der gesamten praktischen Arbeit der Gewerkschaften und des Sowjetapparats, eine grundlegende Belegung dieser Organisationen und ihre Säuberung von Elementen des Bürokratismus.

Daher die Zuspitzung der Losung des Kampfes gegen den Bürokratismus in den Gewerkschaften und im Sowjetapparat.

Schließlich die Frage der Losung der Parteireinigung. Es wäre lächerlich zu glauben, dass man unsere Sowjet-, Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen

festigen kann, dass man sie von dem Unrat des Bürokratismus reinigen kann, ohne der Partei selbst die nötige Schärfe verliehen zu haben. Es steht außer Zweifel, dass die bürokratischen Elemente nicht nur in den Wirtschafts- und Genossenschafts- sowie in den Gewerkschafts- und Sowjetorganisationen, sondern auch in den Organisationen der Partei selbst lebendig sind. Wenn die Partei die führende Kraft aller dieser Organisationen ist, so ist es klar, dass die Parteireinigung die notwendige Vorbedingung bildet, ohne die die Belebung und Verbesserung aller anderen Organisationen der Arbeiterklasse nicht restlos durchgeführt werden kann. Daher die Losung der Parteireinigung.

Sind diese Losungen zufällig? Nein, sie sind nicht zufällig. Sie sehen selbst, dass sie nicht zufällig sind. Sie sind die notwendigen Glieder einer unzerreißbaren Kette, die Offensive des Sozialismus gegen die Elemente des Kapitalismus heißt.

Sie hängen vor allen Dingen zusammen mit der Periode der Rekonstruktion unserer Industrie und unserer Landwirtschaft auf der Grundlage des Sozialismus. Was aber ist die Rekonstruktion der Volkswirtschaft auf der Grundlage des Sozialismus? Das ist die Offensive des Sozialismus gegen die kapitalistischen Elemente der Volkswirtschaft an der ganzen Front. Das ist ein überaus ernster Fortschritt der Arbeiterklasse unseres Landes auf dem Wege zur Errichtung des Sozialismus. Um aber diese Rekonstruktion durchzuführen, muss man vor allen Dingen die Kader des sozialistischen Aufbaus, sowohl in der Wirtschaft, in den Sowjetorganen und in den Gewerkschaften als auch in der Partei und in den Genossenschaften, verbessern und verstärken, muss man allen unseren Organisationen die nötige Schärfe verleihen, sie von Unrat säubern und die Aktivität der Millionenmassen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft heben.

Diese Losungen sind ferner mit der Tatsache des Widerstands der kapitalistischen Elemente der Volkswirtschaft gegen die Offensive des Sozialismus verbunden. Man darf die so genannte Schachty-Affäre nicht für einen Zufall halten. „Schachtyleute“ sitzen jetzt in allen Zweigen unserer Industrie. Viele von ihnen wurden herausgefischt, aber noch lange nicht alle. Die Schädlingarbeit der bürgerlichen Intellektuellen ist eine der gefährlichsten Formen des Widerstands gegen den sich entwickelnden Sozialismus. Die Schädlingarbeit ist umso gefährlicher, als sie mit dem internationalen Kapital verbunden ist. Die Schädlingarbeit der Bourgeoisie ist ein unzweifelhafter Beweis dafür, dass die kapitalistischen Elemente noch lange nicht die Waffen gestreckt haben, dass sie Kräfte zu neuen Vorstößen gegen die Sowjetmacht sammeln.

Was die kapitalistischen Elemente des Dorfes betrifft, so darf man den bereits das zweite Jahr andauernden Vorstoß des Kulakentums gegen die Preispolitik der Sowjetmacht erst recht nicht für einen Zufall halten. Viele können sich bis jetzt noch nicht die Tatsache erklären, dass der Kulak bis zum Jahre 1927 sein Getreide von selbst hergab, nach dem Jahre 1927 aber aufhörte, das Getreide von selbst herzugeben. An diesem Umstand jedoch ist nichts Verwunderliches. War früher der Kulak noch verhältnismäßig schwach, hatte er nicht die Möglichkeit, seine Wirtschaft ernstlich auszubauen, hatte er nicht genügend Kapitalien zur Stärkung seiner Wirtschaft und war er infolgedessen gezwungen, den ganzen oder fast den ganzen Überschuss seiner Getreideproduktion auf den Markt zu bringen, so hat er jetzt - nach einer Reihe von Jahren mit guter Ernte, nachdem er vermocht hat, seine Wirtschaft auszubauen, nachdem es ihm gelungen ist, die notwendigen Kapitalien anzusammeln - die Möglichkeit erhalten, auf dem Markt zu manövrieren, hat er die Möglichkeit erhalten, das Brotgetreide, diese Valuta aller Valuten, als Reserve für sich zurückzuhalten, und zieht es vor, Fleisch, Hafer, Gerste und andere weniger wichtige Produkte auf den Markt zu bringen. Es wäre lächerlich, jetzt darauf zu hoffen, der Kulak werde freiwillig Getreide hergeben.

Hier liegt die Wurzel des Widerstands, den der Kulak jetzt der Politik der Sowjetmacht entgegensetzt.

Was ist aber der Widerstand der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land gegen die Offensive des Sozialismus? Das ist eine Umgruppierung der Kräfte der Klassenfeinde des

Proletariats zu dem Zwecke, das Alte gegen das Neue zu behaupten. Es ist nicht schwer zu verstehen, dass diese Umstände zur Verschärfung des Kampfes der Klassen führen müssen. Um aber den Widerstand der Klassenfeinde zu brechen und den Weg für den Vormarsch des Sozialismus frei zu machen, muss man, von allem anderen abgesehen, allen unseren Organisationen die nötige Schärfe verleihen, sie vom Bürokratismus säubern, ihre Kader verbessern und die Millionenmassen der Arbeiterklasse und der werktätigen Schichten des Dorfes gegen die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land mobilisieren.

Auf der Grundlage dieser klassenmäßigen Veränderungen ergaben sich die jetzigen Losungen unserer Partei.

Dasselbe muss man von den klassenmäßigen Veränderungen in den kapitalistischen Ländern sagen. Es wäre lächerlich zu glauben, die Stabilisierung des Kapitalismus habe keine Veränderungen erfahren. Erst recht lächerlich wäre es zu behaupten, dass die Stabilisierung sich festige und dauerhaft werde. In Wirklichkeit wird die Stabilisierung des Kapitalismus mit jedem Monat, mit jedem Tag immer mehr unterhöhlt und zerrüttet. Die Verschärfung des Kampfes um die äußeren Märkte und um die Rohstoffe, das Wachsen der Rüstungen, das Wachsen des Antagonismus zwischen Amerika und England, das Wachsen des Sozialismus in der UdSSR, die Linksentwicklung der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder, die Welle der Streiks und Klassenschlachten in den Ländern Europas, das Wachsen der revolutionären Bewegung in den Kolonien, darunter in Indien, das Wachsen des Kommunismus in allen Ländern der Welt - das alles sind Tatsachen, die ganz eindeutig davon sprechen, dass in den Ländern des Kapitalismus die Elemente eines neuen revolutionären Aufschwungs heranreifen. Daher die Aufgabe, den Kampf gegen die Sozialdemokratie als die soziale Stütze des Kapitalismus und vor allen Dingen gegen ihren „linken“ Flügel zu verschärfen.

Daher die Aufgabe, den Kampf gegen die rechten Elemente in den kommunistischen Parteien, gegen die Agentur des sozialdemokratischen Einflusses, zu verschärfen.

Daher die Aufgabe, den Kampf gegen das Versöhnertum gegenüber der rechten Abweichung als die Zufluchtsstätte des Opportunismus in den kommunistischen Parteien zu verschärfen.

Daher die Losung der Reinigung der kommunistischen Parteien von den sozialdemokratischen Traditionen.

Daher die so genannte neue Taktik des Kommunismus in den Gewerkschaften.

Manche Genossen verstehen nicht den Sinn und die Bedeutung dieser Losungen. Aber ein Marxist wird immer verstehen, dass ohne Verwirklichung dieser Losungen die Vorbereitung der proletarischen Massen zu neuen Klassenkämpfen und der Sieg über die Sozialdemokratie undenkbar wären, dass es sonst unmöglich wäre, eine Auslese wirklicher Führer der kommunistischen Bewegung vorzunehmen, die fähig sind, die Arbeiterklasse in den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen.

Das, Genossen, sind jene klassenmäßigen Veränderungen in unserem Lande und in den Ländern des Kapitalismus; auf deren Grundlage die jetzigen Losungen unserer Partei, sowohl auf der Linie ihrer inneren Politik als auch auf der Linie der Komintern, erwachsen sind.

Unsere Partei sieht diese klassenmäßigen Veränderungen. Sie versteht die Bedeutung der neuen Aufgaben und mobilisiert die Kräfte zur Lösung dieser Aufgaben. Daher tritt sie den Ereignissen gerüstet entgegen. Daher fürchtet sie die Schwierigkeiten nicht, die ihrer harren, denn sie ist bereit, sie zu überwinden.

Das Unglück der Bucharigruppe besteht darin, dass sie diese klassenmäßigen Veränderungen nicht sieht und die neuen Aufgaben der Partei nicht begreift. Und eben deshalb, weil sie sie nicht begreift, befindet sie sich in einem Zustand völliger Ratlosigkeit, ist sie bereit, vor den Schwierigkeiten die Flucht zu ergreifen, vor ihnen zurückzuweichen und zu kapitulieren.

Haben Sie je Fischer vor dem Sturm auf einem großen Fluss, wie etwa dem Jenissej, gesehen? Ich habe sie öfter gesehen. Die eine Gruppe von Fischern mobilisiert angesichts des hereingebrochenen Sturmes alle ihre Kräfte, feuert ihre Leute an und führt das Boot kühn dem Sturm entgegen: „Haltet, Jungens, fester das Steuer, schneidet die Wellen, wir schaffen's!“

Doch gibt es auch eine andere Sorte von Fischern, die, das Herannahen des Sturmes fühlend, den Mut sinken lassen, zu jammern beginnen und ihre eigenen Reihen demoralisieren: „Wehe uns, der Sturm bricht los, nieder, Jungens, auf den Boden des Bootes, macht die Augen zu, vielleicht werden wir auf irgendeine Weise ans Ufer getrieben.“ (Allgemeine Heiterkeit.)

Braucht man noch zu beweisen, dass die Einstellung und Haltung der Bucharigruppe und die Einstellung und Haltung der zweiten Gruppe von Fischern, die in panischem Schrecken vor den Schwierigkeiten zurückweichen, einander wie zwei Tropfen Wasser gleichen? Wir sagen, dass in Europa die Voraussetzungen eines neuen revolutionären Aufschwungs heranreifen, dass uns dieser Umstand neue Aufgaben auferlegt in Bezug auf die Verstärkung des Kampfes gegen die rechte Abweichung in den kommunistischen Parteien und die Verjagung der rechten Abweichler aus der Partei, auf die Verstärkung des Kampfes gegen das Versöhnertum, das die rechte Abweichung deckt, auf die Verstärkung des Kampfes gegen die sozialdemokratischen Traditionen in den kommunistischen Parteien usw. usf. Bucharin erwidert uns jedoch, das alles sei Unsinn, wir hätten keine solchen neuen Aufgaben, es gehe in Wirklichkeit darum, dass die Mehrheit des ZK ihn, das heißt Bucharin, zu „prügeln“ wünsche.

Wir sagen, dass die klassenmäßigen Veränderungen in unserem Lande uns neue Aufgaben auferlegen, die eine systematische Senkung der Selbstkosten der Produktion und eine Festigung der Arbeitsdisziplin in den Betrieben erfordern, dass die Verwirklichung dieser Aufgaben ohne grundlegende Änderung der ganzen praktischen Arbeit der Gewerkschaften unmöglich ist. Tomski erwidert uns jedoch, das alles sei Unsinn, wir hätten keine solchen neuen Aufgaben, es gehe in Wirklichkeit darum, dass die Mehrheit des ZK ihn, das heißt Tomski, zu „prügeln“ wünsche.

Wir sagen, dass die Rekonstruktion der Volkswirtschaft uns neue Aufgaben auferlegt in Bezug auf die Verstärkung des Kampfes gegen den Bürokratismus des Sowjet- und Wirtschaftsapparats, die Säuberung dieses Apparates von verrotteten und fremden Elementen, von Schädlingen usw. usf. Rykow erwidert uns jedoch, das alles sei Unsinn, wir hätten keine solchen neuen Aufgaben, es gehe in Wirklichkeit darum, dass die Mehrheit des ZK ihn, das heißt Rykow, zu „prügeln“ wünsche.

Nun, ist das nicht lächerlich, Genossen? Ist es etwa nicht klar, dass Bucharin, Rykow und Tomski auf der ganzen Welt nichts als ihren eigenen Nabel sehen?

Das Unglück der Bucharigruppe besteht darin, dass sie die neuen klassenmäßigen Veränderungen nicht sieht und die neuen Aufgaben der Partei nicht begreift. Und eben weil sie sie nicht begreift, ist sie gezwungen, hinter den Ereignissen einher zu trotten und vor den Schwierigkeiten zu kapitulieren.

Hier liegt die Wurzel unserer Meinungsverschiedenheiten.

### III DIE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN IN DEN FRAGEN DER KOMINTERN

Ich habe bereits gesagt, dass Bucharin die neuen Aufgaben der Komintern hinsichtlich der Verjagung der Rechten aus den kommunistischen Parteien, der Bändigung des Versöhnertums und der Säuberung der kommunistischen Parteien von sozialdemokratischen Traditionen, die uns durch die heranreifenden Voraussetzungen des neuen revolutionären Aufschwungs auferlegt werden, nicht sieht und nicht begreift. Diese Behauptung wurde durch unsere Meinungsverschiedenheiten in den Fragen der Komintern restlos bestätigt.

Womit begannen die Meinungsverschiedenheiten auf diesem Gebiet?

Die Sache begann mit den auf dem VI. Kongress<sup>[3]</sup> eingebrachten Thesen Bucharins zur internationalen Lage. Gewöhnlich wurden Thesen vorher in der Delegation der KPdSU(B) behandelt. Diesmal jedoch wurde diese Bedingung nicht eingehalten. Es kam so, dass die von



Bucharin unterzeichneten Thesen, die an die Delegation der KPdSU(B) gerichtet waren, gleichzeitig den ausländischen Delegationen des VI. Kongresses zugestellt wurden. Die Thesen erwiesen sich jedoch in einer ganzen Reihe von Punkten als unbefriedigend. Die Delegation der KPdSU(B) musste an den Thesen etwa 20 Abänderungen vornehmen.

Dieser Umstand hat Bucharin in eine etwas peinliche Lage gebracht. Aber wer ist daran schuld? Wozu brauchte Bucharin die Thesen vor ihrer Behandlung in der Delegation der KPdSU(B) den ausländischen Delegationen zuzustellen? Konnte es die Delegation der KPdSU(B) unterlassen, Abänderungen vorzunehmen, wenn die Thesen sich als unbefriedigend erwiesen? So geschah es nun, dass die Delegation der KPdSU(B) faktisch neue Thesen zur internationalen Lage einbrachte, die die ausländischen Delegationen den alten, von Bucharin unterzeichneten Thesen gegenüberzustellen begannen. Es ist klar, dass es zu dieser peinlichen Lage nicht gekommen wäre, wenn sich Bucharin mit der Zustellung seiner Thesen an die ausländischen Delegationen nicht übereilt hätte.

Ich möchte vier grundlegende Abänderungen hervorheben, die von der Delegation der KPdSU(B) an den Thesen Bucharins vorgenommen wurden. Ich möchte diese grundlegenden Abänderungen hervorheben, um den Charakter der Meinungsverschiedenheiten in den Fragen der Komintern klarer zu demonstrieren.

Die erste Frage - das ist die Frage nach dem Charakter der Stabilisierung des Kapitalismus. Nach den Thesen Bucharins sah es so aus, als ob gegenwärtig nichts Neues geschehe, was die kapitalistische Stabilisierung zerrüttet, als ob der Kapitalismus im Gegenteil sich rekonstruiere und im Wesentlichen mehr oder weniger fest dastehe. Es ist klar, dass die Delegation der KPdSU(B) mit einer solchen Charakteristik der so genannten dritten Periode, das heißt der Periode, die wir jetzt durchmachen, nicht einverstanden sein konnte. Sie konnte damit nicht einverstanden sein, da die Beibehaltung einer solchen Charakteristik der dritten Periode unseren Kritikern Anlass geben könnte, davon zu sprechen, dass wir uns auf den Standpunkt der so genannten „Gesundung“ des Kapitalismus stellen, das heißt auf den Standpunkt Hilferdings, auf einen Standpunkt, auf dem wir Kommunisten nicht stehen können. Darum hat die Delegation der KPdSU(B) eine Abänderung vorgenommen, aus der ersichtlich ist, dass die kapitalistische Stabilisierung nicht fest ist und nicht fest sein kann, dass sie durch den Gang der Ereignisse, in Anbetracht der Verschärfung der Krise des Weltkapitalismus, zerrüttet wird und auch weiter zerrüttet werden wird.

Diese Frage, Genossen, ist für die Sektionen der Komintern von entscheidender Bedeutung. Ob die kapitalistische Stabilisierung zerrüttet wird oder sich festigt - davon hängt die ganze Einstellung der kommunistischen Parteien in ihrer tagtäglichen politischen Arbeit ab. Ob wir eine Periode des Niedergangs der revolutionären Bewegung, eine Periode einfacher Kräftenammlung durchmachen oder eine Periode, in der die Voraussetzungen eines neuen revolutionären Aufschwungs heranreifen, eine Periode der Vorbereitung der Arbeiterklasse zu den kommenden Klassenkämpfen - davon hängt die taktische Einstellung der kommunistischen Parteien ab. Die von der Delegation der KPdSU(B) vorgenommene Abänderung, die dann vom Kongress angenommen wurde, ist gerade deshalb gut, weil sie eine klare Einstellung auf die zweite Perspektive gibt, auf die Perspektive des Heranreifens der Voraussetzungen für einen neuen revolutionären Aufschwung.

Die zweite Frage - das ist die Frage des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. In den Thesen Bucharins war davon die Rede, dass der Kampf gegen die Sozialdemokratie eine der Hauptaufgaben der Sektionen der Komintern ist. Das ist natürlich richtig. Aber das ist ungenügend. Damit der Kampf gegen die Sozialdemokratie mit Erfolg geführt wird, ist es notwendig, die Frage auf den Kampf gegen den so genannten „linken“ Flügel der Sozialdemokratie zuzuspitzen, gegen denselben „linken“ Flügel, der mit „linken“ Phrasen spielt, mit ihrer Hilfe die Arbeiter geschickt betrügt und dadurch den Prozess der Abkehr der Arbeitermassen von der Sozialdemokratie hemmt. Es ist klar, dass die Überwindung der Sozialdemokratie überhaupt unmöglich ist, ohne die „linken“ Sozialdemokraten vernichtend

zu schlagen. Indessen wurde in den Thesen Bucharins die Frage der „linken“ Sozialdemokratie vollständig umgangen. Das ist natürlich ein großer Mangel. Deshalb musste die Delegation der KPdSU(B) eine entsprechende Abänderung an den Thesen Bucharins vornehmen, die dann vom Kongress auch angenommen wurde.

Die dritte Frage - das ist die Frage des Versöhnertums in den Sektionen der Komintern. In den Thesen Bucharins war die Rede von der Notwendigkeit, gegen die rechte Abweichung zu kämpfen, aber in ihnen war kein einziges Wort über den Kampf gegen das Versöhnertum gegenüber der rechten Abweichung zu finden. Das ist natürlich ein großer Mangel. Die Sache ist die: Wird der rechten Abweichung der Krieg erklärt, dann geben sich die rechten Abweichler gewöhnlich als Versöhner aus und bringen die Partei in eine schwierige Lage. Um diesem Manöver der rechten Abweichler vorzubeugen, ist es notwendig, die Frage des entschlossenen Kampfes gegen das Versöhnertum aufzuwerfen. Daher hat es die Delegation der KPdSU(B) für notwendig gehalten, an den Thesen Bucharins eine entsprechende Abänderung vorzunehmen, die dann vom Kongress auch angenommen wurde.

Die vierte Frage - das ist die Frage der Parteidisziplin. In den Thesen Bucharins wurde nicht erwähnt, dass die Wahrung einer eisernen Disziplin in den kommunistischen Parteien eine Notwendigkeit ist. Das ist ebenfalls ein nicht unwichtiger Mangel. Warum? Weil die rechten Abweichler zu einer Zeit, da der Kampf gegen die rechte Abweichung verstärkt wird, da die Losung der Säuberung der kommunistischen Parteien von opportunistischen Elementen durchgeführt wird, sich gewöhnlich zu einer Fraktion organisieren, ihre eigene Fraktionsdisziplin schaffen, die Disziplin der Partei aber brechen und zerstören. Um die Partei vor fraktionellen Ausfällen der rechten Abweichler zu schützen, ist es notwendig, die Frage der eisernen Parteidisziplin und der unbedingten Unterordnung der Parteimitglieder unter diese Disziplin aufzuwerfen. Ohne dies ist an einen ernsthaften Kampf gegen die rechte Abweichung gar nicht zu denken. Deshalb hat die Delegation der KPdSU(B) an den Thesen Bucharins eine entsprechende Abänderung vorgenommen, die dann vom VI. Kongress auch angenommen wurde.

Konnten wir darauf verzichten, diese Abänderungen an den Thesen Bucharins vorzunehmen? Es ist klar, dass wir das nicht konnten. Im Altertum sagte man von dem Philosophen Plato: Wir lieben Plato, die Wahrheit aber noch mehr. Dasselbe könnte man auch von Bucharin sagen: Wir lieben Bucharin, aber die Wahrheit, aber die Partei, aber die Komintern lieben wir noch mehr. Deshalb sah sich die Delegation der KPdSU(B) gezwungen, diese Abänderungen an den Thesen Bucharins vorzunehmen.

Das ist sozusagen die erste Etappe unserer Meinungsverschiedenheiten in den Fragen der Komintern.

Die zweite Etappe unserer Meinungsverschiedenheiten hängt mit der so genannten Sache Wittorf und Thälmann zusammen. Wittorf ist der frühere Sekretär der Hamburger Organisation, der der Veruntreuung von Parteigeldern beschuldigt wurde. Er wurde deswegen aus der Partei ausgeschlossen. Die Versöhner im ZK der deutschen Kommunistischen Partei nutzten die nahe Bekanntschaft Wittorf mit Genossen Thälmann aus - obwohl Genosse Thälmann nichts mit dem Verbrechen Wittorf zu tun hatte -, um die Sache Wittorf in eine Sache Thälmann zu verwandeln, und versuchten, die Führung der deutschen Kommunistischen Partei zu stürzen. Sie wissen wohl schon aus den Presseberichten, dass es den Versöhnern Ewert und Gerhart damals gelungen war, vorübergehend die Mehrheit des ZK der deutschen Kommunistischen Partei gegen Genossen Thälmann mit sich zu reißen. Und was geschah? Sie entfernten Thälmann von der Führung, beschuldigten ihn der Korruption und veröffentlichten eine „entsprechende“ Resolution ohne Wissen und Sanktion des Exekutivkomitees der Komintern.

Auf diese Weise ergab sich faktisch statt einer Durchführung der Direktive des VI. Kongresses der Komintern über den Kampf gegen das Versöhnertum, statt eines Kampfes gegen die rechte Abweichung und das Versöhnertum die größte Verletzung dieser Direktive,

ergab sich ein Kampf gegen die revolutionäre Führung der deutschen Kommunistischen Partei, ein Kampf gegen Genossen Thälmann, ein Kampf, der die Bemäntelung der rechten Abweichung und die Festigung des Versöhnertums in den Reihen der deutschen Kommunisten bezweckte.

Anstatt nun das Steuer herumzuwerfen und die Sache in Ordnung zu bringen, anstatt der verletzten Direktive des VI. Kongresses wieder Geltung zu verschaffen, die Versöhnler zurechtzuweisen, schlägt Bucharin in seinem bekannten Brief vor, den Handstreich der Versöhnler zu sanktionieren, die KPD den Versöhnlern auszuliefern und Genossen Thälmann aufs neue in der Presse zu diffamieren, indem man nochmals erklärt, er sei schuldig. Und das nennt sich „Führer“ der Komintern! Ja, gibt es denn in der Welt solche „Führer“?

Das ZK beriet über den Vorschlag Bucharins und lehnte ihn ab. Das hat natürlich Bucharin nicht gefallen. Aber wer ist denn da schuld? Die Beschlüsse des VI. Kongresses wurden nicht dazu angenommen, um sie zu verletzen, sondern um sie durchzuführen. Wenn der VI. Kongress beschlossen hat, der rechten Abweichung und dem Versöhnertum ihr gegenüber den Kampf anzusagen und dem Grundkern der deutschen Kommunistischen Partei mit Genossen Thälmann an der Spitze die Führung zu belassen, und wenn es den Versöhnlern Ewert und Gerhart einfiel, diesen Beschluss umzustoßen, so war es Bucharins Pflicht, die Versöhnler zurechtzuweisen, nicht aber ihnen die Führung der deutschen Kommunistischen Partei auszuliefern. Schuld ist Bucharin, der die Beschlüsse des VI. Kongresses „vergessen“ hat.

Die dritte Etappe unserer Meinungsverschiedenheiten hängt mit der Frage des Kampfes gegen die Rechten in der deutschen Kommunistischen Partei zusammen, mit der Frage der Zertrümmerung der Fraktion Brandlers und Thalheimers und des Ausschlusses der Führer dieser Fraktion aus der deutschen Kommunistischen Partei. Die „Position“ Bucharins und seiner Freunde bestand in dieser Kardinalfrage darin, dass sie die ganze Zeit auswichen, an der Entscheidung dieser Frage teilzunehmen. Faktisch ging es um das Schicksal der deutschen Kommunistischen Partei. Bucharin und seine Freunde aber, die das wussten, hintertrieben trotzdem die ganze Zeit diese Sache, indem sie systematisch auswichen, an den Sitzungen der entsprechenden Instanzen teilzunehmen. Weshalb? Wahrscheinlich, um „rein“ zu bleiben, sowohl vor der Komintern als auch vor den Rechten in der deutschen Kommunistischen Partei. Um nachher sagen zu können: „Nicht wir, die Bucharinleute, sondern sie, die Mehrheit des ZK, haben den Ausschluss Brandlers und Thalheimers aus der Kommunistischen Partei durchgesetzt.“ Und das nennt sich Kampf gegen die rechte Gefahr!

Schließlich die vierte Etappe unserer Meinungsverschiedenheiten. Sie hängt mit der vor dem Novemberplenium des ZK<sup>[4]</sup> erhobenen Forderung Bucharins zusammen, Neumann aus Deutschland abuberufen und Genossen Thälmann zurechtzuweisen, der angeblich in einer seiner Reden Kritik an dem Bericht Bucharins auf dem VI. Kongress geübt habe. Wir konnten uns natürlich mit Bucharin nicht einverstanden erklären, da wir keinerlei Dokumente in Händen hatten, die die Forderung Bucharins bekräftigt hätten. Bucharin versprach, Dokumente gegen Neumann und Thälmann vorzulegen. Er hat jedoch keinerlei Dokumente vorgelegt. An Stelle von Dokumenten versandte er an die Mitglieder der Delegation der KPdSU(B) die bekannte Rede von Humbert-Droz im Politischen Sekretariat des EKKI, dieselbe Rede, die nachher vom Präsidium des EKKI als eine opportunistische Rede qualifiziert wurde. Bucharin wollte dadurch, dass er die Rede von Humbert-Droz an die Mitglieder der Delegation der KPdSU(B) versandte und sie als Material gegen Thälmann empfahl, beweisen, dass seine Forderung, Neumann abuberufen und Genossen Thälmann zurechtzuweisen, richtig sei. In Wirklichkeit aber hat er dadurch bewiesen, dass er mit Humbert-Droz, dessen Position das EKKI als opportunistische Position ansieht, solidarisch ist. Das, Genossen, sind die Hauptpunkte unserer Meinungsverschiedenheiten in den Fragen der Komintern.

Bucharin glaubt, dass wir durch den Kampf gegen die rechte Abweichung und das Versöhnertum ihr gegenüber in den Sektionen der Komintern, durch die Säuberung der deutschen und der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei von sozialdemokratischen Elementen und Traditionen und durch den Ausschluss der Brandler und Thalheimer aus den kommunistischen Parteien die Komintern „zersetzen“, die Komintern „zugrunde richten“. Wir dagegen meinen, dass wir durch Befolgung einer solchen Politik und durch Zuspitzung der Frage auf den Kampf gegen die rechte Abweichung und das Versöhnertum ihr gegenüber die Komintern festigen, sie von Opportunisten säubern, ihre Sektionen bolschewisieren und den kommunistischen Parteien helfen, die Arbeiterklasse für die kommenden revolutionären Kämpfe vorzubereiten, denn die Partei wird dadurch gestärkt, dass sie sich von Unrat säubert. Sie sehen, dass das nicht einfach Schattierungen in den Reihen des ZK der KPdSU(B) sind, sondern ziemlich ernste Meinungsverschiedenheiten in den Grundfragen der Politik der Komintern.

#### IV

### DIE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN IN DEN FRAGEN DER INNEREN POLITIK

Ich sprach oben von den klassenmäßigen Veränderungen und vom Klassenkampf in unserem Lande. Ich sagte, dass die Bucharingruppe mit Blindheit geschlagen ist, dass sie diese Veränderungen nicht sieht und die neuen Aufgaben der Partei nicht versteht. Ich sagte, dass auf diesem Boden bei der Bucharinschen Opposition Ratlosigkeit, Angst vor den Schwierigkeiten und die Bereitschaft, vor ihnen zu kapitulieren, entstanden sind.

Man kann nicht sagen, dass diese Fehler der Bucharinleute vom Himmel gefallen sind. Im Gegenteil, sie stehen in Zusammenhang mit jener Entwicklungsphase, die wir bereits hinter uns haben und die die Periode der Wiederherstellung der Volkswirtschaft genannt wird, in der der Aufbau auf friedlichem Wege, sozusagen im Selbstlauf, vor sich ging, in der es jene klassenmäßigen Veränderungen noch nicht gab, die es jetzt gibt, in der es die Verschärfung des Klassenkampfes noch nicht gab, die wir jetzt beobachten.

Jetzt aber haben wir eine neue Entwicklungsphase, die sich von der alten Periode, von der Wiederherstellungsperiode, unterscheidet. Jetzt haben wir eine neue Periode des Aufbaus, die Periode der Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft auf der Basis des Sozialismus. Diese neue Periode ruft neue klassenmäßige Veränderungen, eine Verschärfung des Klassenkampfes hervor. Sie erfordert neue Kampfmethoden, eine Umgruppierung unserer Kräfte, die Verbesserung und Festigung aller unserer Organisationen.

Das Unglück der Bucharingruppe besteht ja gerade darin, dass sie in der Vergangenheit lebt, die charakteristischen Besonderheiten dieser neuen Periode nicht sieht und die Notwendigkeit neuer Kampfmethoden nicht begreift. Daher ihre Blindheit, ihre Ratlosigkeit, ihre panische Angst vor den Schwierigkeiten.

#### *a) Über den Klassenkampf*

Worin besteht die theoretische Grundlage dieser Blindheit und dieser Ratlosigkeit der Bucharingruppe?

Ich glaube, die theoretische Grundlage dieser Blindheit und Ratlosigkeit besteht darin, dass Bucharin falsch, unmarxistisch an die Frage des Klassenkampfes in unserem Lande herangeht. Ich meine damit die unmarxistische Theorie Bucharins vom Hineinwachsen des Kulakentums in den Sozialismus, sein Unverständnis für die Mechanik des Klassenkampfes unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats.

Hier wurde einige Male die bekannte Stelle über das Hineinwachsen des Kulakentums in den Sozialismus aus der Schrift Bucharins „Der Weg zum Sozialismus“ zitiert. Aber sie wurde

hier mit einigen Auslassungen zitiert. Gestatten Sie mir, sie vollständig zu zitieren. Das ist notwendig, Genossen, um aufzuzeigen, wie sehr Bucharin von der marxistischen Theorie des Klassenkampfes abgerückt ist.

Hören Sie:

„Das Hauptnetz unserer genossenschaftlichen Bauernorganisationen wird aus genossenschaftlichen Zellen bestehen, nicht von kulakischem, sondern von ‚werkätigem‘ Typus, aus Zellen, die in das System unserer allgemein-staatlichen Organe hineinwachsen und auf diesem Wege zu gliedern einer einheitlichen Kette der sozialistischen Wirtschaft werden. Andererseits werden die kulakischen Kooperativnester genauso durch die Banken usw. in dasselbe System hineinwachsen; aber sie werden bis zu einem gewissen Grade ein Fremdkörper sein, ähnlich wie zum Beispiel die Konzessionsunternehmen!“

Beim Zitieren dieser Stelle aus der Broschüre Bucharins haben einige Genossen aus irgendeinem Grunde den letzten Satz, den über die Konzessionäre, ausgelassen. Rosit nutzte dies aus, anscheinend weil er Bucharin helfen wollte, und machte hier den Zwischenruf, dass man Bucharin entstelle. Indes ist in dem ganzen Zitat der springende Punkt gerade der letzte Satz, der über die Konzessionäre. Denn wenn die Konzessionäre mit den Kulaken auf eine Stufe gestellt werden, die Kulaken aber in den Sozialismus hineinwachsen, was kommt dann dabei heraus? Es kommt dabei nur heraus, dass die Konzessionäre ebenfalls in den Sozialismus hineinwachsen, dass nicht nur die Kulaken, sondern auch die Konzessionäre in den Sozialismus hineinwachsen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Sehen Sie, was dabei herauskommt.

*Rosit.* Bei Bucharin heißt es „Fremdkörper“.

*Stalin.* Bei Bucharin heißt es nicht „Fremdkörper“, sondern „bis zu einem gewissen Grade ein Fremdkörper“. Die Kulaken und Konzessionäre sind also „bis zu einem gewissen Grade“ ein Fremdkörper im System des Sozialismus. Aber gerade darin besteht der Fehler Bucharins, dass die Kulaken und Konzessionäre, die zwar „bis zu einem gewissen Grade“ ein Fremdkörper sind, dennoch in den Sozialismus hineinwachsen.

Zu einem solchen Unsinn führt also die Theorie Bucharins.

Kapitalisten in Stadt und Land, Kulaken und Konzessionäre, die in den Sozialismus hineinwachsen - bis zu einer solchen Dummheit hat sich Bucharin verstiegen.

Nein, Genossen, einen solchen „Sozialismus“ brauchen wir nicht. Soll Bucharin ihn für sich behalten.

Bisher haben wir Marxisten-Leninisten gemeint, dass zwischen den Kapitalisten in Stadt und Land einerseits und der Arbeiterklasse andererseits ein unversöhnlicher Interessengegensatz besteht. Gerade darauf beruht ja die marxistische Theorie des Klassenkampfes. Jetzt aber wird, nach der Theorie Bucharins vom friedlichen Hineinwachsen der Kapitalisten in den Sozialismus, dies alles umgekrempelt, der unversöhnliche Gegensatz der Klasseninteressen der Ausbeuter und der Ausgebeuteten verschwindet, die Ausbeuter wachsen in den Sozialismus hinein.

*Rosit.* Das ist nicht richtig, die Diktatur des Proletariats wird vorausgesetzt.

*Stalin.* Aber die Diktatur des Proletariats ist die schärfste Form des Klassenkampfes.

*Rosit.* Das ist es ja gerade.

*Stalin.* Aber bei Bucharin ist es so, dass die Kapitalisten eben in diese Diktatur des Proletariats hineinwachsen. Wieso verstehen Sie das nicht, Rosit? Gegen wen soll man denn den Kampf führen, gegen wen soll man denn den Klassenkampf in seiner schärfsten Form führen, wenn die Kapitalisten in Stadt und Land in das System der Diktatur des Proletariats hineinwachsen?

Die Diktatur des Proletariats ist nötig, um einen unversöhnlichen Kampf gegen die kapitalistischen Elemente zu führen, um die Bourgeoisie zu unterdrücken und den Kapitalismus mit den Wurzeln auszureißen. Wenn aber die Kapitalisten in Stadt und Land,

wenn der Kulak und der Konzessionär in den Sozialismus hineinwachsen, ist da überhaupt noch eine Diktatur des Proletariats nötig, und wenn sie nötig ist, dann zur Unterdrückung welcher Klasse?

*Rosit.* Das ist es ja gerade, dass das Hineinwachsen bei Bucharin den Klassenkampf voraussetzt.

*Stalin.* Ich sehe, dass Rosit sich geschworen hat, Bucharin einen Dienst zu erweisen. Aber bei ihm wird daraus ein Bären dienst, denn indem er Bucharin retten will, richtet er ihn in Wirklichkeit ganz und gar zugrunde. Nicht umsonst heißt es, „ein dienstfertiger Bär ist schlimmer als ein Feind“. (Allgemeine Heiterkeit.)

Eins von beiden: Entweder besteht zwischen der Klasse der Kapitalisten und der Klasse der Arbeiter, die an die Macht gelangt sind und ihre Diktatur organisiert haben, ein unversöhnlicher Interessengegensatz, oder dieser Interessengegensatz besteht nicht, und dann bleibt nur eins übrig - die Harmonie der Klasseninteressen zu verkünden.

Eins von beiden:

Entweder die Marxsche Theorie des Klassenkampfes oder die Theorie des Hineinwachsens der Kapitalisten in den Sozialismus;

entweder unversöhnlicher Gegensatz der Klasseninteressen oder die Theorie der Harmonie der Klasseninteressen.

Man kann noch die „Sozialisten“ vorn Schlage Brentanos oder Sidney Webbs verstehen, die das Hineinwachsen des Sozialismus in den Kapitalismus und des Kapitalismus in den Sozialismus predigen, denn diese „Sozialisten“ sind tatsächlich Antisozialisten, bürgerliche Liberale. Aber man kann einen Menschen nicht verstehen, der Marxist sein will und zugleich die Theorie des Hineinwachsens der Kapitalistenklasse in den Sozialismus predigt.

Bucharin versuchte in seiner Rede, die Theorie des Hineinwachsens des Kulakentums in den Sozialismus durch den Hinweis auf ein bekanntes Lenin-Zitat zu bekräftigen. Dabei behauptet er, dass Lenin dasselbe sage wie Bucharin.

Das ist nicht richtig, Genossen. Das ist eine grobe und unstatthafte Verleumdung Lenins.

Hier der Text dieses Lenin-Zitats:

„Natürlich beruht die soziale Ordnung in unserer Sowjetrepublik auf der Zusammenarbeit zweier Klassen, der Arbeiter und der Bauern, zu der jetzt noch die ‚NÖP-Leute‘, d. h. die Bourgeoisie, unter gewissen Bedingungen zugelassen sind.“ (4. Ausgabe, Bd. 33, S. 444 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 1004].)

Sie sehen, dass hier kein einziges Wort vom Hineinwachsen der Kapitalistenklasse in den Sozialismus gesagt ist. Hier ist nur davon die Rede, dass wir zur Zusammenarbeit der Arbeiter und Bauern „unter gewissen Bedingungen“ auch die NÖP-Leute, das heißt die Bourgeoisie, „zugelassen“ haben.

Was bedeutet das? Bedeutet das, dass wir damit die Möglichkeit des Hineinwachsens der NÖP-Leute in den Sozialismus zugegeben haben? Natürlich nicht. So können nur Leute, die jede Scham verloren haben, das Lenin-Zitat auslegen. Das bedeutet nur, dass wir die Bourgeoisie jetzt nicht vernichten, dass wir ihr Eigentum jetzt nicht konfiszieren, sondern ihre Existenz unter gewissen Bedingungen zulassen, das heißt unter der Bedingung der unbedingten Unterwerfung unter die Gesetze der Diktatur des Proletariats, die zur ständigen Einschränkung der Kapitalisten und zu ihrer allmählichen Verdrängung aus dem volkswirtschaftlichen Leben führen.

Kann man die Kapitalisten verdrängen und die Wurzeln des Kapitalismus vernichten ohne erbitterten Klassenkampf? Nein, das kann man nicht.

Kann man mit der Theorie und Praxis des Hineinwachsens der Kapitalisten in den Sozialismus die Klassen aufheben? Nein, das kann man nicht. Mit einer solchen Theorie und einer solchen Praxis können die Klassen nur gehegt und verewigt werden, denn diese Theorie widerspricht der marxistischen Theorie des Klassenkampfes.

Das Lenin-Zitat dagegen beruht voll und ganz auf der marxistischen Theorie des Klassenkampfes unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats.

Was kann es Gemeinsames geben zwischen der Theorie Bucharins vom Hineinwachsen der Kulaken in den Sozialismus und der Theorie Lenins von der Diktatur als erbittertem Klassenkampf? Es ist klar, dass es hier nichts Gemeinsames gibt noch geben kann.

Bucharin meint, dass unter der Diktatur des Proletariats der Klassenkampf erlöschen und verschwinden muss, damit es zur Aufhebung der Klassen komme. Lenin jedoch lehrt im Gegenteil, dass die Klassen nur auf dem Wege eines hartnäckigen Klassenkampfes aufgehoben werden können, der unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats noch erbitterter wird, als er vor der Diktatur des Proletariats war.

„Die Aufhebung der Klassen“, sagt Lenin, „ist das Werk eines langwierigen, schweren, hartnäckigen Klassenkampfes, der nach dem Sturze der Macht des Kapitals, nach der Zerstörung des bürgerlichen Staates, nach der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats nicht verschwindet (wie sich das Flachköpfe vom alten Sozialismus und von der alten Sozialdemokratie einbilden), sondern nur seine Formen ändert und in vieler Hinsicht noch erbitterter wird.“ (4. Ausgabe, Bd. 29, S. 359 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 558].)

Das sagt Lenin über die Aufhebung der Klassen.

Aufhebung der Klassen auf dem Wege des erbitterten Klassenkampfes des Proletariats - das ist die Formel Lenins.

Aufhebung der Klassen auf dem Wege des Erlöschens des Klassenkampfes und des Hineinwachsens der Kapitalisten in den Sozialismus - das ist die Formel Bucharins.

Was kann es Gemeinsames geben zwischen diesen beiden Formeln?

Die Bucharinsche Theorie vom Hineinwachsen der Kulaken in den Sozialismus stellt somit eine Abkehr von der marxistisch-leninistischen Theorie des Klassenkampfes dar. Sie ist eine Annäherung an die Theorie des Kathedersozialismus<sup>[5]</sup>.

Das ist die Grundlage aller Fehler Bucharins und seiner Freunde.

Man könnte einwenden, dass es sich nicht lohne, die Bucharinsche Theorie vom Hineinwachsen der Kulaken in den Sozialismus lange zu erörtern, da sie ja schon an und für sich gegen Bucharin spricht - und nicht nur spricht, sondern geradezu schreit. Das ist nicht richtig, Genossen! Solange diese Theorie ein verborgenes Dasein führte, brauchte man ihr keine Aufmerksamkeit zu schenken: kommen doch in den Schreibereien verschiedener Genossen nicht wenig Dummheiten vor! Und in der Tat haben wir bis zur letzten Zeit dieser Theorie Bucharins keine Aufmerksamkeit geschenkt. Aber in der letzten Zeit hat sich die Situation geändert. Das kleinbürgerliche Element, das in den letzten Jahren um sich gegriffen hat, begann dieser antimarxistischen Theorie Leben einzuhauchen und verlieh ihr aktuellen Charakter. Jetzt kann man nicht mehr sagen, dass sie ein verborgenes Dasein führt. Jetzt erhebt diese seltsame Theorie Bucharins den Anspruch, zum Banner der rechten Abweichung in unserer Partei, zum Banner des Opportunismus zu werden. Deshalb können wir an dieser Theorie nicht mehr achtlos vorbeigehen. Deshalb sind wir verpflichtet, sie als eine falsche und schädliche Theorie zu zerschmettern, um unseren Parteigenossen den Kampf gegen die rechte Abweichung zu erleichtern.

#### *b) Über die Verschärfung des Klassenkampfes*

Der zweite Fehler Bucharins, der seinem ersten Fehler entspringt, besteht in dem falschen, in dem unmarxistischen Herangehen an die Frage der Verschärfung des Klassenkampfes, der Verstärkung des Widerstands der kapitalistischen Elemente gegen die sozialistische Politik der Sowjetmacht.

Worum handelt es sich hier? Etwa darum, dass die kapitalistischen Elemente schneller wachsen als der sozialistische Sektor unserer Wirtschaft und dass sie infolgedessen ihren Widerstand verstärken und den sozialistischen Aufbau untergraben? Nein, nicht darum. Überdies trifft es nicht zu, dass die kapitalistischen Elemente schneller wachsen als der sozialistische Sektor. Träfe das zu, so stünde der sozialistische Aufbau schon knapp vor dem Untergang.

Es handelt sich hier darum, dass der Sozialismus erfolgreich die kapitalistischen Elemente angreift, dass der Sozialismus schneller wächst als die kapitalistischen Elemente, dass die relative Bedeutung der kapitalistischen Elemente infolgedessen geringer wird, und eben weil die relative Bedeutung der kapitalistischen Elemente geringer wird, wittern die kapitalistischen Elemente die tödliche Gefahr und verstärken ihren Widerstand.

Vorläufig haben sie noch die Möglichkeit, ihren Widerstand zu verstärken, nicht nur, weil sie vom Weltkapitalismus unterstützt werden, sondern auch, weil, ungeachtet des Rückgangs ihrer relativen Bedeutung, ungeachtet der Verminderung ihres relativen Wachstums im Vergleich zum Wachstum des Sozialismus, ein absolutes Wachsen der kapitalistischen Elemente dennoch vor sich geht, und das gibt ihnen eine gewisse Möglichkeit, Kräfte zu sammeln, um sich dem Wachstum des Sozialismus zu widersetzen.

Gerade auf dieser Grundlage kommt es im gegenwärtigen Entwicklungsstadium, unter den gegenwärtigen Bedingungen des Kräfteverhältnisses, zu einer Verschärfung des Klassenkampfes und zu einer Verstärkung des Widerstands der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land.

Der Fehler Bucharins und seiner Freunde besteht darin, dass sie diese einfache und offenkundige Wahrheit nicht begreifen. Ihr Fehler besteht darin, dass sie an die Sache nicht wie Marxisten, sondern wie Spießbürger herangehen, da sie die Verschärfung des Klassenkampfes mit allerlei zu-fälligen Gründen zu erklären suchen: mit der „Untauglichkeit“ des Sowjetapparats, mit der „unvorsichtigen“ Politik der Genossen draußen im Lande, mit „mangelnder“ Beweglichkeit, mit „Überspitzungen“ usw. usf.

Hier ist zum Beispiel ein Zitat aus der Broschüre Bucharins „Der Weg zum Sozialismus“, das ein völlig unmarxistisches Herangehen an die Frage der Verschärfung des Klassenkampfes demonstriert:

„Bald hier, bald dort flammt der Klassenkampf im Dorfe in seinen früheren Erscheinungsformen auf, wobei diese Verschärfung gewöhnlich durch Kulakenelemente hervorgerufen wird. Wenn zum Beispiel Kulaken oder Leute, die sich auf Kosten anderer bereichern und sich in die Organe der Sowjetmacht eingeschlichen haben, auf Dorfkorrespondenten zu schießen beginnen, so ist das eine Äußerung des Klassenkampfes in der schärfsten Form.“ (Das ist nicht richtig, denn die schärfste Form des Kampfes ist der Aufstand. J. Stalin.) „Solche Fälle treten jedoch gewöhnlich dort ein, wo der örtliche Sowjetapparat noch schwach ist. Mit der Verbesserung dieses Apparats, mit der Festigung aller unteren Zellen der Sowjetmacht, mit der Verbesserung und Kräftigung der örtlichen Parteiorganisationen und Organisationen des Kommunistischen Jugendverbands im Dorfe werden Erscheinungen dieser Art, wie das völlig offensichtlich ist, immer seltener werden und schließlich restlos verschwinden.“

Es wäre demnach so, dass sich die Verschärfung des Klassenkampfes aus Ursachen erklärt, die im Apparat liegen, aus der Tauglichkeit oder Untauglichkeit, der Schwäche oder Stärke unserer unteren Organisationen.

Es wäre demnach zum Beispiel so, dass die Schädlingearbeit der bürgerlichen Intellektuellen in Schachty, die eine Form des Widerstands der bürgerlichen Elemente gegen die Sowjetmacht und eine Form der Verschärfung des Klassenkampfes ist, sich nicht aus dem Wechselverhältnis der Klassenkräfte, nicht aus dem Wachstum des Sozialismus, sondern aus der Untauglichkeit unseres Apparats erklärt.



Es wäre demnach so, dass unser Apparat gut war, solange die Schädlingsarbeit im Schachty-Rayon noch keine Massenerscheinung geworden war, nachher aber, in dem Augenblick, als die Schädlingsarbeit als Massenerscheinung einsetzte, der Apparat mit einemmal aus irgendeinem Grunde völlig untauglich wurde.

Es wäre demnach so, dass bis zum vorigen Jahr, als die Getreidebeschaffung im Selbstlauf vor sich ging und bei uns eine besondere Verschärfung des Klassenkampfes nicht zu verzeichnen war, unsere Ortsorganisationen gut oder sogar ideal waren, seit dem vorigen Jahr jedoch, als der Widerstand des Kulakentums besonders scharfe Formen annahm, unsere Organisationen mit einemmal schlecht und völlig untauglich geworden sind.

Das ist keine Erklärung, sondern ein Hohn auf eine Erklärung. Das ist keine Wissenschaft, sondern eine Afterwissenschaft.

Wodurch erklärt sich diese Verschärfung nun in Wirklichkeit? Durch zwei Ursachen.

Erstens durch unseren Vormarsch, unsere Offensive, durch das Wachstum der sozialistischen Wirtschaftsformen sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft, ein Wachstum, das von einer entsprechenden Verdrängung bestimmter Gruppen von Kapitalisten in Stadt und Land begleitet ist. Es ist so, dass wir nach der Formel Lenins „Wer - wen?“ leben: Werden wir sie, die Kapitalisten, auf die Schultern legen und ihnen, wie Lenin sich ausdrückte, die letzte entscheidende Schlacht liefern, oder werden sie uns auf die Schultern legen?

Zweitens dadurch, dass die kapitalistischen Elemente nicht freiwillig vom Schauplatz abtreten wollen: Sie widersetzen sich und werden sich dem Sozialismus widersetzen, denn sie sehen, dass ihre letzte Stunde naht. Vorläufig können sie sich noch widersetzen, da sie, obwohl ihre relative Bedeutung sinkt, absolut dennoch wachsen: Die Kleinbourgeoisie in Stadt und Land scheidet aus ihrer Mitte, wie Lenin sagte, täglich und stündlich kleine und größere Kapitalisten aus, und diese kapitalistischen Elemente wenden alle Mittel an, um ihre Existenz zu behaupten.

Noch niemals war es in der Geschichte der Fall, dass sterbende Klassen freiwillig vom Schauplatz abgetreten wären. Noch niemals war es in der Geschichte der Fall, dass die sterbende Bourgeoisie nicht all ihre noch verbliebene Kraft erprobt hätte, um ihre Existenz zu behaupten. Ob nun unser unterer Sowjetapparat gut oder schlecht ist, unser Vormarsch, unsere Offensive wird die kapitalistischen Elemente dezimieren und verdrängen, die sterbenden Klassen aber werden trotz allem Widerstand leisten.

Das ist die Grundlage der Verschärfung des Klassenkampfes in unserem Lande.

Der Fehler Bucharins und seiner Freunde besteht darin, dass sie das Wachstum des Widerstands der Kapitalisten mit dem Wachstum ihrer relativen Bedeutung identifizieren. Aber diese Identifizierung entbehrt jeder Grundlage. Sie entbehrt der Grundlage, denn wenn sie, die Kapitalisten, Widerstand leisten, so bedeutet das durchaus nicht, dass sie stärker geworden sind als wir. Die Dinge liegen gerade umgekehrt. Die untergehenden Klassen leisten nicht deshalb Widerstand, weil sie stärker geworden sind als wir, sondern weil der Sozialismus schneller wächst als sie und sie schwächer werden als wir. Und gerade weil sie schwächer werden, wittern sie, dass ihre letzte Stunde naht, und sind gezwungen, mit allen Kräften, mit allen Mitteln Widerstand zu leisten.

Darin liegt die Mechanik der Verschärfung des Klassenkampfes und des Widerstands der Kapitalisten im gegenwärtigen historischen Augenblick.

Worin muss die Politik der Partei angesichts dieser Sachlage bestehen?

Sie muss darin bestehen, die Arbeiterklasse und die ausgebeuteten Massen des Dorfes zu wecken, ihre Kampffähigkeit zu heben und ihre Bereitschaft zum Kampf gegen die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land, zum Kampf gegen die sich widersetzenen Klassenfeinde zu entwickeln.

Die marxistisch-leninistische Theorie des Klassenkampfes zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass sie die Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Feinde der Diktatur des Proletariats erleichtert.

Worin besteht die Schädlichkeit der Bucharinschen Theorie vom Hineinwachsen der Kapitalisten in den Sozialismus und der Bucharinschen Auffassung von der Frage der Verschärfung des Klassenkampfes?

Darin, dass sie die Arbeiterklasse einschläfert, die Kampfbereitschaft der revolutionären Kräfte unseres Landes untergräbt, die Arbeiterklasse demobilisiert und die Offensive der kapitalistischen Elemente gegen die Sowjetmacht erleichtert.

### *c) Über die Bauernschaft*

Der dritte Fehler Bucharins betrifft die Frage der Bauernschaft. Es ist bekannt, dass die Frage der Bauernschaft eine der wichtigsten Fragen in unserer Politik ist. Die Bauernschaft setzt sich unter unseren Verhältnissen aus verschiedenen sozialen Gruppierungen zusammen, und zwar: aus der Dorfarmut, den Mittelbauern und den Kulaken. Es ist klar, dass unsere Stellung zu diesen Gruppierungen nicht die gleiche sein kann. Die Dorfarmut als Stütze der Arbeiterklasse, der Mittelbauer als Verbündeter und der Kulak als Klassenfeind - das ist unsere Stellung zu diesen sozialen Gruppierungen. Das alles ist klar und allbekannt.

Bucharin jedoch betrachtet diese Dinge etwas anders. In der Charakteristik der Bauernschaft fällt bei ihm die Tatsache der Differenzierung der Bauernschaft fort, verschwindet die Tatsache, dass soziale Gruppierungen bestehen, und es bleibt nur ein grauer Fleck, Dorf genannt. Bei ihm ist der Kulak kein Kulak und der Mittelbauer kein Mittelbauer, sondern es gibt nur ein einziges Elend im Dorfe. So hat er es hier auch in seiner Rede gesagt: Kann denn unser Kulak ein Kulak genannt werden? Das ist ja ein Bettler, sagte er. Und unser Mittelbauer, ähnelt er denn einem Mittelbauern? - erklärte Bucharin hier. Das ist ja ein Bettler, der ein Hungerdasein führt. Es ist klar, dass eine solche Ansicht über die Bauernschaft eine von Grund aus falsche, mit dem Leninismus unvereinbare Ansicht ist.

Lenin sagte, dass die individuelle Bauernschaft die letzte kapitalistische Klasse ist. Ist diese These richtig? Ja, sie ist unbedingt richtig. Warum wird die individuelle Bauernschaft als die letzte kapitalistische Klasse qualifiziert? Weil von den zwei Grundklassen, aus denen unsere Gesellschaft besteht, die Bauernschaft diejenige Klasse ist, deren Wirtschaft auf dem Privateigentum und der kleinen Warenproduktion beruht. Weil die Bauernschaft, solange sie individuelle Bauernschaft bleibt, die eine kleine Warenproduktion betreibt, aus ihrer Mitte unausgesetzt und unablässig Kapitalisten ausscheidet und ausscheiden muss.

Dieser Umstand ist für uns von entscheidender Bedeutung in der Frage unserer marxistischen Stellung zum Problem des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft. Das bedeutet, dass wir nicht jedes beliebige Bündnis mit der Bauernschaft brauchen, sondern nur ein solches Bündnis, das auf dem Kampf gegen die kapitalistischen Elemente der Bauernschaft beruht.

Wie Sie sehen, widerspricht die These Lenins von der Bauernschaft als der letzten kapitalistischen Klasse nicht nur nicht der Idee des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, sondern bildet im Gegenteil die Grundlage dieses Bündnisses als eines Bündnisses der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Bauernschaft, das gegen die kapitalistischen Elemente überhaupt, gegen die kapitalistischen Elemente der Bauernschaft im Dorfe insbesondere gerichtet ist.

Lenin stellte diese These auf, um zu zeigen, dass das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft nur in dem Falle fest sein kann, wenn es auf dem Kampf gegen eben die kapitalistischen Elemente beruht, die die Bauernschaft aus ihrer Mitte ausscheidet. Der Fehler Bucharins besteht darin, dass er diese einfache Sache nicht versteht und nicht zugibt, er vergisst die sozialen Gruppierungen im Dorf, aus seinem Gesichtskreis verschwinden die Kulaken und die Dorfarmut, und es bleibt nur eine einzige mittelbäuerliche Masse.

Dieser Umstand stellt eine unzweifelhafte Abweichung Bucharins nach rechts dar im Gegensatz zu der „linken“, der trotzkistischen Abweichung, die im Dorfe außer der

Dorfarmut und den Kulaken keine anderen sozialen Gruppierungen sieht und aus deren Gesichtskreis die Mittelbauern verschwinden.

Worin besteht der Unterschied zwischen dem Trotzismus und der Bucharigruppe in der Frage des Bündnisses mit der Bauernschaft? Darin, dass sich der Trotzismus gegen die Politik des festen Bündnisses mit den Massen der Mittelbauernschaft ausspricht, die Bucharigruppe aber für jedes beliebige Bündnis mit der Bauernschaft überhaupt ist. Es ist unnötig, den Nachweis zu führen, dass beide Einstellungen falsch sind und eine der andern wert ist.

Der Leninismus ist unbedingt für ein festes Bündnis mit den Hauptmassen der Bauernschaft, für ein Bündnis mit den Mittelbauern, aber nicht für jedes beliebige Bündnis, sondern für ein solches Bündnis mit den Mittelbauern, das die führende Rolle der Arbeiterklasse gewährleistet, die Diktatur des Proletariats festigt und die Aufhebung der Klassen erleichtert.

„Unter Verständigung zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft“, sagt Lenin, „kann man alles mögliche verstehen. Wenn man außer acht lässt, dass die Verständigung vom Standpunkt der Arbeiterklasse nur dann zulässig, richtig und prinzipiell möglich ist, wenn sie die Diktatur der Arbeiterklasse unterstützt und eine der Maßnahmen ist, die auf die Aufhebung der Klassen abzielen, so bleibt die Formel von der Verständigung der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft natürlich eine Formel, die von allen Feinden der Sowjetmacht und allen Feinden der Diktatur in ihren Auffassungen auch vertreten wird.“ (4. Ausgabe, Bd. 32, S. 382, russ.)

Und weiter:

„Jetzt“, sagt Lenin, „hält das Proletariat die Staatsmacht in seinen Händen und leitet sie. Es leitet die Bauernschaft. Was bedeutet es, die Bauernschaft leiten? Das bedeutet erstens, eine Linie verfolgen, die auf die Aufhebung der Klassen gerichtet ist, und nicht eine Linie, bei der man sich auf den Kleinproduzenten orientiert. Wollten wir von dieser Linie, der fundamentalen und grundlegenden Linie, abgehen, dann würden wir aufhören, Sozialisten zu sein, und würden ins Lager der Kleinbürger, ins Lager der Sozialrevolutionäre und Menschewiki geraten, die jetzt die ärgsten Feinde des Proletariats sind.“ (Ebenda, S. 396, russ.)

Das ist der Standpunkt Lenins in der Frage des Bündnisses mit den Hauptmassen der Bauernschaft, des Bündnisses mit den Mittelbauern.

Der Fehler der Bucharigruppe in der Frage des Mittelbauern besteht darin, dass sie die Doppelnatur, die Doppelstellung des Mittelbauern zwischen der Arbeiterklasse und den Kapitalisten nicht sieht. „Der Mittelbauer ist eine schwankende Klasse“, sagte Lenin. Warum? Weil der Mittelbauer einerseits Werktätiger ist, was ihn der Arbeiterklasse näher bringt, andererseits aber Eigentümer, was ihn dem Kulaken näher bringt. Daher die Schwankungen des Mittelbauern. Und das ist nicht nur theoretisch richtig. Diese Schwankungen zeigen sich auch täglich und stündlich in der Praxis.

„Der Bauer als Werktätiger“, sagt Lenin, „neigt zum Sozialismus hin und zieht die Diktatur der Arbeiter der Diktatur der Bourgeoisie vor. Der Bauer als Getreideverkäufer neigt zur Bourgeoisie, zum freien Handel hin, d. h. zurück zum ‚gewohnten‘, alten, ‚von jeher bestehenden‘ Kapitalismus.“ (4. Ausgabe, Bd. 29, S. 359 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S.558].)

Darum kann das Bündnis mit dem Mittelbauern nur dann fest sein, wenn es gegen die kapitalistischen Elemente, gegen den Kapitalismus überhaupt gerichtet ist, wenn es die führende Rolle der Arbeiterklasse in diesem Bündnis gewährleistet, wenn es die Aufhebung der Klassen erleichtert.

Die Bucharigruppe vergisst diese klaren und einfachen Dinge.

*d) Über die NÖP und die Marktbeziehungen*

Der vierte Fehler Bucharins betrifft die Frage der NÖP (der Neuen Ökonomischen Politik). Der Fehler Bucharins besteht hier darin, dass er nicht sieht, dass die NÖP zwei Seiten hat, er sieht nur die eine Seite der NÖP. Als wir im Jahre 1921 die NÖP einführten, richteten wir ihre Spitze gegen den Kriegskommunismus, gegen ein Regime und eine Ordnung, die jegliche Freiheit des privaten Handels ausschließen. Wir waren und sind der Meinung, dass die NÖP eine gewisse Freiheit des privaten Handels bedeutet. Diese Seite der Sache hat sich Bucharin gemerkt. Das ist sehr gut.

Aber Bucharin irrt sich, wenn er annimmt, dass diese Seite der Sache die NÖP erschöpft. Bucharin vergisst, dass die NÖP noch eine andere Seite hat. Die Sache ist die, dass die NÖP durchaus nicht volle Freiheit des privaten Handels, freies Spiel der Preise auf dem Markt bedeutet. NÖP heißt Freiheit des privaten Handels in bestimmten Grenzen, in einem bestimmten Rahmen, bei Gewährleistung der regulierenden Rolle des Staates auf dem Markt. Darin gerade besteht die zweite Seite der NÖP. Dabei ist diese Seite der NÖP für uns von größerer Wichtigkeit als ihre erste Seite. Wir haben auf dem Markt kein freies Spiel der Preise, wie es gewöhnlich in den kapitalistischen Ländern der Fall ist. Wir bestimmen im Wesentlichen die Preise für das Getreide. Wir bestimmen die Preise für die Industriewaren. Wir bemühen uns, eine Politik der Senkung der Selbstkosten der Produktion und der Preisherabsetzung für die Industriewaren durchzuführen, und sind bestrebt, die Stabilität der Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft zu wahren. Ist es nicht klar, dass es solche besonderen und spezifischen Zustände auf dem Markt in den kapitalistischen Ländern nicht gibt?

Daraus folgt, dass, solange die NÖP besteht, ihre beiden Seiten gewahrt bleiben müssen: sowohl die erste Seite, die gegen das Regime des Kriegskommunismus gerichtet ist und die Gewährleistung einer gewissen Freiheit des privaten Handels bezweckt, als auch die zweite Seite, die gegen die volle Freiheit des privaten Handels gerichtet ist und die Gewährleistung der regulierenden Rolle des Staates auf dem Markt bezweckt. Man hebe eine dieser Seiten auf - und man wird keine Neue Ökonomische Politik mehr haben.

Bucharin meint, dass der NÖP nur von „links“ Gefahr drohen könne, von Seiten der Leute, die jede Freiheit des Handels beseitigen wollen. Das ist nicht richtig. Das ist der größte Fehler. Überdies ist diese Gefahr jetzt am wenigsten real, denn wir haben jetzt keine oder fast keine solchen Leute in unseren lokalen und zentralen Organisationen, die nicht die ganze Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Wahrung einer gewissen Freiheit des Handels verstünden.

Weitaus realer ist die Gefahr von rechts, die Gefahr von Seiten der Leute, die die regulierende Rolle des Staates auf dem Markt beseitigen möchten, die den Markt „von den Fesseln befreien“ und auf diese Weise eine Ära der vollen Freiheit des privaten Handels eröffnen möchten. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass diese Gefahr der Sprengung der NÖP von rechts jetzt weitaus realer ist.

Man darf nicht vergessen, dass das kleinbürgerliche Element gerade in dieser Richtung wirkt - in der Richtung der Sprengung der NÖP von rechts. Man muss auch dessen eingedenk sein, dass die Kulaken und die wohlhabenden Elemente, die Spekulanten und Aufkäufer mit ihrem Gezeter, dem nicht selten viele unserer Genossen Gehör schenken, die NÖP gerade von dieser Seite her bombardieren. Die Tatsache, dass Bucharin diese zweite, tatsächlich reale Gefahr der Sprengung der NÖP nicht sieht - diese Tatsache spricht unzweifelhaft dafür, dass er dem Druck des kleinbürgerlichen Elements erlegen ist.

Bucharin schlägt eine „Normalisierung“ des Marktes vor und ein „Manövrieren“ mit den Beschaffungspreisen für Getreide nach Gebieten, das heißt eine Erhöhung der Getreidepreise.

Was bedeutet das? Das bedeutet, dass ihn die sowjetischen Marktbedingungen nicht befriedigen, er will die regulierende Rolle des Staates auf dem Markt auf ein Nichts reduzieren und schlägt vor, dem kleinbürgerlichen Element, das die NÖP von rechts zu sprengen sucht, Konzessionen zu machen.

Nehmen wir für einen Augenblick an, wir wären den Ratschlägen Bucharins gefolgt. Was würde sich daraus ergeben? Wir erhöhen die Getreidepreise, sagen wir im Herbst, zu Beginn der Beschaffungsperiode. Da sich aber auf dem Markt immer Leute finden, allerlei Spekulanten und Aufkäufer, die für das Getreide das Dreifache zahlen können, und da wir mit den Spekulanten nicht Schritt halten können, weil sie im ganzen nur etwa zehn Millionen Pud kaufen, während wir Hunderte von Millionen Pud kaufen müssen, so werden die Getreidebesitzer auch weiterhin das Getreide zurückhalten, um eine weitere Erhöhung der Preise abzuwarten. Folglich werden wir im Frühjahr, wenn der Hauptbedarf des Staates an Getreide vornehmlich einsetzt, den Getreidepreis erneut erhöhen müssen. Was bedeutet es aber, den Getreidepreis im Frühjahr zu erhöhen? Das bedeutet, die Dorfarmut und die unbemittelten Schichten des Dorfes schwer zu schädigen, die selbst gezwungen sind, im Frühjahr Getreide zuzukaufen, teilweise als Saatgut, teilweise für den Konsum, dasselbe Getreide, das sie im Herbst zu niedrigeren Preisen verkauft haben. Können wir durch diese Operationen irgendein bedeutendes Ergebnis im Sinne der Erlangung einer genügenden Getreidemenge erzielen? Aller Wahrscheinlichkeit nach nicht, da sich stets Spekulanten und Aufkäufer finden werden, die immer wieder für dasselbe Getreide das Doppelte und Dreifache zahlen können. Also müssten wir zu einer neuen Erhöhung der Getreidepreise bereit sein, in dem vergeblichen Bemühen, die Spekulanten und Aufkäufer zu überbieten.

Daraus aber folgt, dass wir, wenn wir einmal den Weg der Erhöhung der Getreidepreise beschritten haben, auch weiterhin abwärts gleiten müssen, ohne eine Garantie zu haben, dass wir die nötige Getreidemenge erhalten werden.

Damit ist aber die Sache nicht zu Ende:

Erstens, wenn wir die Beschaffungspreise für Getreide erhöhen, werden wir nachher auch die Preise für die von der Landwirtschaft erzeugten Rohstoffe erhöhen müssen, um eine bestimmte Proportion in den Preisen aller Erzeugnisse der Landwirtschaft zu wahren.

Zweitens, wenn wir die Beschaffungspreise für Getreide erhöhen, werden wir in den Städten den niedrigen Brotpreis im Einzelhandel nicht aufrechterhalten können - also werden wir auch die Verkaufspreise für Brot erhöhen müssen. Da wir aber die Arbeiter nicht benachteiligen können und dürfen - werden wir in beschleunigtem Tempo die Löhne erhöhen müssen. Das aber muss notgedrungen zur Folge haben, dass auch die Preise für Industriewaren erhöht werden, denn andernfalls kann es, entgegen den Interessen der Industrialisierung, dazu kommen, dass die Mittel aus der Stadt aufs Land hinübergepumpt werden.

Infolgedessen werden wir die Preise für Industriewaren und landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht auf der Grundlage sinkender oder zumindest stabilisierter Preise auszugleichen haben, sondern auf der Grundlage steigender Preise, sowohl für Getreide als auch für Industriewaren. Mit anderen Worten, wir werden einen Kurs auf Verteuerung der Industriewaren und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse einschlagen müssen.

Es ist nicht schwer zu verstehen, dass ein solches „Manövrieren“ mit den Preisen notgedrungen zu einer vollständigen Liquidierung der Preispolitik der Sowjetmacht, zur Beseitigung der regulierenden Rolle des Staates auf dem Markt und zur völligen Entfesselung des kleinbürgerlichen Elements führen muss.

Für wen wird das von Vorteil sein?

Nur für die wohlhabenden Schichten in Stadt und Land, da die teuren Industriewaren und landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowohl für die Arbeiterklasse als auch für die Dorfarmut und die unbemittelten Schichten des Dorfes unerschwinglich werden müssen. Gewinnen werden die Kulaken und Wohlhabenden, die NÖP-Leute und andere vermögende Klassen.

Das wird ebenfalls ein Zusammenschluss sein, aber ein Zusammenschluss eigener Art, ein Zusammenschluss mit den reichen Schichten in Stadt und Land. Die Arbeiter und die unbemittelten Schichten des Dorfes werden uns mit vollem Recht fragen, was für eine Macht wir eigentlich sind, eine Arbeiter- und Bauernmacht oder eine Macht der Kulaken und NÖP-Leute?

Bruch mit der Arbeiterklasse und den unbemittelten Schichten des Dorfes, Zusammenschluss mit den reichen Schichten in Stadt und Land - dazu müssen die Bucharinsche „Normalisierung“ des Marktes und das „Manövrieren“ mit den Getreidepreisen nach Gebieten führen.

Es ist klar, dass die Partei diesen verderblichen Weg nicht betreten kann.

Wie sehr sich bei Bucharin alle Begriffe von der NÖP verwirrt haben und wie sehr er in den Bann des kleinbürgerlichen Elements geraten ist, geht unter anderem aus dem mehr als ablehnenden Verhalten hervor, das er gegenüber der Frage der neuen Formen des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land, zwischen Staat und Bauernschaft an den Tag legt. Er ist empört und zetert dagegen, dass der Staat zum Warenlieferanten für die Bauernschaft geworden ist, die Bauernschaft aber zum Getreidelieferanten für den Staat wird. Er hält das für eine Verletzung aller Regeln der NÖP, beinahe für eine Sprengung der NOP. Es fragt sich: Warum, aus welchem Grunde?

Was kann Schlechtes daran sein, dass der Staat, die staatliche Industrie der Warenlieferant für die Bauernschaft ist, ohne Zwischenhändler, die Bauernschaft dagegen der Getreidelieferant für die Industrie, für den Staat ist, ebenfalls ohne Zwischenhändler?

Was kann vom Standpunkt des Marxismus und der marxistischen Politik Schlechtes daran sein, dass die Bauernschaft schon zum Lieferanten von Baumwolle, Rüben, Flachs für den Bedarf der staatlichen Industrie geworden ist, die staatliche Industrie aber zum Lieferanten von städtischen Waren, Saatgut und Produktionsinstrumenten für diese Zweige der Landwirtschaft?

Die Methode der Kontrahierung ist hier die Hauptmethode zur Herstellung dieser neuen Formen des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land. Aber widerspricht denn die Methode der Kontrahierung den Forderungen der NÖP?

Was kann Schlechtes daran sein, dass die Bauernschaft dank derselben Methode der Kontrahierung zum Lieferanten des Staates wird, und zwar auch für Getreide, und nicht nur für Baumwolle, Rüben, Flachs?

Warum kann der Handel in kleinen Parteien, der Kleinhandel, Warenumsatz genannt werden, während der Handel in großen Parteien, nach vorher abgeschlossenen Verträgen (Kontrahierung) über Preise und Qualität der Ware, nicht als Warenumsatz angesehen werden kann?

Ist es denn so schwer zu begreifen, dass diese neuen Massenformen des Warenumsatzes nach der Methode der Kontrahierung zwischen Stadt und Land gerade auf der Grundlage der NÖP entstanden sind, dass sie von Seiten unserer Organisationen einen großen Schritt vorwärts im Sinne der Verstärkung der planmäßigen, sozialistischen Leitung der Volkswirtschaft bedeuten? Bucharin hat es verlernt, diese klaren und einfachen Dinge zu begreifen.

#### *e) Über den so genannten „Tribut“*

Der fünfte Fehler Bucharins (ich spreche von seinen Hauptfehlern) besteht in der opportunistischen Entstellung der Parteilinie in der Frage der „Schere“ zwischen Stadt und Land, in der Frage des so genannten „Tributs“.

Worum handelt es sich in der bekannten Resolution der gemeinsamen Sitzung des Politbüros und des Präsidiums der ZKK (Februar 1929) zur Frage der „Schere“? Es handelt sich in der Resolution darum, dass die Bauernschaft außer den üblichen Steuern, die sie dem Staat zahlt, den direkten und indirekten, noch eine Art Mehrsteuer leistet in der Form, dass sie die

Industriewaren überbezahlt, durch die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aber unterbezahlt wird.

Stimmt es, dass es diese von der Bauernschaft zu leistende Mehrwertsteuer wirklich gibt? Ja, das stimmt. Wie bezeichnen wir sie außerdem noch? Wir bezeichnen sie außerdem noch als „Schere“, als „Hinüberpumpen“ von Mitteln aus der Landwirtschaft in die Industrie zwecks schneller Entwicklung unserer Industrie.

Ist dieses „Hinüberpumpen“ nötig? Es gibt bei uns keine Meinungsverschiedenheiten darüber, dass dieses „Hinüberpumpen“ als zeitweilige Maßnahme nötig ist, wenn wir das schnelle Entwicklungstempo der Industrie wirklich aufrechterhalten wollen. Das schnelle Wachstum der Industrie aber müssen wir um jeden Preis weiterhin gewährleisten, denn es ist nicht nur für die Industrie selbst erforderlich, sondern vor allem für die Landwirtschaft, für die Bauernschaft, die jetzt am dringendsten Traktoren, landwirtschaftliche Maschinen, Kunstdünger braucht.

Können wir diese Mehrwertsteuer jetzt abschaffen? Leider können wir das nicht. Wir müssen sie so bald wie möglich abschaffen, in den nächsten Jahren. Aber wir können sie nicht jetzt abschaffen.

Somit stellt diese Mehrwertsteuer, die wir auf Grund der „Schere“ erhalten, „eine Art Tribut“ dar. Keinen Tribut, sondern „eine Art Tribut“. Das ist „eine Art Tribut“ für unsere Rückständigkeit. Diese Mehrwertsteuer ist nötig, um die Entwicklung der Industrie voranzutreiben und mit unserer Rückständigkeit Schluss zu machen.

Bedeutet das nicht, dass wir die Bauernschaft ausbeuten, indem wir diese zusätzliche Steuer erheben? Nein, das bedeutet es nicht. Das Wesen der Sowjetmacht schließt jede wie immer geartete Ausbeutung der Bauernschaft durch den Staat aus. In den Reden unserer Genossen auf dem Juli-Plenum<sup>[6]</sup> wurde eindeutig gesagt, dass unter den Verhältnissen der Sowjetordnung eine Ausbeutung der Bauernschaft durch den sozialistischen Staat ausgeschlossen ist, denn das ununterbrochene Wachstum des Wohlstands der werktätigen Bauernschaft ist ein Entwicklungsgesetz der Sowjetgesellschaft, das aber schließt jede Möglichkeit einer Ausbeutung der Bauernschaft aus.

Ist diese zusätzliche Steuer für die Bauernschaft tragbar? Ja, sie ist tragbar. Warum?

Erstens, weil die Erhebung dieser zusätzlichen Steuer unter den Bedingungen einer ständigen Verbesserung der materiellen Lage der Bauernschaft vor sich geht.

Zweitens, weil der Bauer seine persönliche Wirtschaft hat, deren Erträge es ihm ermöglichen, die zusätzliche Steuer zu zahlen, was man vom Arbeiter, der keine persönliche Wirtschaft hat und der ungeachtet dessen seine ganze Kraft für das Werk der Industrialisierung hergibt, nicht sagen kann.

Drittens, weil der Betrag der zusätzlichen Steuer sich von Jahr zu Jahr verringert.

Ist es richtig, wenn wir diese zusätzliche Steuer als „eine Art Tribut“ bezeichnen? Das ist unbedingt richtig. Durch diese Bezeichnung werden unsere Genossen ständig daran erinnert, dass die zusätzliche Steuer etwas höchst Unangenehmes ist, dass sie unerwünscht ist und nicht auf lange Zeit beibehalten werden darf. Wenn wir die zusätzliche Besteuerung der Bauernschaft so bezeichnen, wollen wir damit ausdrücken, dass wir diese zusätzliche Steuer nicht auf eigenen Wunsch, sondern der Not gehorchend, erheben, dass wir Bolschewiki alle Maßnahmen ergreifen müssen, um sie so schnell wie möglich, so bald wie möglich abzuschaffen.

Darin besteht das Wesen der Frage der „Schere“, des „Hinüberpumpens“, der „Mehrwertsteuer“, das Wesen dessen, was in den oben erwähnten Dokumenten als „eine Art Tribut“ bezeichnet wird.

Bucharin, Rykow und Tomski machten anfangs den Versuch, an dem Wort „Tribut“ herumzunörgeln, und begannen, die Partei einer Politik der militärisch-feudalen Ausbeutung der Bauernschaft zu beschuldigen. Jetzt sehen aber sogar Blinde, dass das ein unredlicher Versuch der Bucharinleute war, unsere Partei auf das Größte zu verleumden. Jetzt

sind sogar sie selbst gezwungen, stillschweigend zuzugeben, dass sie sich mit dem Geschwätz von militärisch-feudaler Ausbeutung schändlich blamiert haben.

Denn eins von beiden:

Entweder die Bucharinleute erkennen an, dass die „Schere“ und das „Hinüberpumpen“ von Mitteln aus der Landwirtschaft in die Industrie gegenwärtig eine zwingende Notwendigkeit ist - und dann müssen sie den verleumderischen Charakter ihrer Beschuldigungen anerkennen, müssen anerkennen, dass die Partei völlig im Recht ist;

oder sie bestreiten, dass die „Schere“ und das „Hinüberpumpen“ gegenwärtig eine zwingende Notwendigkeit ist, dann aber sollen sie es geradeheraus sagen, damit die Partei sie in die Kategorie der Gegner der Industrialisierung unseres Landes einreihen kann.

Ich könnte mich jedenfalls auf eine Reihe von Reden Bucharins, Rykows und Tomskis berufen, in denen sie ohne Vorbehalte anerkennen, dass die „Schere“, dass das „Hinüberpumpen“ von Mitteln aus der Landwirtschaft in die Industrie gegenwärtig eine zwingende Notwendigkeit ist. Das aber ist eben die Anerkennung der Formel „eine Art Tribut“.

Wie denn nun, stehen sie auch jetzt noch auf dem Standpunkt des „Hinüberpumpens“, auf dem Standpunkt der Beibehaltung der „Schere“ oder nicht? Mögen sie das doch geradeheraus sagen.

*Bucharin.* Ein Hinüberpumpen ist nötig, aber „Tribut“ ist ein ungeschicktes Wort. (Allgemeine Heiterkeit.)

*Stalin.* Folglich haben wir über das Wesen der Frage keine Meinungsverschiedenheiten, folglich ist das „Hinüberpumpen“ von Mitteln aus der Landwirtschaft in die Industrie, die so genannte „Schere“, die zusätzliche Steuer, „eine Art Tribut“ gegenwärtig ein notwendiges, aber ein zeitweiliges Mittel zur Industrialisierung des Landes.

Sehr gut. Worum geht es dann aber, wozu das Geschrei? Gefällt ihnen das Wort „Tribut“ oder „eine Art Tribut“ nicht, da sie diesen Ausdruck für ungebräuchlich in der marxistischen Literatur halten?

Nun denn, unterhalten wir uns über das Wort „Tribut“.

Ich behaupte, Genossen, dass dieses Wort in unserer marxistischen Literatur, zum Beispiel in den Artikeln des Genossen Lenin, schon lange Bürgerrecht erhalten hat. Das mag diesen oder jenen, der Lenin nicht liest, in Erstaunen setzen, aber es ist eine Tatsache, Genossen. Bucharin ereiferte sich hier mächtig und behauptete, dass in der marxistischen Literatur das Wort „Tribut“ nicht geduldet werden dürfe. Er empörte sich und wunderte sich darüber, dass das ZK der Partei und Marxisten überhaupt sich erlauben, das Wort „Tribut“ zu gebrauchen. Aber was ist daran Verwunderliches, wenn erwiesen ist, dass dieses Wort schon lange in den Artikeln eines solchen Marxisten wie des Genossen Lenin Bürgerrecht erhalten hat? Oder vielleicht genügt Lenin nicht den Anforderungen, die Bucharin an einen Marxisten stellt? Nun denn, wer te Genossen, sagen Sie es geradeheraus.

Nehmen Sie zum Beispiel den Artikel eines solchen Marxisten wie Lenin „Über ‚linke‘ Kindereien und über Kleinbürgerlichkeit“ (Mai 1918), und lesen Sie dort folgende Stelle:

„Der Kleinbürger, der seine paar Tausender aufbewahrt, ist ein Feind des Staatskapitalismus, und diese Tausender will er unbedingt für sich und gegen die arme Bevölkerung, gegen jede allgemeine staatliche Kontrolle realisieren; die Summe der Tausender ergibt aber eine Basis von vielen Milliarden für die Spekulation, die unseren sozialistischen Aufbau untergräbt. Angenommen, dass eine bestimmte Zahl von Arbeitern im Laufe von einigen Tagen eine Summe von Werten produziert, die man gleich 1000 setzen kann. Nehmen wir ferner an, dass bei uns 200 von dieser Summe verloren geht infolge kleiner Spekulation, von allerhand Veruntreuungen und Umgehung der Verordnungen und Bestimmungen der Sowjetmacht durch den Kleineigentümer. Jeder klassenbewusste Arbeiter wird sagen: Hätte ich von den Tausend 300 geben können, damit größere Ordnung und Organisation geschaffen wird, so würde ich gern 300 statt 200 geben, denn diesen ‚Tribut‘ später zu verringern, sagen wir bis



auf 100 oder 50, wird unter der Sowjetmacht ein leichtes sein, sobald Ordnung und Organisation herrschen, sobald der Widerstand gegen jedes Staatsmonopol seitens der Kleineigentümer endgültig gebrochen ist.“ (4. Ausgabe, Bd. 27, S. 305, russ.)

Das ist wohl klar. Sollte man nicht Genossen Lenin auf Grund dessen zu einem Anhänger der Politik der militärisch-feudalen Ausbeutung der Arbeiterklasse erklären? Versuchen Sie's, werte Genossen!

*Zuruf.* Trotzdem wurde gegenüber dem Mittelbauern nie der Begriff „Tribut“ angewandt.

*Stalin.* Glauben Sie denn, dass der Mittelbauer der Partei näher stehe als die Arbeiterklasse? Sie sind mir der richtige Marxist. (Allgemeine Heiterkeit.) Wenn man hinsichtlich der Arbeiterklasse von „Tribut“ sprechen kann, hinsichtlich der Arbeiterklasse, deren Partei wir sind, warum kann man nicht dasselbe hinsichtlich des Mittelbauern sagen, der doch nur unser Verbündeter ist?

Manche Nörgler mögen denken, das Wort „Tribut“ in dem Artikel „Über ‚linke Kindereien‘“ sei ein Schnitzer, ein zufälliger Schnitzer des Genossen Lenin. Eine Nachprüfung ergibt jedoch, dass der Argwohn der Nörgler jeder Grundlage entbehrt. Nehmen Sie einen anderen Artikel des Genossen Lenin, den Artikel, vielmehr die Broschüre „Über die Naturalsteuer“ (April 1921), und lesen Sie dort die Seite 324 (Bd. XXVI, S.324). Sie werden sehen, dass Genosse Lenin das soeben angeführte Zitat über den „Tribut“ dort wörtlich wiederholt. Nehmen Sie schließlich den Artikel des Genossen Lenin „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ (Bd. XXII, S. 448, März-April 1918), und Sie werden sehen, dass Lenin auch hier von Tribut (schon ohne Anführungszeichen) spricht, von „dem Tribut, den wir für unsere Rückständigkeit bei der Organisierung der allgemeinen Rechnungsführung und Kontrolle von unten zahlen“.

Es ergibt sich, dass das Wort „Tribut“ in Lenins Artikeln durchaus kein zufälliges Element ist. Dieses Wort gebraucht Genosse Lenin, um den zeitweiligen Charakter des „Tributs“ zu unterstreichen, um die Energie der Bolschewiki zu steigern und darauf zu lenken, so schnell wie möglich eben diesen „Tribut“ zu liquidieren, der von der Arbeiterklasse für unsere Rückständigkeit, für unsere „Unzulänglichkeiten“ gezahlt wird.

Es ergibt sich, dass ich mich mit dem Ausdruck „eine Art Tribut“ in recht guter marxistischer Gesellschaft befinde, in der Gesellschaft des Genossen Lenin.

Bucharin sagte hier, Marxisten dürften das Wort „Tribut“ in ihrer Literatur nicht dulden. Von was für Marxisten sprach er? Wenn er solche, mit Verlaub zu sagen, Marxisten meinte wie Sleprow, Marezki, Petrowski, Rosit und andere, die eher Liberalen gleichen als Marxisten, so ist Bucharins Empörung durchaus verständlich. Wenn er hingegen wirkliche Marxisten meint wie zum Beispiel Genossen Lenin, so muss man anerkennen, dass das Wort „Tribut“ unter ihnen schon lange Bürgerrecht erhalten hat, dass aber Bucharin, der mit Lenins Werken wenig vertraut ist, hier völlig daneben getroffen hat.

Aber die Frage des „Tributs“ ist damit nicht erschöpft. Die Sache ist die, dass Bucharin und seine Freunde nicht zufällig an dem Wort „Tribut“ herumnörgelten und von einer Politik der militärisch-feudalen Ausbeutung der Bauernschaft schwätzten. Zweifellos wollten sie mit ihrem Geschrei über militärisch-feudale Ausbeutung ihre äußerste Unzufriedenheit mit der Politik unserer Partei gegenüber dem Kulakentum, die von unseren Organisationen verwirklicht wird, zum Ausdruck bringen. Unzufriedenheit mit der Leninschen Politik der Partei hinsichtlich der Führung der Bauernschaft, Unzufriedenheit mit unserer Politik der Getreidebeschaffung, Unzufriedenheit mit unserer Politik, aus allen Kräften die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften zu entwickeln, und schließlich der Wunsch, den Markt „von den Fesseln zu befreien“ und dem privaten Handel volle Freiheit zu gewähren - all das fand seinen Ausdruck in Bucharins Gezeter über eine Politik der militärisch-feudalen Ausbeutung der Bauernschaft.

Ich kenne in der Geschichte unserer Partei kein zweites Beispiel dafür, dass die Partei einer Politik der militärisch-feudalen Ausbeutung beschuldigt worden wäre. Diese Waffe gegen die

Partei stammt nicht aus dem Arsenal von Marxisten. Woher stammt sie aber? Aus dem Arsenal des Kadettenführers Miljukow. Wenn die Kadetten die Arbeiterklasse mit der Bauernschaft entzweien wollen, sagen sie gewöhnlich: Ihr Herren Bolschewiki baut den Sozialismus auf den Knochen der Bauernschaft. Mit seinem Geschrei über den „Tribut“ stimmt Bucharin in die Leier der Herren Miljukow ein, gesellt er sich zu den Feinden des Volkes.

*f) Über das Entwicklungstempo der Industrie  
und die neuen Formen des Zusammenschlusses*

Schließlich die Frage des Entwicklungstempos der Industrie und der neuen Formen des Zusammenschlusses zwischen Stadt und Land. Diese Frage ist eine der wichtigsten Fragen unserer Meinungsverschiedenheiten. Wichtig ist diese Frage aus dem Grunde, weil in ihr alle Fäden unserer praktischen Meinungsverschiedenheiten in den Fragen der Wirtschaftspolitik der Partei zusammenlaufen.

Was heißt neue Formen des Zusammenschlusses, was bedeutet das vom Standpunkt unserer Wirtschaftspolitik?

Das bedeutet vor allem, dass wir neben den alten Formen des Zusammenschlusses zwischen Stadt und Land, da die Industrie hauptsächlich die persönlichen Bedürfnisse des Bauern befriedigte (Schuhwerk, Kattun, überhaupt Textilwaren usw.), noch neue Formen des Zusammenschlusses brauchen, da die Industrie die Produktionsbedürfnisse der Bauernwirtschaft (landwirtschaftliche Maschinen, Traktoren, verbessertes Saatgut, Kunstdünger usw.) befriedigen wird.

Haben wir früher hauptsächlich die persönlichen Bedürfnisse des Bauern befriedigt und die Produktionsbedürfnisse seiner Wirtschaft nur wenig berücksichtigt, so müssen wir uns jetzt, während wir fortfahren, die persönlichen Bedürfnisse des Bauern zu befriedigen, mit aller Kraft auf die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen, Traktoren, Kunstdünger usw. verlegen, die in direktem Zusammenhang mit der Rekonstruktion der landwirtschaftlichen Produktion auf neuer technischer Grundlage stehen.

Solange es um die Wiederherstellung der Landwirtschaft und die Bestellung der früheren gutsherrlichen und kulakischen Ländereien durch die Bauern ging, konnten wir uns mit den alten Formen des Zusammenschlusses begnügen. Jetzt aber, da es um die Rekonstruktion der Landwirtschaft geht, genügt das schon nicht mehr. Jetzt muss man weitergehen und der Bauernschaft helfen, die landwirtschaftliche Produktion auf der Grundlage der neuen Technik und der kollektiven Arbeit umzustellen.

Das bedeutet zweitens, dass wir zugleich mit der Neuausrüstung unserer Industrie auch eine ernsthafte Neuausrüstung der Landwirtschaft in Angriff nehmen müssen. Wir rüsten unsere Industrie neu aus und haben sie zum Teil bereits neu ausgerüstet, indem wir für sie eine neue technische Basis schaffen, indem wir sie mit neuen, besseren Maschinen, mit neuen, besseren Kadern versorgen. Wir bauen neue Werke und Fabriken, wir rekonstruieren und erweitern die alten, wir entwickeln die Hüttenindustrie, die chemische Industrie, den Maschinenbau. Auf dieser Grundlage wachsen die Städte, mehren sich die neuen Industrieorte, erweitern sich die alten. Auf dieser Basis wächst die Nachfrage nach Lebensmitteln, nach Rohstoffen für die Industrie. Die Landwirtschaft aber bleibt bei den alten Geräten, bei den alten, großväterlichen Methoden der Bodenbearbeitung, bei der alten, primitiven, jetzt schon untauglichen oder fast untauglichen Technik, bei den alten, kleinbäuerlichen individuellen Wirtschafts- und Arbeitsformen.

Was bedeutet zum Beispiel die Tatsache, dass es vor der Revolution bei uns ungefähr 16 Millionen Bauernhöfe gab, während es jetzt nicht weniger als 25 Millionen sind? Wovon zeugt das, wenn nicht davon, dass die Bewirtschaftung des Bodens einen immer mehr zerstückelten, zersplitterten Charakter annimmt? Ein kennzeichnender Zug der zersplitterten

kleinen Wirtschaften besteht aber darin, dass sie nicht imstande sind, in dem nötigen Maße die Technik, Maschinen, Traktoren, die Ergebnisse der agronomischen Wissenschaft auszunutzen, und dass sie Wirtschaften mit einer geringen Warenproduktion sind.

Daher der Mangel an landwirtschaftlichen Produkten für den Markt. Daher die Gefahr eines Bruches zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft.

Daher die Notwendigkeit, die Landwirtschaft vorwärts zu bringen, sie dem Entwicklungstempo unserer Industrie anzupassen.

Und um diese Gefahr eines Bruches zu beseitigen, muss man anfangen, die Landwirtschaft ernstlich auf der Basis der neuen Technik neu auszurüsten. Um sie aber neu auszurüsten, muss man allmählich die zersplitterten individuellen Bauernwirtschaften zu Großwirtschaften, zu Kollektivwirtschaften vereinigen, muss man die Landwirtschaft auf der Basis der kollektiven Arbeit aufbauen, muss man die Kollektive vergrößern, muss man die alten und neuen Sowjetwirtschaften entwickeln, muss man systematisch die Massenformen von Kontrahierung auf alle Hauptzweige der Landwirtschaft anwenden, muss man das System der Maschinen- und Traktorenstationen entwickeln, die der Bauernschaft helfen, die neue Technik zu meistern und die Arbeit zu kollektivieren - mit einem Wort, man muss allmählich die kleinen individuellen Bauernwirtschaften auf die Basis der kollektiven Großproduktion überführen, denn nur die Großproduktion von gesellschaftlichem Typus ist fähig, die Ergebnisse der Wissenschaft und die neue Technik voll auszunutzen und die Entwicklung unserer Landwirtschaft mit Siebenmeilenschritten vorwärts zu bringen.

Das bedeutet natürlich nicht, dass wir die individuelle Wirtschaft der armen und Mittelbauern vernachlässigen sollen. Nein, das bedeutet es nicht. Die individuelle Wirtschaft der armen und Mittelbauern spielt bei der Versorgung der Industrie mit Lebensmitteln und Rohstoffen die vorherrschende Rolle und wird sie in nächster Zukunft noch weiter spielen. Eben deshalb ist es notwendig, die individuellen, noch nicht zu Kollektivwirtschaften zusammengeschlossenen Wirtschaften der armen und Mittelbauern zu unterstützen.

Das bedeutet aber, dass die individuelle Bauernwirtschaft allein bereits nicht mehr genügt. Davon sprechen unsere Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung. Deshalb muss man die Entwicklung der individuellen Wirtschaft der armen und Mittelbauern ergänzen durch die allseitige Entwicklung der kollektiven Wirtschaftsformen und der Sowjetwirtschaften.

Deshalb muss man eine Brücke schlagen zwischen der individuellen Wirtschaft der armen und Mittelbauern und den kollektiven gesellschaftlichen Wirtschaftsformen, eine Brücke in Gestalt der Massenkontrahierung, in Gestalt der Maschinen- und Traktorenstationen, in Gestalt einer allseitigen Entwicklung der Genossenschaftsbewegung, um es den Bauern zu erleichtern, ihre kleine individuelle Wirtschaft auf die Bahnen der kollektiven Arbeit überzuleiten.

Ohne diese Vorbedingungen ist eine ernsthafte Entwicklung der Landwirtschaft unmöglich. Ohne diese Vorbedingungen ist die Lösung des Getreideproblems unmöglich. Ohne diese Vorbedingungen ist es unmöglich, die unbemittelten Schichten der Bauernschaft vor dem Ruin, vor dem Elend zu retten.

Das bedeutet schließlich, dass man unsere Industrie als die Hauptquelle für die Rekonstruktion der landwirtschaftlichen Produktion in jeder Weise entwickeln muss, dass man die Hüttenindustrie, die chemische Industrie, den Maschinenbau entwickeln, dass man Traktorenwerke, Werke für landwirtschaftliche Maschinen usw. errichten muss.

Es bedarf keines Beweises, dass es unmöglich ist, die Kollektivwirtschaften zu entwickeln, die Maschinen- und Traktorenstationen zu entwickeln, ohne die Hauptmassen der Bauernschaft durch die Massenkontrahierung zu den kollektiven Wirtschaftsformen heranzuziehen, ohne die Landwirtschaft mit einer beträchtlichen Anzahl von Traktoren, landwirtschaftlichen Maschinen usw. zu versorgen.

Doch ist die Versorgung des Dorfes mit Maschinen und Traktoren unmöglich, wenn unsere Industrie nicht in verstärktem Tempo entwickelt wird. Daher ist das schnelle

Entwicklungstempo unserer Industrie der Schlüssel zur Rekonstruktion der Landwirtschaft auf der Basis des Kollektivismus.

Das ist Sinn und Bedeutung der neuen Formen des Zusammenschlusses.

Die Bucharigruppe ist gezwungen, sich in Worten zur Notwendigkeit der neuen Formen des Zusammenschlusses zu bekennen. Aber das ist nur ein Lippenbekenntnis zu den neuen Formen des Zusammenschlusses, darauf berechnet, unter dieser Flagge etwas direkt Entgegengesetztes einzuschmuggeln. In Wirklichkeit ist Bucharin gegen die neuen Formen des Zusammenschlusses. Bei Bucharin ist der Ausgangspunkt nicht das schnelle Entwicklungstempo der Industrie als des Hebels zur Rekonstruktion der landwirtschaftlichen Produktion, sondern die Entwicklung der individuellen Bauernwirtschaft. Bei ihm steht im Vordergrund die „Normalisierung“ des Marktes und die Zulassung des freien Spiels der Preise auf dem Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die Zulassung der völligen Freiheit des privaten Handels. Daher sein misstrauisches Verhalten gegenüber den Kollektivwirtschaften, das in seiner Rede auf dem Juliplenum des ZK und in seinen Thesen vor dem Juliplenum des ZK zum Ausdruck kam. Daher sein ablehnendes Verhalten gegenüber jeder Art außerordentlicher Maßnahmen gegen das Kulakentum bei der Getreidebeschaffung.

Es ist bekannt, dass Bucharin außerordentliche Maßnahmen fürchtet wie der Teufel das Weihwasser.

Es ist bekannt, dass Bucharin noch immer nicht begreifen kann, dass der Kulak unter den jetzigen Verhältnissen die genügende Getreidemenge freiwillig, von selbst, nicht abliefern wird.

Das hat jetzt die zweijährige Erfahrung unserer Arbeit bei der Getreidebeschaffung bewiesen. Was soll aber geschehen, wenn doch nicht genügend Getreide auf den Markt kommt? Bucharin antwortet darauf: Beunruhigt den Kulaken nicht durch außerordentliche Maßnahmen und führt Getreide aus dem Ausland ein. Er hat noch vor kurzem vorgeschlagen, Getreide aus dem Ausland einzuführen, so an die 50 Millionen Pud, das heißt für etwa 100 Millionen Rubel Valuta. Wenn aber die Valuta dazu gebraucht wird, Ausrüstungen für die Industrie einzuführen? Bucharin antwortet darauf: Man muss der Getreideeinfuhr aus dem Ausland den Vorzug geben, also offensichtlich die Einfuhr von Ausrüstungen für die Industrie in den Hintergrund rücken.

Auf diese Weise würde sich ergeben, dass die Grundlage der Lösung des Getreideproblems und der Rekonstruktion der Landwirtschaft nicht in einem schnellen Entwicklungstempo der Industrie besteht, sondern in der Entwicklung der individuellen Bauernwirtschaft, die Kulakenwirtschaft inbegriffen, auf der Basis des freien Marktes und des freien Spiels der Preise auf dem Markt.

Somit haben wir es mit zwei verschiedenen Plänen der Wirtschaftspolitik zu tun.

Der Plan der Partei:

1. Wir rüsten die Industrie neu aus (Rekonstruktion).
2. Wir beginnen mit einer ernsthaften Neuausrüstung der Landwirtschaft (Rekonstruktion).
3. Dazu muss man den Aufbau von Kollektiv- und Sowjetwirtschaften erweitern, müssen die Kontrahierung und die Maschinen- und Traktorenstationen als Mittel zur Herstellung des Zusammenschlusses zwischen Industrie und Landwirtschaft auf dem Gebiet der Produktion Massen Anwendung finden.
4. Was die Schwierigkeiten der Getreidebeschaffung im gegenwärtigen Augenblick betrifft, so muss die Zulässigkeit zeitweiliger außerordentlicher Maßnahmen anerkannt werden, die durch die gesellschaftliche Unterstützung der Massen der Mittelbauern und armen Bauern bekräftigt werden, als eins der Mittel, den Widerstand des Kulakentums zu brechen und ihm in maximalem Umfang die Getreideüberschüsse abzunehmen, die nötig sind, um ohne Getreideeinfuhr auszukommen und die Valuta für die Entwicklung der Industrie zu behalten.

5. Die individuelle Wirtschaft der armen und Mittelbauern spielt bei der Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen eine vorherrschende Rolle und wird sie auch weiter spielen, aber sie allein genügt bereits nicht mehr: die Entwicklung der individuellen Wirtschaft der armen und Mittelbauern muss daher ergänzt werden durch die Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften, durch Kontrahierung im Massenmaßstab, durch verstärkte Entwicklung der Maschinen- und Traktorenstationen, um die Verdrängung der kapitalistischen Elemente aus der Landwirtschaft und die allmähliche Überleitung der individuellen Bauernwirtschaften auf die Bahnen kollektiver Großwirtschaften, auf die Bahnen der kollektiven Arbeit zu erleichtern.

6. Um aber das alles zu erreichen, ist es vor allen Dingen notwendig, die Entwicklung der Industrie, des Hüttenwesens, der chemischen Industrie, des Maschinenbaus, der Traktorenwerke, der Werke für landwirtschaftliche Maschinen usw. zu fördern. Geschieht das nicht, ist weder die Lösung des Getreideproblems noch die Rekonstruktion der Landwirtschaft möglich.

Schlussfolgerung: Der Schlüssel zur Rekonstruktion der Landwirtschaft liegt in einem schnellen Entwicklungstempo unserer Industrie. Der Plan Bucharins:

1. „Normalisierung“ des Marktes, Zulassung des freien Spiels der Preise auf dem Markt und Erhöhung der Getreidepreise, ohne davor zurückzuschrecken, dass dies zur Verteuerung der Industriewaren, der Rohstoffe, des Brotes führen kann.

2. Allseitige Entwicklung der individuellen Bauernwirtschaft bei einer gewissen Verlangsamung des Entwicklungstempos der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften (Thesen Bucharins im Juli, Rede Bucharins auf dem Juliplenum).

3. Getreidebeschaffung auf dem Wege des Selbstlaufs, wobei immer und unter allen Umständen selbst die teilweise Anwendung außerordentlicher Maßnahmen gegen das Kulakentum auszuschließen ist, sogar wenn diese Maßnahmen von den Massen der Mittelbauern und armen Bauern unterstützt werden.

4. Im Falle eines Mangels an Getreide - Getreideeinfuhr in Höhe von etwa 100 Millionen Rubel.

5. Reicht aber die Valuta nicht aus, um sowohl die Getreideeinfuhr als auch die Einfuhr von Ausrüstungen für die Industrie zu decken, dann muss die Einfuhr von Ausrüstungen und folglich auch das Entwicklungstempo unserer Industrie gedrosselt werden, sonst wird bei uns die Landwirtschaft „auf der Stelle treten“ oder gar einen „direkten Absturz“ erleiden.

Schlussfolgerung: Der Schlüssel zur Rekonstruktion der Landwirtschaft liegt in der Entwicklung der individuellen Bauernwirtschaft.

So liegen die Dinge, Genossen!

Der Plan Bucharins ist ein Plan der Herabsetzung des Entwicklungstempos der Industrie und der Untergrabung der neuen Formen des Zusammenschlusses.

Das sind unsere Meinungsverschiedenheiten.

Mitunter wird die Frage gestellt: Haben wir uns mit der Entwicklung der neuen Formen des Zusammenschlusses, mit der Entwicklung der Kollektivwirtschaften, der Sowjetwirtschaften usw. nicht verspätet?

Es gibt Leute, die behaupten, die Partei habe sich mit dieser Sache mindestens um etwa zwei Jahre verspätet. Das ist falsch, Genossen. Das ist völlig falsch. So können nur „linke“ Schreihälse sprechen, die keine Vorstellung von der Ökonomik der UdSSR haben.

Was bedeutet es, sich mit dieser Sache zu verspäten? Wenn es sich darum handelt, die Notwendigkeit von Kollektiv- und Sowjetwirtschaften vorauszusehen, so haben wir diese Sache schon während des Oktoberumsturzes begonnen. Dass die Partei die Notwendigkeit der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften schon damals, in der Periode des Oktoberumsturzes, voraugesehen hat, darüber kann kein Zweifel bestehen. Man braucht schließlich nur unser Programm in die Hand zu nehmen, das auf dem VIII. Parteitag (März 1919) angenommen

wurde. Der Notwendigkeit von Kollektiv- und Sowjetwirtschaften wurde dort ganz eindeutig Rechnung getragen.

Aber die bloße Voraussicht der führenden Spitze unserer Partei, dass Kollektiv- und Sowjetwirtschaften notwendig sind, genügt nicht, um die Massenbewegung für Kollektiv- und Sowjetwirtschaften ins Leben zu rufen und zu organisieren. Folglich handelt es sich hier nicht um Voraussicht, sondern um die Verwirklichung des Plans, Kollektiv- und Sowjetwirtschaften aufzubauen. Aber zur Verwirklichung dieses Plans ist eine ganze Reihe von Voraussetzungen erforderlich, die wir bis jetzt nicht hatten und die erst in letzter Zeit entstanden sind.

Darum handelt es sich, Genossen.

Um den Plan der Massenbewegung für Kollektiv- und Sowjetwirtschaften durchzuführen, ist vor allen Dingen notwendig, dass die Parteispitze dabei in erster Linie von der Partei in ihrer Masse unterstützt wird. Unsere Partei ist aber bekanntlich eine Millionenpartei. Folglich war es notwendig, die breiten Massen der Parteimitglieder von der Richtigkeit der Politik der führenden Spitze zu überzeugen. Das als erstes.

Dazu ist weiter notwendig, dass im Schoße der Bauernschaft eine Massenbewegung für Kollektivwirtschaften entsteht, dass die Bauernschaft die Kollektivwirtschaften nicht fürchtet, sondern in die Kollektivwirtschaften eintritt und sich an Hand ihrer Erfahrung von den Vorzügen der Kollektivwirtschaften gegenüber der individuellen Wirtschaft überzeugt. Das aber ist eine ernste Sache, die eine gewisse Zeit erfordert. Das als zweites.

Dazu ist weiter notwendig, dass der Staat die materiellen Mittel besitzt, die zur Finanzierung des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus, zur Finanzierung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften notwendig sind. Hierzu aber sind Hunderte und aber Hunderte Millionen Rubel nötig, liebe Genossen. Das als drittes.

Dazu ist schließlich notwendig, dass die Industrie in mehr oder minder hinreichendem Maße entwickelt ist, um die Landwirtschaft mit Maschinen, Traktoren, Kunstdünger usw. zu beliefern. Das als viertes.

Kann man behaupten, dass wir alle diese Voraussetzungen schon vor zwei oder drei Jahren hatten? Nein, das kann man nicht behaupten.

Man darf nicht vergessen, dass wir eine regierende und keine oppositionelle Partei sind. Eine oppositionelle Partei kann Losungen ausgeben - ich spreche von grundlegenden praktischen Losungen der Bewegung - mit der Absicht, sie zu verwirklichen, nachdem sie an die Macht gelangt ist. Niemand kann es einer oppositionellen Partei zur Last legen, dass sie ihre grundlegenden Losungen nicht sofort verwirklicht, da alle begreifen, dass nicht sie, die oppositionelle Partei, am Ruder ist, sondern andere Parteien.

Ganz anders steht die Sache bei einer regierenden Partei, wie es unsere bolschewistische Partei ist. Die Losungen einer solchen Partei sind keine einfachen Agitationslosungen, sie bedeuten viel mehr, denn sie haben die Kraft praktischer Beschlüsse, die Kraft von Gesetzen, die man sogleich durchführen muss. Unsere Partei kann nicht eine praktische Losung ausgeben und nachher ihre Umsetzung in die Tat aufschieben. Das wäre ein Betrug an den Massen. Um eine praktische Losung auszugeben, besonders eine so ernste Losung wie die Überleitung der Millionenmassen der Bauernschaft auf die Bahnen des Kollektivismus, muss man über die Voraussetzungen für ihre unmittelbare Verwirklichung verfügen, muss man schließlich diese Voraussetzungen schaffen, organisieren. Darum ist für uns die bloße Voraussicht der Spitze der Partei, dass Kollektiv- und Sowjetwirtschaften notwendig sind, nicht genügend. Darum müssen wir außerdem noch über die Voraussetzungen verfügen, die erforderlich sind, um unsere Losungen unverzüglich zu verwirklichen, in die Tat umzusetzen.

War unsere Partei in ihrer Masse, sagen wir, vor zwei oder drei Jahren dazu vorbereitet, die Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften in jeder Weise zu fördern? Nein, sie war dazu noch nicht vorbereitet. Ein ernsthafter Umschwung unter den Massen der Parteimitglieder zugunsten der neuen Formen des Zusammenschlusses begann erst mit den

ersten größeren Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung. Es bedurfte dieser Schwierigkeiten, damit die Partei in ihrer Masse die ganze Notwendigkeit empfand, den Zusammenschluss in seinen neuen Formen und vor allen Dingen die Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu forcieren, und ihr ZK hierbei entschlossen unterstützte. Da haben Sie eine Voraussetzung, die wir früher nicht hatten und die jetzt vorhanden ist.

Hatten wir vor zwei oder drei Jahren eine ernsthafte Bewegung der Millionenmassen der Bauernschaft zugunsten der Kollektiv- oder Sowjetwirtschaften? Nein, wir hatten sie nicht. Jedermann weiß, dass sich die Bauernschaft vor zwei oder drei Jahren den Sowjetwirtschaften gegenüber feindlich verhielt und die Kollektivwirtschaften als unnütze „Kommune“ scheinbar ansah. Und jetzt? Jetzt ist die Sache anders. Jetzt haben wir schon ganze Schichten der Bauernschaft, die die Sowjet- und Kollektivwirtschaften als eine Quelle der Unterstützung der Bauernwirtschaft mit Saat-gut, Zuchtvieh, Maschinen und Traktoren betrachten. Jetzt gilt es nur, Maschinen und Traktoren zu liefern, und die Sache der Kollektivwirtschaften wird in verstärktem Tempo vorwärts gehen.

Woher kam dieser Umschwung bei gewissen, ziemlich bedeutenden Schichten der Bauernschaft? Was hat ihn begünstigt?

Vor allen Dingen die Entwicklung der Genossenschaften und der Genossenschaftsbewegung. Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass wir ohne die machtvolle Entwicklung der Genossenschaften, besonders der landwirtschaftlichen, die unter den Bauern die psychologischen Voraussetzungen für Kollektivwirtschaften schufen, nicht jenen Drang in die Kollektivwirtschaften zu verzeichnen hätten, der jetzt bei ganzen Schichten der Bauernschaft in Erscheinung tritt.

Eine große Rolle spielte hier auch der Umstand, dass es guteingerichtete Kollektivwirtschaften gab, die den Bauern gute Beispiele dafür gaben, wie man die Landwirtschaft durch Vereinigung der kleinen Bauernwirtschaften zu großen, zu kollektiven Wirtschaften verbessern kann.

Ebenso hat hier der Umstand eine Rolle gespielt, dass es guteingerichtete Sowjetwirtschaften gab, die den Bauern bei der Verbesserung der Wirtschaft halfen. Ich spreche schon gar nicht von den anderen Tatsachen, die Ihnen allen gut bekannt sind. Hier haben Sie eine weitere Voraussetzung, die wir früher nicht hatten und die wir jetzt haben.

Weiter, kann man behaupten, dass wir vor zwei oder drei Jahren die Möglichkeit hatten, die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften ernsthaft zu finanzieren, für diesen Zweck Hunderte von Millionen Rubel aufzuwenden? Nein, das kann man nicht behaupten. Sie wissen genau, dass es uns selbst an den Mitteln zur Entwicklung jenes Industrieminimums fehlte, ohne das die Industrialisierung überhaupt unmöglich ist, geschweige denn die Rekonstruktion der Landwirtschaft. Konnten wir der Industrie, die die Basis für die Industrialisierung des Landes darstellt, diese Mittel wegnehmen und sie den Kollektiv- und Sowjetwirtschaften übergeben? Es ist klar, dass wir das nicht konnten. Und jetzt? Jetzt haben wir die Mittel zur Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften.

Kann man schließlich behaupten, dass wir vor zwei oder drei Jahren schon eine genügende Basis in der Industrie für eine verstärkte Belieferung der Landwirtschaft mit Maschinen, Traktoren usw. besaßen? Nein, das kann man nicht behaupten. Damals bestand die Aufgabe darin, eine minimale industrielle Basis für die künftige Belieferung der Landwirtschaft mit Maschinen und Traktoren zu schaffen. Für die Schaffung dieser Basis wurden damals unsere dürftigen finanziellen Mittel aufgewendet. Und jetzt? Jetzt haben wir diese industrielle Basis für die Landwirtschaft. Jedenfalls wird diese Basis bei uns in beschleunigtem Tempo geschaffen.

Es ist demnach so, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften im Massenmaßstab bei uns erst in letzter Zeit entstanden sind.

So steht die Sache, Genossen.

Aus diesem Grunde kann man nicht sagen, dass wir uns mit der Entwicklung der neuen Formen des Zusammenschlusses verspätet haben.

*g) Bucharin als Theoretiker*

Das sind im Wesentlichen die Hauptfehler des Theoretikers der rechten Opposition, Bucharins, in den Grundfragen unserer Politik.

Man sagt, Bucharin sei einer der Theoretiker unserer Partei. Das ist natürlich richtig. Aber die Sache ist die, dass auf dem Gebiet der Theorie bei ihm nicht alles in Ordnung ist. Das sieht man schon daraus, dass er in den Fragen der Parteitheorie und der Parteipolitik einen ganzen Haufen Fehler aufgetürmt hat, die ich soeben charakterisiert habe. Es kann nicht sein, dass diese Fehler, die Fehler in den Fragen der Komintern, die Fehler in den Fragen des Klassenkampfes, der Verschärfung des Klassenkampfes, der Bauernschaft, der NÖP, der neuen Formen des Zusammenschlusses - es kann nicht sein, dass ihm alle diese Fehler zufällig unterlaufen sind. Nein, diese Fehler sind nicht zufälliger Art. Diese Fehler Bucharins sind aus seiner falschen theoretischen Einstellung, aus seinen theoretischen Mängeln hervorgegangen. Ja, Bucharin ist ein Theoretiker, aber er ist kein völlig marxistischer Theoretiker, er ist ein Theoretiker, der noch zu lernen hat, um ein marxistischer Theoretiker zu werden.

Man beruft sich auf den bekannten Brief des Genossen Lenin über Bucharin als Theoretiker. Wollen wir diesen Brief vorlesen:

„Betreffs der jungen Mitglieder des ZK“, sagt Lenin, „möchte ich einige Worte über Bucharin und Pjatakow sagen. Das sind, meines Erachtens, die hervorragendsten Kräfte (von den jüngsten Kräften), und ihnen gegenüber müsste man folgendes im Auge haben: Bucharin ist nicht nur ein überaus wertvoller und bedeutender Theoretiker der Partei, er gilt auch mit Recht als Liebling der ganzen Partei, aber seine theoretischen Ansichten können nur mit sehr großen Bedenken zu den völlig marxistischen gerechnet werden, denn in ihm steckt etwas Scholastisches (er hat nie die Dialektik studiert und bat sie, glaube ich, nie vollständig begriffen).“ (Stenographisches Protokoll des Juliplenums 1926, IV. Folge, S. 66, russ.)

Also ein Theoretiker ohne Dialektik. Ein scholastischer Theoretiker. Ein Theoretiker, dessen „theoretische Ansichten nur mit sehr großen Bedenken zu den völlig marxistischen gerechnet werden können“. Das ist die von Lenin gegebene Charakteristik der theoretischen Physiognomie Bucharins.

Sie verstehen selbst, Genossen, dass ein solcher Theoretiker noch zulernen muss. Und wenn Bucharin begriffe, dass er noch kein ganz fertiger Theoretiker ist, dass er es nötig hat, noch zu lernen, dass er ein Theoretiker ist, der sich die Dialektik noch nicht zu eigen gemacht hat, wo doch die Dialektik die Seele des Marxismus ist - wenn er das begriffe, dann wäre er bescheidener, und die Partei würde dadurch nur gewinnen. Das Schlimme aber ist, dass Bucharin nicht an Bescheidenheit leidet. Das Schlimme ist, dass er nicht nur nicht an Bescheidenheit leidet, sondern sich sogar unterfängt, unseren Lehrer Lenin in einer ganzen Reihe von Fragen zu belehren, und zwar vor allen Dingen in der Frage des Staates. Das eben ist das Schlimme bei Bucharin.

Erlauben Sie mir, mich bei dieser Gelegenheit auf die bekannte theoretische Auseinandersetzung zwischen Lenin und Bucharin über die Frage des Staates zu berufen, die im Jahre 1916 stattfand. Das ist für uns wichtig, um sowohl die maßlosen Präntensionen Bucharins, der sich unterfängt, Lenin zu belehren, als auch die Wurzeln seiner theoretischen Schwächen in so wichtigen Fragen wie der Frage der Diktatur des Proletariats, des Klassenkampfes usw. aufzuzeigen.



Bekanntlich erschien in der Zeitschrift „Jugend-Internationale“<sup>[7]</sup> im Jahre 1916 ein Aufsatz Bucharins, gezeichnet Nota Bene, der im Wesen der Sache gegen Genossen Lenin gerichtet war. In diesem Aufsatz schreibt Bucharin:

„...Es ist völlig verkehrt, den Unterschied zwischen Sozialisten und Anarchisten darin zu suchen, dass die ersteren staatsfreundlich und die letzteren staatsfeindlich sind. Der Unterschied liegt aber darin, dass die revolutionäre Sozialdemokratie die neue gesellschaftliche Produktion als zentralisierte, das heißt technisch-progressivste formieren will, während die dezentralisierte anarchistische Produktion nur einen Rückschritt zur alten Technik und Betriebsform bedeuten würde...“

„...Für die Sozialdemokratie aber, die die Erzieherin der Massen ist, oder wenigstens sein soll, ist es jetzt mehr als je notwendig, ihre prinzipielle Gegnerschaft zum Staat zum Ausdruck zu bringen... Der heutige Krieg hat gezeigt, wie tief die Wurzeln der Staatlichkeit in die Seelen der Arbeiterschaft hinein gedrungen sind.“

Lenin unterzieht diese Anschauungen Bucharins einer Kritik und sagt in dem bekannten Aufsatz, der im Jahre 1916 veröffentlicht wurde:

„Das ist falsch. Der Verfasser stellt die Frage, worin sich die Stellung der Sozialisten zum Staate von der der Anarchisten unterscheidet und beantwortet nicht diese, sondern eine andere Frage, und zwar, wodurch sie sich in ihrer Stellung zur ökonomischen Grundlage der zukünftigen Gesellschaft voneinander unterscheiden. Gewiss ist das eine sehr wichtige und notwendige Frage. Daraus folgt aber nicht, dass man in dem Unterschied zwischen der Stellung der Sozialisten und der der Anarchisten zum Staate die Hauptsache vergessen darf. Die Sozialisten treten für die Ausnutzung des modernen Staates und seiner Institutionen im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse ein sowie für die Notwendigkeit, den Staat als eigenartige Form des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zu benutzen. Eine solche Übergangsform, ebenfalls ein Staat, ist die Diktatur des Proletariats. Die Anarchisten wollen den Staat ‚abschaffen‘, ihn ‚sprengen‘, wie sich Genosse Nota Bene an einer Stelle ausdrückt, der diese Ansicht fälschlich den Sozialisten zuschreibt. Die Sozialisten erkennen - der Verfasser hat leider die diesbezüglichen Worte Engels' sehr unvollständig zitiert - das ‚Absterben‘, das allmähliche ‚Einschlafen‘ des Staates nach der Expropriation der Bourgeoisie an“...

„Um die ‚prinzipielle Gegnerschaft‘ gegen den Staat ‚zum Ausdruck zu bringen‘, muss man sie in der Tat ‚klar‘ begreifen, dem Verfasser aber fehlt gerade die Klarheit. Die Worte von den ‚Wurzeln der Staatlichkeit‘ jedoch sind schon ganz und gar verworren, unmarxistisch und unsozialistisch. Nicht die ‚Staatlichkeit‘ ist mit der Negation der Staatlichkeit zusammengeprallt, sondern die opportunistische Politik (das heißt die opportunistische, reformistische, bürgerliche Stellung zum Staat) ist mit der revolutionären sozialdemokratischen Politik zusammengeprallt (das heißt mit der revolutionären sozialdemokratischen Stellung zum bürgerlichen Staat und zur Ausnutzung des Staates gegen die Bourgeoisie zu ihrem Sturze). Das sind ganz und gar verschiedene Dinge.“ (4. Ausgabe, Bd. 23, S. 155/156, russ.)

Es ist wohl klar, worum es sich hier handelt und in welche halb-anarchistische Pfütze Bucharin hineingeraten ist!

*Sten.* Lenin hat damals die Notwendigkeit der „Sprengung“ des Staates noch nicht in voll entfalteter Gestalt formuliert. Bucharin, der zwar anarchistische Fehler beging, näherte sich der Formulierung dieser Frage.

*Stalin.* Nein, nicht darum handelt es sich jetzt, es handelt sich um die Stellung zum Staat überhaupt, es handelt sich darum, dass nach der Meinung Bucharins die Arbeiterklasse jedem Staat, auch dem Staat der Arbeiterklasse, prinzipiell feindlich gegenüberstehen muss.

*Sten.* Lenin sprach damals nur von der Ausnutzung des Staates, ohne in der Kritik an Bucharin etwas über die „Sprengung“ zu sagen.

*Stalin*. Sie irren sich: „Sprengung“ des Staates ist keine marxistische, sondern eine anarchistische Formel. Ich kann Ihnen versichern, es handelt sich hier darum, dass die Arbeiter nach der Meinung Bucharins (und der Anarchisten) ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen jeden Staat betonen sollen, also auch gegen den Staat der Übergangsperiode, den Staat der Arbeiterklasse.

Versuchen Sie einmal, unseren Arbeitern auseinanderzusetzen, dass die Arbeiterklasse von prinzipieller Gegnerschaft gegen die proletarische Diktatur durchdrungen sein muss, die ja ebenfalls ein Staat ist.

Der Standpunkt Bucharins, der in seinem Aufsatz in der „Jugendinternationale“ dargelegt ist, ist der Standpunkt der Ablehnung des Staates in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Bucharin hat hier eine „Kleinigkeit“ übersehen, und zwar die ganze Übergangsperiode, in der die Arbeiterklasse nicht ohne ihren eigenen Staat auskommen kann, wenn sie wirklich die Bourgeoisie niederhalten und den Sozialismus aufbauen will. Das als erstes. Zweitens ist die Behauptung falsch, Genosse Lenin hätte damals in seiner Kritik die Theorie der „Sprengung“, der „Abschaffung“ des Staates überhaupt nicht berührt. Lenin hat diese Theorie nicht nur berührt, wie das aus den von mir angeführten Zitaten zu ersehen ist, sondern er hat sie auch als anarchistische Theorie scharf kritisiert und ihr die Theorie der Bildung und Ausnutzung des neuen Staates nach dem Sturz der Bourgeoisie entgegengestellt, und zwar des Staates der proletarischen Diktatur.

Schließlich darf man die anarchistische Theorie der „Sprengung“ und der „Abschaffung“ des Staates nicht mit der marxistischen Theorie des „Absterbens“ des proletarischen Staates oder der „Zertrümmerung“, der „Zerschlagung“ der bürgerlichen Staatsmaschine verwechseln. Manch einer ist geneigt, diese beiden verschiedenen Begriffe durcheinander zu werfen, in der Meinung, dass sie ein und denselben Gedanken ausdrücken. Das ist aber falsch. Lenin ging gerade von der marxistischen Theorie der „Zertrümmerung“ der bürgerlichen Staatsmaschine und des „Absterbens“ des proletarischen Staates aus, als er die anarchistische Theorie der „Sprengung“ und der „Abschaffung“ des Staates überhaupt kritisierte.

Es wird vielleicht nicht überflüssig sein, wenn ich hier der größeren Klarheit halber eins der Manuskripte des Genossen Lenin über den Staat anführe, das allem Anschein nach Ende 1916 oder Anfang 1917 (vor der Februarrevolution von 1917) geschrieben wurde. Aus diesem Manuskript ist mit Leichtigkeit zu ersehen, dass

a) Lenin bei der Kritik an den halbanarchistischen Fehlern Bucharins in der Frage des Staates von der marxistischen Theorie des „Absterbens“ des proletarischen Staates und der „Zertrümmerung“ der bürgerlichen Staatsmaschine ausging,

b) Bucharin, obwohl er nach den Worten Lenins der „Wahrheit näher kommt als Kautsky“, dennoch „statt die Kautskyaner zu entlarven, ihnen durch seine Fehler hilft“.

Hier der Wortlaut dieses Manuskriptes:

„Außerordentlich wichtig für die Frage des Staates ist der Brief von Engels an Bebel vom 18.-28. März 1875.

Die wichtigste Stelle lautet vollständig:

„...Der freie Volksstaat ist in den freien Staat verwandelt. Grammatikalisch genommen ist ein freier Staat ein solcher, wo der Staat frei gegenüber seinen Bürgern ist, also ein Staat mit despotischer Regierung. Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallenlassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Der „Volksstaat“ ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx' gegen Proudhon und nachher das „Kommunistische Manifest“ direkt sagen, dass mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der „Staat“ doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampfe, in der Revolution bedient, um seinen Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom „freien Volksstaat“ zu sprechen: Solange das

Proletariat den Staat noch gebraucht (hervorgehoben von Engels), gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen. Wir würden daher vorschlagen, überall statt „Staat“ (hervorgehoben von Engels) „Gemeinwesen“ zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische „Kommune“ sehr gut vertreten kann.

Das ist bei Marx und Engels wohl die trefflichste und sicherlich die schärfste Stelle, sozusagen ‚gegen den Staat‘.

1. ‚Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallenlassen.‘
2. ‚Die Kommune war schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr.‘ (Was aber war sie? Offenbar die Übergangsform vom Staat zum Nichtstaat!)
3. Die Anarchisten haben uns bis zum Überdruß den ‚Volksstaat‘ ‚in die Zähne geworfen‘. (Marx und Engels schämten sich also dieses offenbaren Fehlers ihrer deutschen Freunde; - sie hielten ihn jedoch, und unter den damaligen Verhältnissen natürlich mit Recht, für einen unvergleichlich weniger wichtigen Fehler als den Fehler der Anarchisten. Dies NB!!)
4. Der Staat ‚zersetzt sich von selbst („löst sich auf“) (Nota Bene) und verschwindet‘ ... (vgl. später: ‚stirbt ab‘) ‚mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung‘...
5. Der Staat ist eine ‚vorübergehende Einrichtung‘, die man ‚im Kampfe, in der Revolution‘ braucht... (die selbstverständlich das Proletariat braucht)...
6. Den Staat braucht man nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung (Niederhaltung (Bei Lenin deutsch) ist nicht Unterdrückung in eigentlichem Sinne, sondern Abhalten von der Restauration, in Unterwürfigkeit halten) der Gegner des Proletariats.
7. Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat geben.
8. ‚Wir‘ (d. h. Engels und Marx) würden vorschlagen, ‚überall‘ (im Programm) statt ‚Staat‘ ‚Gemeinwesen‘, ‚Kommune‘ zu sagen!!!

Daraus ist ersichtlich, wie Marx und Engels nicht nur von den Opportunisten, sondern auch von Kautsky verflacht und entstellt wurden.

Die Opportunisten haben keinen einzigen von diesen acht überaus reichen Gedanken begriffen!!

Sie haben nur die praktische Notwendigkeit der Gegenwart genommen: die Ausnutzung des politischen Kampfes, die Ausnutzung des heutigen Staates zur Schulung, Erziehung des Proletariats, zur ‚Abringung von Zugeständnissen‘. Das ist richtig (gegen die Anarchisten), aber das ist nur 1/100 des Marxismus, wenn man sich so arithmetisch ausdrücken darf.

Kautsky hat in seiner propagandistischen und überhaupt in seiner publizistischen Tätigkeit die Punkte 1, 2, 5, 6, 7, 8 und Marx‘ ‚Zerbrechen‘ (Bei Lenin deutsch) vollständig vertuscht (oder vergessen? oder nicht begriffen?) (in der Polemik gegen Pannekoek 1912 oder 1913 war Kautsky [siehe weiter unten, S. 45-47] in dieser Frage bereits ganz zum Opportunismus hinabgesunken)...

Von den Anarchisten trennen uns (a) die Ausnutzung des Staates jetzt und (b) während der Revolution des Proletariats (‚Diktatur des Proletariats‘) - Fragen von größter Wichtigkeit für die Praxis, jetzt schon. (Gerade sie hat Bucharin vergessen!)

Von den Opportunisten trennen uns die tieferen, ‚unvergänglicheren‘ Wahrheiten vom (aa) ‚vorübergehenden‘ Charakter des Staates, vom (bb) Schaden des ‚Geredes‘ über ihn jetzt, vom (cc) nicht ganz staatlichen Charakter der Diktatur des Proletariats, vom (dd) Widerspruch zwischen Staat und Freiheit, von (ee) der richtigeren Idee (dem Begriff, programmatischen Terminus) des ‚Gemeinwesens‘ statt des Staates, vom (ff) ‚Zerbrechen‘ der bürokratisch-militärischen Maschine.

Man darf auch nicht vergessen, dass die Diktatur des Proletariats von den offenen Opportunisten Deutschlands (Bernstein, Kolb etc.) direkt, vom offiziellen Programm und Kautsky aber indirekt abgelehnt wird, indem man sie in der tagtäglichen Agitation verschweigt und das Renegatentum der Kolb und Konsorten duldet.

An Bucharin wurde im August 1916 geschrieben: ‚Lass deine Gedanken über den Staat ausreifen.‘ Er aber ließ sie nicht ausreifen, drängte sich in die Presse als ‚Nota Bene‘ und tat das so, dass er, statt die Kautskyaner zu entlarven, ihnen durch seine Fehler half!! Im Grunde kommt jedoch Bucharin der Wahrheit näher als Kautsky.<sup>[8]</sup>

Das ist die kurze Geschichte der theoretischen Auseinandersetzung über die Frage des Staates.

Man sollte meinen, die Sache sei klar: Bucharin hat halbanarchistische Fehler begangen - es sei nun an der Zeit, diese Fehler zu korrigieren und nunmehr in die Fußtapfen Lenins zu treten. Aber so können nur Leninisten denken. Bucharin ist, wie sich erweist, damit nicht einverstanden. Er behauptet im Gegenteil, dass nicht er sich geirrt habe, sondern Lenin, dass nicht er in die Fußtapfen Lenins getreten sei oder zu treten habe, sondern dass im Gegenteil Lenin gezwungen war, in die Fußtapfen Bucharins zu treten.

Sie halten das nicht für wahrscheinlich, Genossen? Dann hören Sie weiter. Nach diesen Auseinandersetzungen, die im Jahre 1916 stattfanden, nach weiteren 9 Jahren, in deren Verlauf Bucharin Schweigen bewahrte, ein Jahr nach dem Tode Lenins, und zwar im Jahre 1925, veröffentlicht Bucharin in dem Sammelband „Rewoluzija Prawa“ [Die Revolution des Rechts] den Aufsatz „Zur Theorie des imperialistischen Staates“, der seinerzeit von der Redaktion des „Sbornik Sozialdemokrata“<sup>[9]</sup> (d. h. von Lenin) nicht zur Veröffentlichung angenommen worden war; in einer Anmerkung zu diesem Aufsatz erklärt Bucharin unumwunden, dass in dieser Auseinandersetzung nicht Lenin recht hatte, sondern er, Bucharin. Das mag unglaublich erscheinen, ist aber Tatsache, Genossen.

Hören Sie den Wortlaut dieser Anmerkung:

„Gegen den Aufsatz in der ‚Jugend-Internationale‘ trat W.I. (d. h. Lenin) mit einer Notiz auf. Die Leser werden leicht erkennen, dass der Fehler, der mir zugeschrieben wurde, bei mir nicht vorhanden war, da ich die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats deutlich sah; andererseits ist aus der Notiz von Iljitsch zu ersehen, dass er damals zu der These von der ‚Sprengung‘ des Staates (natürlich des bürgerlichen) unrichtig Stellung nahm, da er diese Frage mit der Frage vom Absterben der Diktatur des Proletariats verwechselte. Vielleicht hätte ich damals das Thema der Diktatur mehr entwickeln sollen. Aber zu meiner Rechtfertigung kann ich sagen, dass damals ein so summarisches sozialdemokratisches Lobpreisen des bürgerlichen Staates zu verzeichnen war, dass es natürlich erschien, die ganze Aufmerksamkeit auf die Frage der Sprengung dieser Maschine zu konzentrieren. Als ich aus Amerika nach Rußland kam und Nadeshda Konstantinowna (Krupskaja. Der Übers.) traf (das war auf unserem illegalen VI. Parteitag, W. I. hielt sich damals verborgen), waren ihre ersten Worte: ‚W.I. hat mich gebeten, Ihnen mitzuteilen, dass er jetzt in der Frage des Staates keine Meinungsverschiedenheiten mehr mit Ihnen hat.‘ Als Iljitsch sich mit der Frage beschäftigte, gelangte er zu denselben Schlussfolgerungen; bezüglich der ‚Sprengung‘, entwickelte aber dieses Thema und späterhin auch die Lehre von der Diktatur so weit, dass er in der Entwicklung des theoretischen Denkens in dieser Richtung wahrhaft Epoche gemacht hat.“

So schreibt Bucharin über Lenin ein Jahr nach Lenins Tod.

Hier hat man ein Beispiel hypertrophischer Anmaßungen eines Theoretikers, der noch zu lernen hat!

Es ist durchaus möglich, dass Nadeshda Konstantinowna tatsächlich mit Bucharin über die Dinge gesprochen hat, von denen Bucharin hier schreibt. Was folgt aber daraus? Daraus folgt nur das eine, dass Lenin eine gewisse Veranlassung hatte zu glauben, Bucharin habe sich von seinen Fehlern losgesagt oder sei bereit, es zu tun. Das ist alles. Aber Bucharin kalkulierte anders. Er fand, dass von nun an nicht mehr Lenin, sondern er, das heißt Bucharin, als der Schöpfer oder jedenfalls als der Inspirator der marxistischen Staatstheorie anzusehen sei.

Bis jetzt hielten wir uns und halten uns nach wie vor für Leninisten. Jetzt aber stellt sich heraus, dass sowohl Lenin als auch wir, seine Schüler, Bucharinisten sind. Das ist doch ein wenig lächerlich, Genossen. Aber was ist zu machen, wenn man es mit den maßlos gewordenen Präntensionen Bucharins zu tun hat!

Man könnte meinen, Bucharin habe sich in seiner Anmerkung zu dem oben erwähnten Aufsatz versprochen, er habe eine Dummheit gesagt und se dann vergessen. Das ist aber, wie sich erweist, nicht richtig. Es zeigt sich, dass Bucharin in vollem Ernst sprach. Das ist schon daraus ersichtlich, dass die in dieser Anmerkung enthaltene Erklärung Bucharins über die

Fehler Lenins und den richtigen Standpunkt Bucharins vor kurzem neuerlich veröffentlicht wurde, und zwar im Jahre 1927, das heißt zwei Jahre nach dem ersten Vorstoß Bucharins gegen Lenin, in einem biographischen Aufsatz Marezkis über Bucharin, wobei Bucharin gar nicht daran dachte, gegen eine solche... Kühnheit Marezkis zu protestieren. Es ist klar, dass man das Auftreten Bucharins gegen Lenin nicht für einen Zufall halten darf.

Es stellt sich somit heraus, dass Bucharin und nicht Lenin Recht hat, dass nicht Lenin, sondern Bucharin der Inspirator der marxistischen Staatstheorie ist.

Das, Genossen, ist das Bild der theoretischen Verrenkungen und der theoretischen Präntensionen Bucharins.

Und dieser Mensch besitzt die Kühnheit, nach all dem hier in seiner Rede zu sagen, dass in der theoretischen Einstellung unserer Partei „etwas faul“ sei, dass es in der theoretischen Einstellung unserer Partei eine Abweichung zum Trotzismus gebe!

Und das sagt derselbe Bucharin, der eine Reihe größter theoretischer und praktischer Fehler begeht (und in der Vergangenheit begangen hat), der noch vor kurzem ein Schüler Trotzis war, der noch gestern einen Block mit den Trotzisten gegen die Leninisten anstrebte und durch die Hintertür zu ihnen schlich!

Ist das denn nicht lächerlich, Genossen?

#### *h) Fünfjahrplan oder Zweijahrplan?*

Erlauben Sie mir jetzt, zu der Rede Rykows überzugehen. Versuchte Bucharin, eine theoretische Begründung der rechten Abweichung zu geben, so bemüht sich Rykow in seiner Rede, diese Sache mit praktischen Vorschlägen zu unterbauen, wobei er uns mit „schrecklichen“ Geschichten aus dem Bereich unserer Schwierigkeiten in der Landwirtschaft zu ängstigen sucht. Das heißt nicht, dass Rykow die theoretischen Fragen nicht gestreift hat. Nein, er hat sie gestreift. Er hat aber dabei mindestens zwei ernste Fehler begangen.

In seinem Resolutionsentwurf über den Fünfjahrplan, der von der Kommission des Politbüros verworfen wurde, sagt Rykow, dass die „zentrale Idee des Fünfjahrplans in dem Wachstum der Produktivität der nationalen Arbeit besteht“. Obwohl die Kommission des Politbüros diese völlig falsche Einstellung verworfen hat, hat Rykow sie hier in seiner Rede verteidigt.

Ist es richtig, dass das Wachstum der Arbeitsproduktivität die zentrale Idee des Fünfjahrplans im Sowjetland bildet? Nein, das ist nicht richtig. Wir brauchen doch kein beliebiges Wachstum der Produktivität der nationalen Arbeit. Wir brauchen ein bestimmtes Wachstum der Produktivität der nationalen Arbeit, und zwar ein Wachstum, das dem sozialistischen Sektor der Volkswirtschaft systematisch ein Übergewicht über den kapitalistischen Sektor sichert. Ein Fünfjahrplan, in dem diese zentrale Idee vergessen wird, ist kein Fünfjahrplan, sondern ein Fünfjahrnsinn.

Am Wachstum der Arbeitsproduktivität überhaupt ist jede Gesellschaft, sowohl die kapitalistische als auch die vorkapitalistische, interessiert. Die Sowjetgesellschaft unterscheidet sich gerade dadurch von jeder anderen Gesellschaft, dass sie nicht an jedem beliebigen Wachstum der Arbeitsproduktivität interessiert ist, sondern an einem Wachstum, das den sozialistischen Wirtschaftsformen ein Übergewicht über die anderen Formen, vor allem über die kapitalistischen Wirtschaftsformen sichert, das somit die Überwindung und Verdrängung der kapitalistischen Wirtschaftsformen gewährleistet. Rykow aber hat diese wirklich zentrale Idee des Fünfjahrplans der Entwicklung der Sowjetgesellschaft vergessen. Das ist sein erster theoretischer Fehler.

Sein zweiter Fehler besteht darin, dass er, sagen wir, zwischen der Kollektivwirtschaft und einer beliebigen individuellen Wirtschaft, darunter auch der individuellen kapitalistischen Wirtschaft, vom Standpunkt des Warenumsatzes keinen Unterschied macht oder den Unterschied nicht begreifen will. Rykow versichert, dass er vom Standpunkt des Warenumsatzes auf dem Getreidemarkt, vom Standpunkt der Getreidebeschaffung zwischen

der Kollektivwirtschaft und dem privaten Getreidebesitzer keinen Unterschied sieht, es ihm also gleichgültig ist, ob wir das Getreide von der Kollektivwirtschaft, vom Privatbesitzer oder von irgendeinem argentinischen Getreideaufkäufer kaufen. Das ist völlig falsch. Das ist eine Wiederholung der bekannten Äußerung Frumkins, der eine Zeitlang versicherte, dass es ihm gleichgültig sei, wo und von wem das Getreide gekauft werden soll, ob vom Privatbesitzer oder von der Kollektivwirtschaft.

Das ist eine maskierte Form der Verteidigung, der Rehabilitierung, der Rechtfertigung der Kulakenmachinationen auf dem Getreidemarkt. Die Tatsache, dass diese Verteidigung vom Standpunkt des Warenumsatzes ausgeht - diese Tatsache ändert nichts daran, dass sie dennoch eine Rechtfertigung der Kulakenmachinationen auf dem Getreidemarkt ist. Wenn vom Standpunkt des Warenumsatzes kein Unterschied zwischen den kollektiven und den nichtkollektiven Wirtschaftsformen besteht, lohnt es sich dann, Kollektivwirtschaften zu entwickeln, lohnt es sich dann, ihnen Vergünstigungen zu gewähren, lohnt es sich dann, sich mit der schweren Aufgabe der Überwindung der kapitalistischen Elemente in der Landwirtschaft zu befassen? Es ist klar, dass Rykow eine falsche Einstellung hat. Das ist sein zweiter theoretischer Fehler.

Aber das nebenbei. Gehen wir zu den praktischen Fragen über, die Rykow in seiner Rede aufgeworfen hat.

Rykov behauptete hier, dass außer dem Fünfjahrplan noch ein anderer, ein Parallelplan nötig sei, und zwar ein Zweijahrplan der Entwicklung der Landwirtschaft. Er begründete diesen Vorschlag über einen parallelen Zweijahrplan mit den Schwierigkeiten in der Landwirtschaft. Er sagte, der Fünfjahrplan sei eine gute Sache und er trete für ihn ein, aber wenn wir gleichzeitig einen Zweijahrplan der Landwirtschaft aufstellten, so würde es noch besser sein - andernfalls würde die Landwirtschaft stecken bleiben.

Dem äußeren Scheine nach stellt dieser Vorschlag nichts Schlechtes dar. Wenn man sich aber die Sache näher ansieht, dann stellt sich heraus, dass der Zweijahrplan der Landwirtschaft mit der Absicht ausgeheckt wurde, dem Fünfjahrplan einen irrealen, papiernen Charakter zuzuschreiben. Konnten wir uns damit einverstanden erklären? Nein, das konnten wir nicht. Wir sagten Rykow: Wenn Sie mit dem Fünfjahrplan für die Landwirtschaft unzufrieden sind, wenn Sie die Aufwendungen, die gemäß dem Fünfjahrplan für die Entwicklung der Landwirtschaft bewilligt werden, als ungenügend betrachten, so sprechen Sie unumwunden über Ihre Ergänzungsvorschläge, über Ihre zusätzlichen Investitionen - wir sind damit einverstanden, diese zusätzlichen Investitionen in der Landwirtschaft in den Fünfjahrplan aufzunehmen. Was geschah aber? Es zeigte sich, dass Rykow keinerlei Ergänzungsvorschläge über zusätzliche Investitionen in der Landwirtschaft zu machen hatte. Es fragt sich: Wozu ist dann der parallele Zweijahrplan der Landwirtschaft nötig?

Wir sagten ihm ferner: Außer dem Fünfjahrplan gibt es noch Jahrespläne, die einen Teil des Fünfjahrplans bilden, lasst uns doch diejenigen konkreten Zusatzvorschläge zur Hebung der Landwirtschaft, die Sie haben - wenn Sie überhaupt welche haben -, in die Jahrespläne der ersten zwei Jahre aufnehmen. Was geschah aber? Es zeigte sich, dass Rykow solche konkreten Pläne über zusätzliche Aufwendungen nicht vorzuschlagen hatte.

Da begriffen wir, dass der Vorschlag Rykows über einen Zweijahrplan nicht die Hebung der Landwirtschaft bezweckte, sondern dass er von dem Wunsche eingegeben war, dem Fünfjahrplan einen irrealen, papiernen Charakter zuzuschreiben, von dem Wunsche, den Fünfjahrplan zu diskreditieren. Für das „Gemüt“, für den Schein - der Fünfjahrplan, für das Handeln, für die praktische Arbeit - der Zweijahrplan, das ist die Strategie, die sich bei Rykow ergab. Rykow brachte den Zweijahrplan aufs Tapet, um nachher, im Verlauf der praktischen Verwirklichung des Fünfjahrplans, dem Fünfjahrplan den Zweijahrplan entgegenzustellen, den Fünfjahrplan umzustellen und ihn dem Zweijahrplan anzupassen, unter Kürzung und Beschneidung der Aufwendungen für die Industrie.

Das sind die Erwägungen, aus welchen wir den Vorschlag Rykows über den parallelen Zweijahrplan verwarfen.

*i) Die Frage der Anbauflächen*

Rykov suchte hier die Partei dadurch zu schrecken, dass er versicherte, die Anbauflächen in der UdSSR weisen die Tendenz zu systematischer Verringerung auf. Dabei deutete er mit einem Seitenblick auf die Partei an, dass an der Verringerung der Anbauflächen die Politik der Partei schuld sei. Er sagte nicht direkt, dass wir einer Degradation der Landwirtschaft entgegengehen. Aber aus seiner Rede erhält man den Eindruck, dass wir eine Art Degradation zu verzeichnen haben.

Stimmt es, dass die Anbauflächen die Tendenz zu systematischer Verringerung aufweisen? Nein, das stimmt nicht. Rykov operierte hier mit Durchschnittszahlen über die Anbauflächen im Lande. Aber die Methode der Durchschnittszahlen, die nicht durch Angaben über die einzelnen Gebiete korrigiert wird, kann nicht als wissenschaftliche Methode betrachtet werden.

Vielleicht hat Rykov einmal „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ von Lenin gelesen. Falls er dieses Werk gelesen hat, so muss er sich erinnern, wie Lenin dort gegen die bürgerlichen Ökonomen wettet, die sich der Methode der Durchschnittszahlen über die Vergrößerung der Anbauflächen bedienen und die Angaben nach Gebieten ignorieren. Es ist sonderbar, dass Rykov jetzt die Fehler der bürgerlichen Ökonomen wiederholt. Wenn man nun betrachtet, wie sich die Größe der Anbauflächen in den einzelnen Gebieten verändert, das heißt, wenn man an die Sache wissenschaftlich herangeht, so ergibt sich, dass sich die Anbauflächen in den einen Gebieten systematisch vergrößern, in anderen sich zuweilen verringern, was hauptsächlich von meteorologischen Verhältnissen abhängt; dabei gibt es keine Angaben, die davon zeugten, dass wir irgendwo, und sei es auch nur in einem einzigen der bedeutenden Getreidegebiete, eine systematische Verringerung der Anbauflächen hätten. Die Anbauflächen in den Gebieten, die von Frösten oder von Dürre betroffen wurden, zum Beispiel in einigen Gebieten der Ukraine, weisen tatsächlich in letzter Zeit eine Verringerung auf...

*Zwischenruf.* Nicht die ganze Ukraine.

*Schlichter.* In der Ukraine haben sich die Anbauflächen um 2,7 Prozent vergrößert.

*Stalin.* Ich meine die Steppenzonen der Ukraine. In anderen Gebieten dagegen, sagen wir in Sibirien, an der Wolga, in Kasachstan, in Baschkirien, die nicht von ungünstigen Witterungsverhältnissen betroffen wurden, dehnen sich die Anbauflächen systematisch aus.

Wie ist es zu erklären, dass sich die Anbauflächen in den einen Gebieten systematisch vergrößern, in den anderen aber zuweilen verringern? Man kann doch wirklich nicht behaupten, dass die Politik der Partei in der Ukraine die eine und im Osten oder im Zentrum der UdSSR eine andere sei. Das ist doch absurd, Genossen. Es ist klar, dass die Witterungsverhältnisse hier von nicht geringer Bedeutung sind.

Es stimmt, dass die Kulaken die Anbauflächen, unabhängig von den Witterungsverhältnissen, verringern. Daran mag wohl die Politik der Partei „schuld“ sein, die darin besteht, die Massen der armen und Mittelbauern gegen das Kulakentum zu unterstützen. Aber was folgt daraus? Haben wir uns denn jemals verpflichtet, eine Politik zu betreiben, die alle sozialen Gruppen des Dorfes, darunter auch die Kulaken, befriedigen könnte? Können wir denn überhaupt eine Politik durchführen, die Ausbeuter und Ausgebeutete befriedigen würde, wenn wir überhaupt eine marxistische Politik durchführen wollen? Was ist Besonderes daran, wenn im Gefolge unserer Leninschen Politik, die auf die Einschränkung und Überwindung der kapitalistischen Elemente im Dorfe abzielt, die Kulaken beginnen, ihre Aussaat zum Teil zu verringern? Kann es denn anders sein?

Vielleicht ist diese Politik nicht richtig - dann soll man uns das geradeheraus sagen. Ist es nicht sonderbar, dass Leute, die sich Marxisten nennen, eine teilweise Verringerung der Aussaat durch die Kulaken in ihrem Schrecken als allgemeine Verringerung der Anbauflächen hinzustellen suchen und vergessen, dass es außer den Kulaken noch arme und Mittelbauern gibt, deren Aussaat sich vergrößert, vergessen, dass es Kollektiv- und Sowjetwirtschaften gibt, deren Aussaat in beschleunigtem Tempo zunimmt?

Schließlich noch eine Unrichtigkeit in der Rede Rykows zur Frage der Anbauflächen. Rykow klagte hier, dass hie und da, und zwar in Gegenden, wo die Kollektivwirtschaften am stärksten entwickelt sind, die Bodenfläche der individuellen Wirtschaften der armen und Mittelbauern sich zu verringern beginne. Das stimmt. Was ist aber Schlechtes daran? Wie kann es denn anders sein? Wenn die Wirtschaften der armen und Mittelbauern beginnen, die individuelle Feldbestellung aufzugeben, und zur kollektiven Wirtschaftsführung übergehen, ist es da nicht klar, dass die Erweiterung und Vermehrung der Kollektivwirtschaften eine Verringerung der Bodenfläche der individuellen Wirtschaften der armen und Mittelbauern nach sich ziehen muss? Wie wollen Sie es denn haben?

Die Kollektivwirtschaften besitzen jetzt über zwei Millionen Hektar Land. Am Ende des Planjahrfünfts werden die Kollektivwirtschaften mehr als 25 Millionen Hektar haben. Auf wessen Kosten wird sich die kollektivwirtschaftliche Bodenfläche vergrößern? Auf Kosten der Bodenfläche der individuellen Wirtschaften der armen und Mittelbauern. Wie wollen Sie es denn haben? Wie soll die individuelle Wirtschaft der armen und Mittelbauern anders auf die Bahnen der kollektiven Wirtschaft übergeleitet werden? Ist es etwa nicht klar, dass sich die kollektivwirtschaftliche Bodenfläche in einer ganzen Reihe von Gebieten auf Kosten der Bodenfläche der individuellen Wirtschaften vergrößern wird?

Es ist sonderbar, dass es Leute gibt, die diese einfachen Dinge nicht begreifen wollen.

#### *j) Über die Getreidebeschaffung*

Über unsere Getreideschwierigkeiten ist hier eine ganze Menge Ungereimtheiten gesagt worden. Aber die Hauptmomente unserer vorübergehenden Schwierigkeiten in der Getreidebeschaffung wurden außer acht gelassen.

Vor allen Dingen hat man vergessen, dass wir in diesem Jahr an Roggen und Weizen - ich spreche vom Bruttoernteertrag - um 500 bis 600 Millionen Pud weniger geerntet haben als im Vorjahr. Musste sich das nicht auf unsere Getreidebeschaffung auswirken? Natürlich musste es sich auswirken.

Vielleicht ist daran die Politik des ZK schuld? Nein, die Politik des ZK hat damit nichts zu tun. Dies erklärt sich durch die erhebliche Missernte in der Steppenzone der Ukraine (Fröste und Dürre) und durch die teilweise Missernte im Nordkaukasus, im Zentralen Schwarzerdegebiet und im Nordwestgebiet.

Dadurch ist es hauptsächlich zu erklären, dass wir im Vorjahr bis zum 1. April in der Ukraine 200 Millionen Pud Getreide (Roggen und Weizen) beschafft hatten, in diesem Jahr aber nur 26-27 Millionen Pud.

Eben dadurch ist auch der Rückgang der Beschaffung von Weizen und Roggen im Zentralen Schwarzerdegebiet auf fast ein Achtel und im Nordkaukasus auf ein Viertel zu erklären.

Die Getreidebeschaffung im Osten ist in einigen Gebieten in diesem Jahr fast auf das Doppelte gestiegen. Aber sie konnte natürlich den Ausfall an Getreide, den wir in der Ukraine, im Nordkaukasus und im Zentralen Schwarzerdegebiet zu verzeichnen hatten, nicht wettmachen und hat ihn nicht wettgemacht.

Man darf nicht vergessen, dass die Ukraine und der Nordkaukasus bei normalen Ernten ungefähr die Hälfte des ganzen in der UdSSR zu beschaffenden Getreides aufbringen.

Es ist sonderbar, dass Rykow diesen Umstand außer acht gelassen hat.



Schließlich der zweite Umstand, der das Hauptmoment unserer vorübergehenden Schwierigkeiten in der Getreidebeschaffung darstellt. Ich meine den Widerstand der Kulakenelemente des Dorfes gegen die Politik der Sowjetmacht in der Getreidebeschaffung. Rykow ist über diesen Umstand hinweggegangen. Aber über dieses Moment hinweggehen heißt über die Hauptsache in der Getreidebeschaffung hinweggehen. Wovon zeugt die Erfahrung der letzten zwei Jahre in der Getreidebeschaffung? Sie zeugt davon, dass die besitzenden Schichten des Dorfes, die bedeutende Getreideüberschüsse in der Hand haben und auf dem Getreidemarkt eine bedeutende Rolle spielen, uns freiwillig die notwendige Getreidemenge zu den von der Sowjetmacht festgesetzten Preisen nicht geben wollen. Wir brauchen, um die Städte und Industrieorte, die Rote Armee und die Gebiete, die gewerbliche Nutzpflanzen anbauen, mit Brot versorgen zu können, etwa 500 Millionen Pud Getreide jährlich. Auf dem Wege des Selbstlaufs gelangen in die Hände der Beschaffungsorgane etwa 300-350 Millionen Pud. Die übrigen 150 Millionen Pud müssen wir durch organisierten Druck auf die kulakischen und wohlhabenden Schichten des Dorfes aufbringen. Das zeigt uns die Erfahrung der Getreidebeschaffung während der letzten zwei Jahre.

Was ist in diesen zwei Jahren vor sich gegangen, woher kommen diese Veränderungen, weshalb genügte früher der Selbstlauf, und weshalb ist er jetzt ungenügend geworden? Das kommt daher, dass die kulakischen und wohlhabenden Elemente in diesen Jahren gewachsen sind, eine Reihe ertragreicher Jahre sind an ihnen nicht spurlos vorübergegangen, sie sind wirtschaftlich erstarkt, haben ein nettes kleines Kapital zusammengebracht und können jetzt auf dem Markte manövrieren, indem sie in Erwartung hoher Preise die Getreideüberschüsse zurückhalten und sich mit anderen Kulturen behelfen.

Getreide darf man nicht als einfache Ware betrachten. Getreide ist keine Baumwolle, die man nicht essen und nicht jedem verkaufen kann. Zum Unterschied von der Baumwolle ist Getreide unter unseren jetzigen Verhältnissen eine Ware, die jeder abnimmt und ohne die man nicht existieren kann. Der Kulak trägt diesem Umstand Rechnung, er hält das Getreide zurück und wirkt damit auf die anderen Getreidebesitzer ansteckend. Der Kulak weiß, dass Getreide die Valuta aller Valuten ist. Der Kulak weiß, dass Getreideüberschüsse nicht nur ein Mittel zu seiner Bereicherung, sondern auch ein Mittel zur Unterjochung der Dorfarmut sind. Getreideüberschüsse in der Hand des Kulaken sind unter den gegebenen Verhältnissen ein Mittel zur wirtschaftlichen und politischen Stärkung der Kulakenelemente. Wenn wir daher den Kulaken diese Überschüsse abnehmen, so erleichtern wir nicht nur die Brotversorgung der Städte und der Roten Armee, sondern untergraben auch die Basis für ein wirtschaftliches und politisches Erstarken des Kulakentums. Was muss man tun, um diese Getreideüberschüsse zu bekommen? Man muss vor allem die Einstellung auf den Selbstlauf als eine schädliche und gefährliche Sache überwinden. Man muss die Getreidebeschaffung organisieren. Man muss die Massen der armen und Mittelbauern gegen das Kulakentum mobilisieren und erreichen, dass die Maßnahmen der Sowjetmacht zur Verstärkung der Getreidebeschaffung von diesen Massen geschlossen unterstützt werden. Die Bedeutung der im Ural und in Sibirien angewandten Methode der Getreidebeschaffung, die nach dem Prinzip der Selbstbesteuerung durchgeführt wird, besteht eben darin, dass sie es ermöglicht, zur Verstärkung der Getreidebeschaffung die werktätigen Schichten des Dorfes gegen das Kulakentum zu mobilisieren. Die Erfahrung hat gezeigt, dass diese Methode positive Resultate zeitigt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass wir diese positiven Resultate nach zwei Richtungen hin erzielen: Erstens nehmen wir den besitzenden Schichten des Dorfes die Getreideüberschüsse ab und erleichtern dadurch die Versorgung des Landes; zweitens mobilisieren wir dadurch die Massen der armen und Mittelbauern gegen das Kulakentum, klären sie politisch auf und organisieren aus ihnen unsere machtvolle politische Millionenarmee im Dorf. Manche Genossen ziehen diesen letzteren Umstand nicht in Betracht. Und doch ist gerade dieser Umstand ein wichtiges, wenn nicht das wichtigste Resultat der im Ural und in Sibirien angewandten Methode der Getreidebeschaffung.

Allerdings wird diese Methode zuweilen mit der Anwendung außerordentlicher Maßnahmen gegen das Kulakentum verbunden, was bei Bucharin und Rykow ein komisches Gejammer hervorruft. Was ist aber Schlimmes daran? Warum darf man nicht zuweilen, unter bestimmten Verhältnissen, außerordentliche Maßnahmen gegen unseren Klassenfeind, gegen das Kulakentum, anwenden? Warum kann man die Spekulanten in den Städten zu Hunderten verhaften und in das Turuchansker Gebiet ausweisen, den Kulaken aber, die mit Getreide spekulieren, die die Sowjetmacht an der Kehle zu packen und die Dorfarmen zu unterjochen suchen, nicht die Getreideüberschüsse durch gesellschaftlichen Zwang abnehmen, und zwar zu Preisen, zu denen die armen und Mittelbauern ihr Getreide an unsere Beschaffungsorganisationen abliefern? Woraus geht das hervor? Hat sich unsere Partei etwa jemals grundsätzlich gegen die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen gegenüber den Spekulanten und dem Kulakentum ausgesprochen? Gibt es etwa bei uns kein Gesetz gegen die Spekulanten?

Rykow und Bucharin sind offenbar grundsätzlich gegen jede Anwendung außerordentlicher Maßnahmen gegenüber dem Kulakentum. Aber das ist doch eine bürgerlich-liberale Politik und keine marxistische Politik. Es kann Ihnen nicht unbekannt sein, dass Lenin sich nach der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik sogar für die Rückkehr zur Politik der Komitees der Dorfarmut ausgesprochen hat, natürlich unter bestimmten Bedingungen. Aber was ist denn die teilweise Anwendung außerordentlicher Maßnahmen gegen die Kulaken? Das ist nicht einmal ein Tropfen im Meer im Vergleich zur Politik der Komitees der Dorfarmut.

Sie, die Anhänger der Bucharingruppe, hoffen, den Klassenfeind durch Überzeugung zu bewegen, freiwillig auf seine Interessen zu verzichten und seine Getreideüberschüsse freiwillig an uns abzuliefern. Sie hoffen, dass der Kulak, der gewachsen ist, der spekuliert, der die Möglichkeit hat, sich an anderen Kulturen schadlos zu halten, und der seine Getreideüberschüsse versteckt - sie hoffen, dass dieser selbe Kulak seine Getreideüberschüsse zu unseren Beschaffungspreisen freiwillig an uns abliefern wird. Haben sie denn den Verstand verloren? Ist es nicht klar, dass sie die Mechanik des Klassenkampfes nicht verstehen, dass sie nicht wissen, was Klassen sind?

Und ist ihnen bekannt, wie die Kulaken unsere Funktionäre und die Sowjetmacht in den Dorfversammlungen, die zur Verstärkung der Getreidebeschaffung abgehalten werden, verhöhnen? Sind ihnen solche Tatsachen bekannt wie zum Beispiel, dass in Kasachstan unser Agitator zwei Stunden lang die Getreidebesitzer zu überreden suchte, das Getreide für die Versorgung des Landes abzuliefern, ein Kulak aber mit der Pfeife im Munde vortrat und ihm antwortete: „Tanz mal, Bursche, dann werde ich dir so an die zwei Pud Getreide geben.“

*Zwischenrufe.* Gesindel!

*Stalin.* Überzeugen Sie mal solche Leute.

Ja, Genossen, Klasse ist Klasse. Um diese Wahrheit kommt man nicht herum. Die im Ural und in Sibirien angewandte Methode ist gerade deshalb gut, weil sie es erleichtert, die Schichten der armen und Mittelbauern gegen die Kulaken zu mobilisieren, weil sie es erleichtert, den Widerstand der Kulaken zu brechen, und sie zwingt, die Getreideüberschüsse den Organen der Sowjetmacht abzuliefern.

Das geläufigste Modewort in den Reihen der Bucharingruppe ist jetzt das Wort „Überspitzungen“ bei der Getreidebeschaffung. Dieses Wort ist bei ihnen gang und gäbe, da es ihnen hilft, ihre opportunistische Linie zu maskieren. Wollen sie ihre Linie maskieren, so sagen sie gewöhnlich: Wir sind natürlich nicht gegen den Druck auf die Kulaken, aber wir sind gegen Überspitzungen, die auf diesem Gebiet begangen werden und die den Mittelbauern treffen. Weiter folgen Erzählungen über die „schrecklichen“ Folgen dieser Überspitzungen, werden Briefe von „Bauern“ verlesen, werden panische Briefe von Genossen verlesen, wie zum Beispiel von Markow, und dann wird die Schlussfolgerung gezogen: Die Politik des Drucks auf das Kulakentum muss aufgegeben werden.

Man höre sich das an: Weil Überspitzungen in der Durchführung einer richtigen Politik vorkommen, so muss man, wie sich herausstellt, diese richtige Politik aufgeben. Das ist die gewöhnliche Manier der Opportunisten: da Überspitzungen bei der Durchführung einer richtigen Linie vorgekommen sind, ist diese Linie aufzugeben und durch eine opportunistische Linie zu ersetzen. Dabei verschweigen die Anhänger der Bucharigruppe sorgfältig, dass noch eine andere Art von Überspitzungen existiert, eine gefährlichere und schädlichere, nämlich die Überspitzungen nach der Seite der Verfälschung mit dem Kulakentum, nach der Seite der Anpassung an die wohlhabenden Schichten des Dorfes, nach der Seite der Ersetzung der revolutionären Politik der Partei durch die opportunistische Politik der rechten Abweichler.

Natürlich sind wir alle gegen diese Überspitzungen. Wir alle sind dagegen, dass die Schläge, die gegen die Kulaken geführt werden, die Mittelbauern treffen. Das ist klar, und darüber kann keinerlei Zweifel bestehen. Aber wir sind entschieden dagegen, dass durch das Geschwätz von Überspitzungen, das von der Bucharigruppe eifrig kolportiert wird, die revolutionäre Politik unserer Partei aufgegeben und durch die opportunistische Politik der Bucharigruppe ersetzt wird. Nein, dieser Trick wird ihnen nicht gelingen.

Nennen Sie auch nur eine politische Maßnahme der Partei, die nicht diese oder jene Überspitzung im Gefolge gehabt hätte. Daraus folgt, dass man gegen die Überspitzungen kämpfen muss. Darf man aber aus diesem Grunde die Linie selbst schmähen, die die einzig richtige Linie ist?

Nehmen wir eine Maßnahme wie die Durchführung des Siebenstundentags. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass diese Maßnahme eine der revolutionärsten Maßnahmen ist, die von unserer Partei in letzter Zeit durchgeführt werden. Wem ist nicht bekannt, dass diese ihrem Wesen nach zutiefst revolutionäre Maßnahme bei uns immer wieder eine ganze Reihe von Überspitzungen, zuweilen der widerlichsten Art, im Gefolge hat? Bedeutet dies, dass wir die Politik der Durchführung des Siebenstundentags aufgeben sollen?

Begreifen die Anhänger der Bucharinschen Opposition, in welche Pfütze sie geraten, wenn sie mit den Überspitzungen in der Getreidebeschaffung auftrumpfen?

#### *k) Über die Valutareserven und die Getreideeinfuhr*

Schließlich einige Worte über die Getreideeinfuhr und die Valutareserven. Ich sagte bereits, dass Rykow und seine nächsten Freunde mehrmals die Frage der Einfuhr von Getreide aus dem Ausland aufgeworfen haben. Rykow sprach anfangs von der Notwendigkeit, 80-100 Millionen Pud Getreide einzuführen. Das würde ungefähr 200 Millionen Rubel Valuta ausmachen. Dann warf er die Frage der Einfuhr von 50 Millionen Pud auf, das heißt einer Einfuhr für 100 Millionen Rubel Valuta. Wir haben das abgelehnt und entschieden, dass es besser ist, auf den Kulaken Druck auszuüben und seine nicht geringen Getreideüberschüsse aus ihm herauszupressen, als Valuta auszugeben, die wir zurückgelegt haben, um Ausrüstungen für unsere Industrie einzuführen.

Jetzt wechselt Rykow die Front. Jetzt behauptet er, die Kapitalisten würden uns Getreide auf Kredit geben, wir aber wollten es angeblich nicht nehmen. Er sagte, durch seine Hände seien mehrere Telegramme gegangen, aus denen hervorgeht, dass die Kapitalisten uns Getreide auf Kredit geben wollen. Dabei stellte er die Dinge so hin, als gäbe es bei uns Leute, die, sei es aus einer Laune heraus, sei es aus irgendwelchen anderen unverständlichen Gründen, kein Getreide auf Kredit annehmen wollen.

All das ist dummes Zeug, Genossen. Es wäre lächerlich anzunehmen, dass die Kapitalisten des Westens uns plötzlich aus lauter Mitgefühl mehrere Dutzend Millionen Pud Getreide fast umsonst oder auf langfristigen Kredit geben wollen. Das ist dummes Zeug, Genossen.

Worum handelt es sich aber dann? Es handelt sich darum, dass verschiedene kapitalistische Gruppen nun schon ein halbes Jahr lang uns auf den Zahn fühlen, unsere finanziellen

Möglichkeiten, unsere Kreditfähigkeit, unsere Standhaftigkeit auszukundschaften suchen. Sie wenden sich an unsere Handelsvertreter in Paris, in der Tschechoslowakei, in Amerika, in Argentinien und versprechen, uns zu einem ganz kurzfristigen Kredit von drei oder höchstens sechs Monaten Getreide zu verkaufen. Ihnen liegt nicht so sehr daran, uns Getreide auf Kredit zu verkaufen, als vielmehr daran, zu erfahren, ob unsere Lage tatsächlich schwierig ist, ob unsere finanziellen Möglichkeiten tatsächlich erschöpft sind, ob wir, was unsere finanzielle Lage betrifft, festen Boden unter den Füßen haben und ob wir nicht auf den Köder anbeißen, den sie uns hinwerfen.

In der kapitalistischen Welt wird zurzeit über unsere finanziellen Möglichkeiten viel herumgestritten. Die einen sagen, wir seien bereits bankrott und der Zusammenbruch der Sowjetmacht sei eine Frage von einigen Monaten, wenn nicht Wochen. Andere sagen, das stimme nicht, die Sowjetmacht sitze fest im Sattel, sie habe finanzielle Möglichkeiten und besitze genügend Getreide.

Gegenwärtig besteht die Aufgabe darin, die notwendige Standhaftigkeit und Ausdauer an den Tag zu legen, nicht auf die heuchlerischen Versprechungen bezüglich Getreidelieferungen auf Kredit hereinzufallen und der kapitalistischen Welt zu zeigen, dass wir ohne Einfuhr von Getreide auskommen werden. Das ist nicht nur meine Meinung. Das ist die Meinung der Mehrheit des Politbüros.

Aus diesem Grunde haben wir beschlossen, das Angebot aller möglichen Wohltäter, wie zum Beispiel Nansens, abzulehnen, nämlich für 1 Million Dollar Getreide auf Kredit in die UdSSR einzuführen.

Aus eben diesem Grunde haben wir allen diesen Kundschaftern der kapitalistischen Welt in Paris, in Amerika, in der Tschechoslowakei, die uns eine geringe Menge Getreide auf Kredit angeboten haben, eine ablehnende Antwort gegeben.

Aus eben diesem Grunde haben wir beschlossen, im Getreideverbrauch größte Sparsamkeit, bei der Getreidebeschaffung größte Organisiertheit walten zu lassen.

Wir verfolgten dabei zwei Ziele: einerseits ohne Getreideeinfuhr auszukommen und die Valuta für die Einfuhr von Produktionsausrüstungen zu behalten, andererseits - all unseren Feinden zu zeigen, dass wir festen Boden unter den Füßen haben und nicht gewillt sind, auf Almosenversprechungen hereinzufallen.

War eine solche Politik richtig? Ich denke, dass sie die einzig richtige Politik war. Sie war richtig nicht nur, weil wir hier, innerhalb unseres Landes, neue Möglichkeiten erschlossen haben, Getreide zu erhalten. Sie war auch deshalb richtig, weil wir dadurch, dass wir ohne Getreideeinfuhr auskamen und die Kundschafter der kapitalistischen Welt abwiesen, unsere internationale Lage gefestigt, unsere Kreditfähigkeit erhöht und das Geschwätz über den „bevorstehenden Untergang“ der Sowjetmacht schlagend widerlegt haben.

Dieser Tage hatten wir einige Vorverhandlungen mit Vertretern deutscher Kapitalisten. Sie versprechen uns einen 500-Millionen-Kredit, wobei es so aussieht, dass sie es tatsächlich für notwendig erachten, uns diesen Kredit zu geben, um sich sowjetische Aufträge für ihre Industrie zu sichern.

Dieser Tage war eine Delegation englischer Konservativer bei uns, die es ebenfalls für notwendig erachtet, festzustellen, dass die Sowjetmacht stabil ist und dass es zweckmäßig ist, uns Kredite zu gewähren, um sich sowjetische Industrieaufträge zu sichern.

Ich glaube, wir hätten nicht diese neuen Möglichkeiten, Kredite zu erhalten, vor allem von den Deutschen, dann aber auch von einer Gruppe englischer Kapitalisten, wenn wir nicht die erforderliche Standhaftigkeit bewiesen hätten, von der ich vorhin sprach.

Folglich kann keine Rede davon sein, dass wir aus einer angeblichen Laune heraus abgelehnt hätten, imaginäres Getreide zu einem imaginären langfristigen Kredit anzunehmen. Es kommt darauf an, das Gesicht unserer Feinde zu erkennen, ihre wirklichen Absichten zu erkennen und die zur Festigung unserer internationalen Lage notwendige Ausdauer an den Tag zu legen. Aus diesem Grunde, Genossen, haben wir die Einfuhr von Getreide abgelehnt. Wie Sie sehen,

ist die Frage der Getreideeinfuhr keineswegs so einfach, wie Rykow das hier hingestellt hat. Die Frage der Getreideeinfuhr ist eine Frage unserer internationalen Lage.

## V FRAGEN DER PARTEIFÜHRUNG

Wir haben somit alle Hauptfragen unserer Meinungsverschiedenheiten, sowohl auf dem Gebiet der Theorie als auch auf dem Gebiet der Komintern- und der Innenpolitik unserer Partei, erörtert. Aus dem Gesagten geht hervor, dass die Behauptung Rykows, es bestünde bei uns eine einheitliche Linie, nicht der Wirklichkeit entspricht. Aus dem Gesagten geht hervor, dass es bei uns tatsächlich zwei Linien gibt. Die eine Linie, das ist die Generallinie der Partei, die revolutionäre Leninsche Linie unserer Partei. Die andere Linie, das ist die Linie der Bucharingruppe. Diese zweite Linie hat sich noch nicht vollständig herausgebildet, zum Teil deshalb, weil in den Reihen der Bucharingruppe eine unbeschreibliche Verwirrung der Ansichten herrscht, zum Teil aber deshalb, weil diese zweite Linie, deren relative Bedeutung in der Partei gering ist, sich so oder anders zu maskieren sucht. Aber immerhin existiert diese Linie, wie Sie sehen, und sie existiert als Linie, die sich von der Linie der Partei unterscheidet, als Linie, die sich der Generallinie der Partei fast in allen Fragen unserer Politik entgegenstellt. Diese zweite Linie ist die Linie der rechten Abweichung. Gehen wir jetzt zu den Fragen der Parteiführung über.

### *a) Über den fraktionellen Charakter der Bucharingruppe*

Bucharin sagte, dass es bei uns in der Partei keine Opposition gebe, dass sie, die Bucharingruppe, keine Opposition darstelle. Das stimmt nicht, Genossen. Aus der Diskussion auf dem Plenum ging mit aller Deutlichkeit hervor, dass wir es bei der Bucharingruppe mit einer neuen Opposition zu tun haben. Die oppositionelle Tätigkeit dieser Gruppe besteht darin, dass sie versucht, die Linie der Partei zu revidieren, dass sie versucht, die Linie der Partei zu ändern, und den Boden dafür bereitet, die Linie der Partei durch eine andere Linie, die Linie der Opposition, zu ersetzen, die nichts anderes sein kann als eine Linie der rechten Abweichung.

Bucharin sagte, dass die Drei keine fraktionelle Gruppe darstellen. Das stimmt nicht, Genossen. Die Bucharingruppe enthält alle Elemente einer Fraktion. Es gibt da sowohl eine Plattform als auch fraktionelle Abgeschlossenheit, sowohl Demissionspolitik als auch organisierten Kampf gegen das ZK. Was fehlt da noch? Warum die Wahrheit über den fraktionellen Charakter der Bucharingruppe verbergen, wenn er sowieso offen auf der Hand liegt? Das Plenum des ZK und der ZKK ist ja gerade deshalb zusammengetreten, um hier die ganze Wahrheit über unsere Meinungsverschiedenheiten auszusprechen. Die Wahrheit aber ist, dass die Bucharingruppe eine fraktionelle Gruppe ist. Und sie ist nicht einfach eine fraktionelle Gruppe, sondern - ich möchte sagen - die unangenehmste und erbärmlichste aller fraktionellen Gruppen, die wir in der Partei gehabt haben.

Das ist allein schon daraus ersichtlich, wie sie jetzt versucht, ein so geringfügiges Vorkommnis wie die Unruhen in Adsharien für ihre fraktionellen Zwecke auszunutzen. In der Tat, was bedeutet der so genannte „Aufstand“ in Adsharien im Vergleich zu solchen Aufständen wie dem Kronstädter Aufstand? Ich glaube, dass im Vergleich zu diesem Aufstand der so genannte „Aufstand“ in Adsharien nicht einmal soviel bedeutet wie ein Tropfen im Meer. Hat es Fälle gegeben, dass Trotzlisten oder Sinowjewleute versucht hätten, diesen ersten Aufstand in Kronstadt gegen das ZK, gegen die Partei auszunutzen? Man muss zugeben, Genossen, dass es solche Fälle nicht gegeben hat. Im Gegenteil, die oppositionellen Gruppen, die wir in der Periode dieses ersten Aufstands in der Partei hatten, halfen der Partei, ihn niederzuwerfen, und wagten es nicht, ihn gegen die Partei auszunutzen.

Wie aber verhält sich jetzt die Bucharigruppe? Sie hatten bereits Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, dass sie versucht, diesen mikroskopischen „Aufstand“ in Adsharien in erbärmlichster, schändlichster Weise gegen die Partei auszunutzen. Was ist das anders als fraktionelle Verblendung und fraktionelle Niedertracht in höchstem Grade?

Man verlangt offenbar von uns, dass in unseren an kapitalistische Staaten grenzenden Randgebieten nie Unruhen vorkommen sollen. Man verlangt offenbar von uns eine Politik, die alle Klassen unserer Gesellschaft befriedigt, sowohl die Reichen als auch die Armen, sowohl die Arbeiter als auch die Kapitalisten. Man verlangt offenbar von uns, dass es bei uns keine unzufriedenen Elemente geben soll. Haben sie nicht den Verstand verloren, diese Genossen aus der Bucharigruppe?

Wie kann man von uns verlangen, von Menschen der proletarischen Diktatur, die wir einen Kampf gegen die kapitalistische Welt sowohl innerhalb als auch außerhalb unseres Landes führen - wie kann man von uns verlangen, dass es bei uns im Lande keine Unzufriedenen geben soll und dass in einigen Randgebieten, die an uns feindliche kapitalistische Staaten grenzen, nicht mitunter Unruhen vorkommen? Wozu ist denn die kapitalistische Umkreisung da, wenn nicht dazu, dass das internationale Kapital alles daransetzt, um bei uns in den Grenzgebieten Aktionen der unzufriedenen Elemente unseres Landes gegen die Sowjetmacht zu organisieren? Wer, außer hohlköpfigen Liberalen, kann solche Forderungen an uns stellen? Ist es etwa nicht klar, dass fraktionelle Niedertracht die Menschen mitunter bis zu liberaler Blindheit und Borniertheit führen kann?

#### *b) Über Loyalität und kollektive Leitung*

Rykov hat hier beteuert, dass Bucharin in seinem Verhalten zum ZK unserer Partei eins der „untadligsten“ und „loyalsten“ Parteimitglieder sei.

Gestatten Sie, das zu bezweifeln. Wir können Rykov nicht aufs Wort glauben. Wir verlangen Tatsachen. Aber gerade Tatsachen kann Rykov nicht anführen.

Nehmen wir zum Beispiel eine Tatsache wie die hinter den Kulissen geführten Verhandlungen Bucharins mit der Kamenewgruppe, die mit den Trotzlisten in Verbindung steht, Verhandlungen über die Organisierung eines fraktionellen Blocks, über die Änderung der Politik des ZK, über die Änderung der Zusammensetzung des Politbüros, über die Ausnutzung der Getreidebeschaffungskrise zu einem Vorstoß gegen das ZK. Es fragt sich, wo bleibt denn hier die „Loyalität“, die „Untadligkeit“ Bucharins im Verhalten zu seinem ZK?

Ist das nicht im Gegenteil Verletzung jeder Loyalität durch ein Mitglied des Politbüros gegenüber seinem ZK, gegenüber seiner Partei? Wenn sich das Loyalität gegenüber dem ZK nennt, was nennt sich dann Verrat an seinem ZK?

Bucharin redet gern von Loyalität, von Ehrlichkeit, warum aber versucht er nicht, einen Blick auf sich selbst zu werfen und sich zu fragen, ob er nicht in ehrlosester Weise die elementaren Forderungen der Loyalität gegenüber seinem ZK verletzt, indem er hinter den Kulissen mit den Trotzlisten gegen sein ZK verhandelt und solcherart sein ZK verrät?

Bucharin sprach hier davon, dass es im ZK der Partei keine kollektive Leitung gäbe, und wollte uns einreden, dass die Mehrheit des Politbüros des ZK gegen die Forderungen einer kollektiven Leitung verstoße.

Natürlich, unser Plenum erträgt viel. Es kann auch diese schamlose und heuchlerische Erklärung Bucharins ertragen. Aber man muss wirklich jedes Schamgefühl verloren haben, wenn man sich erdreistet, auf dem Plenum in einer solchen Art gegen die Mehrheit des ZK aufzutreten.

In der Tat, von was für einer kollektiven Leitung kann hier die Rede sein, wenn die Mehrheit des ZK, die sich vor den Staatswagen gespannt hat und ihn mit Anspannung all ihrer Kräfte vorwärts bringt, die Bucharigruppe bittet, ihr bei diesem schwierigen Werk zu helfen, die Bucharigruppe aber ihrem ZK nicht nur nicht hilft, sondern im Gegenteil - es auf jede Weise

stört, ihm Knüppel zwischen die Beine wirft, mit Demission droht und mit Feinden der Partei, mit den Trotzlisten, gegen das ZK unserer Partei Abmachungen trifft?

Wer, außer Heuchlern, kann leugnen, dass Bucharin, der mit den Trotzlisten einen Block gegen die Partei organisiert und sein ZK verrät, eine kollektive Leitung im Zentralkomitee unserer Partei weder wünscht noch verwirklichen wird?

Wer, außer Blinden, sieht nicht, dass Bucharin, wenn er von kollektiver Leitung im ZK schwätzt und dabei sich gegen die Mehrheit des ZK wendet, dies nur deshalb tut, um dadurch seine verräterische Haltung zu maskieren?

Es muss hervorgehoben werden, dass Bucharin nicht zum ersten Mal gegen die elementaren Forderungen der Loyalität gegenüber dem ZK der Partei und der kollektiven Leitung im ZK verstößt. Die Geschichte unserer Partei kennt Beispiele, wo Bucharin zu Lebzeiten Lenins, in der Periode des Brester Friedens, als er in der Frage des Friedens in der Minderheit geblieben war, zu den linken Sozialrevolutionären lief, zu den Feinden unserer Partei, mit ihnen Verhandlungen hinter den Kulissen führte und versuchte, mit ihnen einen Block gegen Lenin und das ZK zu bilden. Was er damals mit den linken Sozialrevolutionären abmachte - das ist uns leider noch unbekannt<sup>[10]</sup>. Aber bekannt ist uns, dass die linken Sozialrevolutionäre damals die Absicht hatten, Lenin zu verhaften und einen antisowjetischen Umsturz zu vollführen... Am erstaunlichsten aber ist, dass Bucharin, während er zu den linken Sozialrevolutionären lief und mit ihnen gegen das ZK konspirierte, genau wie jetzt fortfuhr, über die Notwendigkeit einer kollektiven Leitung zu schreien.

Die Geschichte unserer Partei kennt außerdem Beispiele, wo Bucharin zu Lebzeiten Lenins, als er die Mehrheit im Moskauer Gebietsbüro unserer Partei hatte und als die Gruppe „linker“ Kommunisten hinter ihm stand, alle Mitglieder der Partei dazu aufrief, dem ZK der Partei ihr Misstrauen auszusprechen, die Unterordnung unter das ZK zu verweigern und die Frage der Spaltung in unserer Partei zu stellen. Das war in der Periode des Brester Friedens, nachdem das ZK bereits den Beschluss gefasst hatte über die Notwendigkeit, die Bedingungen des Brester Friedens anzunehmen.

So sehen die Loyalität und die kollektive Leitung bei Bucharin aus.

Rykw sprach hier von der Notwendigkeit kollegialer Arbeit. Dabei deutete er auf die Mehrheit des Politbüros und behauptete, dass er und seine nächsten Freunde für kollegiale Arbeit seien, die Mehrheit des Politbüros also - gegen kollegiale Arbeit sei. Dabei führte Rykw nicht eine einzige Tatsache zur Bekräftigung seiner Behauptung an.

Um diese Rykowsche Fabel zu entlarven, gestatten Sie, einige Tatsachen anzuführen, einige Beispiele, die zeigen, wie Rykows kollegiale Arbeit aussieht.

Erstes Beispiel. Sie kennen die Geschichte mit der Ausfuhr von Gold nach Amerika. Viele von Ihnen glauben vielleicht, das Gold sei auf Beschluss des Rates der Volkskommissare oder des ZK, oder im Einverständnis mit dem ZK, oder mit Wissen des ZK nach Amerika ausgeführt worden. Aber das stimmt nicht, Genossen. Das ZK und der Rat der Volkskommissare haben damit gar nichts zu tun. Bei uns gibt es einen Beschluss, dass Gold ohne Sanktion des ZK nicht ausgeführt werden darf. Dieser Beschluss wurde jedoch verletzt. Wer hat denn nun die Erlaubnis gegeben, Gold auszuführen? Es stellt sich heraus, dass das Gold mit Erlaubnis eines der Stellvertreter Rykows, mit Wissen Rykows und mit seinem Einverständnis ausgeführt wurde.

Ist das etwa kollegiale Arbeit?

Zweites Beispiel. Ich meine die Verhandlungen mit einer der großen Privatbanken Amerikas, deren Vermögen nach dem Oktoberumsturz nationalisiert wurde und die jetzt Schadenersatz verlangt. Dem ZK wurde bekannt, dass ein Vertreter unserer Staatsbank mit dieser Bank Verhandlungen über die Bedingungen des Schadenersatzes führt.

Die Frage der Befriedigung privater Forderungen auf Schadenersatz ist, wie Sie wissen, eine der ernstesten Fragen, die sich direkt auf unsere Außenpolitik beziehen. Man könnte meinen, dass diese Verhandlungen mit Einwilligung des Rates der Volkskommissare oder des ZK

geführt worden seien. Das stimmt jedoch nicht, Genossen. Das ZK und der Rat der Volkskommissare haben damit gar nichts zu tun. Als dann das ZK von diesen Verhandlungen erfuhr, beschloss es, dass sie abzubrechen sind. Aber die Frage ist: Wer hat diese Verhandlungen sanktioniert? Es stellt sich heraus, dass sie von einem der Stellvertreter Rykows, mit Wissen Rykows und mit seinem Einverständnis sanktioniert worden waren.

Ist das etwa kollegiale Arbeit?

Drittes Beispiel. Es handelt sich um die Versorgung der Kulaken und der Mittelbauern mit landwirtschaftlichen Maschinen. Es handelt sich darum, dass der Wirtschaftsrat der RSFSR[11], in dem einer der Stellvertreter Rykows für die RSFSR den Vorsitz führt, beschloss, die Versorgung der Mittelbauern mit landwirtschaftlichen Maschinen einzuschränken und die Versorgung der Oberschichten des Dorfes, das heißt der Kulaken, mit Maschinen zu erhöhen. Hier ist der Wortlaut dieses parteifeindlichen und antisowjetischen Beschlusses des Wirtschaftsrats der RSFSR:

„Für die Kasachische und die Baschkirische ASSR, für die Sibirische Region und die Unter-Wolga-Region sowie für das Mittel-Wolga-Gebiet und das Ural-Gebiet werden die im vorliegenden Punkt festgesetzten Prozentsätze für den Absatz landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte an die Oberschichten des Dorfes bis zu 20 Prozent erhöht und an die mittelbäuerlichen Schichten bis zu 30 Prozent herabgesetzt.“

Wie gefällt Ihnen das: Der Wirtschaftsrat der RSFSR nimmt in der Periode der verstärkten Offensive der Partei gegen die Kulaken und der Organisierung der Massen der armen und Mittelbauern gegen das Kulakentum einen Beschluss an über eine Herabsetzung der Norm für die Versorgung der Mittelbauern mit Maschinen und über eine Erhöhung der Norm für die Versorgung der Oberschichten des Dorfes.

Und das nennt sich Leninsche, kommunistische Politik!

Als dann das ZK von diesem Fall erfuhr, hob es den Beschluss des Wirtschaftsrats auf. Aber wer hat diesen antisowjetischen Beschluss sanktioniert? Einer der Stellvertreter Rykows hat ihn mit Wissen Rykows und mit seinem Einverständnis sanktioniert.

Ist das etwa kollegiale Arbeit?

Diese Beispiele dürften wohl genügen, um zu zeigen, wie die kollegiale Arbeit Rykows und seiner Stellvertreter aussieht.

### *c) Über den Kampf gegen die rechte Abweichung*

Bucharin sprach von einer „Zivilhinrichtung“ dreier Mitglieder des Politbüros, die, wie er sagt, von den Organisationen unserer Partei „geprügelt“ werden. Er sagte, die Partei habe drei Mitglieder des Politbüros, Bucharin, Rykow und Tomski, zum Opfer einer „Zivilhinrichtung“ gemacht, indem sie ihre Fehler in der Presse und in Versammlungen kritisierte, während diese drei Mitglieder des Politbüros zum Schweigen „gezwungen“ waren. Das ist alles Unsinn, Genossen. Das sind falsche Worte eines liberalisierenden Kommunisten, der die Partei in ihrem Kampf gegen die rechte Abweichung zu desorganisieren versucht. Bei Bucharin sieht es so aus: Wenn er und seine Freunde tief in rechtsopportunistischen Fehlern stecken, so hat die Partei nicht das Recht, diese Fehler zu entlarven, so muss die Partei den Kampf gegen die rechte Abweichung einstellen und den Moment abwarten, da es Bucharin und seinen Freunden beliebt wird, sich von ihren Fehlern loszusagen.

Verlangt Bucharin nicht zuviel von uns? Meint er vielleicht, dass die Partei für ihn existiert und nicht er für die Partei? Wer zwingt ihn aber, zu schweigen, im Zustand der Ruhe zu verharren, wenn die ganze Partei gegen die rechte Abweichung mobilisiert ist und entschlossen gegen die Schwierigkeiten kämpft? Warum sollten Bucharin und seine nächsten Freunde jetzt nicht auftreten und einen entschiedenen Kampf gegen die rechte Abweichung und das Versöhnertum ihr gegenüber führen? Kann denn irgendjemand daran zweifeln, dass



die Partei es begrüßen würde, wenn Bucharin und seine nächsten Freunde sich zu diesem, nicht gar so schwierigen Schritt entschlossen? Weshalb entschließen sie sich nicht zu diesem Schritt, zu dem sie schließlich und endlich verpflichtet sind? Nicht vielleicht deshalb, weil sie die Interessen ihrer Gruppe höher stellen als die Interessen der Partei und ihrer Generallinie? Wer ist denn schuld daran, dass Bucharin, Rykow und Tomski im Kampf gegen die rechte Abweichung nicht zur Stelle waren? Ist es nicht klar, dass das Gerede von der „Zivilhinrichtung“ dreier Mitglieder des Politbüros ein schlecht maskierter Versuch der drei Mitglieder des Politbüros ist, die Partei zum Schweigen und zur Einstellung des Kampfes gegen die rechte Abweichung zu zwingen?

Der Kampf gegen die rechte Abweichung darf nicht als untergeordnete Aufgabe unserer Partei betrachtet werden. Der Kampf gegen die rechte Abweichung ist eine der entscheidenden Aufgaben unserer Partei. Wenn wir in unserer eigenen Mitte, in unserer eigenen Partei, im politischen Stab des Proletariats, der die Bewegung leitet und das Proletariat vorwärts führt - wenn wir in diesem Stab die freie Existenz und die freie Tätigkeit der rechten Abweichler zulassen, die den Versuch machen, die Partei zu demobilisieren, die Arbeiterklasse zu zersetzen, unsere Politik dem Geschmack der „Sowjet“bourgeoisie anzupassen und auf diese Weise vor den Schwierigkeiten unseres sozialistischen Aufbaus die Segel zu streichen - wenn wir all dies zulassen, was wird das dann bedeuten? Wird das nicht bedeuten, dass wir bereit sind, der Revolution den Rücken zu kehren, unseren sozialistischen Aufbau zu desorganisieren, vor den Schwierigkeiten davonzulaufen, den kapitalistischen Elementen Positionen preiszugeben?

Begreift die Bucharingruppe nicht, dass der Verzicht auf den Kampf gegen die rechte Abweichung Verrat an der Arbeiterklasse, Verrat an der Revolution bedeutet?

Begreift die Bucharingruppe nicht, dass es ohne Überwindung der rechten Abweichung und des Versöhnertums ihr gegenüber unmöglich ist, die Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, zu überwinden, und dass es ohne die Überwindung dieser Schwierigkeiten unmöglich ist, im sozialistischen Aufbau entscheidende Erfolge zu erringen?

Welchen Wert haben nach alledem die kläglichen Worte von der „Zivilhinrichtung“ dreier Mitglieder des Politbüros?

Nein, Genossen, mit dem liberalen Geschwätz von der „Zivilhinrichtung“ werden die Bucharinleute die Partei nicht schrecken. Die Partei fordert von ihnen den entschiedenen Kampf gegen die rechte Abweichung und das Versöhnertum ihr gegenüber, in Reih und Glied mit allen Mitgliedern des ZK unserer Partei. Sie fordert das von der Bucharingruppe, um die Mobilisierung der Arbeiterklasse zu erleichtern, den Widerstand der Klassenfeinde zu brechen und die entschlossene Überwindung der Schwierigkeiten unseres sozialistischen Aufbaus zu organisieren.

Entweder werden die Bucharinleute diese Forderung der Partei erfüllen - dann wird die Partei das begrüßen, oder sie werden es nicht tun dann aber mögen sie sich die Folgen selber zuschreiben.

## VI SCHLUSSFOLGERUNGEN

Ich komme zu den Schlussfolgerungen.

Ich schlage folgendes vor:

1. Vor allem sind die Anschauungen der Bucharingruppe zu verurteilen. Die Anschauungen dieser Gruppe, die in ihren Deklarationen und in den Reden ihrer Vertreter dargelegt wurden, sind zu verurteilen, wobei festgestellt werden muss, dass diese Anschauungen unvereinbar sind mit der Linie der Partei und dass sie voll und ganz mit der Position der rechten Abweichung übereinstimmen.

2. Die Verhandlungen, die Bucharin mit der Kamenewgruppe hinter den Kulissen geführt hat, sind als krasser Ausdruck der Illoyalität und des fraktionellen Charakters der Bucharingruppe zu verurteilen.
  3. Die Demissionspolitik, die von Bucharin und Tomski praktiziert wurde, ist als grobe Verletzung der elementaren Forderungen der Parteidisziplin zu verurteilen.
  4. Bucharin und Tomski sind ihrer Posten zu entheben und zu warnen, dass das ZK bei dem geringsten Versuch, sich den Beschlüssen des ZK nicht zu fügen, gezwungen sein wird, sie aus dem Politbüro auszuschließen.
  5. Es sind Maßnahmen zu treffen, damit beim Auftreten einzelner Mitglieder und Kandidaten des Politbüros in Versammlungen keinerlei Abweichungen von der Parteilinie, von den Beschlüssen des ZK und seiner Organe vorkommen.
  6. Es sind Maßnahmen zu treffen, damit in den Presseorganen, sowohl in der Parteipresse als auch in der Sowjetpresse, sowohl in Zeitungen als auch in Zeitschriften, die Linie der Partei und die Beschlüsse ihrer leitenden Organe voll und ganz vertreten werden.
  7. Es sind besondere Maßnahmen, bis zum Ausschluss aus dem ZK und aus der Partei, gegen diejenigen festzulegen, die versuchen sollten, die Vertraulichkeit der Beschlüsse der Partei, ihres ZK, ihres Politbüros zu missachten.
  8. Die Resolution des vereinigten Plenums des ZK und der ZKK zu den innerparteilichen Fragen ist allen Ortsorganisationen der Partei und den Delegierten der XVI. Konferenz<sup>[12]</sup> zuzustellen, ohne sie vorläufig in der Presse zu veröffentlichen.
- Das ist meiner Meinung nach der Ausweg aus der Lage.  
Einige Genossen bestehen darauf, Bucharin und Tomski unverzüglich aus dem Politbüro des ZK auszuschließen. Ich bin mit diesen Genossen nicht einverstanden. Meiner Meinung nach kann man zurzeit ohne eine solche extreme Maßnahme auskommen.

*Zum ersten Mal vollständig veröffentlicht.*

## DER WETTBEWERB UND DER ARBEITSAUFSCHWUNG DER MASSEN

Vorwort zu J. Mikulinas Buch „Der Wettbewerb der Massen“

Es steht wohl außer Zweifel, dass gegenwärtig eine der wichtigsten Tatsachen unseres Aufbaus, wenn nicht die wichtigste, der sich breit entfaltende Wettbewerb der Millionenmassen der Arbeiter ist. Der Wettbewerb ganzer Fabriken und Werke in den verschiedensten Teilen unseres unermesslichen Landes; der Wettbewerb zwischen Arbeitern und Bauern; der Wettbewerb zwischen Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften; die Fixierung dieses Massenappells von Betrieb zu Betrieb in besonderen Verträgen der Werktätigen - all das sind Tatsachen, die keinen Zweifel darüber lassen, dass der sozialistische Wettbewerb der Massen bereits zur Entfaltung gekommen ist. Ein machtvoller Produktionsaufschwung der werktätigen Massen hat begonnen. Das müssen jetzt selbst die hoffnungslosesten Skeptiker zugeben.

„Der Sozialismus“, sagt Lenin, „erstickt keineswegs den Wettbewerb, im Gegenteil, er schafft erstmalig die Möglichkeit, ihn wirklich auf breiter Grundlage, wirklich im Massenumfange anzuwenden, die Mehrheit der Werktätigen wirklich auf ein Tätigkeitsfeld zu führen, auf dem sie sich hervortun, ihre Fähigkeiten entfalten, jene Talente offenbaren können, die das Volk, einem unversiegbaren Quell gleich, hervorbringt und die der Kapitalismus zu Tausenden und Millionen zertreten, niedergehalten und erdrückt hat“...

„Erst jetzt wird im wahrhaft breiten Massenausmaß die Möglichkeit geschaffen, Unternehmungsgeist, Wettbewerb und kühne Initiative zu entfalten“ ... denn „zum ersten Mal nach Jahrhunderten der Arbeit für andere, der unfreien Arbeit für die Ausbeuter, bietet sich ihm jetzt die Möglichkeit, für sich selbst zu arbeiten“...

...„Jetzt, da eine sozialistische Regierung an der Macht ist, besteht unsere Aufgabe darin, den Wettbewerb zu organisieren.“<sup>[13]</sup>

Von diesen Leitsätzen Lenins ging die XVI. Konferenz der KPdSU(B) aus, als sie sich mit einem besonderen Aufruf über den Wettbewerb an die Arbeiter und Werktätigen wandte.

Manche „Genossen“ Bürokraten glauben, der Wettbewerb sei wieder einmal eine neue Mode der Bolschewiki und werde als solche mit der Beendigung der „Saison“ einschlafen. Die „Genossen“ Bürokraten irren sich natürlich. In Wirklichkeit ist der Wettbewerb die kommunistische Methode des Aufbaus des Sozialismus auf der Grundlage maximaler Aktivität der Millionenmassen der Werktätigen. In Wirklichkeit ist der Wettbewerb der Hebel, mit dessen Hilfe die Arbeiterklasse das gesamte wirtschaftliche und kulturelle Leben des Landes auf der Basis des Sozialismus umzugestalten berufen ist.

Andere „Genossen“ Bürokraten versuchen, erschreckt von der machtvollen Welle des Wettbewerbs, diesen in einen künstlichen Rahmen zu zwängen, ihn einzudämmen, die Sache des Wettbewerbs zu „zentralisieren“, seinen Schwung einzuengen und ihn somit des Wichtigsten - der Initiative der Massen - zu berauben. Es erübrigt sich zu sagen, dass die Pläne der Bürokraten nicht in Erfüllung gehen werden. Auf jeden Fall wird die Partei alle Maßnahmen ergreifen, um diese Pläne zunichte zu machen.

Der sozialistische Wettbewerb darf nicht als eine Kanzleiangelegenheit betrachtet werden. Der sozialistische Wettbewerb ist der Ausdruck der sachlichen revolutionären Selbstkritik der Massen, die sich auf die schöpferische Initiative der Millionen Werktätigen stützt. Jeder, der, bewusst oder unbewusst, diese Selbstkritik und diese schöpferische Initiative der Massen behindert, muss als Hemmschuh unserer großen Sache beiseite geschleudert werden.

Die Gefährlichkeit des Bürokratismus kommt konkret vor allem darin zum Ausdruck, dass er die Energie, die Initiative und Selbsttätigkeit der Massen fesselt, dass er die kolossalen Reserven, die im Schoße unserer Gesellschaftsordnung, im Schoße der Arbeiterklasse und der

Bauernschaft schlummern, ungenutzt lässt, dass er die Ausnutzung dieser Reserven im Kampf gegen unsere Klassenfeinde verhindert. Die Aufgabe des sozialistischen Wettbewerbs ist es, diese bürokratischen Fesseln zu sprengen, für die Entfaltung der Energie und schöpferischen Initiative der Massen ein breites Betätigungsfeld zu schaffen, die kolossalen Reserven, die im Schoße unserer Gesellschaftsordnung schlummern, zutage zu fördern und sie im Kampf gegen unsere Klassenfeinde sowohl innerhalb als auch außerhalb unseres Landes in die Waagschale zu werfen.

Mitunter wird der sozialistische Wettbewerb mit der Konkurrenz verwechselt. Das ist ein grober Fehler. Der sozialistische Wettbewerb und die Konkurrenz verkörpern zwei völlig verschiedene Prinzipien.

Das Prinzip der Konkurrenz: Niederlage und Tod der einen, Sieg und Herrschaft der anderen.

Das Prinzip des sozialistischen Wettbewerbs: kameradschaftliche Hilfe der Fortgeschrittenen für die Zurückgebliebenen, um einen allgemeinen Aufschwung zu erzielen.

Die Konkurrenz besagt: Schlage die Zurückgebliebenen nieder, um deine Herrschaft zu festigen.

Der sozialistische Wettbewerb besagt: Die einen arbeiten schlecht, die anderen gut, die dritten besser - hole die Besten ein und erziele einen allgemeinen Aufschwung.

Daraus ist im Grunde auch der beispiellose Produktionsenthusiasmus zu erklären, der die Millionenmassen der Werktätigen dank dem sozialistischen Wettbewerb erfasst hat. Es erübrigt sich zu sagen, dass die Konkurrenz niemals etwas hervorbringen kann, was einem derartigen Enthusiasmus der Massen ähnlich wäre.

In letzter Zeit häufen sich in unserer Presse Artikel und Notizen über den Wettbewerb. Man schreibt über die Philosophie des Wettbewerbs, über die Wurzeln des Wettbewerbs, über die möglichen Ergebnisse des Wettbewerbs usw. Aber selten findet man Artikel, die ein auch nur einigermaßen zusammenhängendes Bild davon geben, wie der Wettbewerb von den Massen selbst durchgeführt wird, ein Bild davon, was die Millionenmassen der Arbeiter bei der Durchführung des Wettbewerbs und beim Unterschreiben der Verträge bewegt, ein Bild davon, dass die Arbeitermassen die Sache des Wettbewerbs als ihre ureigenste Sache ansehen. Und dabei bildet diese Seite der Angelegenheit für uns eine in höchstem Grade wichtige Seite des Wettbewerbs.

Ich denke, die Broschüre der Genossin J. Mikulina stellt den ersten Versuch einer zusammenhängenden Wiedergabe der Materialien aus der Praxis des Wettbewerbs dar, in der der Wettbewerb als eine Angelegenheit der werktätigen Massen selbst gezeigt wird. Der Vorzug dieser Broschüre besteht darin, dass sie eine einfache und wahrheitsgetreue Schilderung der tiefgehenden Prozesse des gewaltigen Arbeitsaufschwungs darstellt, die die innere Triebfeder des sozialistischen Wettbewerbs bilden.

11. Mai 1929.

„Prawda“ Nr. 114,  
22. Mai 1929.  
Unterschrift: J. Stalin.

## AN GENOSSEN FELIX KON

Kopie an den Sekretär des Gebietsbüros des ZK  
des Iwanowo-Wosnessensker Gebiets, Genossen Kolotilow

Genosse Kon!

Den Artikel der Genossin Russowa über die Broschüre der Genossin Mikulina („Der Wettbewerb der Massen“) habe ich erhalten. Nachstehend meine Bemerkungen dazu:

1. Die Rezension der Genossin Russowa macht den Eindruck einer allzu einseitigen und voreingenommenen Notiz. Es mag stimmen, dass eine Spinnerin Bardina überhaupt nicht existiert und dass es in Sarjadje gar keine Spinnerei gibt. Es mag auch stimmen, dass in der Fabrik in Sarjadje „wöchentlich nur einmal sauber gemacht wird“. Man kann zugeben, dass sich Genossin Mikulina, vielleicht irreführt durch irgendeinen der Erzähler, eine Reihe grober Ungenauigkeiten zuschulden kommen ließ, und das ist natürlich schlecht und unverzeihlich. Aber geht es denn darum? Wird denn der Wert einer Broschüre durch einzelne Details bestimmt und nicht durch ihre allgemeine Linie? Genosse Scholochow, der berühmte Schriftsteller unserer Zeit, hat in seinem „Stillen Don“ eine Reihe grober Fehler begangen und geradezu falsche Daten über Syrzow, Podtjolkow, Kriwoschlykow und andere angeführt, aber folgt daraus etwa, dass der „Stille Don“ überhaupt nichts taugt, dass er verdient, aus dem Verkauf gezogen zu werden?

Worin besteht der Vorzug der Broschüre der Genossin Mikulina? Darin, dass sie die Idee des Wettbewerbs popularisiert und den Leser mit dem Geist des Wettbewerbs beseelt. Darin liegt der Kern der Sache und nicht in einzelnen Fehlern der Details.

2. Es ist möglich, dass die Kritiker im Zusammenhang mit meinem Vorwort zu der Broschüre der Genossin Mikulina zuviel und irgend etwas Außergewöhnliches von dieser Broschüre erwarteten und nun, in ihren Erwartungen getäuscht, beschlossen haben, den Verfasser der Broschüre hierfür zu strafen. Das ist jedoch falsch und unbillig. Die Broschüre der Genossin Mikulina ist natürlich kein wissenschaftliches Werk. Die Broschüre der Genossin Mikulina ist eine Erzählung über Angelegenheiten des Massenwettbewerbs, über die Praxis des Wettbewerbs. Und nur dies. Es ist nicht die Schuld der Genossin Mikulina, wenn durch mein Vorwort eine zu hohe Meinung von ihrem, im Grunde genommen sehr bescheidenen Büchlein entstanden ist. Hierfür darf man weder den Verfasser der Broschüre noch auch die Leser der Broschüre dadurch bestrafen, dass man die Broschüre aus dem Verkauf zieht. Aus dem Verkauf ziehen kann man nur Werke, die eine nichtsowjetische Richtung vertreten, parteifeindliche, antiproletarische Machwerke. Die Broschüre der Genossin Mikulina enthält nichts Parteifeindliches oder Nicht-sowjetisches.

3. Genossin Russowa ist besonders empört darüber, dass Genossin Mikulina „Genossen Stalin irreführt hat“. Die hier von Genossin Russowa bewiesene Sorge um Genossen Stalin ist schätzenswert. Indes besteht für diese Sorge, wie mir scheint, keinerlei Notwendigkeit.

Erstens ist es gar nicht so leicht, „Genossen Stalin irrezuführen“.

Zweitens bereue ich nicht im geringsten, dass ich der kleinen Broschüre eines in der literarischen Welt unbekanntem Autors ein Vorwort vorausgeschickt habe, denn ich bin der Meinung, dass die Broschüre der Genossin Mikulina trotz einzelner und vielleicht sogar grober Fehler für die Arbeitermassen von großem Nutzen ist.

Drittens bin ich entschieden dagegen, dass nur zu Broschüren und Büchern von literarischen „Würdenträgern“, von Leuten mit literarischem „Namen“, von „Koryphäen“ usw. Vorworte geschrieben werden. Ich bin der Meinung, es ist an der Zeit, dass wir mit dieser Herrengewohnheit Schluss machen und aufhören, die ohnehin im Vordergrund stehenden literarischen „Würdenträger“ herauszustreichen, unter deren „Größe“ unsere jungen, niemandem bekannten und von allen vernachlässigten literarischen Kräfte schwer zu leiden haben.

Bei uns gibt es Hunderte und Tausende fähiger junger Menschen, die mit aller Kraft bemüht sind, sich emporzuarbeiten, um die allgemeine Schatzkammer unseres Aufbaus durch ihr Scherflein zu bereichern. Aber ihre Versuche bleiben häufig vergeblich, da sie auf Schritt und Tritt durch den Eigendünkel von Leuten mit literarischen „Namen“, durch den Bürokratismus und das herzlose Verhalten mancher unserer Organisationen und schließlich durch den Neid ihrer Altersgenossen und -genossinnen (der noch nicht in Wettbewerb übergegangen ist) erstickt werden. Eine unserer Aufgaben ist es, diese Mauer zu durchbrechen und den jungen Kräften, deren Zahl Legion ist, einen Ausweg zu schaffen. Mein Vorwort zu der kleinen Broschüre eines in der literarischen Welt unbekanntem Autors stellt den Versuch dar, einen Schritt zur Lösung dieser Aufgabe zu tun. Ich werde auch künftig Vorworte nur zu einfachen, nicht auf Sensation berechneten Broschüren einfacher und unbekannter junger Autoren schreiben. Es ist möglich, dass eine solche Handlungsweise manchen Leuten, die auf Rangordnung Wert legen, nicht gefallen wird. Aber was kümmert mich das? Ich bin überhaupt kein Freund von solchen Leuten...

4. Ich denke, die Iwanowo-Wosnessensker Genossen sollten Genossin Mikulina nach Iwanowo-Wosnessensk kommen lassen und ihr für die von ihr begangenen Fehler „den Kopf waschen“. Ich bin keineswegs dagegen, dass man Genossin Mikulina wegen ihrer Fehler in der Presse gehörig vornimmt. Aber ich bin entschieden dagegen, dass man diese zweifellos begabte Schriftstellerin zu Boden wirft und sie als hoffnungslos aufgibt.

Was den Vorschlag betrifft, die Broschüre der Genossin Mikulina aus dem Verkauf zu ziehen, so sollte man diesen barbarischen Gedanken meines Erachtens „unberücksichtigt“ lassen.

Mit kommunistischem Gruß

J. Stalin

9. Juli 1929.

*Zum ersten Mal veröffentlicht.*

AN DEN KOMMUNISTISCHEN JUGENDVERBAND  
DER UKRAINE ZUM ZEHNTEN JAHRESTAG  
SEINES BESTEHENS

Dem in den Schlachten des Bürgerkriegs erprobten Leninschen Kommunistischen Jugendverband der Ukraine, der erfolgreich den sozialistischen Wettbewerb entfaltet und aktiv am Aufbau der ukrainischen sozialistischen Kultur teilnimmt, zu seinem zehnten Jahrestag flammende Grüße.

J. Stalin

Moskau, 10. Juli 1929.

*Prawda“ Nr. 157,  
12. Juli 1929.*

## EINTRAGUNG IN DAS SCHIFFSJOURNAL DES KREUZERS „TSCHERWONA UKRAINA“

War auf dem Kreuzer „Tscherwona Ukraina“. Habe einer Laienkunstveranstaltung beigewohnt.

Allgemeiner Eindruck: prächtige Menschen, kühne, gebildete Genossen, die für unsere gemeinsame Sache zu allem bereit sind.

Es ist angenehm, mit solchen Genossen zu tun zu haben. Es ist angenehm, in den Reihen solcher Kämpfer gegen die Feinde zu streiten. Mit solchen Genossen kann man die ganze Welt der Ausbeuter und Unterdrücker besiegen.

Ich wünsche Euch Erfolg, Freunde von der „Tscherwona Ukraina“!

J. Stalin

25. Juli 1929.

*„Krasny Tschernomorjez“  
(Der Rote Schwarzmeermatrose)  
(Sewastopol) Nr. 260,  
7. November 1929.*



## DAS JAHR DES GROSSEN UMSCHWUNGS

Zum 12. Jahrestag des Oktober

Das verflossene Jahr war ein Jahr des großen Umschwungs an allen Fronten des sozialistischen Aufbaus. Dieser Umschwung ging und geht im Zeichen der entschiedenen Offensive des Sozialismus gegen die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land vor sich. Die charakteristische Besonderheit dieser Offensive besteht darin, dass sie uns bereits eine Reihe von entscheidenden Erfolgen auf den grundlegenden Gebieten der sozialistischen Umgestaltung (Rekonstruktion) unserer Volkswirtschaft gebracht hat.

Daraus folgt, dass die Partei es verstanden hat, unseren Rückzug in den ersten Stadien der Neuen Ökonomischen Politik in zweckmäßiger Weise auszunutzen, um danach, in deren nachfolgenden Stadien, den Umschwung herbeizuführen und eine erfolgreiche Offensive gegen die kapitalistischen Elemente einzuleiten.

Lenin sagte bei der Einführung der NÖP:

„Wir gehen jetzt zurück, treten gleichsam den Rückzug an, wir tun dies jedoch, um zuerst zurückzugehen, dann aber einen Anlauf zu nehmen und einen um so größeren Sprung vorwärts zu machen. Nur unter dieser einen Bedingung sind wir bei der Durchführung unserer Neuen Ökonomischen Politik zurückgegangen..., um nach dem Rückzug den hartnäckigsten Vormarsch anzutreten.“ (4. Ausgabe, Bd. 33, S. 399, russ.)

Die Ergebnisse des verflossenen Jahres zeugen unzweifelhaft davon, dass die Partei in ihrer Arbeit diese entscheidende Weisung Lenins erfolgreich durchführt.

Betrachtet man die Ergebnisse des verflossenen Jahres auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus, der für uns entscheidende Bedeutung hat, so könnte man die Erfolge unserer Offensive an dieser Front, unsere Errungenschaften im verflossenen Jahr in drei Hauptmomenten zusammenfassen.

### I

#### AUF DEM GEBIET DER ARBEITSPRODUKTIVITÄT

Es lässt sich kaum bezweifeln, dass eine der wichtigsten Tatsachen unseres Aufbaus im letzten Jahr darin besteht, dass es uns gelungen ist, einen entschiedenen Umschwung auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität zu erzielen. Dieser Umschwung fand seinen Ausdruck in der Entfaltung der schöpferischen Initiative und des machtvollen Arbeitseinsatzes der Millionenmassen der Arbeiterklasse an der Front des sozialistischen Aufbaus. Das ist unsere erste wichtige Errungenschaft im verflossenen Jahr.

Die Entfaltung der schöpferischen Initiative und des Arbeitseinsatzes der Massen wurde in drei Hauptrichtungen gefördert:

- a) in der Richtung des Kampfes gegen den Bürokratismus, der die Arbeitsinitiative und Arbeitsaktivität der Massen drosselt - durch die Selbstkritik,
- b) in der Richtung des Kampfes gegen die Bummelanten und gegen diejenigen, die die proletarische Arbeitsdisziplin untergraben - durch den sozialistischen Wettbewerb,
- c) in der Richtung des Kampfes gegen Routine und Trägheit in der Produktion - durch die Organisierung der ununterbrochenen Arbeitswoche.

Das Resultat ist eine gewaltige Errungenschaft an der Front der Arbeit, die im Arbeitsenthusiasmus und im Arbeitswetteifer der Millionenmassen der Arbeiterklasse an allen Enden unseres unermesslichen Landes ihren Ausdruck findet. Die Bedeutung dieser Errungenschaft ist wahrlich unschätzbar, denn nur der Arbeitsaufschwung und der Arbeitsenthusiasmus der Millionenmassen kann jenes fortschreitende Wachstum der

Arbeitsproduktivität sichern, ohne das der endgültige Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus in unserem Lande undenkbar ist.

„Die Arbeitsproduktivität“, sagt Lenin, „ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus hat eine Arbeitsproduktivität geschaffen, wie sie unter dem Feudalismus unbekannt war. Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt werden, dass der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft.“ (4. Ausgabe, Bd. 29, S. 394 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S.576].)

Davon ausgehend, sagt Lenin:

„Wir müssen uns von jenem Arbeitsenthusiasmus, jenem Arbeitswillen, jener Beharrlichkeit durchdringen lassen, von der jetzt die schnellste Rettung der Arbeiter und Bauern, die Rettung der Volkswirtschaft abhängt.“ (4. Ausgabe, Bd. 31, S. 374, russ.)

Das ist die Aufgabe, die Lenin der Partei gestellt hat.

Das verflossene Jahr hat gezeigt, dass die Partei diese Aufgabe mit Erfolg erfüllt und alle Schwierigkeiten, die im Wege stehen, entschlossen überwindet.

So steht es mit der ersten wichtigen Errungenschaft der Partei im verflossenen Jahr.

## II

### AUF DEM GEBIET DES AUFBAUS DER INDUSTRIE

Mit dieser ersten Errungenschaft der Partei ist ihre zweite Errungenschaft untrennbar verbunden. Diese zweite Errungenschaft der Partei besteht darin, dass wir im verflossenen Jahr das Problem der Akkumulation für die großen Neubauten der Schwerindustrie in der Hauptsache erfolgreich gelöst, ein beschleunigtes Tempo in der Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln eingeschlagen und die Voraussetzungen für die Umwandlung unseres Landes in ein Land des Metalls geschaffen haben.

Das ist unsere zweite wichtige Errungenschaft im verflossenen Jahr.

Das Problem der Leichtindustrie bietet keine besonderen Schwierigkeiten. Wir haben es schon vor einigen Jahren gelöst. Schwieriger und wichtiger ist das Problem der Schwerindustrie.

Schwieriger, weil die Schwerindustrie kolossale Investitionen erfordert, wobei sie, wie die Geschichte der in industrieller Hinsicht rückständigen Länder zeigt, ohne kolossale langfristige Anleihen nicht auskommen kann.

Wichtiger, weil wir ohne Entwicklung der Schwerindustrie keine Industrie aufbauen, keine Industrialisierung durchführen können.

Da wir aber weder langfristige Anleihen noch Kredite für einigermaßen längere Zeiten hatten und haben, wird die Dringlichkeit des Problems für uns mehr als offenkundig.

Eben davon gehen die Kapitalisten aller Länder aus, wenn sie uns Anleihen und Kredite verweigern, in der Annahme, dass wir mit dem Akkumulationsproblem aus eigener Kraft nicht fertig werden, dass wir in der Frage der Rekonstruktion der Schwerindustrie Schiffbruch erleiden und gezwungen sein würden, vor ihnen zu Kreuze zu kriechen und ihre Schuldklaven zu werden.

Was sagen uns aber in dieser Hinsicht die Ergebnisse des verflossenen Jahres? Die Bedeutung der Ergebnisse des verflossenen Jahres liegt darin, dass sie den Herren Kapitalisten einen Strich durch die Rechnung machen.

Das verflossene Jahr hat gezeigt, dass wir trotz der offenen und geheimen Finanzblockade gegen die UdSSR nicht Schuldklaven der Kapitalisten geworden sind, sondern das Akkumulationsproblem aus eigener Kraft erfolgreich gelöst und das Fundament der

Schwerindustrie gelegt haben. Das können jetzt nicht einmal eingefleischte Feinde der Arbeiterklasse leugnen.

In der Tat: Wenn erstens die Investitionen in der Großindustrie im Vorjahr über 1600 Millionen Rubel betragen haben, wovon etwa 1300 Millionen auf die Schwerindustrie entfielen, in diesem Jahr die Investitionen in der Großindustrie aber über 3400 Millionen Rubel betragen, wovon über 2500 Millionen auf die Schwerindustrie entfallen, wenn zweitens die Gesamtproduktion der Großindustrie im Vorjahr um 23 Prozent und die der Schwerindustrie um 30 Prozent gewachsen ist, die Gesamtproduktion der Großindustrie im laufenden Jahr aber um 32 Prozent und die der Schwerindustrie um 46 Prozent anwachsen - ist es da nichtklar, dass das Problem der Akkumulation für den Aufbau der Schwerindustrie für uns schon keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr bietet?

Wie kann man daran zweifeln, dass wir in der Entwicklung unserer Schwerindustrie mit beschleunigten Schritten vorwärts gehen, das alte Tempo überbieten und unsere „althergebrachte“ Rückständigkeit hinter uns lassen?

Kann man sich nach all dem Gesagten wundern, dass die Voranschläge des Fünfjahrplans im verflossenen Jahr übertroffen wurden, die Optimalvariante des Fünfjahrplans aber, die die Federführer der Bourgeoisie für eine „unerreichbare Phantasterei“ halten und die unsere rechten Opportunisten (Gruppe Bucharin) in Schrecken versetzt, in Wirklichkeit sich in die Minimalvariante des Fünfjahrplans verwandelt hat?

„Die Rettung für Rußland“, sagt Lenin, „ist nicht nur eine gute Ernte in der Bauernwirtschaft - das ist zuwenig - und nicht nur ein guter Zustand der Leichtindustrie, die der Bauernschaft Gebrauchsgegenstände liefert - das ist ebenfalls zuwenig -, wir brauchen auch eine Schwerindustrie ... Ohne Rettung der Schwerindustrie, ohne ihre Wiederherstellung können wir keinerlei Industrie aufbauen, ohne diese aber werden wir überhaupt als selbständiges Land zugrunde gehen... Die Schwerindustrie braucht Staatssubsidien. Wenn wir sie nicht finden, so gehen wir als zivilisierter Staat - ich sage schon gar nicht als sozialistischer - zugrunde.“ (4. Ausgabe, Bd. 33, S.388/389 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 972].)

So scharf formuliert Lenin das Akkumulationsproblem und die Aufgabe der Partei beim Aufbau der Schwerindustrie.

Das verflossene Jahr hat gezeigt, dass die Partei diese Aufgabe erfolgreich bewältigt und alle Schwierigkeiten auf diesem Wege entschlossen überwindet.

Das bedeutet natürlich nicht, dass die Industrie keinen ernststen Schwierigkeiten mehr begegnen wird. Die Aufgabe der Errichtung einer Schwerindustrie stößt nicht nur auf das Akkumulationsproblem. Sie stößt weiter auf das Kaderproblem, auf das Problem:

- a) der Einbeziehung Zehntausender sowjetisch gesinnter Techniker und Spezialisten in den sozialistischen Aufbau und
- b) der Heranbildung neuer roter Techniker und roter Spezialisten aus den Reihen der Arbeiterklasse.

Während man das Akkumulationsproblem im Wesentlichen als gelöst betrachten kann, harret das Kaderproblem noch seiner Lösung. Das Kaderproblem aber ist jetzt, wo es sich um die technische Rekonstruktion der Industrie handelt, das entscheidende Problem des sozialistischen Aufbaus.

„Das Wichtigste“, sagt Lenin, „was uns fehlt, ist Kultiviertheit, ist die Kunst, zu verwalten... Ökonomisch und politisch sichert uns die NÖP vollauf die Möglichkeit, das Fundament der sozialistischen Ökonomik zu errichten. Es kommt ‚nur‘ auf die kulturellen Kräfte des Proletariats und seiner Avantgarde an.“ (4. Ausgabe, Bd. 33, S.223/224, russ.)

Offensichtlich ist hier vor allem vom Problem der „kulturellen Kräfte“ die Rede, vom Problem der Kader für den wirtschaftlichen Aufbau überhaupt, für den Aufbau und die Verwaltung der Industrie im Besonderen.

Daraus folgt jedoch, dass das Problem der Errichtung einer Schwerindustrie trotz der bedeutenden Errungenschaften auf dem Gebiet der Akkumulation, die für die Schwerindustrie von wesentlicher Bedeutung sind, nicht als völlig gelöst betrachtet werden kann, solange das Problem der Kader nicht gelöst ist.

Hieraus folgt die Aufgabe der Partei - die Lösung des Kaderproblems unmittelbar in Angriff zu nehmen und diese Festung um jeden Preis zu erobern.

So steht es mit der zweiten Errungenschaft der Partei im verflossenen Jahr.

### III AUF DEM GEBIET DES AUFBAUS DER LANDWIRTSCHAFT

Schließlich über die dritte Errungenschaft der Partei im verflossenen Jahr, die mit den ersten zwei Errungenschaften organisch verbunden ist. Es handelt sich um einen radikalen Umschwung in der Entwicklung unserer Landwirtschaft, um den Übergang von der kleinen und rückständigen individuellen Wirtschaft zum fortschrittlichen kollektiven landwirtschaftlichen Großbetrieb, zur gemeinsamen Bodenbestellung, zu Maschinen- und Traktorenstationen, zu Arteln, Kollektivwirtschaften, die sich auf die moderne Technik stützen, und schließlich zu gigantischen Sowjetwirtschaften, die mit Hunderten von Traktoren und Mähreschern ausgerüstet sind.

Die Errungenschaft der Partei besteht hier darin, dass es uns gelungen ist, die Hauptmassen der Bauernschaft in einer ganzen Reihe von Gebieten von dem alten, kapitalistischen Entwicklungsweg, von dem nur ein Häuflein Dorfreicher, Kapitalisten, Gewinn hat, während die übergroße Mehrheit der Bauern zugrunde gerichtet wird und ihr Leben in Armut zu fristen gezwungen ist, hinüberzuleiten auf den neuen, den sozialistischen Entwicklungsweg, auf dem die Dorfreichen, die Kapitalisten, verdrängt, die Mittelbauern und die arme Bauernschaft aber auf neue Art ausgerüstet, mit neuen Geräten, mit Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen ausgestattet werden, damit sie die Möglichkeit erhalten, aus dem Elend und der Kulakenknechtschaft herauszukommen und auf den breiten Weg der genossenschaftlichen, kollektiven Bodenbestellung zu gelangen.

Die Errungenschaft der Partei besteht darin, dass es uns gelungen ist, diesen grundlegenden Umschwung innerhalb der Bauernschaft selbst zu organisieren und die breiten Massen der Dorfarmut und der Mittelbauern mitzureißen, trotz der unermesslichen Schwierigkeiten, trotz des verzweifelt Widerstands aller und jeglicher dunklen Mächte, von den Kulaken und Popen bis zu den Philistern und rechten Opportunisten.

Hier einige Zahlen.

Im Jahre 1928 betrug die Anbaufläche der Sowjetwirtschaften 1425000 Hektar bei einem Warenteil der Getreideproduktion von über 6 Millionen Doppelzentner (über 36 Millionen Pud), die Anbaufläche der Kollektivwirtschaften 1390000 Hektar bei einem Warenteil der Getreideproduktion von etwa 3,5 Millionen Doppelzentner (über 20 Millionen Pud).

Im Jahre 1929 betrug die Anbaufläche der Sowjetwirtschaften 1816000 Hektar bei einem Warenteil der Getreideproduktion von etwa 8 Millionen Doppelzentner (etwa 47 Millionen Pud), die Anbaufläche der Kollektivwirtschaften 4262000 Hektar bei einem Warenteil der Getreideproduktion von etwa 13 Millionen Doppelzentner (etwa 78 Millionen Pud).

Im kommenden Jahr, 1930, wird die Anbaufläche der Sowjetwirtschaften laut Kontrollzahlen wahrscheinlich 3280000 Hektar betragen bei einem Warenteil der Getreideproduktion von 18 Millionen Doppelzentner (etwa 110 Millionen Pud), die Anbaufläche der

Kollektivwirtschaften aber wird zweifellos 15 Millionen Hektar bei einem Warenteil der Getreideproduktion von etwa 49 Millionen Doppelzentner (etwa 300 Millionen Pud) betragen. Mit anderen Worten, im kommenden Jahr, 1930, wird in den Sowjet- und Kollektivwirtschaften der Warenteil der Getreideproduktion mehr als 400 Millionen Pud betragen, das heißt mehr als 50 Prozent des Warenteils der Getreideproduktion der gesamten Landwirtschaft (Umsatz außerhalb des Dorfes).

Man muss anerkennen, dass ein so stürmisches Entwicklungstempo selbst unsere sozialisierte Großindustrie nicht kennt, deren Entwicklungstempo sich im Allgemeinen durch besonders große Schwungkraft auszeichnet.

Es ist klar, dass unser junger sozialistischer landwirtschaftlicher Großbetrieb (Kollektiv- und Sowjetwirtschaften) eine große Zukunft hat, dass er in seinem Wachstum Wunder an den Tag legen wird.

Dieser beispiellose Erfolg auf dem Gebiet des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus ist durch eine ganze Reihe von Ursachen zu erklären, von denen mindestens die folgenden hervorzuheben wären.

Dieser Erfolg erklärt sich vor allem daraus, dass die Partei die Leninsche Politik der Erziehung der Massen befolgte und die Bauernmassen durch Schaffung und Förderung der Genossenschaftsbewegung Schritt für Schritt an die Kollektivwirtschaften herangeführt hat. Er erklärt sich daraus, dass die Partei sowohl gegen diejenigen, die der Bewegung vorauszuweichen und die Entwicklung der Kollektivwirtschaften zu dekretieren suchten (die „linken“ Phrasendrescher), als auch gegen diejenigen, die die Partei nach rückwärts zu ziehen suchten und hinter der Bewegung einher trotten wollten (die rechten Toren), einen erfolgreichen Kampf geführt hat. Ohne diese Politik hätte die Partei die Kollektivwirtschaftsbewegung zu keiner wirklichen Massenbewegung der Bauern selbst machen können.

„Als das Petrograder Proletariat und die Soldaten der Petrograder Garnison die Macht ergriffen“, sagt Lenin, „wussten sie ausgezeichnet, dass man beim Aufbau im Dorf auf große Schwierigkeiten stoßen wird, dass man hier allmählicher vorgehen muss, dass es größter Unsinn wäre, hier zu versuchen, die gesellschaftliche Bodenbestellung durch Dekrete, durch Gesetze einzuführen, dass nur eine verschwindend kleine Anzahl politisch bewusster Bauern darauf eingehen könnte, die überwältigende Mehrheit der Bauern aber sich diese Aufgabe nicht stelle. Und daher beschränkten wir uns auf das, was im Interesse der Entfaltung der Revolution absolut notwendig war: auf keinen Fall der Entwicklung der Massen vorauszuweichen, sondern abzuwarten, bis aus der eigenen Erfahrung dieser Massen, aus ihrem eigenen Kampfe die Vorwärtsbewegung hervor wächst.“ (4. Ausgabe, Bd. 28, S. 121, russ.)

Wenn die Partei einen gewaltigen Sieg an der Front des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus errungen hat, so deshalb, weil sie diesen taktischen Hinweis Lenins aufs Genaueste befolgte.

Dieser beispiellose Erfolg auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Aufbaus erklärt sich zweitens daraus, dass die Sowjetmacht den wachsenden Bedarf der Bauernschaft an neuen Geräten, an moderner technischer Ausrüstung richtig in Betracht zog, dass sie die Ausweglosigkeit der Lage der Bauernschaft bei den alten Formen der Bodenbestellung richtig in Betracht zog und, unter Berücksichtigung aller dieser Umstände, rechtzeitig Hilfe für sie organisierte in Form von Ausleihstellen, Traktorenkolonnen, Maschinen- und Traktorenstationen, Hilfe durch Organisation der gesellschaftlichen Bodenbestellung, durch Schaffung und Förderung von Kollektivwirtschaften und schließlich durch allseitige Unterstützung der Bauernwirtschaften seitens der Sowjetwirtschaften.

In der Geschichte der Menschheit erstand zum ersten Mal eine Macht, die Macht der Sowjets, die in der Tat ihre Bereitschaft und ihre Fähigkeit bewies, den werktätigen Massen der

Bauernschaft eine systematische und dauernde Hilfe auf dem Gebiet der Produktion zu erweisen.

Ist es nicht klar, dass die werktätigen Massen der Bauernschaft, die seit jeher Mangel an Arbeitsgeräten leiden, nach dieser Hilfe greifen mussten und den Weg der Kollektivwirtschaftsbewegung beschritten?

Und kann man sich darüber wundern, dass von nun an die alte Losung der Arbeiter „Das Gesicht dem Dorfe zu“ wohl durch die neue Losung der Kollektivbauern „Das Gesicht der Stadt zu“ ergänzt werden wird?

Dieser beispiellose Erfolg auf dem Gebiet des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus erklärt sich schließlich daraus, dass die fortgeschrittenen Arbeiter unseres Landes diese Sache in die Hand genommen haben. Ich meine die Arbeiterbrigaden, die zu Dutzenden und Hunderten in den wichtigsten Gebieten unseres Landes verstreut sind. Man muss anerkennen, dass von allen vorhandenen und möglichen Propagandisten der Kollektivwirtschaftsbewegung die Arbeiterpropagandisten die besten Propagandisten unter den Bauernmassen sind. Was kann daran verwunderlich sein, dass es den Arbeitern gelungen ist, die Bauern von den Vorzügen, die die kollektive Großwirtschaft vor der individuellen Kleinwirtschaft hat, zu überzeugen, um so mehr, als die bestehenden Kollektiv- und Sowjetwirtschaften anschauliche Beispiele sind, die diese Vorzüge demonstrieren?

Das gab die Grundlage ab für unsere Errungenschaft auf dem Gebiet des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus, eine Errungenschaft, die meiner Meinung nach die wichtigste und entscheidende unter allen Errungenschaften der letzten Jahre ist.

Zusammengebrochen und zerstoßen sind die Einwände der „Wissenschaft“ gegen die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Organisation großer Getreidefabriken von 40000 bis 50000 Hektar. Die Praxis hat die Einwände der „Wissenschaft“ widerlegt und ein übriges Mal gezeigt, dass nicht nur die Praxis bei der „Wissenschaft“ lernen muss, sondern dass es auch der „Wissenschaft“ nicht schaden würde, bei der Praxis zu lernen.

In den kapitalistischen Ländern können gigantische Getreidefabriken nicht Fuß fassen. Unser Land aber ist ein sozialistisches Land. Diesen „kleinen“ Unterschied darf man nicht vergessen. Dort, bei den Kapitalisten, ist es unmöglich, eine große Getreidefabrik zu organisieren, ohne eine ganze Reihe von Ländereien anzukaufen oder absolute Grundrente zu zahlen, wodurch die Produktion notgedrungen mit kolossalen Ausgaben belastet wird, denn dort besteht das Privateigentum an Grund und Boden. Bei uns dagegen gibt es weder eine absolute Grundrente noch Kauf und Verkauf von Grund und Boden, wodurch günstige Bedingungen für die Entwicklung großer Getreidewirtschaften entstehen müssen, denn bei uns gibt es kein Privateigentum an Grund und Boden.

Dort, bei den Kapitalisten, sehen die großen Getreidewirtschaften ihr Ziel darin, ein Maximum an Profit zu erlangen oder jedenfalls einen Profit, der der so genannten Durchschnittsprofitrate entspricht, denn sonst hat das Kapital überhaupt kein Interesse daran, sich mit der Organisation der Getreidewirtschaft abzugeben. Bei uns dagegen brauchen die großen Getreidewirtschaften, die zugleich Staatswirtschaften sind, für ihre Entwicklung weder ein Maximum an Profit noch eine Durchschnittsprofitrate, sondern können sich mit einem Minimum an Gewinn begnügen und kommen zuweilen auch ohne jeden Gewinn aus, wodurch wiederum günstige Bedingungen für die Entwicklung großer Getreidewirtschaften geschaffen werden.

Schließlich existieren im Kapitalismus für die großen Getreidewirtschaften weder besondere Kredit- noch besondere Steuervergünstigungen, während im Sowjetsystem, das auf die Unterstützung des sozialistischen Sektors eingestellt ist, solche Vergünstigungen existieren und existieren werden.

Das alles hat die ehrenwerte „Wissenschaft“ vergessen. Zusammengebrochen und zerstoßen sind die Behauptungen der rechten Opportunisten (der Gruppe Bucharins), dass

a) die Bauern nicht in die Kollektivwirtschaften eintreten würden,

- b) ein verstärktes Entwicklungstempo der Kollektivwirtschaften nur Massenunzufriedenheit und Loslösung der Bauernschaft von der Arbeiter-klasse hervorrufen könne,
- c) die „Heerstraße“ der sozialistischen Entwicklung im Dorfe nicht die Kollektivwirtschaften, sondern die Genossenschaften bilden,
- d) die Entwicklung der Kollektivwirtschaften und die Offensive gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes dazu führen könne, dass das Land ohne Getreide bleibt.

All das ist, als altes bürgerlich-liberales Gerümpel, zusammengebrochen und in alle Winde verweht worden.

Erstens sind die Bauern in die Kollektivwirtschaften eingetreten, sind ganze Dörfer, Amtsbezirke und Rayons eingetreten.

Zweitens schwächt die kollektivwirtschaftliche Massenbewegung nicht den Zusammenschluss der Arbeiter und Bauern, sondern stärkt ihn, da sie für ihn eine nette Basis, eine Produktionsbasis, schafft. Jetzt sehen sogar Blinde: Wenn irgendeine ernsthafte Unzufriedenheit unter den Hauptmassen der Bauernschaft besteht, so betrifft diese nicht die kollektiv-wirtschaftliche Politik der Sowjetmacht, sondern den Umstand, dass die Sowjetmacht in der Belieferung der Bauern mit Maschinen und Traktoren mit dem Wachstum der Kollektivwirtschaftsbewegung nicht Schritt zu halten vermag.

Drittens ist der Streit über die „Heerstraße“ der sozialistischen Entwicklung des Dorfes ein scholastischer Streit, würdig der jungen klein-bürgerlichen Liberalen vom Schlage Eichenwalds und Sleprows. Es ist klar: Solange es keine kollektivwirtschaftliche Massenbewegung gab, bestand die „Heerstraße“ der sozialistischen Entwicklung des Dorfes in den niederen Formen des Genossenschaftswesens, den Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften, als aber die höhere Form der Genossenschaft, ihre kollektivwirtschaftliche Form, auf der Bildfläche erschien, wurde diese zur „Heerstraße“ der Entwicklung.

Ohne Führungszeichen gesprochen: Die Heerstraße der sozialistischen Entwicklung des Dorfes ist der Genossenschaftsplan Lenins, der alle Formen der landwirtschaftlichen Genossenschaften, von den niederen (Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften) bis zu den höheren (kollektiv-wirtschaftliche Produktivgenossenschaften) umfasst. Die Kollektivwirtschaften den Genossenschaften entgegenstellen heißt den Leninismus verhöhnen und die eigene Unwissenheit dokumentieren.

Viertens sehen jetzt sogar Blinde, dass wir gegenwärtig ohne die Offensive gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes und ohne die Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaftsbewegung weder die entscheidenden Erfolge auf dem Gebiet der Getreidebeschaffung zu verzeichnen hätten, die wir in diesem Jahr erzielt haben, noch die Dutzende Millionen Pud unantastbarer Getreidevorräte, die sich bereits in den Händen des Staates angehäuft haben.

Mehr noch, man kann mit Sicherheit sagen, dass wir dank dem Wachstum der Kollektiv- und Sowjetwirtschaftsbewegung aus der Getreidekrise endgültig herauskommen oder bereits herausgekommen sind. Und wenn die Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften in einem gesteigerten Tempo weitergeht, so ist kein Grund vorhanden, daran zu zweifeln, dass unser Land in, sagen wir, drei Jahren zu einem der getreidereichsten Länder, wenn nicht zum getreidereichsten Land der Welt werden wird.

Worin besteht das Neue in der jetzigen Kollektivwirtschaftsbewegung? Das Neue und Entscheidende in der jetzigen Kollektivwirtschaftsbewegung besteht darin, dass die Bauern nicht wie früher in einzelnen Gruppen, sondern dass ganze Dörfer, Amtsbezirke und Rayons, ja sogar Bezirke in die Kollektivwirtschaften eintreten.

Was aber bedeutet das? Das bedeutet, dass der Mittelbauer in die Kollektivwirtschaften gegangen ist. Das ist die Grundlage jenes radikalen Umschwungs in der Entwicklung der Landwirtschaft, der die wichtigste Errungenschaft der Sowjetmacht im verflossenen Jahr darstellt.

Die menschewistische „Konzeption“ des Trotzismus, wonach die Arbeiterklasse unfähig sei, die Hauptmassen der Bauernschaft beim sozialistischen Aufbau zu führen, bricht zusammen und geht in Trümmer. Jetzt sehen sogar Blinde, dass der Mittelbauer sich den Kollektivwirtschaften zugewandt hat. Jetzt ist es allen klar, dass der Fünfjahrplan der Industrie und Landwirtschaft ein Fünfjahrplan der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft ist, dass Leute, die nicht an die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus in unserem Lande glauben, kein Recht haben, unseren Fünfjahrplan zu begrüßen.

Das „heilige Prinzip des Privateigentums“, diese letzte Hoffnung der Kapitalisten aller Länder, die von der Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion träumen, stürzt zusammen und geht in Trümmer. Die Bauern, die sie bloß als Material zur Düngung des Bodens für den Kapitalismus betrachten, verlassen in Massen das viel gepriesene Banner des „Privateigentums“ und gehen auf die Bahnen des Kollektivismus, auf die Bahnen des Sozialismus über. Die letzte Hoffnung auf Wiederherstellung des Kapitalismus stürzt zusammen.

Damit sind unter anderem auch die verzweifelten Versuche der kapitalistischen Elemente unseres Landes zu erklären, alle Mächte der alten Welt gegen den angreifenden Sozialismus aufzubieten, Versuche, die zur Verschärfung des Kampfes der Klassen führen. Das Kapital will nicht in den Sozialismus „hineinwachsen“.

Damit ist auch das wütende Geheul gegen den Bolschewismus zu erklären, das in der letzten Zeit die Kettenhunde des Kapitals, alle diese Struve und Hessen, Miljukow und Kerenski, Dan und Abramowitsch, erhoben haben. Es ist doch keine Kleinigkeit: Die letzte Hoffnung auf Wiederherstellung des Kapitalismus schwindet dahin.

Diese rasende Wut der Klassenfeinde und dieses wilde Geheul der Lakaien des Kapitals - was können sie anderes bezeugen, als dass die Partei wirklich einen entscheidenden Sieg an der schwierigsten Front des sozialistischen Aufbaus errungen hat?

„Nur in dem Falle, dass es gelingt“, sagt Lenin, „den Bauern die Vorzüge der gesellschaftlichen, kollektiven, gemeinschaftlichen, artelmäßigen Bodenbestellung in der Praxis vor Augen zu führen, nur wenn es gelingt, dem Bauern mittels der gemeinschaftlichen, der Artelwirtschaft zu helfen, nur dann wird die Arbeiterklasse, die die Staatsmacht in der Hand hat, den Bauern wirklich den Beweis erbringen, dass sie im Rechte ist, und die Millionenmassen der Bauern fest und wirklich auf ihre Seite ziehen.“ (4. Ausgabe, Bd. 30, S. 173/174 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 629].)

So stellt Lenin die Frage nach den Wegen zur Gewinnung der Millionenmassen der Bauernschaft für die Arbeiterklasse, den Wegen, auf denen die Bauernschaft in die Bahnen des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus geleitet werden soll.

Das verflossene Jahr hat gezeigt, dass die Partei diese Aufgabe erfolgreich bewältigt und alle und jegliche Schwierigkeiten auf diesem Wege entschlossen überwindet.

„Die Mittelbauernschaft“, sagt Lenin, „wird in der kommunistischen Gesellschaft nur dann auf unserer Seite sein, wenn wir ihre wirtschaftlichen Lebensbedingungen erleichtern und verbessern. Wenn wir morgen 100000 erstklassige Traktoren liefern, sie mit Benzin versorgen, sie mit Maschinisten versorgen könnten (Sie wissen sehr wohl, dass das vorläufig eine Phantasie ist), dann würde der Mittelbauer sagen: ‚Ich bin für die Kommune‘ (d. h. für den Kommunismus). Um das aber leisten zu können, müssen wir erst die internationale Bourgeoisie besiegen, müssen wir sie zwingen, uns diese Traktoren zu geben, oder aber unsere Produktivität muss in einem Maße gesteigert werden, dass wir sie selber liefern können. Nur so wird diese Frage richtig gestellt sein.“ (4. Ausgabe, Bd. 29, S. 190 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 540/541].)

So stellt Lenin die Frage nach den Wegen der technischen Neuausrüstung des Mittelbauern, den Wegen seiner Gewinnung für den Kommunismus.



Das verfllossene Jahr hat gezeigt, dass die Partei auch diese Aufgabe erfolgreich bewältigt. Es ist bekannt, dass wir im Frühjahr des kommenden Jahres, 1930, mehr als 60000 Traktoren auf den Feldern haben werden, ein Jahr später mehr als 100000 Traktoren und nach weiteren zwei Jahren mehr als 250000 Traktoren. Wir haben jetzt die Möglichkeit, das, was vor einigen Jahren als „Phantasterei“ galt, und mehr als das, in die Tat umzusetzen.

Das ist der Grund, weshalb der Mittelbauer sich der „Kommune“ zugewandt hat.

So steht es mit der dritten Errungenschaft der Partei.

Das sind die Haupterrungenschaften der Partei im verfllossenen Jahr.

#### IV. ZUSAMMENFASSUNG

Wir gehen mit Volldampf den Weg der Industrialisierung - zum Sozialismus, unsere uralte, „reußische“ Rückständigkeit hinter uns lassend.

Wir werden zu einem Lande des Metalls, einem Lande der Automobilisierung, einem Lande der Traktorisierung.

Und wenn wir die UdSSR aufs Automobil und den Bauern auf den Traktor gesetzt haben - mögen dann die ehrenwerten Kapitalisten, die sich mit ihrer „Zivilisation“ brüsten, uns einzuholen versuchen. Wir werden noch sehen, welche Länder man dann unter die rückständigen und welche unter die fortgeschrittenen wird „einreihen“ können.

3. November 1929.

*„Prawda“ Nr. 259,  
7. November 1929.  
Unterschrift: J. Stalin.*

AN DIE REDAKTION DER ZEITUNG  
DER BESONDEREN FERNÖSTLICHEN ARMEE  
„TREWOGA“<sup>[14]</sup>

Brüderlichen Gruß den Kämpfern und Kommandeuren der Besonderen Fernöstlichen Armee, die die Rechte und Interessen der Oktoberrevolution gegen die Anschläge der chinesischen Gutsherren und Kapitalisten verteidigen!

Verfolgt wachsam jede Bewegung der chinesischen Konterrevolutionäre, beantwortet jeden Schlag mit einem vernichtenden Gegenschlag und hilft so unseren Brüdern in China, den Arbeitern und Bauern Chinas, das Joch der Gutsherren und Kapitalisten zu zerbrechen.

Seid dessen eingedenk, dass an diesem Festtage Millionen Werktätige der UdSSR voller Liebe an Euch denken, dass sie gemeinsam mit Euch diesen großen Tag feiern und sich gemeinsam mit Euch der Erfolge der Besonderen Fernöstlichen Armee freuen.

Es lebe die Oktoberrevolution!

Es lebe die Besondere Fernöstliche Armee!

Es leben die Arbeiter und Bauern Chinas!

J. Stalin

„Prawda“ Nr. 259,  
7. November 1929.

## EINE UNERLÄSSLICHE RICHTIGSTELLUNG

Die „Prawda“ vom 16. Dezember (Nr. 296) veröffentlichte einen nicht gezeichneten Artikel „Geht es nicht ohne Durcheinander?“ (Rubrik „Parteiaufbau“), in dem eine These des in der „Komsomolskaja Prawda“<sup>[15]</sup> erschienenen Artikels „Abriss zur Einführung in den Leninismus“ kritisiert wird, die These, die die Frage der günstigsten Bedingungen für die revolutionäre Durchbrechung der imperialistischen Weltfront behandelt.

Der Verfasser führt folgendes Zitat aus dem von ihm kritisierten Artikel an: „Der Leninismus lehrt, dass die Revolution an der Stelle beginnt, wo die imperialistische Kette ihr schwächstes Glied aufweist.“ Der Verfasser setzt weiter ein Gleichheitszeichen zwischen diesem Zitat und dem folgenden Zitat aus Bucharins „Ökonomik der Transformationsperiode“: „Der Zusammenbruch des kapitalistischen Weltsystems begann bei den schwächsten volkswirtschaftlichen Systemen.“ Der Verfasser führt dann die kritischen Bemerkungen Lenins gegen die erwähnte Stelle in Bucharins Buch an und schlussfolgert, dass in dem Artikel „Abriss zur Einführung in den Leninismus“ in der „Komsomolskaja Prawda“ ein Fehler begangen worden sei, der dem Fehler Bucharins analog sei.

Mir scheint, dass der Verfasser des Artikels „Geht es nicht ohne Durcheinander?“ einen Fehler begangen hat. Auf keinen Fall darf man zwischen der These „Die imperialistische Kette wird dort reißen, wo sie am schwächsten ist“ und Bucharins These „Die imperialistische Kette wird dort reißen, wo das Volkswirtschaftssystem am schwächsten ist“ ein Gleichheitszeichen setzen. Warum? Weil im ersten Fall von der Schwäche der imperialistischen Kette gesprochen wird, die man zerreißen muss, das heißt von der Schwäche der imperialistischen Kräfte, während hier, bei Bucharin, von der Schwäche des Volkswirtschaftssystems eines Landes die Rede ist, welches (d. h. das Land) die Kette des Imperialismus zerreißen soll, das heißt von der Schwäche der antiimperialistischen Kräfte. Das ist durchaus nicht ein und dasselbe. Mehr noch, das sind zwei entgegengesetzte Thesen.

Nach Bucharin wäre es so, dass die imperialistische Front dort reißt, wo das Volkswirtschaftssystem am schwächsten ist. Das stimmt natürlich nicht. Wenn das richtig wäre, hätte die proletarische Revolution irgendwo in Zentralafrika begonnen und nicht in Rußland. In dem Artikel „Abriss zur Einführung in den Leninismus“ wird aber etwas der These Bucharins direkt Entgegengesetztes gesagt, nämlich, dass die imperialistische Kette dort reißt, wo sie (die Kette) am schwächsten ist. Und das ist völlig richtig. Die Kette des Weltimperialismus reißt ja gerade deshalb in dem gegebenen Lande, weil sie (die Kette) im gegebenen Augenblick gerade in diesem Lande am schwächsten ist. Sonst würde sie ja nicht reißen. Sonst hätten die Menschewiki Recht in ihrem Kampf gegen den Leninismus.

Wodurch aber wird die Schwäche der imperialistischen Kette in dem gegebenen Lande bestimmt? Dadurch, dass die industrielle Entwicklung und die Kultiviertheit dieses Landes ein gewisses Minimum erreicht hat. Dadurch, dass es hier ein gewisses Minimum an Industrieproletariat gibt. Durch den revolutionären Geist des Proletariats und der proletarischen Avantgarde in diesem Lande. Dadurch, dass das Proletariat hier einen ernst zu nehmenden Verbündeten (zum Beispiel die Bauernschaft) hat, der fähig ist, im entschiedenen Kampf gegen den Imperialismus dem Proletariat zu folgen. Folglich durch das Zusammentreffen der Bedingungen, die die Isolierung und den Sturz des Imperialismus in diesem Lande unvermeidlich machen.

Der Verfasser des Artikels „Geht es nicht ohne Durcheinander?“ hat offensichtlich zwei völlig verschiedene Dinge durcheinander gebracht.

In der Tat: Geht es nicht ohne Durcheinander?

„Prawda“ Nr. 298,  
18. Dezember 1929.  
Unterschrift: J. St.

AN ALLE ORGANISATIONEN UND GENOSSEN,  
DIE GENOSSEN STALIN ZU SEINEM 50. GEBURTSTAG  
GLÜCKWÜNSCHE SANDTEN

Ihre Glückwünsche und Grüße beziehe ich auf die große Partei der Arbeiterklasse, die mich nach ihrem Ebenbild erschaffen und erzogen hat.

Und nur weil ich sie auf unsere ruhmreiche Leninsche Partei beziehe, erlaube ich mir, Ihnen mit bolschewistischem Dank zu antworten.

Sie können gewiss sein, Genossen, dass ich bereit bin, auch in Zukunft für die Sache der Arbeiterklasse, für die Sache der proletarischen Revolution und des Weltkommunismus alle meine Kräfte, alle meine Fähigkeiten und, wenn es notwendig ist, all mein Blut, Tropfen für Tropfen, hinzugeben.

Mit dem Ausdruck höchster Achtung  
J. Stalin

21. Dezember 1929.

*„Prawda“ Nr. 302,  
22. Dezember 1929.*

## ZU FRAGEN DER AGRARPOLITIK IN DER UdSSR

Rede auf der Konferenz marxistischer Agrarwissenschaftler  
27. Dezember 1929<sup>[16]</sup>

Genossen! Die grundlegende Tatsache unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens im gegenwärtigen Augenblick, eine Tatsache, die die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkt, ist das kolossale Wachstum der kollektivwirtschaftlichen Bewegung.

Der charakteristische Zug der gegenwärtigen kollektivwirtschaftlichen Bewegung besteht darin, dass nicht nur einzelne Gruppen der Dorfarmut den Kollektivwirtschaften beitreten, wie es bisher der Fall war, sondern dass auch der Mittelbauer in seiner Masse in die Kollektivwirtschaft gegangen ist. Das bedeutet, dass die kollektivwirtschaftliche Bewegung aus einer Bewegung einzelner Gruppen und Schichten der werktätigen Bauern zu einer Bewegung von Millionen und aber Millionen der Hauptmassen der Bauernschaft geworden ist. Dadurch ist unter anderem auch jene ungeheuer wichtige Tatsache zu erklären, dass die kollektivwirtschaftliche Bewegung, die zu einer gewaltigen, immer mehr anschwellenden kulakenfeindlichen Lawine geworden ist, auf ihrem Wege den Widerstand des Kulaken hinwegfegt, das Kulakentum zu Boden wirft und den Weg für einen umfassenden sozialistischen Aufbau im Dorfe bahnt.

Haben wir aber Grund, auf die praktischen Erfolge des sozialistischen Aufbaus stolz zu sein, so kann man von den Erfolgen unserer theoretischen Arbeit auf dem Gebiet der Ökonomik im Allgemeinen, auf dem der Landwirtschaft im Besonderen nicht dasselbe sagen. Mehr noch: Man muss zugeben, dass das theoretische Denken mit unseren praktischen Erfolgen nicht Schritt hält, dass wir eine gewisse Kluft zwischen den praktischen Erfolgen und der Entwicklung des theoretischen Denkens zu verzeichnen haben. Indes ist es notwendig, dass die theoretische Arbeit mit der praktischen nicht nur Schritt hält, sondern dass sie ihr vorangeht, dass sie unseren Praktikern in ihrem Kampfe für den Sieg des Sozialismus die Waffen liefert.

Ich werde mich hier nicht über die Bedeutung der Theorie verbreiten. Sie kennen sie gut genug. Bekanntlich gibt die Theorie, wenn sie wirklich eine Theorie ist, den Praktikern die Kraft der Orientierung, die Klarheit der Perspektive, die Sicherheit in der Arbeit und den Glauben an den Sieg unserer Sache. All dies hat - und es kann gar nicht anders sein - gewaltige Bedeutung für unseren sozialistischen Aufbau. Das Schlimme aber ist, dass wir gerade auf diesem Gebiet, auf dem Gebiet der theoretischen Ausarbeitung der Fragen unserer Ökonomik, zu hinken beginnen.

Wodurch könnte man sonst die Tatsache erklären, dass bei uns, in unserem gesellschaftlichen und politischen Leben, in den Fragen unserer Ökonomik noch immer verschiedene bürgerliche und kleinbürgerliche Theorien in Umlauf sind? Wodurch könnte man erklären, dass diese Theorien bis auf den heutigen Tag nicht die gebührende Zurückweisung finden? Wodurch könnte man erklären, dass eine Reihe grundlegender Sätze der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie, die das sicherste Gegengift gegen bürgerliche und kleinbürgerliche Theorien sind, in Vergessenheit geraten, in unserer Presse nicht popularisiert, aus irgendwelchen Gründen nicht in den Vordergrund gerückt werden? Ist es denn schwer zu begreifen, dass es ohne einen unversöhnlichen, auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie geführten Kampf gegen die bürgerlichen Theorien unmöglich ist, den völligen Sieg über unsere Klassenfeinde zu erringen?

Die neue Praxis bringt eine neue Art des Herangehens an die Probleme der Ökonomik der Übergangsperiode mit sich. Die Frage der NÖP, der Klassen, des Aufbautempos, des Zusammenschlusses zwischen Arbeitern und Bauern, der Politik der Partei werden jetzt auf neue Art gestellt. Um nicht hinter der Praxis zurückzubleiben, muss man sofort darangehen, alle diese Probleme unter dem Gesichtspunkt der neuen Situation zu bearbeiten. Sonst ist eine

Überwindung der bürgerlichen Theorien, die die Köpfe unserer Praktiker verkleistern, unmöglich. Sonst ist die Ausmerzung dieser Theorien, die die Zähigkeit von Vorurteilen erlangten, unmöglich. Denn nur im Kampf gegen bürgerliche Vorurteile in der Theorie kann man die Positionen des Marxismus-Leninismus fest verankern.

Gestatten Sie mir, zur Charakteristik wenigstens einiger dieser bürgerlichen Vorurteile, die Theorien genannt werden, überzugehen und durch Beleuchtung einiger Kernprobleme unseres Aufbaus ihre Unhaltbarkeit aufzuzeigen.

## I

### DIE „GLEICHGEWICHTS“THEORIE

Es ist Ihnen natürlich bekannt, dass unter den Kommunisten die so genannte Theorie des „Gleichgewichts“ der Sektoren unserer Volkswirtschaft noch immer in Umlauf ist. Diese Theorie hat natürlich mit dem Marxismus nichts gemein. Indes wird gerade diese Theorie von einer Reihe von Leuten aus dem Lager der rechten Abweichler propagiert.

Dieser Theorie zufolge haben wir vor allem einen sozialistischen Sektor - das ist eine Art Kasten - und außerdem einen nichtsozialistischen, wenn Sie wollen, einen kapitalistischen - das ist der andere Kasten. Diese beiden Kästen befinden sich auf verschiedenen Geleisen und gleiten friedlich vorwärts, ohne einander zu stören. Aus der Geometrie weiß man, dass parallele Linien nicht zusammentreffen. Die Urheber dieser wunderbaren Theorie sind indes der Meinung, dass diese parallelen Linien irgendwann zusammentreffen werden, und wenn sie zusammengetroffen sind, dann werden wir den Sozialismus haben. Dabei lässt diese Theorie außer acht, dass hinter den so genannten „Kästen“ Klassen stehen und dass die Bewegung dieser „Kästen“ in Form eines erbitterten Klassenkampfes vor sich geht, eines Kampfes auf Leben und Tod, eines Kampfes nach dem Prinzip „Wer - wen?“.

Es ist nicht schwer zu verstehen, dass diese Theorie mit dem Leninismus nichts gemein hat. Es ist nicht schwer zu verstehen, dass diese Theorie objektiv das Ziel hat, die Positionen der individuellen Bauernwirtschaft zu verteidigen, den Kulakenelementen für ihren Kampf gegen die Kollektivwirtschaften eine „neue“ theoretische Waffe zu liefern und die Positionen der Kollektivwirtschaften zu diskreditieren.

Trotzdem ist diese Theorie bis heute in unserer Presse in Umlauf. Und man kann nicht behaupten, dass sie bei unseren Theoretikern eine ernste, geschweige denn eine vernichtende Abfuhr gefunden hätte. Wodurch könnte man diese Widersinnigkeit sonst erklären, wenn nicht dadurch, dass unser theoretisches Denken zurückbleibt?

Indes braucht man nur die Theorie der Reproduktion aus der Schatzkammer des Marxismus hervorzuholen und sie der Theorie des Gleichgewichts der Sektoren entgegenzustellen, damit von dieser letzteren Theorie keine Spur übrig bleibe. In der Tat, die marxistische Theorie der Reproduktion lehrt, dass die moderne Gesellschaft sich nicht entwickeln kann, ohne jahraus, jahrein zu akkumulieren, Akkumulation aber ist unmöglich, ohne dass jahraus, jahrein eine erweiterte Reproduktion stattfindet. Das ist klar und verständlich. Unsere zentralisierte sozialistische Großindustrie entwickelt sich gemäß der marxistischen Theorie der erweiterten Reproduktion, denn sie nimmt alljährlich an Umfang zu, akkumuliert und schreitet mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts.

Aber unsere Großindustrie umfasst nicht die gesamte Volkswirtschaft. Im Gegenteil, in unserer Volkswirtschaft überwiegt noch immer die kleine Bauernwirtschaft. Kann man sagen, dass sich unsere kleinbäuerliche Wirtschaft nach dem Prinzip der erweiterten Reproduktion entwickelt? Nein, das kann man nicht sagen. Unsere kleinbäuerliche Wirtschaft weist in ihrer Masse nicht nur keine alljährlich erweiterte Reproduktion auf, sondern sie ist im Gegenteil nur selten imstande, selbst die einfache Reproduktion zu bewerkstelligen. Kann man unsere sozialisierte Industrie in beschleunigtem Tempo weiterentwickeln angesichts einer solchen landwirtschaftlichen Basis, wie sie die kleinbäuerliche Wirtschaft bildet, die zur erweiterten

Reproduktion unfähig ist, dabei aber den vorherrschenden Faktor in unserer Volkswirtschaft darstellt? Nein, das kann man nicht. Kann man für mehr oder weniger lange Zeit die Sowjetmacht und den sozialistischen Aufbau auf zwei verschiedenen Grundlagen basieren: auf der Grundlage der vereinigten sozialistischen Großindustrie und auf der Grundlage der völlig zersplitterten und äußerst rückständigen bäuerlichen kleinen Warenwirtschaft? Nein, das ist unmöglich. Das muss über kurz oder lang mit einem vollständigen Zerfall der ganzen Volkswirtschaft enden. Wo ist nun der Ausweg? Der Ausweg liegt darin, die Großproduktion in der Landwirtschaft zu entwickeln, die Landwirtschaft zur Akkumulation, zur erweiterten Reproduktion fähig zu machen und auf diese Weise die landwirtschaftliche Basis der Volkswirtschaft umzugestalten.

Wie kann man aber die Großproduktion in der Landwirtschaft entwickeln?

Dazu gibt es zwei Wege. Es gibt den kapitalistischen Weg, der darin besteht, dass durch das Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft Großbetriebe entstehen, ein Weg, der zur Verelendung der Bauernschaft und zur Entwicklung kapitalistischer Betriebe in der Landwirtschaft führt. Diesen Weg lehnen wir ab, als einen Weg, der mit der Wirtschaft der Sowjetunion unvereinbar ist.

Es gibt einen anderen Weg, den sozialistischen Weg, der darin besteht, dass man Kollektiv- und Sowjetwirtschaften in der Landwirtschaft schafft und fördert, den Weg, der zur Vereinigung der kleinen Bauernwirtschaften zu großen Kollektivwirtschaften führt, die mit den Errungenschaften der Technik und der Wissenschaft ausgerüstet sind und die Möglichkeit haben, sich weiterzuentwickeln, da diese Wirtschaften die erweiterte Reproduktion bewerkstelligen können.

Die Frage steht demnach so: entweder jener oder dieser Weg, entweder zurück zum Kapitalismus oder vorwärts zum Sozialismus. Irgendeinen dritten Weg gibt es nicht und kann es nicht geben.

Die „Gleichgewichts“theorie ist ein Versuch, einen dritten Weg ausfindig zu machen. Und gerade weil sie auf einen dritten (nicht existierenden) Weg eingestellt ist, ist sie utopisch, antimarxistisch.

Man brauchte also nur die Marxsche Reproduktionstheorie der Theorie des „Gleichgewichts“ der Sektoren entgegenzustellen, damit von dieser letzteren Theorie keine Spur übrig bleibe.

Warum tun das unsere marxistischen Agrarwissenschaftler nicht? Wer ist daran interessiert, dass die lächerliche „Gleichgewichts“theorie in unserer Presse Verbreitung findet, die marxistische Theorie der Reproduktion aber ein verborgenes Dasein führt?

## II

### DIE THEORIE

#### DES „SELBSTLAUFS“ IM SOZIALISTISCHEN AUFBAU

Gehen wir jetzt zu dem zweiten Vorurteil in der politischen Ökonomie über, zu der zweiten Theorie von bürgerlichem Typus. Ich meine die Theorie des „Selbstlaufs“ im sozialistischen Aufbau, eine Theorie, die mit dem Marxismus nichts gemein hat, die aber von unsern Genossen aus dem Lager der Rechten eifrig propagiert wird.

Die Urheber dieser Theorie behaupten ungefähr folgendes: Wir hatten den Kapitalismus, die Industrie entwickelte sich auf kapitalistischer Grundlage, das Dorf aber folgte spontan, im Selbstlauf, der kapitalistischen Stadt und gestaltete sich nach dem Ebenbild der kapitalistischen Stadt um. Wenn sich die Dinge im Kapitalismus in dieser Weise abspielten, warum soll nicht auch in der Wirtschaft der Sowjetunion das gleiche der Fall sein? Warum kann nicht das Dorf, die kleinbäuerliche Wirtschaft, im Selbstlauf der sozialistischen Stadt folgen und sich spontan nach dem Ebenbild der sozialistischen Stadt umgestalten? Die Urheber dieser Theorie behaupten aus diesem Grunde, das Dorf könne im Selbstlauf der

sozialistischen Stadt folgen. Daher die Frage: Brauchen wir uns für die Schaffung von Sowjet- und Kollektivwirtschaften zu ereifern, lohnt es sich, dafür Lanzen zu brechen, wenn das Dorf auch ohnedies der sozialistischen Stadt folgen kann?

Da haben Sie noch eine Theorie, die objektiv das Ziel hat, den kapitalistischen Elementen des Dorfes eine neue Waffe für ihren Kampf gegen die Kollektivwirtschaften zu liefern.

Das antimarxistische Wesen dieser Theorie unterliegt keinem Zweifel.

Ist es nicht sonderbar, dass unsere Theoretiker noch immer keine Zeit gefunden haben, diese sonderbare Theorie, die die Köpfe der Praktiker unseres kollektivwirtschaftlichen Aufbaus verkleistert, kurz und klein zu schlagen?

Es steht außer Zweifel, dass die führende Rolle der sozialistischen Stadt gegenüber dem kleinbäuerlichen individualistischen Dorfe unschätzbar groß ist. Darauf beruht ja eben die umgestaltende Rolle der Industrie in Bezug auf die Landwirtschaft. Genügt aber dieser Faktor, damit das kleinbäuerliche Dorf im sozialistischen Aufbau der Stadt im Selbstlauf folge? Nein, er genügt nicht.

Im Kapitalismus folgte das Dorf spontan der Stadt, weil die kapitalistische Wirtschaft der Stadt und die individuelle kleine Warenwirtschaft des Bauern ihrer Grundlage nach Wirtschaften von gleichem Typus sind. Natürlich ist die kleinbäuerliche Warenwirtschaft noch keine kapitalistische Wirtschaft. Sie ist aber ihrer Grundlage nach von gleichem Typus wie die kapitalistische Wirtschaft, da sie auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht. Lenin hat tausendmal recht, wenn er in seinen Randbemerkungen zu Bucharins „Ökonomik der Transformationsperiode“ von der „warenwirtschaftlich-kapitalistischen Tendenz der Bauernschaft“ im Gegensatz zur „sozialistischen Tendenz des Proletariats“<sup>[17]</sup> spricht. Dadurch erklärt sich auch, dass die „Kleinproduktion unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie erzeugt“<sup>[18]</sup> (Lenin).

Kann man sagen, dass die bäuerliche kleine Warenwirtschaft ihrer Grundlage nach auch von gleichem Typus ist wie die sozialistische Produktion in der Stadt? Es ist klar, dass man das nicht sagen kann, ohne mit dem Marxismus zu brechen. Sonst hätte Lenin nicht gesagt: „Solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, besteht für den Kapitalismus in Rußland eine festere ökonomische Basis als für den Kommunismus.“<sup>[19]</sup>

Also ist die Theorie des „Selbstlaufs“ im sozialistischen Aufbau eine faule, eine antileninistische Theorie.

Also ist, wenn das kleinbäuerliche Dorf der sozialistischen Stadt folgen soll, außer allem anderen noch erforderlich, im Dorfe sozialistische Großbetriebe in Gestalt von Sowjet- und Kollektivwirtschaften als Stützpunkte des Sozialismus zu schaffen und zu fördern, die imstande sind, mit der sozialistischen Stadt an der Spitze die Hauptmassen der Bauernschaft zu führen.

Folglich ist die Theorie des „Selbstlaufs“ im sozialistischen Aufbau eine antimarxistische Theorie. Die sozialistische Stadt kann das kleinbäuerliche Dorf nicht anders führen, als dass sie im Dorfe Kollektiv- und Sowjetwirtschaften schafft und fördert und das Dorf auf neue, auf sozialistische Art umgestaltet.

Es ist sonderbar, dass die antimarxistische Theorie des „Selbstlaufs“ im sozialistischen Aufbau bei unseren Agrarwissenschaftlern bis heute noch nicht die gebührende Abfuhr findet.

### III

#### DIE THEORIE VON DER „STABILITÄT“ DER KLEINBÄUERLICHEN WIRTSCHAFT

Gehen wir nunmehr zu dem dritten Vorurteil in der politischen Ökonomie über, zu der Theorie von der „Stabilität“ der kleinbäuerlichen Wirtschaft. Jedermann kennt die Einwände der bürgerlichen politischen Ökonomie gegen die bekannte These des Marxismus von den Vorzügen des Großbetriebs gegenüber dem Kleinbetrieb, die angeblich nur für die Industrie



gelte, für die Landwirtschaft aber ungültig sei. Die sozialdemokratischen Theoretiker vom Schlage eines David und eines Hertz, die diese Theorie predigen, versuchten sich hierbei auf die Tatsache „zu stützen“, dass der Kleinbauer zähe und geduldig, dass er zu allen Entbehrungen bereit sei, nur um sein Stückchen Land zu behaupten, und dass infolgedessen die kleinbäuerliche Wirtschaft im Kampf mit dem landwirtschaftlichen Großbetrieb Stabilität bekunde.

Es ist nicht schwer zu verstehen, dass eine solche „Stabilität“ schlimmer ist als irgendeine Labilität. Es ist nicht schwer zu verstehen, dass diese antimarxistische Theorie nur das eine Ziel hat: Verherrlichung und Festigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die die Millionenmassen der Kleinbauern zugrunde richtet. Und gerade weil sie dieses Ziel hat, gerade darum ist es den Marxisten so leicht gelungen, diese Theorie zu zerschlagen.

Doch handelt es sich jetzt nicht darum. Es handelt sich darum, dass unsere Praxis, unser Leben neue Argumente gegen diese Theorie liefert, unsere Theoretiker aber sonderbarerweise diese neue Waffe nicht gegen die Feinde der Arbeiterklasse ausnutzen wollen oder können. Ich meine damit die bei uns verwirklichte Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden, die bei uns verwirklichte Nationalisierung des Bodens, die den Kleinbauern von seinem sklavischen Hängen an seinem Stückchen Land frei macht und dadurch den Übergang von der kleinen Bauernwirtschaft zur kollektiven Großwirtschaft erleichtert.

In der Tat, was fesselte den Kleinbauern in Westeuropa an seine kleine Warenwirtschaft, was fesselt ihn und wird ihn weiter fesseln? Vor allem und hauptsächlich der Umstand, dass er ein eigenes Stückchen Land besitzt, dass das Privateigentum an Grund und Boden besteht. Er hat jahrelang Geld gespart, um ein Stückchen Land zu kaufen, er hat es gekauft, und er will sich natürlich nicht von ihm trennen, er zieht es vor, jede Entbehrung zu ertragen, ein kümmerliches Dasein zu fristen, in Elend zu leben, nur um sein Stückchen Land, die Grundlage seiner individuellen Wirtschaft, zu behaupten.

Kann man sagen, dass dieser Faktor in der gleichen Weise auch bei uns, unter den Bedingungen der Sowjetmacht, weiterwirkt? Nein, das kann man nicht sagen. Man kann es nicht sagen, da es bei uns kein Privateigentum an Grund und Boden gibt. Und gerade weil es bei uns kein Privateigentum an Grund und Boden gibt, gibt es bei uns auch kein sklavisches Hängen des Bauern an seinem Stückchen Land wie im Westen. Dieser Umstand muss den Übergang der kleinbäuerlichen Wirtschaft auf die Bahnen der Kollektivwirtschaften zwangsläufig erleichtern.

Das ist einer der Gründe dafür, dass es bei uns, wo der Boden nationalisiert ist, den Großbetrieben im Dorfe, den Kollektivwirtschaften im Dorfe so leicht gelingt, ihre Überlegenheit gegenüber der kleinen Bauernwirtschaft zu demonstrieren.

Darin liegt die große revolutionäre Bedeutung der Agrargesetze der Sowjetmacht, die die absolute Rente aufgehoben, das Privateigentum an Grund und Boden abgeschafft und die Nationalisierung des Bodens verankert haben.

Daraus folgt aber, dass wir über ein neues Argument gegen die bürgerlichen Ökonomen verfügen, die die Stabilität der kleinbäuerlichen Wirtschaft in ihrem Kampf gegen den Großbetrieb verkünden.

Warum wird aber dieses neue Argument von unseren Agrarwissenschaftlern in ihrem Kampf gegen alle wie immer gearteten bürgerlichen Theorien nicht genügend ausgewertet?

Bei der Nationalisierung des Bodens gingen wir unter anderem von den theoretischen Voraussetzungen aus, wie sie im dritten Band des „Kapitals“, in dem bekannten Buch von Marx „Theorien über den Mehrwert“ und in Lenins Werken zur Agrarfrage entwickelt sind, die eine überaus reiche Schatzkammer für das theoretische Denken darstellen. Ich meine die Theorie der Grundrente im Allgemeinen, die Theorie der absoluten Grundrente im Besonderen. Es ist heute klar, dass die theoretischen Sätze dieser Werke durch die Praxis unseres sozialistischen Aufbaus in Stadt und Land glänzend bestätigt worden sind.

Unverständlich bleibt nur, warum die antiwissenschaftlichen Theorien der „Sowjet“ökonomen vom Schlage eines Tschajanow in unserer Presse ungehinderte Verbreitung finden sollen, die genialen Werke von Marx, Engels und Lenin über die Theorie der Grundrente und der absoluten Grundrente aber nicht popularisiert und in den Vordergrund gerückt werden, sondern ein verborgenes Dasein führen sollen.

Sie erinnern sich wohl der bekannten Schrift von Engels „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“. Sie erinnern sich sicherlich, wie vorsichtig Engels an die Frage der Überleitung der Kleinbauern auf die Bahnen der genossenschaftlichen Wirtschaft, auf die Bahnen der kollektiven Wirtschaft herangeht. Gestatten Sie mir, die entsprechende Stelle aus der Schrift von Engels anzuführen:

„...wir stehen ja entschieden auf Seite des Kleinbauern; wir werden alles nur irgend Zulässige tun, um sein Los erträglicher zu machen, um ihm den Übergang zur Genossenschaft zu erleichtern, falls er sich dazu entschließt, ja sogar um ihm, falls er diesen Entschluss noch nicht fassen kann, eine verlängerte Bedenkzeit auf seiner Parzelle zu ermöglichen.“<sup>[20]</sup>

Sie sehen, wie vorsichtig Engels an die Frage der Überleitung der individuellen Bauernwirtschaft auf die Bahnen des Kollektivismus herangeht. Wie ist diese auf den ersten Blick übertrieben scheinende Vorsicht von Engels zu erklären? Wovon ging er dabei aus? Offensichtlich ging er von dem Bestehen des Privateigentums an Grund und Boden aus, von der Tatsache, dass der Bauer „seine Parzelle“ besitzt, von der er sich nur schwer trennen kann. So ist die Bauernschaft im Westen. So ist die Bauernschaft in den kapitalistischen Ländern, wo das Privateigentum an Grund und Boden besteht. Es ist begreiflich, dass hier große Vorsicht nötig ist.

Kann man sagen, dass wir in der UdSSR in der gleichen Lage sind? Nein, das kann man nicht sagen. Man kann das nicht, weil wir kein Privateigentum an Grund und Boden haben, das den Bauern an seine individuelle Wirtschaft fesselt. Man kann es nicht, weil bei uns der Boden nationalisiert ist, was den Übergang des Einzelbauern auf die Bahnen des Kollektivismus erleichtert.

Das ist eine der Ursachen jener verhältnismäßigen Leichtigkeit und Schnelligkeit, mit der sich bei uns in der letzten Zeit die kollektivwirtschaftliche Bewegung entwickelt.

Es ist ärgerlich, dass unsere Agrarwissenschaftler noch nicht versucht haben, diesen Unterschied in der Stellung des Bauern bei uns und im Westen mit der nötigen Klarheit aufzuzeigen. Dabei wäre eine solche Arbeit von größter Bedeutung nicht nur für uns Sowjetfunktionäre, sondern auch für die Kommunisten aller Länder. Denn es ist für die proletarische Revolution in den kapitalistischen Ländern nicht gleichgültig, ob man dort nach der Machtergreifung durch das Proletariat, schon von den ersten Tagen an, den Sozialismus auf der Grundlage der Nationalisierung des Bodens oder ohne diese Grundlage aufzubauen haben wird.

In meinem unlängst erschienenen Artikel („Das Jahr des großen Umschwungs“) habe ich die bekannten Argumente für die Überlegenheit des Großbetriebs in der Landwirtschaft gegenüber dem Kleinbetrieb entwickelt, wobei ich die großen Sowjetwirtschaften im Auge hatte. Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, dass alle diese Argumente voll und ganz auch für die Kollektivwirtschaften als große Wirtschaftseinheiten gelten. Ich spreche nicht nur von den entwickelten Kollektivwirtschaften, die eine Maschinen- und Traktorenbasis haben, sondern auch von den unentwickelten Kollektivwirtschaften, die sozusagen die Manufakturperiode des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus darstellen und bäuerliches Inventar zur Grundlage haben. Ich meine jene unentwickelten Kollektivwirtschaften, die jetzt in den Gebieten mit durchgängiger Kollektivierung geschaffen werden und auf der einfachen Zusammenlegung der bäuerlichen Produktionsinstrumente beruhen.

Nehmen wir zum Beispiel die Kollektivwirtschaften im Bezirk des Choperflusses, im früheren Dongebiet. Äußerlich scheinen sich diese Kollektivwirtschaften in technischer Hinsicht von der kleinbäuerlichen Wirtschaft nicht zu unterscheiden (wenig Maschinen, wenig Traktoren). Indes ergab die einfache Zusammenlegung der bäuerlichen Gerätschaften in den Kollektivwirtschaften ein Resultat, das sich unsere Praktiker nicht einmal hätten träumen lassen. Worin kam dieses Resultat zum Ausdruck? Darin, dass der Übergang auf die Bahnen der Kollektivwirtschaften eine Vergrößerung der Anbaufläche um 30, 40, ja 50 Prozent ergab. Wodurch lässt sich dieses „schwindel erregende“ Resultat erklären? Dadurch, dass die Bauern, die unter den Bedingungen der individuellen Arbeit kraftlos waren, zu einer gewaltigen Kraft wurden, nachdem sie ihre Gerätschaften zusammengelegt und sich zu Kollektivwirtschaften zusammengeschlossen hatten. Dadurch, dass die Bauern die Möglichkeit erhielten, Ödland und Neuland zu bestellen, das durch individuelle Arbeit schwer zu bearbeiten war. Dadurch, dass die Bauern die Möglichkeit erhielten, Neuland unter den Pflug zu nehmen. Dadurch, dass es möglich wurde, brachliegende, versprengte Parzellen, Feldraine usw. usf. zu bestellen.

Die Frage der Bearbeitung von Ödland und Neuland ist für unsere Landwirtschaft von gewaltiger Bedeutung. Sie wissen, dass in der alten Zeit die Agrarfrage in Rußland die Achse der revolutionären Bewegung war. Sie wissen, dass eins der Ziele der Agrarbewegung die Beseitigung des Bodenmangels war. Viele waren damals der Meinung, dass der Bodenmangel absolut sei, das heißt, dass es in Rußland keinen freien, zur Bearbeitung geeigneten Boden mehr gebe. Was stellte sich aber in Wirklichkeit heraus? Jetzt ist es völlig klar, dass es in der UdSSR Dutzende Millionen Hektar freien Bodens gab und gibt, dass der Bauer aber nicht die Möglichkeit hatte, diesen Boden mit seinen kläglichen Geräten zu bestellen. Und gerade weil der Bauer nicht die Möglichkeit hatte, Neuland und Ödland zu bearbeiten, gerade deswegen drängte es ihn zum „weichen Boden“, zu den Ländereien, die den Gutsbesitzern gehörten, zu den Ländereien, die durch individuelle Arbeit mit dem bäuerlichen Inventar leicht zu bestellen waren. Das war die Grundlage des „Bodenmangels“. Es kann daher nicht wundernehmen, dass unser Getreidetrust, ausgerüstet mit Traktoren, jetzt in der Lage ist, rund zwanzig Millionen Hektar freien Bodens zu bestellen, der von den Bauern nicht besetzt ist und der durch individuelle Arbeit mit kleinbäuerlichem Inventar nicht bestellt werden kann.

Die Bedeutung der kollektivwirtschaftlichen Bewegung in allen ihren Phasen - in ihrer Anfangsphase wie in der höher entwickelten Phase, wo die Kollektivwirtschaften mit Traktoren ausgerüstet sind - besteht unter anderem darin, dass die Bauern jetzt in der Lage sind, Ödland und Neuland unter den Pflug zu nehmen. Darin liegt das Geheimnis der ungeheuren Zunahme der Anbaufläche beim Übergang der Bauern zur kollektiven Arbeit. Darin besteht eine der Grundlagen für die Überlegenheit der Kollektivwirtschaften über die individuelle Bauernwirtschaft.

Es erübrigt sich zu sagen, dass die Überlegenheit der Kollektivwirtschaften über die individuelle Bauernwirtschaft noch unbestrittener sein wird, wenn den unentwickelten Kollektivwirtschaften in den Gebieten mit durchgängiger Kollektivierung unsere Maschinen- und Traktorenstationen und -kolonnen zu Hilfe kommen, wenn die Kollektivwirtschaften selbst in der Lage sein werden, Traktoren und Mähdrescher in ihren Händen zu konzentrieren.

#### IV STADT UND LAND

Es gibt ein von den bürgerlichen Ökonomen gezüchtetes Vorurteil über die so genannte „Schere“, dem man ebenso wie allen anderen bürgerlichen Theorien, die leider in der Sowjetpresse Verbreitung finden, den schonungslosen Krieg erklären muss. Ich meine die Theorie, wonach die Oktoberrevolution der Bauernschaft weniger gegeben hätte als die

Februarrevolution, wonach die Oktoberrevolution der Bauernschaft. eigentlich nichts gegeben hätte.

Dieses Vorurteil wurde seinerzeit von einem „Sowjet“ökonom in unserer Presse kolportiert. Allerdings sagte sich dieser „Sowjet“ökonom später von seiner Theorie los. (Zwischenruf: Wer ist das?) Es ist Groman. Aber diese Theorie wurde von der trotzkistisch-sinowjewistischen Opposition aufgegriffen und gegen die Partei ausgenutzt. Dabei besteht keinerlei Grund zu behaupten, dass sie heute in den Kreisen der „Sowjet“öffentlichkeit nicht mehr in Umlauf sei.

Das ist eine sehr wichtige Frage, Genossen. Sie berührt das Problem der Beziehungen zwischen Stadt und Land. Sie berührt das Problem der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land. Sie berührt die höchst aktuelle Frage der „Schere“. Ich glaube daher, dass es lohnt, sich mit dieser sonderbaren Theorie zu befassen.

Ist es richtig, dass die Bauern von der Oktoberrevolution nichts erhalten haben? Wenden wir uns den Tatsachen zu.

Ich habe die bekannte Tabelle des bekannten Statistikers, des Genossen Nemtschinow, vor mir, die in meinem Artikel „An der Getreidefront“<sup>[21]</sup> veröffentlicht worden ist. Aus dieser Tabelle ersieht man, dass vor der Revolution die Gutsbesitzer nicht weniger als 600 Millionen Pud Getreide „produzierten“. Folglich verfügten damals die Gutsbesitzer über 600 Millionen Pud Getreide.

Die Kulaken „produzierten“ laut dieser Tabelle damals 1,9 Milliarden Pud Getreide. Es war also eine sehr große Kraft, über die die Kulaken damals verfügten.

Die armen und Mittelbauern produzierten laut derselben Tabelle 2,5 Milliarden Pud Getreide. So lagen die Dinge im alten Dorfe, in dem Dorfe vor der Oktoberrevolution.

Welche Veränderungen sind nun nach dem Oktober im Dorfe vor sich gegangen? Ich führe Zahlen aus derselben Tabelle an. Nehmen wir zum Beispiel das Jahr 1927. Wie viel produzierten in diesem Jahr die Gutsbesitzer? Es ist klar, dass sie nichts produzierten und nichts produzieren konnten, weil die Oktoberrevolution die Gutsbesitzer beseitigt hat. Sie werden verstehen, dass dies eine große Erleichterung für die Bauernschaft sein musste, denn die Bauern sind von dem Joch der Gutsbesitzer frei geworden. Das ist natürlich ein großer Gewinn für die Bauernschaft, der ihr als Ergebnis der Oktoberrevolution zugefallen ist.

Wie viel produzierten 1927 die Kulaken? 600 Millionen Pud Getreide statt 1,9 Milliarden Pud. Die Kulaken hatten somit in der Periode nach der Oktoberrevolution mehr als zwei Drittel ihrer Kraft eingebüßt. Sie werden verstehen, dass dies die Lage der Dorfarmut und der Mittelbauern erleichtern musste.

Und wie viel produzierten 1927 die armen und Mittelbauern? 4 Milliarden Pud statt 2,5 Milliarden Pud. Die armen und Mittelbauern produzierten also nach der Oktoberrevolution um 1,5 Milliarden Pud Getreide mehr als vor der Revolution.

Das sind Tatsachen, die davon zeugen, dass die armen und Mittelbauern durch die Oktoberrevolution ungeheuer viel gewonnen haben. Das hat die Oktoberrevolution den armen und Mittelbauern gegeben. Wie kann man nach alledem behaupten, die Oktoberrevolution hätte den Bauern nichts gegeben?

Das ist aber nicht alles, Genossen. Die Oktoberrevolution hat das Privateigentum an Grund und Boden aufgehoben, sie hat den Kauf und Verkauf des Bodens abgeschafft und den Boden nationalisiert. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass der Bauer, der Getreide produzieren will, nunmehr gar nicht darauf angewiesen ist, Boden zu kaufen. Früher musste er jahrelang sparen, um Boden zu erwerben, er geriet in Schulden, er begab sich in Schuldknechtschaft, nur um Boden zu kaufen. Die Ausgaben für den Kauf von Boden belasteten natürlich die Gestehungskosten der Getreideproduktion. Heute ist der Bauer nicht mehr darauf angewiesen. Heute kann er Getreide produzieren, ohne Boden kaufen zu müssen. Folglich bleiben Hunderte Millionen Rubel, die die Bauern für den Kauf von Boden ausgaben, jetzt in der

Tasche der Bauern. Ist das eine Erleichterung für den Bauern oder nicht? Natürlich ist es eine Erleichterung.

Weiter. Bis in die letzte Zeit war der Bauer gezwungen, in individueller Arbeit mit dem alten Inventar den Boden notdürftig zu bearbeiten. Jeder weiß, dass die mit alten, jetzt schon längst untauglichen Produktionsinstrumenten ausgestattete individuelle Arbeit nicht so viel ergibt, wie notwendig ist, damit der Bauer erträglich leben, seine materielle Lage systematisch heben, seine Kultur entwickeln und den breiten Weg des sozialistischen Aufbaus beschreiten kann. Heute, nach der verstärkten Entwicklung der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, haben die Bauern die Möglichkeit, ihre Arbeit mit der Arbeit ihrer Nachbarn zu vereinigen, sich zu einer Kollektivwirtschaft zusammenzuschließen, Neuland unter den Pflug zu nehmen, Ödland zu bearbeiten, Maschinen und Traktoren zu erhalten und auf diese Weise die Produktivität ihrer Arbeit auf das Doppelte, wenn nicht auf das Dreifache zu steigern. Was aber bedeutet das? Das bedeutet, dass der Bauer, dank der Vereinigung in Kollektivwirtschaften, heute in der Lage ist, bei demselben Arbeitsaufwand weit mehr zu produzieren als früher. Das bedeutet also, dass die Produktion von Getreide um vieles billiger wird, als es bis in die letzte Zeit der Fall gewesen ist. Das bedeutet schließlich, dass der Bauer bei stabilen Preisen für das Getreide viel mehr bekommen kann, als er bisher bekommen hat.

Wie kann man nach alledem behaupten, die Oktoberrevolution hätte der Bauernschaft keinen Gewinn gebracht?

Ist es nicht klar, dass Leute, die solchen Unsinn reden, offenkundig die Partei, die Sowjetmacht verleumden?

Was folgt aber aus alledem?

Daraus folgt, dass die Frage der „Schere“, die Frage der Beseitigung der „Schere“ jetzt auf neue Art gestellt werden muss. Daraus folgt, dass die „Schere“, wenn die kollektivwirtschaftliche Bewegung in dem jetzigen Tempo weiter wächst, in der nächsten Zeit beseitigt werden wird. Daraus folgt, dass die Beziehungen zwischen Stadt und Land auf eine neue Grundlage gestellt werden, dass der Gegensatz zwischen Stadt und Land in beschleunigtem Tempo ausgeglichen werden wird.

Dieser Umstand, Genossen, ist von größter Bedeutung für unseren ganzen Aufbau. Er ändert die Mentalität des Bauern und veranlasst ihn, sein Gesicht der Stadt zuzuwenden. Er schafft den Boden für die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land. Er schafft die Grundlage dafür, dass die Losung der Partei „Das Gesicht dem Dorfe zu“ ergänzt wird durch die Losung der Kollektivbauern „Das Gesicht der Stadt zu“.

Und daran ist nichts Verwunderliches, denn der Bauer erhält jetzt von der Stadt Maschinen, Traktoren, Agronomen, Organisatoren, schließlich unmittelbare Hilfe zur Bekämpfung und Überwindung des Kulakentums. Der Bauer vom alten Schlage, mit seinem tierischen Argwohn gegen die Stadt als gegen einen Plünderer, tritt vom Schauplatz ab. An seine Stelle tritt ein neuer Bauer, der Kollektivbauer, der auf die Stadt mit der Hoffnung blickt, von dort reale Produktionshilfe zu erhalten. An die Stelle des Bauern vom alten Schlage, der in der ständigen Angst lebt, zur Dorfarmut hinab zu sinken, und nur verstohlen zu der Stellung eines Kulaken aufsteigt (man könnte ihm das Wahlrecht nehmen!), tritt ein neuer Bauer, der eine neue Perspektive hat - in die Kollektivwirtschaft zu gehen, aus dem Elend und der Unwissenheit herauszukommen und den breiten Weg des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs zu beschreiten.

So hat sich das Blatt gewendet, Genossen.

Um so ärgerlicher ist es, Genossen, dass unsere Agrarwissenschaftler nicht alle Maßnahmen getroffen haben, um alle wie immer gearteten bürgerlichen Theorien, die die Errungenschaften der Oktoberrevolution und die wachsende kollektivwirtschaftliche Bewegung zu diskreditieren trachten, kurz und klein zu schlagen und mit Stumpf und Stiel auszurotten.

## V

## ÜBER DIE NATUR DER KOLLEKTIVWIRTSCHAFTEN

Als Wirtschaftstypus sind die Kollektivwirtschaften eine der Formen der sozialistischen Wirtschaft. Darüber kann kein Zweifel bestehen.

Ein Redner, der hier auftrat, hat versucht, die Kollektivwirtschaften zu diskreditieren. Er behauptete, die Kollektivwirtschaften, als wirtschaftliche Organisationen, hätten mit der sozialistischen Wirtschaftsform nichts gemein. Ich muss erklären, Genossen, dass eine solche Charakteristik der Kollektivwirtschaften grundfalsch ist. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass diese Charakteristik mit der Wirklichkeit nichts gemein hat.

Wodurch wird ein Wirtschaftstypus bestimmt? Offenbar durch die Beziehungen der Menschen im Produktionsprozess. Wodurch könnte man sonst einen Wirtschaftstypus bestimmen? Gibt es etwa in der Kollektivwirtschaft eine Klasse von Menschen, die Eigentümer der Produktionsmittel sind, und eine Klasse von Menschen, die dieser Produktionsmittel beraubt sind? Gibt es etwa in der Kollektivwirtschaft eine Klasse von Ausbeutern und eine Klasse von Ausgebeuteten? Beruht die Kollektivwirtschaft etwa nicht auf der Vergesellschaftung der ausschlaggebenden Produktionsinstrumente, auf einem Boden, der dem Staate gehört? Welchen Grund hat man zu behaupten, dass die Kollektivwirtschaften, als Wirtschaftstypus, nicht eine der Formen der sozialistischen Wirtschaft darstellen?

Natürlich gibt es in den Kollektivwirtschaften Gegensätze. Natürlich gibt es in den Kollektivwirtschaften individualistische und sogar kulakische Überbleibsel, die noch nicht verschwunden sind, die aber im Laufe der Zeit, mit der Festigung der Kollektivwirtschaften, mit ihrer Maschinisierung unbedingt verschwinden müssen. Kann man aber leugnen, dass die Kollektivwirtschaften als Ganzes genommen, trotz ihrer Gegensätze und Mängel, dass die Kollektivwirtschaften, als wirtschaftliche Tatsache, in der Hauptsache den neuen Entwicklungsweg des Dorfes, den Weg der sozialistischen Entwicklung des Dorfes im Gegensatz zum kulakischen, kapitalistischen Entwicklungsweg darstellen? Kann man leugnen, dass die Kollektivwirtschaften (ich spreche von Kollektivwirtschaften, nicht von Pseudokollektivwirtschaften) in unseren Verhältnissen die Grundlage und Pflanzstätte des sozialistischen Aufbaus im Dorfe darstellen, emporgewachsen in erbittertem Ringen mit den kapitalistischen Elementen?

Ist es denn nicht klar, dass die Versuche mancher Genossen, die Kollektivwirtschaften zu diskreditieren und sie zu einer bürgerlichen Wirtschaftsform zu stempeln, jeder Grundlage entbehren?

Im Jahre 1923 hatten wir noch keine kollektivwirtschaftliche Massenbewegung. In seiner Schrift „Über das Genossenschaftswesen“ hatte Lenin alle Arten der Genossenschaften, ihre niederen Formen (Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften) wie ihre höheren Formen (die kollektiv-wirtschaftliche Form) im Auge. Was sagte er damals von den Genossenschaften, von den genossenschaftlichen Betrieben? Hier ein Zitat aus der Schrift Lenins „Über das Genossenschaftswesen“:

„In der bei uns bestehenden Gesellschaftsordnung unterscheiden sich genossenschaftliche Betriebe von privatkapitalistischen als kollektive Betriebe, aber sie unterscheiden sich nichts von sozialistischen Betrieben, wenn sie auf dem Grund und Boden gegründet und mit Produktionsmitteln ausgerüstet sind, die dem Staate, d. h. der Arbeiterklasse, gehören.“ (4. Ausgabe, Bd. 33, 5.433 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S.993].)

Lenin betrachtet also die genossenschaftlichen Betriebe nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit der bei uns bestehenden Gesellschaftsordnung, im Zusammenhang damit, dass sie auf einem Boden wirtschaften, der dem Staate gehört, in einem Lande, in dem die

Produktionsmittel dem Staate gehören, und sie in dieser Weise betrachtend, behauptet Lenin, dass genossenschaftliche Betriebe sich nicht von sozialistischen Betrieben unterscheiden.

So spricht Lenin von den genossenschaftlichen Betrieben im Allgemeinen.

Ist es nicht klar, dass man dies mit umso größerer Berechtigung von den Kollektivwirtschaften unserer Periode sagen kann?

Dadurch erklärt sich denn auch unter anderem, warum Lenin das „einfache Wachstum der Genossenschaften“ in unseren Verhältnissen als „mit dem Wachstum des Sozialismus identisch“ betrachtet.

Sie sehen, dass der erwähnte Redner, der die Kollektivwirtschaften zu diskreditieren suchte, sich einen groben Verstoß gegen den Leninismus zuschulden kommen ließ.

Aus diesem Fehler folgt sein zweiter Fehler, der den Klassenkampf in den Kollektivwirtschaften betrifft. Der Redner malte den Klassenkampf in den Kollektivwirtschaften in so grellen Farben, dass man meinen könnte, der Klassenkampf in den Kollektivwirtschaften unterscheide sich, nicht vom Klassenkampf außerhalb der Kollektivwirtschaften. Mehr noch, man könnte meinen, dass er dort noch erbitterter werde. Übrigens versündigt sich in dieser Beziehung nicht nur der erwähnte Redner. Das Geschwätz vom Klassenkampf, das Gewinsel und Geheul über den Klassenkampf in den Kollektivwirtschaften ist heutzutage ein charakteristisches Merkmal aller unserer „linken“ Schreihälse. Das Komischste bei diesem Gewinsel ist, dass seine Urheber den Klassenkampf dort „sehen“, wo es ihn nicht gibt oder fast nicht gibt, ihn aber dort, wo es ihn gibt und wo er überschäumt, nicht sehen.

Gibt es Elemente des Klassenkampfes in den Kollektivwirtschaften? Ja, die gibt es. Elemente des Klassenkampfes in den Kollektivwirtschaften muss es geben, wenn dort noch Überbleibsel individualistischer oder gar kulakischer Mentalität vorhanden sind, wenn es dort noch eine gewisse Ungleichheit in der materiellen Lage gibt. Kann man behaupten, dass der Klassenkampf in den Kollektivwirtschaften gleichbedeutend ist mit dem Klassenkampf außerhalb der Kollektivwirtschaften? Nein, das kann man nicht behaupten. Darin besteht ja gerade der Fehler unserer „linken“ Phrasendrescher, dass sie diesen Unterschied nicht sehen.

Was bedeutet der Klassenkampf außerhalb der Kollektivwirtschaften, vor der Bildung von Kollektivwirtschaften? Er bedeutet Kampf gegen den Kulaken, der die Produktionsinstrumente und -mittel besitzt und mit Hilfe dieser Produktionsinstrumente und -mittel die Dorfarmut unterjocht. Dieser Kampf ist ein Kampf auf Leben und Tod.

Was bedeutet aber der Klassenkampf auf der Grundlage der Kollektivwirtschaften? Er bedeutet vor allem, dass der Kulak geschlagen ist und dass ihm die Produktionsinstrumente und -mittel genommen sind. Er bedeutet zweitens, dass die armen und Mittelbauern auf der Grundlage der Vergesellschaftung der ausschlaggebenden Produktionsinstrumente und -mittel in Kollektivwirtschaften zusammengeschlossen sind. Er bedeutet schließlich, dass es sich um einen Kampf zwischen den Mitgliedern der Kollektivwirtschaften handelt, von denen die einen sich noch nicht von den individualistischen und kulakischen Überbleibseln frei gemacht haben und versuchen, eine gewisse Ungleichheit, wie sie in den Kollektivwirtschaften besteht, zu ihrem Vorteil auszunutzen, während die anderen darauf bedacht sind, diese Überbleibsel und diese Ungleichheit aus den Kollektivwirtschaften auszumerzen. Ist es nicht klar, dass nur Blinde den Unterschied zwischen dem Klassenkampf auf der Grundlage der Kollektivwirtschaften und dem Klassenkampf außerhalb der Kollektivwirtschaften nicht sehen können?

Es wäre irrig zu glauben, dass mit den Kollektivwirtschaften auch schon alles für die Errichtung des Sozialismus Notwendige gegeben sei. Erst recht irrig wäre es zu glauben, dass die Mitglieder der Kollektivwirtschaften schon Sozialisten geworden seien. Nein, man wird noch viel arbeiten müssen, um den Kollektivbauern umzumodeln, um seine individualistische Mentalität umzuformen und aus ihm ein wirkliches, schaffendes Mitglied der sozialistischen Gesellschaft zu machen. Und das wird um so eher geschehen, je eher die

Kollektivwirtschaften maschinisiert, je eher sie traktorisiert sein werden. Das schmälert aber in keiner Weise die gewaltige Bedeutung der Kollektivwirtschaften als eines Hebels zur sozialistischen Umgestaltung des Dorfes. Die große Bedeutung der Kollektivwirtschaften besteht gerade darin, dass sie die Hauptbasis für die Verwendung von Maschinen und Traktoren in der Landwirtschaft darstellen, dass sie die Hauptbasis für die Ummodelung des Bauern, für die Umgestaltung seiner Mentalität im Geiste des Sozialismus bilden. Lenin hatte Recht, als er sagte:

„Die Ummodelung des kleinen Landwirts, die Umgestaltung seiner ganzen Mentalität und seiner Gepflogenheiten ist eine Sache, die Generationen erfordert. Diese Frage in Bezug auf den kleinen Landwirt lösen, sozusagen seine ganze Mentalität gesund machen, kann nur die materielle Basis, die Technik, die massenhafte Anwendung von Traktoren und Maschinen in der Landwirtschaft, die weitgehende Elektrifizierung.“ (4. Ausgabe, Bd. 32, S.194, russ.)

Wer kann bestreiten, dass die Kollektivwirtschaften gerade jene Form der sozialistischen Wirtschaft sind, durch die allein die Millionenmassen der individuellen Kleinbauernschaft in landwirtschaftlichen Großbetrieben zusammengeschlossen werden können, die mit Maschinen und Traktoren, diesen Hebeln des wirtschaftlichen Aufschwungs, diesen Hebeln der sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft, ausgerüstet sind?

Das alles haben unsere „linken“ Phrasendrescher vergessen.

Das hat auch unser Redner vergessen.

## VI

### DIE KLASSENMÄSSIGEN VERÄNDERUNGEN UND DIE WENDUNG IN DER POLITIK DER PARTEI

Schließlich die Frage der klassenmäßigen Veränderungen im Lande und der Offensive des Sozialismus gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes.

Der charakteristische Zug der Arbeit unserer Partei im letzten Jahr besteht darin, dass wir als Partei, als Sowjetmacht:

- a) an der ganzen Front zur Offensive gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes übergegangen sind und dass
- b) diese Offensive bekanntlich überaus greifbare positive Resultate gezeitigt hat und weiter zeitigt.

Was bedeutet das? Das bedeutet, dass wir von der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums übergegangen sind zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse. Das bedeutet, dass wir eine der entscheidenden Wendungen in unserer gesamten Politik vollzogen haben und auch weiter vollziehen.

Bis in die letzte Zeit vertrat die Partei den Standpunkt der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums. Diese Politik wurde bekanntlich schon auf dem VIII. Parteitag verkündet. Diese selbe Politik wurde von neuem bei der Einführung der NÖP und auf dem XI. Parteitag unserer Partei proklamiert. Allen ist der bekannte Brief Lenins über die Thesen Preobraschenskis<sup>[22]</sup> (vom Jahre 1922) in Erinnerung, in dem Lenin erneut auf die Notwendigkeit der Befolgung gerade dieser Politik zurückkommt. Schließlich wurde diese Politik vom XV. Parteitag unserer Partei bestätigt. Diese Politik haben wir auch bis in die letzte Zeit durchgeführt.

War diese Politik richtig? Ja, sie war damals unbedingt richtig. Konnten wir vor fünf oder vor drei Jahren eine solche Offensive gegen das Kulakentum unternehmen? Konnten wir damals auf den Erfolg einer solchen Offensive rechnen? Nein, das konnten wir nicht. Das wäre das gefährlichste Abenteuererturn gewesen. Es wäre ein äußerst gefährliches Spiel mit der Offensive gewesen. Denn wir wären unweigerlich gescheitert und hätten dadurch die



Positionen des Kulakentums gestärkt. Warum? Weil wir damals noch nicht jene Stützpunkte im Dorfe hatten, jenes umfassende Netz von Sowjet- und Kollektivwirtschaften, auf das man sich bei einer entschiedenen Offensive gegen das Kulakentum stützen konnte. Weil wir damals noch nicht die Möglichkeit hatten, die kapitalistische Produktion des Kulaken durch die sozialistische Produktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu ersetzen.

In den Jahren 1926 und 1927 suchte die sinowjewistisch-trozkistische Opposition mit aller Kraft, der Partei die Politik der sofortigen Offensive gegen das Kulakentum aufzudrängen. Die Partei ließ sich auf dieses gefährliche Abenteuer nicht ein, denn sie wusste, dass sich ernste Leute ein Spiel mit der Offensive nicht erlauben dürfen. Die Offensive gegen das Kulakentum ist eine ernste Sache. Man darf sie nicht mit Deklamationen gegen das Kulakentum verwechseln. Man darf sie auch nicht mit der Politik der Katzbalgerei mit dem Kulakentum verwechseln, die die sinowjewistisch-trozkistische Opposition der Partei mit aller Kraft aufzudrängen suchte. Eine Offensive gegen das Kulakentum unternehmen, das heißt das Kulakentum zerschlagen und als Klasse liquidieren. Eine Offensive, die nicht dieses Ziel verfolgt, ist Deklamation, Katzbalgerei, leerer Schall, alles, was man will, nur keine wirkliche bolschewistische Offensive. Eine Offensive gegen das Kulakentum unternehmen heißt sich sachgemäß vorbereiten und gegen das Kulakentum einen Schlag führen, und zwar einen solchen Schlag, dass es sich nicht mehr aufrichten kann. Das nennen wir Bolschewiki eine wirkliche Offensive. Konnten wir vor fünf oder vor drei Jahren eine solche Offensive mit Aussicht auf Erfolg unternehmen? Nein, das konnten wir nicht.

In der Tat, der Kulak produzierte 1927 über 600 Millionen Pud Getreide und verkaufte davon ungefähr 130 Millionen Pud außerhalb des Dorfes. Das war eine ziemlich bedeutende Macht, mit der man rechnen musste. Und wie viel produzierten damals unsere Kollektiv- und Sowjetwirtschaften? Ungefähr 80 Millionen Pud, wovon sie etwa 35 Millionen Pud auf den Markt brachten (Warengetreide). Urteilen Sie selber, ob wir damals die Produktion des Kulaken und das Warengetreide des Kulaken durch die Produktion und das Warengetreide unserer Kollektiv- und Sowjetwirtschaften ersetzen konnten? Es ist klar, dass wir das nicht konnten.

Was hätte unter solchen Bedingungen eine entschiedene Offensive gegen das Kulakentum bedeutet? Sie hätte bedeutet, dass wir unweigerlich gescheitert wären, dass wir die Positionen des Kulaken gestärkt hätten und ohne Getreide geblieben wären. Darum konnten und durften wir damals keine entschiedene Offensive gegen das Kulakentum unternehmen, trotz der abenteuerlichen Deklamationen der sinowjewistisch-trozkistischen Opposition.

Und wie ist es heute? Wie liegen die Dinge heute? Heute verfügen wir über eine ausreichende materielle Basis, um den Schlag gegen das Kulakentum zu führen, seinen Widerstand zu brechen, es als Klasse zu liquidieren und seine Produktion durch die Produktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu ersetzen. Es ist bekannt, dass die Getreideproduktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften im Jahre 1929 nicht weniger als 400 Millionen Pud betrug (um 200 Millionen Pud weniger als die Gesamtproduktion der Kulakenwirtschaften im Jahre 1927). Es ist ferner bekannt, dass die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften im Jahre 1929 mehr als 130 Millionen Pud Warengetreide geliefert haben (d. h. mehr als der Kulak im Jahre 1927). Es ist schließlich bekannt, dass die Gesamtproduktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften im Jahre 1930 nicht weniger als 900 Millionen Pud Getreide betragen wird (d. h. mehr, als die Gesamtproduktion des Kulaken im Jahre 1927 betrug), an Warengetreide aber werden sie nicht weniger als 400 Millionen Pud liefern (d. h. unvergleichlich mehr, als der Kulak im Jahre 1927 lieferte).

So liegen die Dinge heute bei uns, Genossen.

Das sind die Wandlungen, die in der Ökonomik unseres Landes vor sich gegangen sind.

Wie Sie sehen, haben wir heute die materielle Basis, um die Produktion der Kulaken durch die Produktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu ersetzen. Gerade darum ist unsere entschiedene Offensive gegen das Kulakentum jetzt von unzweifelhaftem Erfolg begleitet.

So muss die Offensive gegen das Kulakentum geführt werden, wenn man von einer wirklichen und entschiedenen Offensive sprechen und sich nicht auf leere Deklamationen gegen das Kulakentum beschränken will.

Deshalb sind wir in letzter Zeit von der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse übergegangen.

Und wie steht es um die Politik der Enteignung der Kulaken, ist in den Gebieten mit durchgängiger Kollektivierung die Enteignung der Kulaken zulässig? - wird von verschiedenen Seiten gefragt. Eine lächerliche Frage! Die Enteignung der Kulaken war unzulässig, solange wir auf dem Standpunkt der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums standen, solange wir nicht die Möglichkeit hatten, eine entschiedene Offensive gegen das Kulakentum zu unternehmen, solange wir nicht die Möglichkeit hatten, die Produktion des Kulakentums durch die Produktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu ersetzen. Damals war eine Politik, die die Enteignung der Kulaken als unzulässig betrachtete, notwendig und richtig. Und heute? Heute liegen die Dinge anders. Heute haben wir die Möglichkeit, eine entschiedene Offensive gegen das Kulakentum zu unternehmen, seinen Widerstand zu brechen, es als Klasse zu liquidieren und seine Produktion durch die Produktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu ersetzen. Heute wird die Enteignung der Kulaken durch die Massen der armen und Mittelbauern selbst durchgeführt, die die durchgängige Kollektivierung verwirklichen. Heute ist die Enteignung der Kulaken in den Gebieten mit durchgängiger Kollektivierung keine bloß administrative Maßnahme mehr. Heute ist dort die Enteignung der Kulaken ein Bestandteil der Bildung und Entwicklung der Kollektivwirtschaften. Darum ist es lächerlich und unernst, sich heute über die Enteignung der Kulaken zu verbreiten. Verliert man den Kopf, weint man nicht um den Schopf.

Nicht minder lächerlich ist eine andere Frage: ob man den Kulaken in die Kollektivwirtschaft aufnehmen darf. Natürlich darf man ihn nicht in die Kollektivwirtschaft aufnehmen. Man darf es nicht, weil er ein geschworener Feind der kollektivwirtschaftlichen Bewegung ist.

## VII ZUSAMMENFASSUNG

Das, Genossen, sind die sechs Kernfragen, an denen die theoretische Arbeit unserer marxistischen Agrarwissenschaftler nicht vorbeigehen darf.

Die Bedeutung dieser Fragen besteht vor allem darin, dass ihre marxistische Ausarbeitung es ermöglicht, alle wie immer gearteten bürgerlichen Theorien, die - zu unserer Schande - mitunter von unseren eigenen Genossen, von Kommunisten, verbreitet werden und die die Köpfe unserer Praktiker verkleistern, mit Stumpf und Stiel auszurotten. Es wäre längst an der Zeit gewesen, diese Theorien auszurotten und hinwegzufegen. Denn nur im schonungslosen Kampf gegen diese und ähnliche Theorien kann das theoretische Denken der marxistischen Agrarwissenschaftler sich entwickeln und erstarken.

Die Bedeutung dieser Fragen besteht schließlich darin, dass sie den alten Problemen der Ökonomik der Übergangsperiode neue Gestalt verleihen.

Auf neue Art wird jetzt die Frage der NÖP, der Klassen, der Kollektivwirtschaften, der Ökonomik der Übergangsperiode gestellt.

Man muss den Fehler derjenigen aufdecken, die die NÖP als Rückzug und nur als Rückzug auffassen. In Wirklichkeit sagte Lenin bereits bei der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik, dass sich die NÖP nicht auf den Rückzug beschränkt, dass sie gleichzeitig die Vorbereitung zu einer neuen entschiedenen Offensive gegen die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land bedeutet.

Man muss den Fehler derjenigen aufdecken, die der Meinung sind, die NÖP sei nur zur Verbindung von Stadt und Land notwendig. Wir brauchen nicht jede Art von Verbindung zwischen Stadt und Land. Wir brauchen eine Verbindung, die den Sieg des Sozialismus

gewährleistet. Und wenn wir die NÖP befolgen, so deswegen, weil sie der Sache des Sozialismus dient. Sobald sie aber aufhört, der Sache des Sozialismus zu dienen, werden wir sie zum Teufel schicken. Lenin sagte, dass die NÖP ernsthaft und auf lange Zeit eingeführt worden ist. Er hat aber niemals gesagt, dass sie auf immer eingeführt worden sei.

Man muss auch die Frage der Popularisierung der marxistischen Theorie der Reproduktion stellen. Man muss die Frage des Schemas für die Bilanz unserer Volkswirtschaft ausarbeiten. Das, was die Statistische Zentralverwaltung im Jahre 1926 als volkswirtschaftliche Bilanz veröffentlicht hat, ist keine Bilanz, sondern ein Spiel mit Zahlen. Auch die Art, wie Basarow und Groman das Problem der volkswirtschaftlichen Bilanz behandeln, taugt nichts. Das Schema für die volkswirtschaftliche Bilanz der UdSSR muss von revolutionären Marxisten ausgearbeitet werden, wenn sie überhaupt gewillt sind, sich mit den Fragen der Ökonomik der Übergangsperiode zu befassen.

Es wäre gut, wenn unsere marxistischen Ökonomen eine besondere Gruppe von Genossen bestimmten, die die Probleme der Ökonomik der Übergangsperiode in ihrer neuen Fragestellung entsprechend der jetzigen Entwicklungsetappe ausarbeiten sollten.

*„Prawda“ Nr. 309,  
29. Dezember 1929.*

1930

## BRIEF AN A. M. GORKI

Lieber Alexej Maximowitsch!

Bitte mich vielmals zu entschuldigen und mich nicht zu schelten wegen der späten (allzu späten!) Antwort. Bin furchtbar überlastet. Außerdem war ich nicht ganz wohlauf. Das kann mich natürlich nicht entschuldigen. Aber es kann einiges erklären.

1. Wir können ohne Selbstkritik nicht auskommen. Das können wir keinesfalls, Alexej Maximowitsch. Ohne sie sind Stagnation, Fäulnis im Apparat, Anwachsen des Bürokratismus, Drosselung der schöpferischen Initiative der Arbeiterklasse nicht zu vermeiden. Natürlich liefert die Selbstkritik den Feinden Material. Darin haben Sie völlig Recht. Aber sie liefert auch Material (und gibt den Anstoß) für unsere Vorwärtsbewegung, für die Entfaltung der Aufbauenergie der Werktätigen, für die Entwicklung des Wettbewerbs, für die Stoßbrigaden usw. Die negative Seite wird durch die positive aufgewogen und mehr als aufgewogen.

Es ist möglich, dass unsere Presse unsere Mängel zu sehr hervorhebt und bisweilen sogar (ungewollt) an die große Glocke hängt. Das ist möglich und sogar wahrscheinlich. Und das ist natürlich schlecht. Sie fordern daher, dass unsere Errungenschaften und unsere Mängel so beleuchtet werden, dass sie sich die Waage halten (ich würde sagen, dass die Errungenschaften schwerer in die Waagschale fallen sollen). Auch darin haben Sie natürlich Recht. Wir werden diesen Mangel unbedingt und unverzüglich beheben. Dessen können Sie gewiss sein.

2. Unsere Jugend ist nicht von ein und derselben Art. Es gibt Jugendliche, die greinen, die von Müdigkeit und Verzweiflung ergriffen sind (wie Senin). Es gibt Jugendliche, die guten Muts, voll Lebensfreude und Willenskraft sind, erfüllt von dem unbändigen Streben, den Sieg zu erringen. Es kann nicht sein, dass jetzt, da wir die alten Beziehungen im Leben zerreißen und neue knüpfen, da die gewohnten Wege und Stege eingeebnet und neue, ungewohnte angelegt werden, da ganze Bevölkerungsgruppen, die im Wohlstand lebten, aus der Bahn geworfen werden und abtreten, den Weg für Millionen früher nieder geduckter und gehetzter Menschen frei machend - es kann nicht sein, dass die Jugend eine gleichartige Masse mit uns Sympathisierender darstelle, dass es in ihr keine Differenzierung, keine Spaltung gäbe. Erstens gibt es unter der Jugend Söhne von reichen Eltern. Zweitens, selbst wenn man die Jugend nimmt, die (ihrer sozialen Lage nach) zu uns gehört, so bringt nicht jeder Nerven, Kraft, Charakter und Verständnis genug auf, um das grandiose Bild der Niederreißung des Alten und des fieberhaften Aufbaus des Neuen als ein Bild dessen zu betrachten, was notwendig und folglich wünschenswert ist, zumal dieses Bild wenig dem paradiesischen Idyll des „allgemeinen Wohlergehens“ gleicht, das die Möglichkeit geben soll, „auszuruhen“ und das „Glück zu genießen“. Begreiflicherweise kann es bei diesem „halsbrecherischen Getriebe“ nicht anders sein, als dass es bei uns Leute gibt, die müde werden, die Nerven verlieren, sich aufreiben, in Verzweiflung geraten, abtreten und schließlich in das Lager der Feinde überlaufen. Unvermeidliche „Spesen“ der Revolution.

Das Wesentlichste ist jetzt, dass unter der Jugend nicht die Greiner den Ton angeben, sondern die kämpferischen Mitglieder unseres Kommunistischen Jugendverbands, der Kern der neuen, zahlenmäßig starken Generation der Bolschewiki - der Zerstörer des Kapitalismus, der Bolschewiki - der Erbauer des Sozialismus, der Bolschewiki - der Befreier aller Unterdrückten und Versklavten. Darin liegt unsere Kraft. Darin liegt das Unterpfand unseres Sieges.

3. Das heißt natürlich nicht, dass wir nicht bemüht sein sollen, die Zahl derer, die da greinen, flennen, zweifeln usw., durch organisierte ideologische (und jegliche andere) Einwirkung auf sie zu verringern. Im Gegenteil, eine der Hauptaufgaben unserer Partei, unserer Kulturorganisationen, unserer Presse, unserer Sowjets besteht darin, diese Einwirkung zu organisieren und ernstliche Ergebnisse zu erzielen. Daher akzeptieren wir (unsere Freunde) voll und ganz Ihre Vorschläge:

- a) eine Zeitschrift „Sa Rubeshom“<sup>[23]</sup> zu organisieren,
- b) eine Reihe populärer Sammelbände über den „Bürgerkrieg“ herauszugeben und dazu A. Tolstoi und andere Meister der Feder heranzuziehen.

Nur muss hinzugefügt werden; dass wir keine dieser Unternehmungen der Führung Radeks oder irgendeines seiner Freunde anvertrauen dürfen. Es handelt sich nicht um die guten Absichten Radeks oder um seine Gewissenhaftigkeit. Es handelt sich um die Logik des Fraktionskampfes, von dem (das heißt von dem Kampf) er und seine Freunde sich nicht völlig losgesagt haben (es sind einige wichtige Meinungsverschiedenheiten geblieben, die sie zum Kampf treiben werden). Die Geschichte unserer Partei (und nicht nur die Geschichte unserer Partei) lehrt, dass die Logik der Dinge stärker ist als die Logik der Absichten des Menschen. Es wird richtiger sein, wenn wir die Leitung dieser Unternehmungen politisch standhaften Genossen übertragen, Radek aber und seine Freunde als Mitarbeiter heranziehen. Das wird richtiger sein.

4. Nach ernsthafter Erörterung der Frage der Organisierung einer speziellen Zeitschrift „Über den Krieg“ sind wir zu dem Schluss gekommen, dass jetzt kein Grund zur Herausgabe einer solchen Zeitschrift vorliegt. Wir halten es für zweckmäßiger, die Fragen des Krieges (ich spreche vom imperialistischen Krieg) in den bestehenden politischen Zeitschriften zu behandeln. Um so mehr, als die Fragen des Krieges nicht von den Fragen der Politik, deren Ausdruck der Krieg ist, getrennt werden dürfen.

Was die Erzählungen über den Krieg betrifft, so sind sie nur nach sorgfältiger Auswahl zu veröffentlichen. Auf dem Büchermarkt gibt es eine Menge belletristischer Erzählungen, die die „Schrecken“ des Krieges malen und Abscheu gegen jeglichen Krieg (nicht nur gegen den imperialistischen, sondern auch gegen jeden anderen Krieg) einflößen. Das sind bürgerlich-pazifistische Erzählungen, die nicht viel wert sind. Wir brauchen Erzählungen, die, ausgehend von den Schrecken des imperialistischen Krieges, die Leser an die Notwendigkeit der Überwindung der imperialistischen Regierungen, die diese Kriege organisieren, heranführen. Außerdem sind wir doch nicht gegen jeglichen Krieg. Wir sind gegen den imperialistischen Krieg als konterrevolutionären Krieg. Aber wir sind für den Befreiungskrieg, den antiimperialistischen, revolutionären Krieg, ungeachtet der Tatsache, dass ein solcher Krieg bekanntlich nicht frei ist von den „Schrecken des Blutvergießens“, sondern diese sogar reichlich aufweist.

Mir scheint, dass der Standpunkt Woronskis, der sich zum Feldzug gegen die „Schrecken“ des Krieges anschickt, sich nur wenig von dem Standpunkt bürgerlicher Pazifisten unterscheidet.

5. Sie haben völlig Recht, wenn Sie sagen, dass bei uns, in unserer Presse, ein großes Durcheinander in Fragen der antireligiösen Propaganda herrscht. Mitunter werden die unwahrscheinlichsten Dummheiten begangen, die Wasser auf die Mühle der Feinde leiten. Auf diesem Gebiet steht eine Unmenge Arbeit bevor. Ich habe jedoch mit den Genossen von der antireligiösen Propaganda noch nicht über Ihre Vorschläge Rücksprache nehmen können. Ich schreibe Ihnen darüber das nächste Mal.

6. Der Bitte Kamegulows kann ich nicht nachkommen. Keine Zeit! Außerdem, was, zum Teufel, bin ich für ein Kritiker!

Das ist alles.

Ich drücke Ihnen kräftig die Hand und wünsche Ihnen Gesundheit. Dank für den Gruß.

J. Stalin

Man sagt, dass Sie einen Arzt aus Rußland brauchen. Stimmt das? Wen wünschen Sie? Schreiben Sie - wir schicken ihn.

17. Januar 1930. J. St.

*Zum ersten Mal veröffentlicht.*

## ZUR FRAGE DER POLITIK DER LIQUIDIERUNG DES KULAKENTUMS ALS KLASSE

In Nr. 16 der „Krasnaja Swesda“<sup>[24]</sup> sind in dem im Allgemeinen unstreitig richtigen Artikel „Die Liquidierung des Kulakentums als Klasse“ zwei Ungenauigkeiten in den Formulierungen enthalten. Es scheint mir notwendig, diese Ungenauigkeiten richtig zu stellen. 1. In dem Artikel heißt es:

„In der Wiederherstellungsperiode betrieben wir die Politik der Einschränkung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land. Mit dem Beginn der Rekonstruktionsperiode sind wir von der Politik der Einschränkung zur Politik der Verdrängung der kapitalistischen Elemente übergegangen.“

Diese Behauptung ist falsch. Die Politik der Einschränkung der kapitalistischen Elemente und die Politik ihrer Verdrängung unterscheiden sich nicht voneinander. Das ist ein und dieselbe Politik. Die Verdrängung der kapitalistischen Elemente des Dorfes ist ein unvermeidliches Resultat und ein Bestandteil der Politik der Einschränkung der kapitalistischen Elemente, der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums. Die Verdrängung der kapitalistischen Elemente des Dorfes ist nicht gleichzusetzen mit der Verdrängung des Kulakentums als Klasse. Die Verdrängung der kapitalistischen Elemente des Dorfes ist die Verdrängung und Überwindung einzelner Teile des Kulakentums, die dem Steuerdruck, die dem System der Einschränkungsmaßnahmen der Sowjetmacht nicht standgehalten haben. Es ist klar, dass die Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums, die Politik der Einschränkung der kapitalistischen Elemente des Dorfes notwendigerweise zur Verdrängung einzelner Teile des Kulakentums führen muss. Deshalb kann die Verdrängung einzelner Teile des Kulakentums nicht anders betrachtet werden denn als unvermeidliches Resultat und als Bestandteil der Politik der Einschränkung der kapitalistischen Elemente des Dorfes.

Diese Politik wurde bei uns nicht nur in der Wiederherstellungsperiode betrieben, sondern auch in der Periode der Rekonstruktion, auch in der Periode nach dem XV. Parteitag (Dezember 1927), auch in der Periode der XVI. Konferenz unserer Partei (April 1929) wie auch nach dieser Konferenz bis zum Sommer 1929, als wir in die Phase der durchgängigen Kollektivierung eintraten, als der Umschwung zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse eintrat.

Betrachtet man die wichtigsten Parteidokumente, sagen wir vom XIV. Parteitag im Dezember 1925 (siehe die Resolution zum Bericht des ZK<sup>[25]</sup>) bis zur XVI. Parteikonferenz im April 1929 (siehe die Resolution „Über die Wege zur Hebung der Landwirtschaft“<sup>[26]</sup>), so kann man nicht umhin festzustellen, dass die These von der „Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums“ oder der „Einschränkung des Wachstums des Kapitalismus im Dorfe“ stets neben der These von der „Verdrängung der kapitalistischen Elemente des Dorfes“, von der „Überwindung der kapitalistischen Elemente des Dorfes“ vorkommt.

Was bedeutet das?

Das bedeutet, dass die Partei die Verdrängung der kapitalistischen Elemente des Dorfes von der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums, von der Politik der Einschränkung der kapitalistischen Elemente des Dorfes nicht trennt.

Der XV. Parteitag wie auch die XVI. Parteikonferenz stehen völlig auf dem Boden der Politik der „Einschränkung der Ausbeuterbestrebungen der landwirtschaftlichen Bourgeoisie“ (Resolution des XV. Parteitags „Über die Arbeit auf dem Lande“<sup>[27]</sup>), auf dem Boden der Politik der „Ergreifung neuer Maßnahmen, die die Entwicklung des Kapitalismus im Dorfe einschränken“ (siehe ebenda), auf dem Boden der Politik der „entschiedenen Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulaken“ (siehe die Resolution des XV.

Parteitags über den Fünfjahrplan<sup>[28]</sup>), auf dem Boden der Politik der „Offensive gegen den Kulaken“ im Sinne des „Übergangs zu einer weiteren, systematischeren und beharrlicheren Einschränkung des Kulaken und des Privathändlers“ (siehe ebenda), auf dem Boden der Politik der „noch entschiedeneren wirtschaftlichen Verdrängung“ „der Elemente der privatkapitalistischen Wirtschaft“ in Stadt und Land (siehe die Resolution des XV. Parteitags zum Bericht des ZK<sup>[29]</sup>).

Also ist da a) der Verfasser des erwähnten Artikels im Unrecht, wenn er die Politik der Einschränkung der kapitalistischen Elemente und die Politik ihrer Verdrängung als voneinander verschieden hinstellt. Die Tatsachen besagen, dass wir es hier mit der einheitlichen Politik der Einschränkung des Kapitalismus zu tun haben, deren Bestandteil und Ergebnis die Verdrängung einzelner Teile des Kulakentums ist.

Also ist b) der Verfasser des erwähnten Artikels im Unrecht, wenn er behauptet, die Verdrängung der kapitalistischen Elemente des Dorfes habe erst in der Periode der Rekonstruktion, in der Periode des XV. Parteitags begonnen. In Wirklichkeit ging die Verdrängung sowohl vor dem XV. Parteitag, in der Wiederherstellungsperiode, vor sich als auch nach dem XV. Parteitag, in der Rekonstruktionsperiode. In der Periode des XV. Parteitags wurde die Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums nur durch neue, zusätzliche Maßnahmen verstärkt, und im Zusammenhang damit musste sich auch die Verdrängung einzelner Teile des Kulakentums verstärken.

2. In dem Artikel heißt es:

„Die Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse ergibt sich gänzlich aus der Politik der Verdrängung der kapitalistischen Elemente und ist die Fortsetzung dieser Politik in einer neuen Etappe.“

Diese Behauptung ist ungenau und daher unrichtig. Es ist klar, dass die Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse nicht vom Himmel fallen konnte. Sie wurde vorbereitet durch die gesamte vorhergehende Periode der Einschränkung und folglich auch der Verdrängung der kapitalistischen Elemente des Dorfes. Das bedeutet aber noch nicht, dass sie sich nicht von Grund aus von der Politik der Einschränkung (und Verdrängung) der kapitalistischen Elemente des Dorfes unterscheidet, dass sie eine Fortsetzung der Politik der Einschränkung sei. So reden, wie unser Verfasser redet, heißt den Umschwung in der Entwicklung des Dorfes seit Sommer 1929 in Abrede stellen. So reden heißt die Tatsache in Abrede stellen, dass wir während dieser Periode eine Wendung in der Politik unserer Partei im Dorfe vollzogen haben. So reden heißt eine gewisse ideologische Deckung für die rechten Elemente unserer Partei schaffen, die sich jetzt an die Beschlüsse des XV. Parteitags klammern und sich gegen die neue Politik der Partei stellen, genauso wie sich seinerzeit Frumkin an die Beschlüsse des XIV. Parteitags klammerte und sich gegen die Politik der Schaffung und Förderung von Kollektiv- und Sowjetwirtschaften stellte.

Wovon ging der XV. Parteitag aus, als er die Verstärkung der Politik der Einschränkung (und Verdrängung) der kapitalistischen Elemente des Dorfes verkündete? Davon, dass das Kulakentum als Klasse trotz dieser Einschränkung des Kulakentums eine gewisse Zeit lang doch bestehen bleiben muss. Aus diesem Grunde ließ der XV. Parteitag das Gesetz über die Bodenpacht in Kraft, obgleich er sehr wohl wusste, dass die Pächter in ihrer Masse Kulaken sind. Aus diesem Grunde ließ der XV. Parteitag das Gesetz über die Anwendung von Lohnarbeit im Dorfe in Kraft und forderte seine strikte Durchführung. Aus diesem Grunde wurde noch einmal die Unzulässigkeit der Enteignung der Kulaken kundgegeben. Widersprechen diese Gesetze und diese Beschlüsse der Politik der Einschränkung (und Verdrängung) der kapitalistischen Elemente des Dorfes? Gewiss nicht. Widersprechen diese Gesetze und diese Beschlüsse der Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse? Gewiss! Also wird man diese Gesetze und diese Beschlüsse jetzt in den Gebieten mit durchgängiger Kollektivierung, die täglich und stündlich größere Verbreitung findet, außer



Kraft setzen müssen. Übrigens sind sie in den Gebieten mit durchgängiger Kollektivierung durch den Verlauf der kollektivwirtschaftlichen Bewegung bereits außer Kraft gesetzt worden. Kann man nach alledem behaupten, dass die Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse die Fortsetzung der Politik der Einschränkung (und Verdrängung) der kapitalistischen Elemente des Dorfes ist? Es ist klar, dass man das nicht kann.

Der Verfasser des erwähnten Artikels vergisst, dass man das Kulakentum als Klasse nicht durch Steuern und allerlei andere Einschränkungsmaßnahmen verdrängen kann, wenn man die Produktionsinstrumente mit dem Recht der freien Bodennutzung in den Händen dieser Klasse belässt und in unserer Praxis das Gesetz über die Anwendung von Lohnarbeit im Dorfe, das Pachtgesetz, das Verbot der Enteignung der Kulaken beibehält. Der Verfasser vergisst, dass man bei der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums nur auf die Verdrängung einzelner Teile des Kulakentums rechnen kann, was der Erhaltung des Kulakentums als Klasse für eine gewisse Zeit nicht widerspricht, sondern sie im Gegenteil voraussetzt. Um das Kulakentum als Klasse zu verdrängen, dazu genügt die Politik der Einschränkung und der Verdrängung einzelner Teile des Kulakentums nicht. Um das Kulakentum als Klasse zu verdrängen, muss man den Widerstand dieser Klasse in offenem Kampf brechen und ihr die Quellen ihrer Existenz und Entwicklung in der Produktion (freie Bodennutzung, Produktionsinstrumente, Pacht, Recht auf Anwendung von Lohnarbeit usw.) entziehen.

Das eben ist die Wendung zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse. Sonst ist das Gerede von der Verdrängung des Kulakentums als Klasse leeres Geschwätz, das nur den rechten Abweichlern genehm und vorteilhaft ist. Sonst ist keine ernsthafte, noch viel weniger aber eine durchgängige Kollektivierung des Dorfes denkbar. Das haben die armen und Mittelbauern unseres Dorfes, die das Kulakentum zerschmettern und die durchgängige Kollektivierung verwirklichen, gut begriffen. Manche unserer Genossen begreifen das anscheinend noch nicht.

Also ist die gegenwärtige Politik der Partei im Dorfe nicht die Fortsetzung der alten Politik, sondern eine Wendung von der alten Politik der Einschränkung (und Verdrängung) der kapitalistischen Elemente des Dorfes zur neuen Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse.

*„Krasnaja Swesda“ (Der Rote Stern) Nr. 18,  
21. Januar 1930.  
Unterschrift: J. Stalin.*

## ANTWORT AN DIE GENOSSEN SWERDLOWER<sup>[30]</sup>

### I

#### DIE FRAGEN DER SWERDLOWER

1. In den vom III. Kongress der Komintern angenommenen Thesen über die Taktik der KPR(B)<sup>[31]</sup> sprach Lenin davon, dass es in Sowjetrußland zwei grundlegende Klassen gibt. Gegenwärtig sprechen wir von der Liquidierung des Kulakentums und der neuen Bourgeoisie als Klasse.

Bedeutet das, dass sich in der Zeit der NÖP bei uns eine dritte Klasse herausgebildet hat?

2. In Ihrer Rede auf dem Kongress marxistischer Agrarwissenschaftler sagten Sie: „Wenn wir die NÖP befolgen, so deswegen, weil sie der Sache des Sozialismus dient. Sobald sie aber aufhört, der Sache des Sozialismus zu dienen, werden wir sie zum Teufel schicken.“ Wie ist dies „Zum-Teufel-Schicken“ zu verstehen, und auf welchem Wege wird es vor sich gehen?

3. Wie wird die Partei in dem Maße, wie bei der Kollektivierung und der Liquidierung des Kulakentums als Klasse entscheidende Erfolge zu verzeichnen sein werden, die Losung abändern müssen, die jetzt für die Wechselbeziehungen zwischen dem Proletariat und den verschiedenen Schichten der Bauernschaft bestimmend ist: „Man muss verstehen, eine Verständigung mit dem Mittelbauern zu erzielen, dabei keine Minute lang auf den Kampf gegen den Kulaken verzichten und sich nur auf die Dorfarmut fest und sicher stützen“ (Lenin)<sup>[32]</sup>?

4. Mit welchen Methoden soll die Liquidierung des Kulakentums als Klasse vorgenommen werden?

5. Wird die gleichzeitige Verwirklichung zweier Losungen: der einen für die Gebiete der durchgängigen Kollektivierung - Liquidierung des Kulaken als Klasse - und der anderen für die Gebiete, wo es keine durchgängige Kollektivierung gibt - Einschränkung und Verdrängung des Kulaken - nicht dazu führen, dass sich der Kulak in den letztgenannten Gebieten selbst liquidiert (seinen Besitz, die Produktionsmittel verschleudert)?

6. Welchen Einfluss können die Liquidierung des Kulakentums als Klasse und die Verschärfung des Klassenkampfes bei uns, die Wirtschaftskrise und das Ansteigen der revolutionären Welle in den kapitalistischen Ländern auf die Dauer der „Atempause“ haben?

7. Was halten Sie von der Möglichkeit des Hinüberwachsens des gegenwärtig in den kapitalistischen Ländern zu verzeichnenden revolutionären Aufschwungs in eine unmittelbar revolutionäre Situation?

8. Wie sind vom Standpunkt der weiteren Wechselbeziehungen zwischen Partei und Arbeiterklasse die neuen Veränderungen einzuschätzen, die innerhalb der Arbeiterklasse vor sich gegangen sind und die durch den Beschluss ganzer Werkabteilungen, in die Partei einzutreten, gekennzeichnet sind?

9. Im Zusammenhang mit dem gewaltigen Schwung der kollektiv-wirtschaftlichen Bewegung tritt die Frage der Erweiterung der Parteiorganisation auf dem Lande auf die Tagesordnung. Welche Politik müssen wir verfolgen in Bezug auf die Grenzen, die dieser Erweiterung zu setzen sind, und in Bezug auf die Aufnahme der verschiedenen Gruppen von Kollektivbauern in die Partei?

10. Was halten Sie von dem Streit, der unter den Ökonomen über wichtige Probleme der politischen Ökonomie entbrannt ist?

## II ANTWORT DES GENOSSEN STALIN

*Zur ersten Frage.* Lenin sprach von den zwei grundlegenden Klassen. Aber natürlich wusste er, dass eine dritte, kapitalistische Klasse existiert (Kulaken, städtische kapitalistische Bourgeoisie). Die Kulaken und die städtische kapitalistische Bourgeoisie haben sich natürlich nicht erst nach Einführung der NÖP als Klasse „herausgebildet“. Sie existierten auch vor der NÖP, und zwar existierten sie als zweitrangige Klasse. Die NÖP begünstigte in den ersten Entwicklungsstadien in gewissem Grade das Wachstum dieser Klasse. Noch mehr aber förderte sie das Wachstum des sozialistischen Sektors. Der Übergang der Partei zur Offensive an der ganzen Front bedeutet eine schroffe Wendung, die zur Erschütterung und Beseitigung der Klasse der Kapitalisten im Dorf und zum Teil auch in der Stadt führt.

Der Genauigkeit halber sei festgestellt, dass die Partei nicht die Weisung gegeben hat, die Losung der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf die neue, städtische Bourgeoisie auszudehnen. Man muss den Unterschied sehen zwischen den NÖPleuten, denen im wesentlichen schon lange ihre Produktionsbasis genommen ist und die deshalb keine irgendwie erhebliche Bedeutung in unserem Wirtschaftsleben haben, und den Kulaken, die bis in die letzte Zeit hinein gewaltige wirtschaftliche Bedeutung auf dem Lande hatten und denen wir erst jetzt ihre Produktionsbasis nehmen.

Mir scheint, dass einige unserer Organisationen diesen Unterschied vergessen und einen Fehler begehen, wenn sie versuchen, die Losung der Liquidierung des Kulakentums als Klasse durch die Losung der Liquidierung der städtischen Bourgeoisie zu „ergänzen“.

*Zur zweiten Frage.* Der betreffende Satz in meiner Rede auf dem Kongress marxistischer Agrarwissenschaftler ist so zu verstehen, dass wir „die NÖP zum Teufel schicken werden“, wenn wir es schon nicht mehr nötig haben werden, eine gewisse Freiheit des privaten Handels zuzulassen, wenn eine solche Zulassung lediglich negative Resultate zeigen wird, wenn wir die Möglichkeit erhalten werden, die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Stadt und Land durch unsere Handelsorganisationen aufrechtzuerhalten ohne den privaten Handel mit seinem privaten Umsatz und der damit verbundenen gewissen Belebung des Kapitalismus.

*Zur dritten Frage.* Es ist klar, dass in dem Maße, wie die Mehrheit der Gebiete der UdSSR von der Kollektivierung erfasst wird, das Kulakentum liquidiert werden wird - folglich wird dieser Teil der Formel Iljitschs entfallen. Was die Mittelbauern und armen Bauern in den Kollektivwirtschaften anbetrifft, so werden sie mit der fortschreitenden Maschinisierung und Traktorisierung der Kollektivwirtschaften immer mehr zu einer einheitlichen Gruppe von Werktätigen des kollektivierten Dorfes verschmelzen. Dementsprechend werden in Zukunft die Begriffe „Mittelbauer“, „armer Bauer“ aus unseren Losungen verschwinden müssen.

*Zur vierten Frage.* Die grundlegende Methode zur Liquidierung des Kulakentums als Klasse ist die Methode der Massenkollektivierung. Alle übrigen Maßnahmen müssen dieser grundlegenden Methode angepasst werden. Alles, was dieser Methode widerspricht oder ihre Bedeutung schwächt, muss verworfen werden.

*Zur fünften Frage.* Man darf die Losungen „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“ und „Einschränkung des Kulakentums“ nicht als zwei selbständige und gleichberechtigte Losungen hinstellen. Seit dem Übergang zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse ist diese Losung zur Hauptlosung geworden, während sich die Losung der Einschränkung des Kulakentums in den Gebieten ohne durchgängige Kollektivierung aus einer selbständigen Losung in eine Losung verwandelt hat, die im Verhältnis zur Hauptlosung eine Nebenlosung, eine Hilfslosung ist, eine Losung, die in diesen letztgenannten Gebieten die Schaffung der Voraussetzungen für den Übergang zur Hauptlosung erleichtert. Die Rolle der Losung „Einschränkung des Kulakentums“ hat sich, wie Sie sehen, unter den gegenwärtigen neuen Bedingungen im Vergleich zu der Rolle, die sie vor einem Jahr und früher spielte, grundlegend geändert.

Es muss festgestellt werden, dass einige unserer Presseorgane diese Besonderheit leider nicht berücksichtigen.

Es ist möglich und wahrscheinlich, dass in den Gebieten ohne durchgängige Kollektivierung ein bestimmter Teil des Kulakentums in Erwartung der Enteignung „sich selbst liquidieren“, „seinen Besitz und die Produktionsmittel verschleudern“ wird. Dagegen muss man natürlich kämpfen. Daraus folgt jedoch keineswegs, dass wir eine Kulakenenteignung zulassen dürfen, die nicht als ein Teil der Kollektivierung, sondern als etwas Selbständiges, vor der Kollektivierung und ohne sie durchgeführt wird. Dies zulassen hieße die Politik der Vergesellschaftung des konfiszierten Kulakenbesitzes in den Kollektivwirtschaften durch eine Politik der Aufteilung dieses Besitzes zur persönlichen Bereicherung einzelner Bauern ersetzen. Eine solche Ersetzung wäre ein Schritt zurück und nicht vorwärts. Gegen die „Verschleuderung“ des Kulakenbesitzes gibt es nur ein Mittel - die Arbeit zur Kollektivierung in den Gebieten ohne durchgängige Kollektivierung verstärken.

*Zur sechsten Frage.* Die von Ihnen angeführten Umstände und Bedingungen können die Dauer der „Atempause“ bedeutend verkürzen. Unbedingt müssen sie jedoch die Mittel unserer Verteidigung verstärken und vervielfachen. Sehr viel hängt hier von der internationalen Lage, vom Anwachsen der Widersprüche im Lager des internationalen Kapitalismus, von der weiteren Entfaltung der Weltwirtschaftskrise ab. Das ist jedoch eine andere Frage.

*Zur siebenten Frage.* Man kann keinen scharfen Trennungsstrich ziehen zwischen „revolutionärem Aufschwung“ und „unmittelbar revolutionärer Situation“. Man kann nicht sagen: „Bis zu dieser Linie haben wir den revolutionären Aufschwung und hinter der Linie - den Sprung in die unmittelbar revolutionäre Situation.“ So können nur Scholastiker die Frage stellen. Der erstere geht gewöhnlich „unmerklich“ in die zweite über. Unsere Aufgabe ist es, das Proletariat schon jetzt auf entschiedene revolutionäre Kämpfe vorzubereiten, ohne den Augenblick des „Eintritts“ der so genannten unmittelbar revolutionären Situation abzuwarten.

*Zur achten Frage.* Der Wunsch ganzer Werkabteilungen und sogar Werke, in die Partei einzutreten, ist ein Zeichen für den gewaltigen revolutionären Aufschwung der Millionenmassen der Arbeiterklasse, ein Zeichen für die Richtigkeit der Politik der Partei, ein Zeichen für die offenkundige Billigung dieser Politik durch die breiten Massen der Arbeiterklasse. Daraus folgt jedoch keineswegs, dass wir alle diejenigen in die Partei aufnehmen sollen, die den Wunsch äußern, in die Partei einzutreten. In den Abteilungen und Werken gibt es alle möglichen Leute, sogar Schädlinge. Deshalb muss die Partei die bewährte Methode des individuellen Herangehens an jeden, der in die Partei eintreten will, und der individuellen Aufnahme in die Partei beibehalten. Was wir brauchen, ist nicht nur Quantität, sondern auch Qualität.

*Zur neunten Frage.* Es versteht sich von selbst, dass die Reihen der Partei in den Kollektivwirtschaften in mehr oder minder schnellem Tempo wachsen werden. Es ist wünschenswert, dass die im Kampf gegen das Kulakentum am meisten gestählten Elemente der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, besonders Landarbeiter und arme Bauern, die Möglichkeit erhalten, ihre Kräfte in den Reihen der Partei einzusetzen. Dabei ist klar, dass das individuelle Herangehen und die individuelle Aufnahme in die Partei hier besonders konsequent beachtet werden müssen.

*Zur zehnten Frage.* Mir scheint, dass in dem Streit zwischen den Ökonomen viel Scholastisches und Ausgeklügeltes liegt. Wenn man den Streit seiner äußeren Hülle entkleidet, so bestehen die grundlegenden Fehler der streitenden Parteien in folgendem:

- a) Keine der Parteien hat es verstanden, die Methode des Kampfes an zwei Fronten richtig anzuwenden: sowohl gegen den „Rubinismus“ als auch gegen den „Mechanismus“<sup>[33]</sup>
- b) beide Parteien sind von den grundlegenden Fragen der Sowjetökonomik und des Weltimperialismus abgeschweift, haben sich auf das Gebiet talmudistischer Abstraktionen

begeben und so zwei Jahre lang mit Arbeiten über abstrakte Themen die Zeit totgeschlagen, natürlich zu Nutz und Frommen unserer Feinde.

Mit kommunistischem Gruß

J. Stalin

9. Februar 1930.

*„Prawda“ Nr. 40,  
10. Februar 1930.*

## VOR ERFOLGEN VON SCHWINDEL BEFALLEN

### Zu den Fragen der kollektivwirtschaftlichen Bewegung

Von den Erfolgen der Sowjetmacht auf dem Gebiet der kollektivwirtschaftlichen Bewegung reden jetzt alle. Selbst die Feinde sind gezwungen zuzugeben, dass ernste Erfolge erzielt worden sind. Diese Erfolge sind in der Tat groß.

Es ist eine Tatsache, dass am 20. Februar dieses Jahres bereits 50 Prozent der Bauernwirtschaften in der UdSSR kollektiviert waren. Das bedeutet, dass wir bis zum 20. Februar 1930 den Fünfjahrplan der Kollektivierung zu mehr als 200 Prozent erfüllt haben.

Es ist eine Tatsache, dass die Kollektivwirtschaften bis zum 28. Februar, dieses Jahres bereits über 36 Millionen Doppelzentner Saatgut für die Sommeraussaat bereitgestellt haben, das heißt über 90 Prozent des Plans, also ungefähr 220 Millionen Pud. Es muss anerkannt werden, dass das Aufbringen von 220 Millionen Pud Saatgut allein in den Kollektivwirtschaften - nach der erfolgreichen Erfüllung des Getreidebeschaffungsplans - eine gewaltige Errungenschaft darstellt.

Wovon zeugt das alles?

Davon, dass die grundlegende Wendung des Dorfes zum Sozialismus schon als gesichert betrachtet werden kann.

Man braucht nicht zu beweisen, dass diese Erfolge von größter Bedeutung für das Schicksal unseres Landes, für die ganze Arbeiterklasse als die führende Kraft unseres Landes und schließlich für die Partei selbst sind. Von den unmittelbaren praktischen Ergebnissen ganz zu schweigen, haben diese Erfolge eine gewaltige Bedeutung für das innere Leben der Partei selbst, für die Erziehung unserer Partei. Sie flößen unserer Partei Mut und Glauben an ihre Kräfte ein. Sie erfüllen die Arbeiterklasse mit dem Glauben an den Sieg unserer Sache. Sie führen unserer Partei neue Millionenreserven zu.

Daher die Aufgabe der Partei: die erzielten Erfolge zu verankern und sie planmäßig für den weiteren Vormarsch auszuwerten.

Aber Erfolge haben auch ihre Schattenseite, besonders wenn sie verhältnismäßig „leicht“, sozusagen „unerwartet“, erzielt werden. Solche Erfolge erzeugen zuweilen Eigendünkel und Überheblichkeit: „Wir können alles!“, „Für uns ist alles ein Kinderspiel!“ Diese Erfolge machen nicht selten die Menschen trunken, dabei werden sie vor Erfolgen von Schwindel befallen, verlieren das Gefühl für das richtige Maß, verlieren die Fähigkeit, die Wirklichkeit zu verstehen, es tritt die Tendenz zutage, die eigenen Kräfte zu überschätzen und die Kräfte des Gegners zu unterschätzen, es kommt zu abenteuerlichen Versuchen, alle Fragen des sozialistischen Aufbaus „im Handumdrehen“ zu lösen. Da ist kein Platz mehr für die Sorge um die Verankerung der erzielten Erfolge und ihre planmäßige Auswertung für den weiteren Vormarsch. Wozu brauchen wir die erzielten Erfolge zu verankern, wir sind auch so imstande, „schnurstracks“ zum vollen Siege des Sozialismus zu gelangen: „Wir können alles!“, „Für uns ist alles ein Kinderspiel!“

Daher die Aufgabe der Partei: einen entschiedenen Kampf gegen diese für die Sache gefährlichen und schädlichen Stimmungen zu führen und sie aus der Partei auszumerzen.

Man kann nicht behaupten, dass diese für die Sache gefährlichen und schädlichen Stimmungen in den Reihen unserer Partei irgendwie stark verbreitet wären. Doch sind diese Stimmungen immerhin in unserer Partei vorhanden, wobei kein Grund für die Behauptung vorliegt, dass sie sich nicht verstärken werden. Und wenn sich diese Stimmungen bei uns einbürgern, dann kann nicht daran gezweifelt werden, dass die kollektiv-wirtschaftliche Bewegung bedeutend geschwächt werden wird und die Gefahr des Scheiterns dieser Bewegung zu einer realen Tatsache werden kann.

Es ist daher Aufgabe unserer Presse, diese und ähnliche antileninistischen Stimmungen systematisch zu entlarven.

Einige Tatsachen:

1. Die Erfolge unserer kollektivwirtschaftlichen Politik erklären sich unter anderem daraus, dass diese Politik auf der Freiwilligkeit in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung und auf der Berücksichtigung der Mannigfaltigkeit der Bedingungen in den verschiedenen Gebieten der UdSSR beruht. Man kann nicht mit Gewalt Kollektivwirtschaften schaffen. Das wäre dumm und reaktionär. Die kollektivwirtschaftliche Bewegung muss sich auf die aktive Unterstützung der Hauptmassen der Bauernschaft stützen. Man darf nicht Musterbeispiele des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus aus den entwickelten Gebieten mechanisch auf unentwickelte Gebiete übertragen. Das wäre dumm und reaktionär. Eine solche „Politik“ würde die Idee der Kollektivierung mit einem Schlage diskreditieren. Man muss bei der Bestimmung des Tempos und der Methoden des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus sorgfältig die Mannigfaltigkeit der Bedingungen in den verschiedenen Gebieten der UdSSR berücksichtigen.

In der kollektivwirtschaftlichen Bewegung stehen bei uns die Getreidegebiete an erster Stelle. Weshalb?

Erstens, weil wir in diesen Gebieten die größte Anzahl bereits erstarkter Sowjet- und Kollektivwirtschaften besitzen, die den Bauern die Möglichkeit gegeben haben, sich von der Kraft und Bedeutung der modernen Technik, von der Kraft und Bedeutung der neuen, kollektiven Organisation der Wirtschaft zu überzeugen.

Zweitens, weil diese Gebiete im Kampf gegen das Kulakentum zur Zeit der Getreidebeschaffungskampagnen eine zweijährige Schule durchgemacht haben, was die Sache der kollektivwirtschaftlichen Bewegung erleichtern musste.

Schließlich deshalb, weil diese Gebiete in den letzten Jahren in stärkstem Maße mit den besten Kadern aus den Industriezentren versehen wurden.

Kann man sagen, dass diese besonders günstigen Bedingungen auch in den anderen Gebieten, zum Beispiel in den Getreidezuschussgebieten, wie es unsere nördlichen Gebiete sind, oder in Gebieten mit noch immer zurückgebliebenen Nationalitäten, sagen wir in Turkestan, gegeben sind? Nein, das kann man nicht sagen.

Es ist klar, dass der Grundsatz, die Mannigfaltigkeit der Bedingungen in den verschiedenen Gebieten der UdSSR zu berücksichtigen, neben dem Grundsatz der Freiwilligkeit eine der ernstesten Voraussetzungen für eine gesunde kollektivwirtschaftliche Bewegung ist.

Was geht aber zuweilen bei uns in Wirklichkeit vor? Kann man sagen, dass der Grundsatz der Freiwilligkeit und der Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten nicht in einer Reihe von Gebieten verletzt wird? Nein, das kann man leider nicht sagen. Es ist zum Beispiel bekannt, dass man in einer Reihe nördlicher Bezirke der Zuschusszone, wo verhältnismäßig weniger günstige Bedingungen für die sofortige Organisation von Kollektivwirtschaften bestehen als in den Getreidegebieten, nicht selten versucht, die Vorbereitungsarbeit zur Organisation von Kollektivwirtschaften zu ersetzen durch bürokratische Dekretierung der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, durch papierne Resolutionen über das Wachstum der Kollektivwirtschaften, durch Organisation von Kollektivwirtschaften auf dem Papier, die in Wirklichkeit noch nicht vorhanden sind, über deren „Existenz“ es aber einen ganzen Haufen ruhmrediger Resolutionen gibt.

Oder nehmen wir einige Bezirke in Turkestan, wo die Bedingungen für die sofortige Organisation von Kollektivwirtschaften noch weniger günstig sind als in den nördlichen Gebieten der Zuschusszone. Es ist bekannt, dass es in einer Reihe von Bezirken in Turkestan bereits Versuche gegeben hat, die fortgeschrittenen Gebiete der UdSSR „einzuholen und zu überholen“, indem gedroht wurde, Militärgewalt anzuwenden und jenen Bauern, die vorläufig noch nicht in die Kollektivwirtschaften eintreten wollen, das zur Bewässerung nötige Wasser zu entziehen und ihnen keine Industriewaren zu liefern.

Was kann es Gemeinsames geben zwischen dieser „Politik“ nach der Art des Unteroffiziers Prischibjew (Hauptgestalt einer gleichnamigen Erzählung von A. P. Tschechow. Der Übers.) und der

Politik der Partei, die sich auf die Freiwilligkeit und die Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten bei dem kollektivwirtschaftlichen Aufbau stützt? Es ist klar, dass es zwischen ihnen nichts Gemeinsames gibt noch geben kann.

Wem nützen diese Verzerrungen, diese bürokratische Dekretierung der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, diese ungebührlichen Drohungen gegen Bauern? Niemand außer unseren Feinden!

Wozu können sie führen, diese Verzerrungen? Zur Stärkung unserer Feinde und zur Diskreditierung der Ideen der kollektivwirtschaftlichen Bewegung.

Ist es nicht klar, dass die Urheber dieser Verzerrungen, die sich für „Linke“ halten, in Wirklichkeit Wasser auf die Mühle des rechten Opportunismus leiten?

2. Einer der größten Vorzüge der politischen Strategie unserer Partei besteht darin, dass sie es versteht, in jedem gegebenen Augenblick das wichtigste Kettenglied der Bewegung auszuwählen, das sie ergreift, um dann die ganze Kette zu einem allgemeinen Ziele zu ziehen und die Lösung der gestellten Aufgabe zu erreichen. Kann man sagen, dass die Partei das wichtigste Kettenglied der kollektivwirtschaftlichen Bewegung im System des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus bereits ausgewählt hat? Ja, das kann und muss man sagen.

Welches ist dieses wichtigste Kettenglied?

Vielleicht die Genossenschaft zur gemeinsamen Bodenbestellung? Nein, sie ist es nicht. Die Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbestellung, in denen die Produktionsmittel noch nicht vergesellschaftet sind, sind eine bereits überholte Stufe der kollektivwirtschaftlichen Bewegung.

Vielleicht die landwirtschaftliche Kommune? Nein, die Kommune ist es nicht. Die Kommunen sind vorläufig noch Einzelercheinungen in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung. Für die landwirtschaftlichen Kommunen als vorherrschende Form, bei der nicht nur die Produktion, sondern auch die Verteilung vergesellschaftet ist, sind die Bedingungen noch nicht herangereift.

Das wichtigste Kettenglied der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, ihre gegenwärtig vorherrschende Form, die man jetzt anpacken muss, ist das landwirtschaftliche Artel.

Im landwirtschaftlichen Artel sind die wichtigsten Produktionsmittel, hauptsächlich die der Getreidewirtschaft, vergesellschaftet: Arbeit, Bodennutzung, Maschinen und sonstiges Inventar, Arbeitsvieh, Wirtschaftsgebäude. Nicht vergesellschaftet sind im Artel: das Hofland (kleinere Gemüse- und Obstgärten), Wohnhäuser, ein gewisser Teil des Milchviehs, Kleinvieh, Geflügel usw.

Das Artel ist das wichtigste Kettenglied der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, weil es die dem Zweck entsprechendste Form zur Lösung des Getreideproblems ist. Das Getreideproblem aber ist das wichtigste Kettenglied im System der gesamten Landwirtschaft, weil ohne seine Lösung weder das Problem der Viehzucht (Klein- und Großvieh) gelöst werden kann noch das Problem der gewerblichen Nutzpflanzen und Spezialkulturen, die der Industrie die wichtigsten Rohstoffe liefern. Aus diesem Grunde ist das landwirtschaftliche Artel gegenwärtig das wichtigste Kettenglied im System der kollektivwirtschaftlichen Bewegung.

Davon geht das „Musterstatut“ der Kollektivwirtschaften aus, dessen endgültiger Text heute veröffentlicht wird.

Davon müssen auch unsere Partei- und Sowjetfunktionäre ausgehen, deren Pflicht es ist, dieses Statut eingehend zu studieren und restlos in die Tat umzusetzen.

Das ist die Einstellung der Partei im gegenwärtigen Augenblick.

Kann man sagen, dass diese Einstellung der Partei ohne Verstöße und Verzerrungen in die Tat umgesetzt wird? Nein, das kann man leider nicht sagen. Es ist bekannt, dass in einer Reihe von Gebieten der UdSSR, wo der Kampf um die Existenz der Kollektivwirtschaften bei weitem noch nicht beendet ist und wo die Artels noch nicht verankert sind, Versuche gemacht werden, aus dem Rahmen des Artels heraus- und sofort zur landwirtschaftlichen Kommune hinüber zu springen. Das Artel ist noch nicht verankert, aber schon werden Wohnhäuser,



Kleinvieh und Geflügel „vergesellschaftet“, wobei diese „Vergesellschaftung“ in bürokratisch-papiernes Dekretieren ausartet, denn noch fehlen die Bedingungen für eine solche Vergesellschaftung. Man könnte glauben, das Getreideproblem in den Kollektivwirtschaften sei bereits gelöst, es stelle eine bereits überholte Stufe dar, die grundlegende Aufgabe bestehe gegenwärtig nicht in der Lösung des Getreideproblems, sondern in der Lösung des Viehzucht- und Geflügelzuchtproblems. Es fragt sich, wem nützt diese törichte „Arbeit“, bei der die verschiedenen Formen der kollektivwirtschaftlichen Bewegung in einen Topf geworfen werden? Wem nützt dieses dumme und für die Sache schädliche Vorseilen? Den Kollektivbauern reizen durch „Vergesellschaftung“ der Wohnhäuser, des gesamten Milchviehs, des gesamten Kleinviehs, des Geflügels, während das Getreideproblem noch nicht gelöst, die Artelform der Kollektivwirtschaften noch nicht verankert ist - ist es nicht klar, dass eine solche „Politik“ nur unseren geschworenen Feinden gelegen kommen und vorteilhaft sein kann?

Einer dieser eifrigen „Vergesellschafteter“ geht sogar so weit, dass er im Artel eine Anordnung erlässt, worin er vorschreibt, „innerhalb von drei Tagen in jeder Wirtschaft das gesamte Geflügel zu registrieren“, die Funktion besonderer „Kommandeure“ zur Registrierung und Beaufsichtigung einzuführen, „in den Artels die Kommandohöhen zu besetzen“, den „sozialistischen Kampf zu leiten, ohne den Posten zu verlassen“, und - es versteht sich - das ganze Artel unter die Fuchtel zu nehmen.

Was ist das - eine Politik zur Leitung der Kollektivwirtschaft oder eine Politik zu ihrer Zersetzung und Diskreditierung?

Ich rede schon gar nicht von den, mit Verlaub zu sagen, „Revolutionären“, die die Organisation des Artels mit dem Herunterholen der Kirchenglocken beginnen. Die Kirchenglocken herunterholen - man denke nur, was für eine revolutionäre Tat!

Wie konnte es in unserer Mitte zu diesen törichten „Vergesellschaftungs“übungen, zu diesen lächerlichen Versuchen kommen, über seinen eigenen Schatten zu springen, zu Versuchen, die das Ziel haben, die Klassen und den Klassenkampf zu umgehen, in Wirklichkeit aber Wasser auf die Mühle unserer Klassenfeinde leiten?

Dazu konnte es nur in der Atmosphäre unserer „leichten“ und „unerwarteten“ Erfolge an der Front des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus kommen.

Dazu konnte es nur kommen durch die törichten Stimmungen in den Reihen eines Teils der Partei: „Wir können alles!“, „Für uns ist alles ein Kinderspiel!“

Dazu konnte es nur durch die Tatsache kommen, dass einige unserer Genossen vor Erfolgen von Schwindel befallen wurden und für einen Augenblick die Klarheit des Verstandes und die Nüchternheit des Blicks verloren haben.

Um die Linie unserer Arbeit auf dem Gebiet des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus zu korrigieren, muss diesen Stimmungen ein Ende gemacht werden.

Darin besteht gegenwärtig eine der nächsten Aufgaben der Partei.

Die Kunst der Führung ist eine ernste Sache. Man darf nicht hinter der Bewegung zurückbleiben, denn zurückbleiben heißt sich von den Massen loslösen. Man darf aber auch nicht vorseilen, denn vorseilen heißt die Massen verlieren und sich isolieren. Wer die Bewegung führen und zu gleicher Zeit die Verbindung mit den Millionenmassen bewahren will, der muss den Kampf an zwei Fronten führen - sowohl gegen die Zurückbleibenden als auch gegen die Vorseilenden.

Unsere Partei ist deshalb stark und unbesiegbar, weil sie es als Führerin der Bewegung versteht, ihre Verbindungen mit den Millionenmassen der Arbeiter und Bauern zu wahren und zu mehren.

„Prawda“ Nr. 60,  
2. März 1930.  
Unterschrift: J. Stalin.

## BRIEF AN GENOSSEN BESYMENSKI

Genosse Besymenski!

Ich schreibe mit Verspätung.

Ich bin kein Literaturkenner und natürlich kein Kritiker. Trotzdem kann ich Ihnen angesichts Ihrer beharrlichen Bitten meine persönliche Meinung mitteilen.

Ich habe sowohl den „Schuss“ als auch „Ein Tag aus unserem Leben“ gelesen. In diesen Werken ist nichts „Kleinbürgerliches“, nichts „Parteifeindliches“ enthalten. Sowohl das eine als auch das andere, besonders der „Schuss“, können für die heutige Zeit als Vorbilder revolutionärer proletarischer Kunst gelten.

Allerdings stecken einige Reste des Komsomolzen-Avantgardismus darin. Bei der Lektüre dieser Werke kann es dem unerfahrenen Leser sogar scheinen, dass nicht die Partei die Fehler der Jugend korrigiert, sondern umgekehrt. Aber nicht dieser Mangel bildet den Grundzug, die Grundidee dieser Werke. Ihre Grundidee besteht in der Zuspitzung der Frage auf die Mängel unseres Apparats und in dem festen Glauben an die Möglichkeit, diese Mängel zu beseitigen. Das ist die Hauptsache sowohl im „Schuss“ als auch in „Ein Tag aus unserem Leben“. Darin besteht auch ihr grundlegender Vorzug. Und dieser Vorzug wiegt ihre kleinen Mängel, die, scheint mir, heute beinahe überwunden sind, reichlich auf und stellt sie weit in den Schatten.

19. März 1930

Mit kommunistischem Gruß

J. Stalin

*Zum ersten Mal veröffentlicht.*

## ANTWORT AN DIE GENOSSEN KOLLEKTIVBAUERN

Aus den Zeitungen ist bekannt, dass der Artikel Stalins „Vor Erfolgen von Schwindel befallen“ und der bekannte Beschluss des ZK „Über die Bekämpfung der Verzerrungen der Parteilinie in der Kollektivwirtschaftsbewegung“<sup>[34]</sup> in den Reihen der Praktiker der Kollektivwirtschaftsbewegung starken Widerhall hervorgerufen haben. Im Zusammenhang damit erhielt ich in letzter Zeit von den Genossen Kollektivbauern eine Anzahl Briefe mit der Forderung, die darin gestellten Fragen zu beantworten. Es war meine Pflicht, diese Briefe privat zu beantworten. Das erwies sich jedoch als unmöglich, da bei mehr als der Hälfte der Briefe die Adresse der Absender nicht angegeben war (man hatte vergessen, die Adressen mitzuteilen). Indes sind die in den Briefen berührten Fragen von gewaltigem politischem Interesse für alle unsere Genossen. Außerdem ist es begreiflich, dass ich auch diejenigen Genossen nicht ohne Antwort lassen konnte, die vergessen hatten, ihre Adressen anzugeben. Infolgedessen sah ich mich vor die Notwendigkeit gestellt, die Briefe der Genossen Kollektivbauern öffentlich, das heißt in der Presse, zu beantworten, wobei ich den Briefen alle sachlich notwendigen Fragen entnommen habe. Ich tat dies umso lieber, als darüber ein direkter Beschluss des ZK vorlag.

*Erste Frage.* Worin liegt die Wurzel der Fehler in der Bauernfrage?

*Antwort.* In der falschen Behandlung des Mittelbauern. Darin, dass Gewaltmaßnahmen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen zum Mittelbauern angewandt wurden; dass die Tatsache außer acht gelassen wurde, dass der wirtschaftliche Zusammenschluss mit den mittelbäuerlichen Massen nicht auf Gewaltmaßnahmen beruhen darf, sondern auf einer Verständigung mit dem Mittelbauern, auf dem Bündnis mit dem Mittelbauern beruhen muss; dass die Tatsache außer acht gelassen wurde, dass das Bündnis der Arbeiterklasse und der Dorfarmut mit dem Mittelbauern gegen den Kapitalismus im allgemeinen und gegen das Kulakentum im besonderen gegenwärtig die Grundlage der kollektiv-wirtschaftlichen Bewegung ist.

Solange die Offensive gegen das Kulakentum in der Einheitsfront mit dem Mittelbauern geführt wurde, ging alles gut. Als aber manche unserer Genossen, von den Erfolgen berauscht, unmerklich vom Wege der Offensive gegen den Kulaken auf den Weg des Kampfes gegen den Mittelbauern abzugleiten begannen, als sie, auf der Jagd nach einem hohen Prozentsatz der Kollektivierung, gegen den Mittelbauern Gewalt anzuwenden begannen, ihm das Wahlrecht entzogen und ihn „als Kulaken“ enteigneten - da wurde die Offensive verzerrt, die Einheitsfront mit dem Mittelbauern gefährdet, und selbstverständlich erhielt der Kulak die Möglichkeit, zu versuchen, wieder auf die Beine zu kommen.

Man vergaß, dass die im Kampf gegen unsere Klassenfeinde notwendige und nützliche Gewaltanwendung unzulässig und verderblich ist gegenüber dem Mittelbauern, der unser Verbündeter ist.

Man vergaß, dass die zur Lösung von Aufgaben militärischen Charakters notwendigen und nützlichen Reiterattacken bei der Lösung von Aufgaben des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus, der überdies im Bündnis mit dem Mittelbauern organisiert wird, untauglich und verderblich sind.

Darin liegt die Wurzel der Fehler in der Bauernfrage.

Lenin sagt über die wirtschaftlichen Beziehungen zum Mittelbauern:

„Vor allem müssen wir von der Wahrheit ausgehen, dass man hier der Natur der Sache nach mit Gewaltmethoden nichts erreichen kann. Hier ist die ökonomische Aufgabe ganz anders gestellt. Hier gibt es keine Spitze, die man abtragen kann, ohne das ganze Fundament, das ganze Gebäude in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Spitze, die in der Stadt die Kapitalisten bildeten, gibt es hier nicht. Hier mit Gewalt vorgehen hieße die ganze Sache zugrunde

richten... Es gibt nichts Dümmeres, als an Gewalt auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen zum Mittelbauern auch nur zu denken.“ (4. Ausgabe, Bd. 29, S. 187/188 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. 11, S. 537/538].)

Weiter:

„Gewaltanwendung gegen die Mittelbauernschaft ist in höchstem Grade schädlich. Es ist dies eine zahlreiche, viele Millionen zählende Schicht. Selbst in Europa, wo sie nirgends eine solche Stärke erreicht, wo Technik und Kultur, Stadtleben und Eisenbahnen gigantisch entwickelt sind, wo es am leichtesten wäre, daran zu denken, hat niemand, hat kein einziger revolutionärer Sozialist Gewaltmaßnahmen gegen die Mittelbauernschaft vorgeschlagen.“ (Ebenda, S. 187, russ. [S. 537, deutsch].)

Das ist wohl klar.

*Zweite Frage.* Welches sind die Hauptfehler in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung?

*Antwort.* Solcher Fehler gibt es mindestens drei.

1. Verletzt wurde das Leninsche Prinzip der Freiwilligkeit bei der Errichtung von Kollektivwirtschaften. Verletzt wurden die grundlegenden Weisungen der Partei und das Musterstatut für das landwirtschaftliche Artel hinsichtlich der Freiwilligkeit des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus.

Der Leninismus lehrt, dass man die Bauern auf dem Wege der Freiwilligkeit in die Bahnen der kollektiven Wirtschaft überleiten muss, indem man sie von den Vorzügen überzeugt, die die gesellschaftliche, kollektive Wirtschaft vor der Einzelwirtschaft hat. Der Leninismus lehrt, dass man die Bauern nur dann von den Vorzügen der kollektiven Wirtschaft überzeugen kann, wenn ihnen in der Praxis, durch die Erfahrung gezeigt und bewiesen wird, dass die Kollektivwirtschaft besser ist als die Einzelwirtschaft, dass sie vorteilhafter ist als die Einzelwirtschaft, dass die Kollektivwirtschaft dem Bauern, dem armen und Mittelbauern, einen Ausweg aus Not und Elend bietet. Der Leninismus lehrt, dass die Kollektivwirtschaften ohne diese Bedingungen keinen Bestand haben können. Der Leninismus lehrt, dass jeder Versuch, den Bauern die Kollektivwirtschaft mit Gewalt aufzuzwingen, dass jeder Versuch, Kollektivwirtschaften durch Zwang zu errichten, nur negative Resultate zeitigen, nur die Bauern von der kollektivwirtschaftlichen Bewegung abstoßen kann.

Und tatsächlich, solange diese Grundregel befolgt wurde, hatte die kollektivwirtschaftliche Bewegung Erfolg über Erfolg zu verzeichnen. Doch begannen manche unserer Genossen, von den Erfolgen berauscht, diese Regel zu missachten, sie begannen, eine übermäßige Eile an den Tag zu legen und, auf der Jagd nach einem hohen Prozentsatz der Kollektivierung, durch Zwang Kollektivwirtschaften zu schaffen. Es ist nicht verwunderlich, dass die negativen Ergebnisse einer solchen „Politik“ nicht lange auf sich warten ließen. Die in aller Eile gebildeten Kollektivwirtschaften begannen ebenso schnell dahinzuschwinden, wie sie entstanden waren, und ein Teil der Bauernschaft, der gestern noch den Kollektivwirtschaften größtes Vertrauen entgegenbrachte, begann sich von ihnen abzuwenden.

Darin besteht der erste und wichtigste Fehler in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung.

Lenin sagt über die Freiwilligkeit des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus:

„Jetzt besteht unsere Aufgabe im Übergang zur gesellschaftlichen Bodenbestellung, im Übergang zum gemeinsamen Großbetrieb. Von Seiten der Sowjetmacht darf jedoch keinerlei Zwang ausgeübt werden; kein Gesetz zwingt dazu. Die landwirtschaftliche Kommune wird freiwillig gegründet. Der Übergang zur gesellschaftlichen Bodenbestellung kann nur ein freiwilliger sein, von Seiten der Arbeiter- und Bauernregierung darf es in dieser Hinsicht nicht den geringsten Zwang geben, und das Gesetz gestattet ihn nicht. Wenn irgend jemand von Ihnen solchen Zwang bemerken sollte, so müssen Sie wissen, dass das ein Missbrauch ist, dass das eine Verletzung des Gesetzes ist, die wir mit aller Kraft zu korrigieren suchen und korrigieren werden.“<sup>1</sup> (4. Ausgabe, Bd. 29, S. 26/27, russ.)

Weiter:

„Nur in dem Falle, dass es gelingt, den Bauern die Vorzüge der gesellschaftlichen, kollektiven, gemeinschaftlichen, artelmäßigen Bodenbestellung in der Praxis vor Augen zu führen, nur wenn es gelingt, dem Bauern mittels der gemeinschaftlichen, der Artelwirtschaft zu helfen, nur dann wird die Arbeiterklasse, die die Staatsmacht in der Hand hat, den Bauern wirklich den Beweis erbringen, dass sie im Rechte ist, und die Millionenmassen der Bauern fest und wirklich auf ihre Seite ziehen. Die Bedeutung jeder Art von Betrieben, die die genossenschaftliche und artelmäßige Landwirtschaft fördern, kann daher schwerlich überschätzt werden. Wir haben Millionen zersplitterter, in den entlegensten Winkeln zerstreuter Dörfer, einzelner Wirtschaften... Nur wenn praktisch, durch die Erfahrung, die den Bauern zugänglich ist, erwiesen sein wird, dass der Übergang zur genossenschaftlichen, artelmäßigen Landwirtschaft notwendig und möglich ist, nur dann werden wir das Recht haben zu sagen, dass in einem so riesigen Bauernland wie Rußland ein ernster Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Landwirtschaft getan worden ist.“ (4. Ausgabe, Bd. 30, S. 173/174 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 629/630].)

Schließlich noch eine Stelle aus Lenins Werken:

„In dem Bestreben, jede Art von Genossenschaften wie auch die landwirtschaftlichen Kommunen der Mittelbauern zu fördern, dürfen die Vertreter der Sowjetmacht nicht den geringsten Zwang ausüben, um solche Vereinigungen zu bilden. Nur diejenigen Vereinigungen sind von Wert, die von den Bauern selbst aus eigener freier Initiative gebildet und deren Vorteile von ihnen in der Praxis erprobt worden sind. Übereilung auf diesem Gebiet ist schädlich, denn sie kann nur die Vorurteile der Mittelbauernschaft gegen Neuerungen verstärken. Vertreter der Sowjetmacht, die sich erlauben, indirekten oder gar direkten Zwang anzuwenden, um die Bauern zum Anschluss an Kommunen zu veranlassen, müssen aufs strengste zur Verantwortung gezogen und von der Arbeit auf dem Lande entfernt werden.“ (4. Ausgabe, Bd. 29, S. 194, russ.)

Das ist wohl klar.

Man braucht kaum darauf hinzuweisen, dass die Partei diese Weisungen Lenins mit aller Strenge durchführen wird.

2. Verletzt wurde beim kollektivwirtschaftlichen Aufbau das Leninsche Prinzip, dass die Mannigfaltigkeit der Bedingungen in den verschiedenen Gebieten der UdSSR zu berücksichtigen ist. Man vergaß, dass es in der UdSSR die mannigfaltigsten Gebiete mit verschiedenen Wirtschaftsformen und verschiedenen Kulturstufen gibt. Man vergaß, dass es unter diesen Gebieten fortgeschrittene, durchschnittlich entwickelte und zurückgebliebene Gebiete gibt. Man vergaß, dass das Tempo der kollektivwirtschaftlichen Bewegung und die Methoden des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus für alle diese, bei weitem nicht gleichen Gebiete nicht die gleichen sein können.

„Es wäre ein Fehler“, sagt Lenin, „wenn wir die Dekrete für alle Gegenden Rußlands einfach schablonenmäßig kopierten, wenn die Kommunisten, die Bolschewiki, die Sowjetfunktionäre in der Ukraine und am Don sind, sie wahllos, in Bausch und Bogen auf die anderen Gebiete ausdehnen wollten“ ..., denn „wir legen uns keineswegs auf eine einförmige Schablone fest, wir entscheiden nicht ein für allemal, dass unsere Erfahrung, die Erfahrung Zentralrußlands, sich restlos auf alle Randgebiete übertragen lässt.“ (4. Ausgabe, BJ. 29, S. 138, russ.)

Lenin sagt ferner:

„Zentralrußland, die Ukraine und Sibirien über einen Kamm zu scheren, sie in eine bestimmte Schablone zu zwingen, wäre die größte Torheit.“ (4.Ausgabe, Bd. 32, S. 198, russ.)

Schließlich macht es Lenin den Kommunisten des Kaukasus zur Pflicht,

„die Eigenart ihrer Lage, der Lage ihrer Republiken, zum Unterschied von der Lage und den Verhältnissen der RSTSR, zu begreifen, die Notwendigkeit einzusehen, unsere Taktik nicht zu kopieren, sondern sie entsprechend der Verschiedenartigkeit der konkreten Verhältnisse wohlüberlegt zu modifizieren“. (4. Ausgabe, Bd. 32, S.295 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. 11, S. 822].)

Das ist wohl klar.

Auf Grund dieser Weisungen Lenins hat das ZK unserer Partei in seinem Beschluss „Über das Tempo der Kollektivierung“ (siehe „Prawda“ vorn 6. Januar 1930<sup>[35]</sup>) die Gebiete der UdSSR in Bezug auf das Kollektivierungstempo in drei Gruppen eingeteilt, von denen der Nordkaukasus, das Mittlere und Untere Wolgagebiet die Kollektivierung im wesentlichen im Frühjahr 1931 abschließen können, während andere Getreidegebiete (die Ukraine, das Zentrale Schwarzerdegebiet, Sibirien, der Ural, Kasachstan usw.) sie im wesentlichen im Frühjahr 1932 abschließen, die übrigen Gebiete aber die Kollektivierung bis zum Ende des Fünfjahrplans, das heißt bis 1933, ausdehnen können.

Was geschah aber in Wirklichkeit? Es zeigte sich, dass manche unserer Genossen, von den ersten Erfolgen der kollektivwirtschaftlichen Bewegung berauscht, sowohl die Weisungen Lenins als auch den Beschluss des ZK glücklich vergessen hatten. Das Moskauer Gebiet begann, in fiebrhafter Jagd nach aufgebauchten Kollektivierungszahlen, seine Funktionäre auf die Beendigung der Kollektivierung im Frühjahr 1930 einzustellen, obwohl ihm nicht weniger als drei Jahre (Ende 1932) zur Verfügung standen. Das Zentrale Schwarzerdegebiet, das nicht „hinter den anderen zurückbleiben“ wollte, begann seine Funktionäre auf die Beendigung der Kollektivierung in der ersten Hälfte 1930 einzustellen, obwohl ihm nicht weniger als zwei Jahre zur Verfügung standen (Ende 1931). Die Transkaukasier aber und die Turkestaner begannen in ihrem Eifer, die fortgeschrittensten Gebiete „einzuholen und zu überholen“, sich auf die Beendigung der Kollektivierung „in kürzester Frist“ einzustellen, obwohl ihnen volle vier Jahre zur Verfügung standen (Ende 1933).

Bei einem so überstürzten „Tempo“ der Kollektivierung ist es begreiflich, dass die Bezirke, die für die kollektivwirtschaftliche Bewegung weniger vorbereitet waren, in ihrem Eifer, die besser vorbereiteten Bezirke zu „überholen“, sich gezwungen sahen, einen starken administrativen Druck auszuüben, wobei sie versuchten, die für ein schnelles Tempo der kollektivwirtschaftlichen Bewegung fehlenden Faktoren durch ihren eigenen administrativen Elan zu ersetzen. Die Ergebnisse sind bekannt. Alle kennen das Durcheinander, das in diesen Gebieten entstand und das dann durch das Eingreifen des ZK entwirrt werden musste.

Darin besteht der zweite Fehler in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung.

3. Verletzt wurde beim kollektivwirtschaftlichen Aufbau das Leninsche Prinzip, dass man eine noch nicht abgeschlossene Form der Bewegung nicht überspringen darf. Verletzt wurde das Leninsche Prinzip, dass man der Entwicklung der Massen nicht vorausziehen, die Bewegung der Massen nicht dekretieren, sich von den Massen nicht loslösen darf, sondern gemeinsam mit den Massen marschieren und sie vorwärts bringen muss, indem man sie an unsere Losungen heranführt und es ihnen erleichtert, sich an Hand ihrer eigenen Erfahrung von der Richtigkeit unserer Losungen zu überzeugen.

„Als das Petrograder Proletariat und die Soldaten der Petrograder Garnison die Macht ergriffen“, sagt Lenin, „wussten sie ausgezeichnet, dass man beim Aufbau im Dorf auf große Schwierigkeiten stoßen wird, dass man hier allmählicher vorgehen muss, dass es größter

Unsinn wäre, hier zu versuchen, die gesellschaftliche Bodenbestellung durch Dekrete, durch Gesetze einzuführen, dass nur eine verschwindend kleine Anzahl politisch bewusster Bauern darauf eingehen könnte, die überwältigende Mehrheit der Bauern aber sich diese Aufgabe nicht stelle. Und daher beschränkten wir uns auf das, was im Interesse der Entfaltung der Revolution absolut notwendig war: auf keinen Fall der Entwicklung der Massen vorzueilen, sondern abzuwarten, bis aus der eigenen Erfahrung dieser Massen, aus ihrem eigenen Kampfe die Vorwärtsbewegung hervorwächst.“ (4. Ausgabe, Bd. 28, S. 121, russ.)

Von diesen Weisungen Lenins ausgehend, hat das ZK in seinem bekannten Beschluss „Über das Tempo der Kollektivierung“ (siehe „Prawda“ vom 6. Januar 1930) erklärt:

- a) dass im gegebenen Augenblick das landwirtschaftliche Artel die Hauptform der kollektivwirtschaftlichen Bewegung ist,
- b) dass es infolgedessen notwendig ist, ein Musterstatut für das landwirtschaftliche Artel, als die Hauptform der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, auszuarbeiten,
- c) dass man in unserer praktischen Arbeit keine von oben erfolgende „Dekretierung“ der kollektivwirtschaftlichen Bewegung und kein „Spiel mit der Kollektivierung“ zulassen darf.

Das bedeutet, dass wir jetzt nicht auf die Kommune Kurs nehmen sollen, sondern auf das landwirtschaftliche Artel, als die Hauptform des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus, dass man das Überspringen des landwirtschaftlichen Artels zur Kommune hin nicht zulassen darf, dass man die auf die Kollektivwirtschaften gerichtete Massenbewegung der Bauern nicht durch „Dekretierung“ von Kollektivwirtschaften, durch ein „Spiel mit der Kollektivierung“ ersetzen darf.

Das ist wohl klar.

Was geschah aber in Wirklichkeit? Es zeigte sich, dass manche unserer Genossen, von den ersten Erfolgen der kollektivwirtschaftlichen Bewegung berauscht, sowohl die Weisungen Lenins als auch den Beschluss des ZK glücklich vergessen hatten. Statt eine Massenbewegung für das landwirtschaftliche Artel zu organisieren, begannen diese Genossen, die Einzelbauern unmittelbar zum Statut der Kommune „hinüberzuleiten“. Statt die Artelform der Bewegung zu festigen, begannen sie, zwangsweise das Kleinvieh, das Geflügel, das für den Eigenbedarf bestimmte Milchvieh, die Wohnhäuser zu „vergesellschaften“.

Die Resultate dieser für einen Leninisten unzulässigen Übereilung sind jetzt jedermann bekannt. Stabile Kommunen haben diese Genossen natürlich in der Regel nicht geschaffen. Dafür aber haben sie eine Reihe landwirtschaftlicher Artels ihren Händen entgleiten lassen. Allerdings sind „gute“ Resolutionen übrig geblieben. Aber was nützen diese?

Darin besteht der dritte Fehler in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung.

*Dritte Frage.* Wo liegt die Quelle dieser Fehler und wie muss die Partei sie korrigieren?

*Antwort.* Ihre Quelle liegt in unseren schnellen Erfolgen in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung. Erfolge steigen zuweilen zu Kopf. Sie erzeugen nicht selten übermäßigen Eigendünkel und Überheblichkeit. Das kann besonders leicht Vertretern einer Partei passieren, die an der Macht steht. Insbesondere einer solchen Partei wie der unseren, deren Stärke und Autorität schier unermesslich sind. Hier sind Fälle kommunistischer Hoffart, gegen die Lenin einen so heftigen Kampf geführt hat, durchaus möglich. Hier ist der Glaube an die Allmacht des Dekrets, der Resolution, der Verfügung durchaus möglich. Hier ist die Gefahr durchaus real, dass einzelne Vertreter der Partei in diesem oder jenem Winkel unseres unermesslichen Landes die revolutionären Maßnahmen der Partei in hohles, bürokratisches Dekretieren verwandeln. Ich meine hier nicht nur Funktionäre von Ortsorganisationen, sondern auch einzelne Gebietsfunktionäre und auch einzelne Mitglieder des ZK.

„Kommunistische Hoffart“, sagt Lenin, „heißt, dass ein Mensch, der der Kommunistischen Partei angehört und aus ihr noch nicht hinausgereinigt worden ist, sich einbildet, alle seine

Aufgaben durch kommunistisches Dekretieren erledigen zu können.“ (4. Ausgabe, Bd. 33, S. 54, russ.)

Auf diesem Boden entstanden die Fehler in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, die Verzerrungen der Parteilinie im kollektivwirtschaftlichen Aufbau.

Worin besteht die Gefahr dieser Fehler und Verzerrungen, wenn sie auch weiter andauern sollten, wenn sie nicht schnell und restlos ausgemerzt werden?

Die Gefahr besteht hier darin, dass diese Fehler geradewegs zur Diskreditierung der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, zu einem Zerwürfnis mit dem Mittelbauern, zur Desorganisierung der Dorfarmut, zu einer Verwirrung in unseren Reihen, zur Schwächung unseres gesamten sozialistischen Aufbaus, zur Wiederherstellung des Kulakentums führen.

Kurz gesagt, in diesen Fehlern liegt die Tendenz, uns vom Wege der Festigung des Bündnisses mit den Hauptmassen der Bauernschaft, vom Wege der Festigung der proletarischen Diktatur abzudrängen auf den Weg des Bruches mit diesen Massen, auf den Weg der Untergrabung der proletarischen Diktatur.

Diese Gefahr zeigte sich schon in der zweiten Februarhälfte, in demselben Augenblick, als ein Teil unserer Genossen, durch die vorhergehenden Erfolge geblendet, den Leninschen Weg im Galopp verließ. Das ZK der Partei hat dieser Gefahr Rechnung getragen und ohne Verzug eingegriffen, indem es Stalin beauftragte, den über die Stränge schlagenden Genossen in einem besonderen Artikel über die kollektivwirtschaftliche Bewegung eine Warnung zu erteilen. Manche sind der Meinung, dass der Artikel „Vor Erfolgen von Schwindel befallen“ das Ergebnis einer persönlichen Initiative Stalins sei. Das ist natürlich Unsinn. Unser ZK ist nicht dazu da, um in einer solchen Angelegenheit jemanden, wer es auch immer sei, auf Grund persönlicher Initiative handeln zu lassen. Das ZK hat hier gründliche Nachforschungen angestellt. Und als sich die Tiefe und das Ausmaß der Fehler herausstellten, zögerte das ZK nicht, mit der ganzen Kraft seiner Autorität gegen die Fehler einen Schlag zu führen, indem es seinen berühmten Beschluss vom 15. März 1930 veröffentlichte.

Es ist schwer, Leute, die dem Abgrund entgegen rennen, in ihrem rasenden Lauf aufzuhalten und auf den richtigen Weg zu bringen. Unser ZK heißt aber gerade deswegen Zentralkomitee der Leninschen Partei, weil es noch ganz andere Schwierigkeiten zu überwinden vermag. Und es hat diese Schwierigkeiten im Wesentlichen bereits überwunden.

Es ist in solchen Fällen ganzen Abteilungen der Partei schwer, in ihrem Lauf innezuhalten, rechtzeitig in die richtige Bahn einzulenken und während des Marsches ihre Reihen umzustellen. Unsere Partei heißt aber gerade deswegen die Partei Lenins, weil sie genügend Elastizität besitzt, um solche Schwierigkeiten zu überwinden. Und sie hat diese Schwierigkeiten im Wesentlichen bereits überwunden.

Das Wichtigste besteht hier darin, den Mut aufzubringen, seine Fehler zuzugeben, und die Kraft in sich zu finden, sie in kürzester Frist zu beheben. Die Angst, seine Fehler zuzugeben, nachdem man sich erst kürzlich an den Erfolgen berauscht hatte, die Angst vor Selbstkritik und der mangelnde Wunsch, die Fehler schnell und entschlossen gutzumachen - darin besteht die größte Schwierigkeit. Man braucht nur diese Schwierigkeit zu überwinden, man braucht nur Schluss zu machen mit den übertriebenen zahlenmäßigen Zielsetzungen und dem kanzeibürokratischen Maximalismus, man braucht nur seine Aufmerksamkeit auf die Aufgaben des organisatorischen und wirtschaftlichen Aufbaus der Kollektivwirtschaften zu richten, damit von den Fehlern keine Spur übrig bleibe. Es ist keinerlei Grund vorhanden, daran zu zweifeln, dass die Partei diese gefährliche Schwierigkeit im Wesentlichen bereits überwunden hat.

„Alle revolutionären Parteien“, sagt Lenin, „die bisher zugrunde gegangen sind, gingen daran zugrunde, dass sie überheblich wurden und nicht zu sehen vermochten, worin ihre Kraft bestand, dass sie fürchteten, von ihren Schwächen zu sprechen. Wir aber werden nicht



zugrunde gehen, weil wir nicht fürchten, von unseren Schwächen zu sprechen, und es lernen werden, die Schwächen zu überwinden.“ 1 (4. Ausgabe, Bd. 33, S. 278, russ.)

Diese Worte Lenins darf man nicht vergessen.

*Vierte Frage.* Ist der Kampf gegen die Verzerrungen der Parteilinie nicht ein Schritt zurück, ein Rückzug?

*Antwort.* Natürlich nicht! Von einem Rückzug können hier nur Leute reden, die die Fortsetzung der Fehler und Verzerrungen als Offensive, den Kampf gegen die Fehler aber als Rückzug betrachten. Eine Offensive in der Form der Anhäufung von Fehlern und Verzerrungen - das wäre ja eine nette „Offensive“...

Wir haben das landwirtschaftliche Artel als die grundlegende Form der kollektivwirtschaftlichen Bewegung im gegebenen Augenblick in den Vordergrund gerückt und ein entsprechendes Musterstatut als Richtschnur für die Arbeit auf dem Gebiet des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus geschaffen. Treten wir in dieser Sache den Rückzug an? Natürlich nicht!

Wir haben die Festigung des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse und der Dorfarmut mit dem Mittelbauern auf dem Gebiet der Produktion als Grundlage der kollektivwirtschaftlichen Bewegung im gegebenen Augenblick in den Vordergrund gerückt. Treten wir in dieser Sache den Rückzug an? Natürlich nicht!

Wir haben die Losung der Liquidierung des Kulakentums als Klasse als Hauptlosung unserer praktischen Arbeit auf dem Lande im gegebenen Augenblick aufgestellt. Treten wir in dieser Sache den Rückzug an? Natürlich nicht!

Wir haben bereits im Januar 1930 ein bestimmtes Tempo in der Kollektivierung der Landwirtschaft der UdSSR festgelegt, die Gebiete der UdSSR in bestimmte Gruppen gegliedert und für jede Gruppe ihr besonderes Tempo bestimmt. Treten wir in dieser Sache den Rückzug an? Natürlich nicht!

Wo ist hier ein „Rückzug“ der Partei?

Wir wollen, dass die Leute, die Fehler und Verzerrungen begangen haben, von ihren Fehlern ablassen. Wir wollen, dass diejenigen, die Torheiten begangen haben, von ihren Torheiten ablassen und auf die Positionen des Leninismus zurückkehren. Wir wollen das, da man nur unter dieser Bedingung die wirkliche Offensive gegen unsere Klassenfeinde wird fortsetzen können. Bedeutet das etwa, dass wir dadurch einen Schritt zurück machen? Natürlich nicht! Das bedeutet nur, dass wir eine richtige Offensive führen und kein törichtes Spiel mit der Offensive treiben wollen.

Ist es nicht klar, dass nur Sonderlinge und „linke“ Überspitzer eine solche Einstellung der Partei als Rückzug einschätzen können?

Leute, die von einem Rückzug schwatzen, begreifen zumindest zwei Dinge nicht.

a) Sie kennen nicht die Gesetze der Offensive. Sie verstehen nicht, dass eine Offensive ohne Befestigung der eroberten Positionen eine zum Scheitern verurteilte Offensive ist.

Wann kann eine Offensive, zum Beispiel auf militärischem Gebiet, erfolgreich sein? Wenn man sich nicht auf bloßen Vormarsch beschränkt, sondern gleichzeitig bestrebt ist, die eroberten Positionen zu befestigen, seine Kräfte der veränderten Lage entsprechend umzugruppieren, die rückwärtigen Dienste nachzuziehen, die Reserven heranzuführen. Wozu ist das alles nötig? Um sich gegen Überraschungen zu sichern, einzelne Breschen zu beseitigen, vor denen keine einzige Offensive sicher ist, und somit die völlige Vernichtung des Feindes vorzubereiten. Der Fehler der polnischen Truppen im Jahre 1920 bestand, wenn man nur die militärische Seite der Sache berücksichtigt, darin, dass sie diese Regel missachteten. Dadurch erklärt sich unter anderem auch, dass sie nach ihrem raschen Vormarsch auf Kiew gezwungen waren, ebenso rasch bis Warschau zurückzuzufuten. Der Fehler der Sowjettruppen im Jahre 1920 bestand, wenn man wiederum nur die militärische

Seite der Sache berücksichtigt, darin, dass sie bei ihrer Offensive gegen Warschau den Fehler der Polen wiederholten.

Dasselbe ist auch von den Gesetzen der Offensive an der Front des Klassenkampfes zu sagen. Man kann keine erfolgreiche Offensive zur Liquidierung der Klassenfeinde führen, ohne die eroberten Positionen zu befestigen, ohne seine Kräfte umzugruppieren, ohne der Front Reserven zuzuführen, ohne die rückwärtigen Dienste nachzuziehen usw.

Die ganze Sache ist die, dass Toren die Gesetze der Offensive nicht verstehen. Die ganze Sache ist die, dass die Partei sie versteht und in die Tat umsetzt.

b) Sie verstehen nicht den Klassencharakter der Offensive. Sie reden viel von Offensive. Aber Offensive gegen welche Klasse, im Bündnis mit welcher Klasse? Wir führen die Offensive gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes im Bündnis mit dem Mittelbauern, denn nur eine solche Offensive kann uns den Sieg bringen. Was ist aber, wenn durch den Übereifer einzelner Abteilungen der Partei die Offensive von dem richtigen Wege abzugleiten beginnt und sich mit ihrer Spitze gegen unseren Verbündeten, den Mittelbauern, kehrt? Brauchen wir denn jedwede Offensive und nicht eine Offensive gegen eine bestimmte Klasse im Bündnis mit einer bestimmten Klasse? Don Quichotte bildete sich ja ebenfalls ein, dass er den Feind angreife, als er gegen die Windmühle anstürmte. Es ist jedoch bekannt, dass er sich bei dieser, mit Verlaub zu sagen, Offensive den Kopf eingerannt hat.

Anscheinend lassen die Lorbeeren des Don Quichottes unsere „linken“ Überspitzer nicht schlafen.

*Fünfte Frage.* Welche Gefahr ist bei uns die Hauptgefahr, die rechte oder die „linke“?

*Antwort.* Die Hauptgefahr ist bei uns jetzt die rechte. Die rechte Gefahr war und bleibt bei uns die Hauptgefahr.

Widerspricht dieser Satz nicht der bekannten These in dem Beschluss des ZK vom 15. März 1930, wonach die Fehler und Verzerrungen der „linken“ Überspitzer jetzt das Haupthemmnis in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung sind? Nein, er widerspricht ihr nicht. Die Sache ist die, dass die Fehler der „linken“ Überspitzer auf dem Gebiet der kollektivwirtschaftlichen Bewegung Fehler sind, die günstige Verhältnisse für die Stärkung und Festigung der rechten Abweichung in der Partei schaffen. Warum? Weil diese Fehler die Linie der Partei in einem falschen Licht erscheinen lassen - folglich die Diskreditierung der Partei erleichtern - und so den Kampf der rechten Elemente gegen die Führung der Partei erleichtern. Die Diskreditierung der Parteiführung ist jener elementare Boden, auf dem sich allein der Kampf der rechten Abweichler gegen die Partei entfalten kann. Diesen Boden bieten den rechten Abweichlern die „linken“ Überspitzer, ihre Fehler und Verzerrungen. Um also den rechten Opportunismus mit Erfolg zu bekämpfen, muss man die Fehler der „linken“ Opportunisten überwinden. Die „linken“ Überspitzer sind objektiv die Verbündeten der rechten Abweichler. Das ist der eigenartige Zusammenhang zwischen dem „linken“ Opportunismus und der rechten Abweichung.

Durch diesen Zusammenhang ist auch die Tatsache zu erklären, dass manche „Linke“ häufig von einem Block mit den Rechten reden. Dadurch ist auch die eigenartige Erscheinung zu erklären, dass ein Teil der „Linksler“, der gestern noch einen Hurra-Angriff „durchführte“ und die UdSSR in zwei bis drei Wochen zu kollektivieren versuchte, heute in Passivität verfällt, die Hände sinken lässt, den Kampfplatz seelenruhig den rechten Abweichlern überlässt und somit die Linie eines wirklichen Rückzugs (ohne Anführungszeichen!) vor dem Kulakentum einschlägt.

Die Besonderheit des gegenwärtigen Moments besteht darin, dass der Kampf gegen die Fehler der „linken“ Überspitzer bei uns eine Vorbedingung und eine eigenartige Form des erfolgreichen Kampfes gegen den rechten Opportunismus ist.

*Sechste Frage.* Wie ist das Abfluten eines Teils der Bauern aus den Kollektivwirtschaften einzuschätzen?

*Antwort.* Das Abfluten eines Teils der Bauern bedeutet, dass bei uns in letzter Zeit eine gewisse Anzahl nicht stabiler Kollektivwirtschaften entstanden ist, die sich jetzt von unbeständigen Elementen säubern. Das bedeutet, dass die Scheinkollektivwirtschaften verschwinden, die festen bestehen bleiben und immer mehr erstarken werden. Ich glaube, dass das eine durchaus normale Erscheinung ist. Manche Genossen geraten darüber in Verzweiflung, verfallen in Panik und klammern sich krampfhaft an die aufgebauchten Prozentsätze der Kollektivierung. Andere sind schadenfroh und prophezeien das „Fiasko“ der kollektivwirtschaftlichen Bewegung. Diese wie jene befinden sich in einem schweren Irrtum. Diese wie jene sind weit entfernt von einer marxistischen Auffassung vom Wesen der kollektivwirtschaftlichen Bewegung.

Es verlassen die Kollektivwirtschaften vor allem die so genannten toten Seelen. Das ist nicht einmal ein Verlassen, sondern die Feststellung, dass gar nichts da ist. Brauchen wir tote Seelen? Natürlich brauchen wir sie nicht. Ich glaube, dass die Nordkaskasier und die Ukrainer vollkommen richtig handeln, wenn sie die Kollektivwirtschaften mit toten Seelen auflösen und wirklich lebendige und wirklich stabile Kollektivwirtschaften organisieren. Dabei kann die kollektivwirtschaftliche Bewegung nur gewinnen.

Es verlassen die Kollektivwirtschaften zweitens die fremden Elemente, die unserer Sache direkt feindlich gegenüberstehen. Es ist klar: Je eher solche Elemente hinausgeworfen werden, desto besser für die kollektivwirtschaftliche Bewegung.

Es verlassen die Kollektivwirtschaften schließlich die schwankenden Elemente, die man weder fremde Elemente noch tote Seelen nennen kann. Das sind diejenigen Bauern, die wir heute noch nicht von der Richtigkeit unserer Sache zu überzeugen vermochten, die wir aber morgen unbedingt davon überzeugen werden. Der Austritt solcher Bauern ist ein ernsthafter, wenn auch nur vorübergehender Verlust für die kollektivwirtschaftliche Bewegung. Deshalb ist der Kampf um die schwankenden Elemente der Kollektivwirtschaften gegenwärtig eine der dringendsten Aufgaben der kollektivwirtschaftlichen Bewegung.

Es ist demnach so, dass das Abfluten eines Teils der Bauern aus den Kollektivwirtschaften nicht bloß eine negative Erscheinung ist. Es ist vielmehr so, dass dieses Abfluten, soweit es die Kollektivwirtschaften von toten Seelen und ausgesprochen fremden Elementen befreit, einen wohltuenden Prozess der Gesundung und Festigung der Kollektivwirtschaften bedeutet. Vor einem Monat hatte man berechnet, dass in den Getreidegebieten über 60 Prozent der Wirtschaften kollektiviert sind. Heute ist klar, dass diese Zahl, wenn man die wirklichen und einigermaßen stabilen Kollektivwirtschaften in Betracht zieht, offensichtlich übertrieben war. Wenn sich die kollektivwirtschaftliche Bewegung nach dem Abfluten eines Teils der Bauern in den Getreidegebieten mit 40 Prozent Kollektivierung stabilisiert - das aber kann unbedingt erzielt werden -, so wird das im gegenwärtigen Augenblick eine gewaltige Errungenschaft der kollektivwirtschaftlichen Bewegung sein. Ich nehme eine Durchschnittszahl für die Getreidegebiete, wobei ich wohl weiß, dass wir einzelne Bezirke mit durchgängiger Kollektivierung haben, die einen Prozentsatz von 80 bis 90 aufweisen. 40 Prozent Kollektivierung in den Getreidegebieten - das bedeutet, dass wir den ursprünglichen Fünfjahrplan der Kollektivierung bis zum Frühjahr 1930 zu 200 Prozent zu erfüllen vermochten.

Wer wird es wagen, den entscheidenden Charakter dieser historischen Errungenschaft in der sozialistischen Entwicklung der UdSSR in Abrede zu stellen?

*Siebente Frage.* Tun die schwankenden Bauern gut daran, die Kollektivwirtschaften zu verlassen?

*Antwort.* Nein, sie tun nicht gut daran. Wenn sie die Kollektivwirtschaften verlassen, handeln sie ihren eigenen Interessen zuwider, denn nur die Kollektivwirtschaften bieten den Bauern einen Ausweg aus Not und Unwissenheit. Wenn sie die Kollektivwirtschaften verlassen, versetzen sie sich in eine schlechtere Lage, denn sie gehen derjenigen Vergünstigungen und Vorteile verlustig, die die Sowjetmacht den Kollektivwirtschaften gewährt. Die Fehler und

Verzerrungen in den Kollektivwirtschaften sind kein Argument für den Austritt. Man muss die Fehler mit gemeinsamen Kräften beheben und in der Kollektivwirtschaft bleiben. Sie sind umso leichter zu beheben, als die Sowjetmacht sie mit allen Kräften bekämpfen wird.

Lenin sagt:

„Das System der Kleinwirtschaft beim Bestehen der Warenproduktion ist nicht imstande, die Menschheit von Massenelend und Massenunterdrückung zu erlösen.“ (4. Ausgabe, Bd. 24, S. 51 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 30].)

Lenin sagt:

„Mit der Kleinwirtschaft kann man aus der Not nicht herauskommen.“ (4. Ausgabe, Bd. 30, S. 127, russ.)

Lenin sagt:

„Wenn wir in althergebrachter Weise in kleinen Wirtschaften hocken bleiben, und sei es auch als freie Bürger auf freier Scholle, so droht uns dennoch der unvermeidliche Untergang.“ (4. Ausgabe, Bd. 24, S. 465, russ.)

Lenin sagt:

„Nur durch gemeinsame, artelmäßige, genossenschaftliche Arbeit kann man aus der Sackgasse, in die uns der imperialistische Krieg getrieben hat, einen Ausweg finden.“ (4. Ausgabe, Bd. 30, S. 123, russ.)

Lenin sagt:

„Es ist notwendig, zur gemeinsamen Bodenbestellung in großen Musterwirtschaften überzugehen“, denn „sonst kann man aus der Zerrüttung, aus der geradezu verzweifelter Lage nicht herauskommen, in der sich Rußland befindet.“ (4. Ausgabe, Bd. 24, S. 466, russ.)

Was bedeutet das alles?

Das bedeutet, dass die Kollektivwirtschaften das einzige Mittel sind, das den Bauern einen Ausweg aus Not und Unwissenheit bietet.

Es ist klar, dass die Bauern nicht richtig handeln, wenn sie aus den Kollektivwirtschaften austreten.

Lenin sagt:

„Ihnen allen ist natürlich aus der gesamten Tätigkeit der Sowjetmacht bekannt, welche gewaltige Bedeutung wir den Kommunen, den Arteln und überhaupt allen Organisationen beimessen, die darauf gerichtet sind, die kleine bäuerliche Einzelwirtschaft in eine gesellschaftliche, gemeinschaftliche oder in eine Artelwirtschaft umzuwandeln und diese Umwandlung allmählich zu fördern.“ (4. Ausgabe, Bd. 30, S. 173 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. 11, S. 629].)

Lenin sagt:

„dass die Sowjetmacht... die Kommunen und Genossenschaften direkt bevorzugt und sie an die erste Stelle setzt“<sup>1</sup>. (4. Ausgabe, Bd. 28, S. 286 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 487].)

Was bedeutet das?

Das bedeutet, dass die Sowjetmacht den Kollektivwirtschaften Vergünstigungen und Vorrechte gegenüber den Einzelwirtschaften gewähren wird. Das bedeutet, dass sie den Kollektivwirtschaften sowohl durch Überlassung von Boden und Belieferung mit Maschinen, Traktoren, Saatgut usw. als auch durch Steuererleichterungen und Einräumung von Krediten Vergünstigungen gewähren wird.

Weshalb gewährt die Sowjetmacht den Kollektivwirtschaften Vergünstigungen und Vorrechte? Weil die Kollektivwirtschaften das einzige Mittel zur Befreiung der Bauern aus dem Elend sind.

Weil die den Kollektivwirtschaften erwiesene Vorzugsunterstützung die wirksamste Form der Hilfe für die Dorfarmut und die Mittelbauern ist.

Dieser Tage hat die Sowjetmacht beschlossen, das gesamte vergesellschaftete Zugvieh in den Kollektivwirtschaften (Pferde, Ochsen usw.), alle Kühe, Schweine, Schafe und alles Geflügel, sowohl die im Kollektivbesitz der Kollektivwirtschaften als auch die im Einzelbesitz der Kollektivbauern befindlichen, auf zwei Jahre von der Besteuerung zu befreien.

Die Sowjetmacht hat außerdem beschlossen, den Kollektivbauern die Bezahlung ihrer Schulden für aufgenommene Darlehen bis zum Jahresende zu stunden sowie alle Geldstrafen und gerichtlichen Eintreibungen zu erlassen, die den Bauern, die Kollektivwirtschaften beigetreten sind, bis zum 1. April auferlegt worden sind.

Sie hat schließlich beschlossen, in diesem Jahr unbedingt die Kreditgewährung für Kollektivwirtschaften in Höhe von 500 Millionen Rubel durchzuführen.

Diese Vergünstigungen werden den Kollektivbauern zugute kommen. Diese Vergünstigungen werden denjenigen Kollektivbauern zugute kommen, die dem Abfluten zu widerstehen vermochten, die sich im Kampf gegen die Feinde der Kollektivwirtschaften gestählt, die die Kollektivwirtschaften erfolgreich verteidigt und das große Banner der kollektivwirtschaftlichen Bewegung hochgehalten haben. Diese Vergünstigungen werden den armen und Mittelbauern unter den Kollektivbauern zugute kommen, die gegenwärtig den Grundstock unserer Kollektivwirtschaften bilden, die unsere Kollektivwirtschaften verankern und ihnen feste Form verleihen werden und die Millionen und aber Millionen der Bauernschaft für den Sozialismus fest gewinnen werden. Diese Vergünstigungen werden denjenigen Kollektivbauern zugute kommen, die gegenwärtig die Grundkader der Kollektivwirtschaften bilden und die es durchaus verdienen, dass man sie Helden der kollektivwirtschaftlichen Bewegung nennt.

Diese Vergünstigungen werden denjenigen Bauern nicht zuteil werden, die die Kollektivwirtschaften verlassen haben.

Ist es nicht klar, dass die Bauern einen Fehler begehen, wenn sie die Kollektivwirtschaften verlassen?

Ist es nicht klar, dass sie sich diese Vergünstigungen nur durch die Rückkehr in die Kollektivwirtschaften sichern können?

*Achte Frage.* Was soll mit den Kommunen geschehen, soll man sie nicht auflösen?

*Antwort.* Nein, man soll sie nicht auflösen, und es liegt kein Grund dazu vor. Ich spreche von den wirklichen Kommunen und nicht von solchen, die bloß auf dem Papier stehen. In den Getreidegebieten der UdSSR gibt es eine Reihe ausgezeichneter Kommunen, die es verdienen, gefördert und unterstützt zu werden. Ich meine die alten Kommunen, die die Jahre der Prüfungen überstanden, sich im Kampfe gestählt und ihr Bestehen durchaus gerechtfertigt haben. Man soll sie nicht auflösen, sondern soll sie in Artels umwandeln.

Die Bildung und Leitung von Kommunen ist eine komplizierte und schwierige Angelegenheit. Große und stabile Kommunen können nur dann existieren und sich entwickeln, wenn erfahrene Kader und erprobte Leiter vorhanden sind. Ein überstürztes Überleiten von der Artelverfassung zur Kommuneverfassung ist nur geeignet, die Bauern von der kollektivwirtschaftlichen Bewegung abzustößen. Deshalb muss man diese Frage mit besonderem Ernst und ohne jede Übereilung behandeln. Das Artel ist eine weniger

komplizierte Sache und für das Verständnis der breiten Bauernmassen zugänglicher. Deshalb ist das Artel gegenwärtig die meist verbreitete Form der kollektivwirtschaftlichen Bewegung. Nur in dem Maße, wie sich die landwirtschaftlichen Artels stärken und festigen, kann die Grundlage für eine Massenbewegung der Bauern zugunsten der Kommune entstehen. Das wird aber nicht so bald geschehen. Deshalb kann die Kommune, die die höchste Form darstellt, erst in der Zukunft zur Hauptform der kollektivwirtschaftlichen Bewegung werden.

*Neunte Frage.* Was soll mit dem Kulakentum geschehen?

*Antwort.* Bisher sprachen wir von dem Mittelbauern. Der Mittelbauer ist der Verbündete der Arbeiterklasse, und dem Mittelbauern gegenüber muss unsere Politik eine freundschaftliche sein. Anders steht es mit dem Kulaken. Der Kulak ist ein Feind der Sowjetmacht. Mit ihm leben wir nicht in Frieden und können wir nicht in Frieden leben. Unsere Politik gegenüber dem Kulakentum ist eine Politik seiner Liquidierung als Klasse. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir das Kulakentum mit einem Schläge liquidieren können. Das bedeutet aber, dass wir dahin streben werden, es zu umzingeln und zu liquidieren.

Lenin sagt über den Kulaken:

„Die Kulaken sind die vertiertesten, rohesten, brutalsten Ausbeuter, die in der Geschichte anderer Länder mehr als einmal die Macht der Gutsbesitzer, der Könige, Pfaffen und Kapitalisten wiederhergestellt haben. Kulaken gibt es mehr als Gutsbesitzer und Kapitalisten. Aber dennoch sind die Kulaken nur eine Minderheit im Volk... Diese Blutsauger haben sich während des Krieges an der Not des Volkes bereichert, sie haben Tausende und Hunderttausende Rubel zusammengerafft, indem sie die Preise für Getreide und andere Produkte hinaufschraubten. Diese Spinnen mästeten sich auf Kosten der durch den Krieg ruinierten Bauern, auf Kosten der hungernden Arbeiter. Diese Blutegel saugten das Blut der Werktätigen und wurden umso reicher, je mehr der Arbeiter in den Städten und Fabriken hungerte. Diese Vampire brachten und bringen den Boden der Gutsbesitzer an sich, sie zwingen die armen Bauern immer und immer wieder in Schuldknechtschaft.“ (4. Ausgabe, Bd. 28, S. 39 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 407/408].)

Wir duldeten diese Blutsauger, Spinnen und Vampire und trieben eine Politik der Einschränkung ihrer Ausbeutertendenzen. Wir duldeten sie, da wir nichts hatten, wodurch wir die Kulakenwirtschaft, die Kulakenproduktion hätten ersetzen können. Jetzt haben wir die Möglichkeit, ihre Wirtschaft durch die Wirtschaft unserer Kollektiv- und Sowjetwirtschaften mehr als zu ersetzen. Diese Spinnen und Blutsauger dürfen nicht weiter geduldet werden. Diese Spinnen und Blutsauger - die Kollektivwirtschaften in Brand stecken, Vorkämpfer der Kollektivwirtschaften morden und versuchen, die Aussaat zu vereiteln - weiter zu dulden, hieße den Interessen der Arbeiter und Bauern zuwiderhandeln.

Deshalb muss die Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse mit der ganzen Beharrlichkeit und Folgerichtigkeit durchgeführt werden, zu der Bolschewiki nur fähig sind.

*Zehnte Frage.* Worin besteht die nächste praktische Aufgabe der Kollektivwirtschaften?

*Antwort.* Die nächste praktische Aufgabe der Kollektivwirtschaften besteht im Kampf für die Aussaat, im Kampf für die maximale Erweiterung der Anbaufläche, im Kampf für die richtige Organisierung der Aussaat.

Der Aufgabe der Aussaat müssen gegenwärtig alle anderen Aufgaben der Kollektivwirtschaften angepasst werden.

Der Arbeit zur Organisierung der Aussaat müssen gegenwärtig alle anderen Arbeiten in den Kollektivwirtschaften untergeordnet werden.

Das bedeutet, dass man die Festigkeit der Kollektivwirtschaften und ihres parteilosen Aktivs, die Fähigkeiten der Leiter der Kollektivwirtschaften und ihres bolschewistischen Kerns nicht nach phrasenreichen Resolutionen und hochtrabenden Begrüßungsansprachen beurteilen wird, sondern nach der praktischen Arbeit an der richtigen Organisierung der Aussaat.

Um aber diese praktische Aufgabe in Ehren erfüllen zu können, muss man die Aufmerksamkeit der Funktionäre der Kollektivwirtschaften auf die wirtschaftlichen Fragen des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus, auf die Fragen des inneren kollektivwirtschaftlichen Aufbaus lenken.

Bis zur letzten Zeit stand im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Funktionäre der Kollektivwirtschaften die Jagd nach hohen Kollektivierungszahlen, wobei man den Unterschied zwischen der wirklichen Kollektivierung und der auf dem Papier stehenden Kollektivierung nicht sehen wollte. Jetzt muss diese Jagd nach Zahlen aufhören. Jetzt muss die Aufmerksamkeit der Funktionäre auf die Festigung der Kollektivwirtschaften, auf den organisatorischen Aufbau der Kollektivwirtschaften, auf die Organisation der sachlichen Arbeit in den Kollektivwirtschaften konzentriert werden.

Bis zur letzten Zeit war die Aufmerksamkeit der Funktionäre der Kollektivwirtschaften auf die Organisation großer kollektivwirtschaftlicher Einheiten, auf die Organisation so genannter „Giganten“ konzentriert, wobei die „Giganten“ nicht selten in schwerfällige, bürokratische Kommandostellen ausarteten, die in den Dörfern und Ortschaften keine wirtschaftlichen Wurzeln hatten. Die Scheinarbeit hat demnach die sachliche Arbeit aufgesogen. Jetzt muss diese Jagd nach äußerlich Eindrucksvollem aufhören. Jetzt muss die Aufmerksamkeit der Funktionäre auf die organisatorische und wirtschaftliche Arbeit der Kollektivwirtschaften in den Dörfern und Ortschaften konzentriert werden. Wenn diese Arbeit die entsprechenden Erfolge zeitigt, dann werden „Giganten“ von selbst entstehen.

Bis zur letzten Zeit wurde der Heranziehung der Mittelbauern zu leitender Arbeit in den Kollektivwirtschaften wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Indes gibt es unter den Mittelbauern treffliche Landwirte, die ausgezeichnete Wirtschaftsleiter für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau werden könnten. Jetzt muss dieser Mangel in unserer Arbeit behoben werden. Jetzt besteht die Aufgabe darin, die Besten aus den Reihen der Mittelbauern zu leitender Arbeit in den Kollektivwirtschaften heranzuziehen und ihnen die Möglichkeit zu geben, in dieser Arbeit ihre Fähigkeiten zu entfalten.

Bis zur letzten Zeit wurde der Arbeit unter den Bäuerinnen nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Die verflossene Periode hat gezeigt, dass die Arbeit unter den Bäuerinnen die schwächste Stelle unserer Arbeit ist. Jetzt muss dieser Mangel entschieden und ein für allemal behoben werden.

Bis zur letzten Zeit gingen die Kommunisten einer Reihe von Bezirken davon aus, dass sie alle Aufgaben des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus mit ihren eigenen Kräften bewältigen können. Davon ausgehend, schenkten sie der Heranziehung von Parteilosen zu verantwortlicher Arbeit in den Kollektivwirtschaften, der Beförderung von Parteilosen zu leitender Arbeit in den Kollektivwirtschaften, der Organisation eines breiten parteilosen Aktivs in den Kollektivwirtschaften nicht genügend Aufmerksamkeit. Die Geschichte unserer Partei hat bewiesen, und die verflossene Periode des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus hat abermals gezeigt, dass eine solche Einstellung grundfalsch ist. Würden die Kommunisten sich abkapseln, sich durch eine Mauer von den Parteilosen absperren, so würden sie die ganze Sache zugrunde richten. Wenn es den Kommunisten gelang, sich in den Kämpfen für den Sozialismus mit Ruhm zu bedecken, die Feinde des Kommunismus aber geschlagen wurden, so kam das unter anderem daher, dass die Kommunisten es verstanden haben, aus den Reihen der Parteilosen die Besten zur Arbeit heranzuziehen, dass sie es verstanden haben, Kräfte aus den breiten Schichten der Parteilosen zu schöpfen, dass sie es verstanden haben, ihre Partei mit einem breiten parteilosen Aktiv zu umgeben. Jetzt muss dieser Mangel in unserer Arbeit mit den Parteilosen entschieden und ein für allemal behoben werden.

Diese Mängel in unserer Arbeit beseitigen, sie restlos ausmerzen - das bedeutet eben, die wirtschaftliche Arbeit der Kollektivwirtschaften ins richtige Gleis zu bringen.

Also :

1. Richtige Organisation der Aussaat - das ist die Aufgabe.

2. Konzentrierung der Aufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen Fragen der kollektivwirtschaftlichen Bewegung - das ist das Mittel, das zur Lösung dieser Aufgabe erforderlich ist.

*„Prawda“ Nr.92,  
3. April 1930.  
Unterschrift: J. Stalin.*



## AN DIE ABSOLVENTEN DES ERSTEN LEHRGANGS DER INDUSTRIEAKADEMIE

Die Heranbildung neuer Kader für die sozialistische Industrie aus den Reihen der Arbeiterklasse und der Werktätigen überhaupt, die fähig sind, die Betriebe sowohl in gesellschaftlich-politischer als auch in produktionstechnischer Hinsicht zu leiten, ist eine erstrangige Aufgabe des gegenwärtigen Augenblicks.

Ohne die Lösung dieser Aufgabe ist es unmöglich, die UdSSR aus einem rückständigen Land in ein fortgeschrittenes Land, aus einem Agrarland in ein Industrieland, in ein Land der Elektrifizierung und des Metalls, in ein Land der Maschinen und Traktoren zu verwandeln.

Die Industrieakademie ist eine der wichtigsten Schmieden unseres Landes für die Heranbildung solcher Kader.

Die Absolventen des ersten Lehrgangs der Industrieakademie - das ist der erste Pfeil, den die Akademie ins Lager unserer Feinde, ins Lager des Althergebrachten in der Produktion und der technischen Rückständigkeit abschießt.

Wir wollen hoffen, dass die neuen Leiter der Industrie, die heute die Akademie verlassen, in der Praxis beispielhaften Arbeitsenthusiasmus an den Tag legen und eine beispielhafte, wahrhaft revolutionäre Arbeit bei der Gewährleistung des bolschewistischen Aufbautempos leisten werden.

Gruß den Absolventen des ersten Lehrgangs der Industrieakademie, die dem Lande eine neue, mit technischen Kenntnissen ausgerüstete bolschewistische Gruppe von Leitern unserer sozialistischen Industrie zuführt.

J. Stalin

25. April 1930.

*„Prawda“ :Nr. 115,  
26. April 1930.*

## ANTWORT AN GENOSSEN M. RAFAIL

(Leningrad, Gebietsgewerkschaftsrat)

Kopie: An den Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU(B),  
Genossen Kirow

Genosse Rafail!

Aus Zeitmangel antworte ich kurz:

1. Zwischen dem Beschluss des ZK vom März dieses Jahres gegen die Überspitzungen in der Kollektivwirtschaftsbewegung und der Brester Periode oder der Periode der Einführung der NOP gibt es keine Analogie und kann es keine geben. Dort hatten wir es mit einer Wendung in der Politik zu tun. Hier, im März 1930, gab es keinerlei Wendung in der Politik. Wir haben die Genossen, die über die Stränge geschlagen haben, in die Schranken gewiesen - das ist alles. Folglich sind alle Ihre Überlegungen, die sich auf eine, wenn auch nicht vollständige, Analogie gründen, hinfällig.

2. Eine Wendung in der Politik in Fragen der Kollektivwirtschaftsbewegung (im Zusammenhang mit der Wendung der mittelbäuerlichen Massen zu den Kollektivwirtschaften) hat es bei uns tatsächlich gegeben, aber nicht im März 1930, sondern in der zweiten Hälfte des Jahres 1929. Der Grundstein zu dieser Wendung in der Politik wurde bereits auf dem XV. Parteitag gelegt. (Siehe die Resolution „Über die Arbeit auf dem Lande“.)

Diese Wendung nahm, wie ich bereits sagte, Ende 1929 rein praktischen Charakter an. Ihnen muss bekannt sein, dass das ZK die neue Politik eindeutig festlegte und das Tempo der Kollektivierungsbewegung für die verschiedenen Gegenden der UdSSR in seinem bekannten Beschluss vom 5. Januar 1930 festsetzte. Die Tatsachen beweisen, dass dieser Beschluss des ZK sich in allen Punkten als völlig richtig erwiesen hat.

War hier irgendein Zurückbleiben des ZK hinter der Entwicklung der Bewegung zu verzeichnen? Ich glaube, soweit es sich um die theoretische Voraussicht und die Ausarbeitung einer entsprechenden politischen Linie handelt, war keinerlei Zurückbleiben zu verzeichnen.

War in der praktischen Politik ein Zurückbleiben beträchtlicher Teile der Partei und einzelner Mitglieder des ZK zu verzeichnen? Unbedingt ja. Andernfalls hätte es bei uns weder in der Partei noch im ZK selbst einen Kampf für die Generallinie und gegen die Abweichungen gegeben.

3. Ist es möglich, dass die regierende Partei die neuen Prozesse, die im Leben vor sich gehen, sofort erfasst und sie ebenfalls sofort in ihrer praktischen Politik widerspiegelt? Ich glaube, das ist unmöglich. Das ist unmöglich, da zuerst immer die Tatsachen da sind, dann ihre Widerspiegelung im Bewusstsein der fortgeschrittensten Elemente der Partei, und erst danach tritt der Zeitpunkt ein, da die Massen der Parteimitglieder sich der neuen Prozesse bewusst werden. Erinnern Sie sich Hegels: „Die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug“? Mit anderen Worten: Das Bewusstsein bleibt stets etwas hinter den Tatsachen zurück.

In dieser Beziehung besteht der Unterschied zwischen der Wendung in unserer Politik in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 und den Wendungen zur Brester Zeit und zur Zeit der Einführung der NÖP darin, dass die Partei in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 sich der neuen Prozesse in der objektiven Wirklichkeit schneller bewusst wurde als bei den Wendungen zur Brester Zeit und zur Zeit der Einführung der NÖP. Das ist daraus zu erklären, dass die Partei sich in dieser Zeit weiterentwickelt hat und dass ihre Kader hellhöriger geworden sind.

Mit kommunistischem Gruß J. Stalin

31. Mai 1930.

*Zum ersten Mal veröffentlicht.*

## ROSTOW. WERKE FÜR LANDMASCHINENBAU

Ich beglückwünsche die Arbeiter, die Techniker und das gesamte leitende Personal der Werke zu ihrem Sieg. Sie haben einen großartigen Sieg errungen, schon deshalb, weil allein die Rostower Werke nach dem voll entfaltetem Programm jährlich für 115 Millionen Rubel landwirtschaftliche Maschinen produzieren sollen, während alle 900 Werke für den Bau landwirtschaftlicher Maschinen, die vor dem Kriege bestanden, jährlich nur für insgesamt 70 Millionen Rubel landwirtschaftliche Maschinen produzierten.

Ich wünsche Ihnen Erfolg bei der Erfüllung dieses Programms.

Stalin

16. Juni 1930.

*„Prawda“ Nr. 165,  
17. Juni 1930.*

## STALINGRAD. TRAKTORENWERKE

Ich begrüße und beglückwünsche die Arbeiter und das leitende Personal des mit dem Rotbannerorden ausgezeichneten Traktorengiganten, des ersten in der UdSSR, zu ihrem Siege. Die 50000 Traktoren, die Sie dem Lande jährlich liefern sollen, werden 50000 Geschosse sein, die die alte bürgerliche Welt in die Luft sprengen und der neuen, der sozialistischen Ordnung im Dorfe den Weg bahnen.

Ich wünsche Ihnen Erfolg bei der Erfüllung Ihres Programms.

J. Stalin

17. Juni 1930.

*„Prawda“ Nr. 166,  
18. Juni 1930.*

**POLITISCHER RECHENSCHAFTSBERICHT  
DES ZENTRAKKOMITEES  
AN DEN XVI. PARTEITAG DER KPdSU(B)<sup>[36]</sup>**

27. Juni 1930

**I**

**DIE WACHSENDE KRISE DES WELTKAPITALISMUS  
UND DIE AUSSENPOLITISCHE STELLUNG DER UdSSR**

Genossen! Seit dem XV. Parteitag sind zweieinhalb Jahre verflossen. Ein, wie es scheint, nicht sehr großer Zeitabschnitt. Indessen sind während dieser Zeit überaus ernste Veränderungen im Leben der Völker und Staaten vor sich gegangen. Wollte man die abgelaufene Periode in kurzen Worten charakterisieren, so könnte man sie als eine Periode des Umschwungs bezeichnen. Sie war eine Periode des Umschwungs nicht nur für uns, für die UdSSR, sondern auch für die kapitalistischen Länder der ganzen Welt. Aber zwischen dem Umschwung hier und dem Umschwung dort besteht ein grundlegender Unterschied. Während der Umschwung für die UdSSR eine Wendung bedeutete in Richtung auf einen neuen, beträchtlicheren wirtschaftlichen Aufstieg, bedeutete dieser Umschwung für die kapitalistischen Länder eine Wendung zum wirtschaftlichen Niedergang. Bei uns in der UdSSR ein zunehmender Aufstieg des sozialistischen Aufbaus sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft. Drüben, bei den Kapitalisten, eine wachsende Krise in der Wirtschaft, sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft.

Das ist in kurzen Worten das Bild der heutigen Lage.

Erinnern Sie sich, wie die Dinge in den kapitalistischen Ländern vor zweieinhalb Jahren lagen. Anwachsen der industriellen Produktion und des Handels in fast allen Ländern des Kapitalismus. Anwachsen der Produktion von Rohstoffen und Lebensmitteln in fast allen Agrarländern. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika in der Aureole eines Landes des kraftstrotzendsten Kapitalismus. Siegeshymnen auf die „Prosperität“. Würdelose Anbetung des Dollars. Lobgesänge auf die neue Technik, auf die kapitalistische Rationalisierung. Proklamierung einer Ära der „Sanierung“ des Kapitalismus und der unerschütterlichen Festigkeit der kapitalistischen Stabilisierung. „Allgemeines“ Geschrei und Geunke über einen „unvermeidlichen Untergang“ des Landes der Sowjets, über einen „unausbleiblichen Zusammenbruch“ der UdSSR.

So lagen die Dinge gestern.

Wie aber ist das Bild heute?

Heute: Wirtschaftskrise in fast allen Industrieländern des Kapitalismus. Heute: landwirtschaftliche Krise in allen Agrarländern. An Stelle der „Prosperität“ - Massenelend und kolossale Zunahme der Arbeitslosigkeit. An Stelle eines Aufschwungs der Landwirtschaft - Ruin der Millionenmassen der Bauernschaft. Die Illusionen hinsichtlich der Allmacht des Kapitalismus überhaupt, der Allmacht des nordamerikanischen Kapitalismus im Besonderen stürzen in sich zusammen. Die Siegeshymnen zu Ehren des Dollars und der kapitalistischen Rationalisierung klingen immer schwächer. Immer stärker wird das pessimistische Gewinsel über „Fehler“ des Kapitalismus. Das „allgemeine“ Geschrei über „unvermeidlichen Untergang“ der UdSSR aber wird abgelöst von einem „allgemeinen“ giftigen Gezisch über die Notwendigkeit, „dieses Land“ zu strafen, das es wagt, seine Wirtschaft zu entwickeln, während ringsum die Krise wütet.

Dieses Bild sehen wir heute.

Es ist gerade so gekommen, wie die Bolschewiki es vor zwei oder drei Jahren gesagt haben.

Die Bolschewiki sagten, dass die Entwicklung der Technik in den kapitalistischen Ländern, das Wachstum der Produktivkräfte und der kapitalistischen Rationalisierung angesichts der Schranken, die der Lebenshaltung der Millionenmassen von Arbeitern und Bauern gezogen sind, unvermeidlich zu einer schweren Wirtschaftskrise führen muss. Die bürgerliche Presse spottete über die „originelle Prophezeiung“ der Bolschewiki. Die rechten Abweichler wollten mit der bolschewistischen Prognose nichts zu tun haben und setzten an die Stelle einer marxistischen Analyse das liberale Geschwätz von „organisiertem Kapitalismus“. Wie kam es aber in Wirklichkeit? Es kam so, wie die Bolschewiki gesagt hatten.

Das sind die Tatsachen.

Wenden wir uns nun der Untersuchung des Tatsachenmaterials über die Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern zu.

### *1. Die Weltwirtschaftskrise*

a) Beim Studium der Krise fallen vor allem folgende Tatsachen auf:

1. Die heutige Wirtschaftskrise ist eine Krise der Überproduktion. Das bedeutet, dass mehr Waren erzeugt wurden, als der Markt aufzunehmen vermag. Das bedeutet, dass mehr Textilien, Heizstoffe, Fabrikate und Nahrungsmittel erzeugt wurden, als die Hauptverbraucher, d. h. die Volksmassen, deren Einkünfte auf einem niedrigen Niveau verbleiben, für ihr Geld kaufen können. Da nun die Kaufkraft der Volksmassen unter kapitalistischen Verhältnissen auf einem minimal niedrigen Niveau bleibt, so speichern die Kapitalisten die „Überschüsse“ an Waren, Textilien, Getreide usw. auf oder vernichten sie sogar, um die Preise hochzuhalten, sie schränken die Produktion ein, entlassen Arbeiter, und die Volksmassen müssen Not leiden, weil zuviel Waren produziert wurden.

2. Die heutige Krise ist die erste weltumspannende Wirtschaftskrise seit dem Kriege. Sie ist eine Weltkrise nicht nur in dem Sinne, dass sie alle oder fast alle industriellen Länder der Welt erfasst, wobei sogar Frankreich, das seinem Organismus systematisch Injektionen zuführt in Form von Milliarden Mark aus den Reparationszahlungen Deutschlands, einer gewissen Depression nicht aus dem Wege gehen konnte, die allen Angaben nach in eine Krise übergehen muss. Sie ist eine Weltkrise auch in dem Sinne, dass die Krise der Industrie zeitlich zusammenfällt mit einer Krise der Landwirtschaft, die die Produktion aller Arten von Rohstoffen und Nahrungsmitteln in den wichtigsten Agrarländern der Welt erfasst.

3. Die heutige Weltkrise entwickelt sich trotz ihres allgemeinen Charakters ungleichmäßig und erfasst die einen oder die anderen Länder zu verschiedener Zeit und mit verschiedener Stärke. Die Industriekrise begann am frühesten in Polen, Rumänien, auf dem Balkan. Sie entwickelte sich dort im Laufe des ganzen vorigen Jahres. Deutliche Anzeichen der einsetzenden Landwirtschaftskrise gab es schon Ende 1928 in Kanada, in den USA, in Argentinien, in Brasilien, in Australien. Während dieser ganzen Periode geht es mit der Industrie der USA bergauf. Gegen Mitte des Jahres 1929 erreicht die industrielle Produktion in den USA fast eine Rekordhöhe. Erst im zweiten Halbjahr 1929 tritt ein Umschwung ein, und dann allerdings greift eine stürmische Krise der industriellen Produktion um sich, die die USA auf das Niveau von 1927 zurückwarf. Darauf folgt die Industriekrise in Kanada und in Japan. Dann setzen Bankrotte und eine Krise in China und in den Kolonialländern ein, wo die Krise durch den Preisfall des Silbers verschlimmert wird und wo sich die Überproduktionskrise paart mit der Zerstörung der bäuerlichen Wirtschaft, die infolge der Ausbeutung durch die Feudalherren und durch die unerträglichen Steuern zur völligen Erschöpfung gebracht wird. Was Westeuropa anbelangt, so beginnt die Krise sich hier erst seit Anfang dieses Jahres auszuwirken, und zwar nicht überall mit gleicher Kraft, während Frankreich sogar in dieser Periode immer noch ein Anwachsen der industriellen Produktion aufzuweisen hat.

Ich glaube, es erübrigt sich, besonders auf die Zahlen einzugehen, die das Vorhandensein der Krise demonstrieren. Dass die Krise da ist, bestreitet heute kein Mensch mehr. Ich beschränke mich deshalb darauf, eine kleine, aber charakteristische Tabelle anzuführen, die kürzlich vom deutschen „Institut für Konjunkturforschung“ veröffentlicht worden ist. Diese Tabelle widerspiegelt die Entwicklung des Bergbaus und der Hauptzweige der verarbeitenden Großindustrie in den USA, England, Deutschland, Frankreich, Polen und der UdSSR seit 1927, wobei das Produktionsniveau von 1928 gleich 100 gesetzt ist. Hier diese Tabelle:

Jahr	UdSSR	USA	England	Deutschland	Frankreich	Polen
1927	82,4	95,5	105,5	100,1	86,6	88,5
1928	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1929	123,5	106,3	107,9	101,8	109,4	99,8
1930 (I. Quartal)	171,4	95,5	107,4	93,4	113,1	84,6

Was besagt diese Tabelle?

Sie besagt vor allem, dass die USA, Deutschland und Polen eine scharf ausgeprägte Krise der industriellen Großproduktion durchmachen, wobei im ersten Quartal 1930 das Produktionsniveau in den USA nach dem Aufschwung in der ersten Hälfte 1929 gegenüber 1929 um 10,8 Prozent sank und auf das Niveau von 1927 zurückging; dass in Deutschland das Produktionsniveau nach einer dreijährigen Stockung, mit dem Vorjahr verglichen, um 8,4 Prozent zurückging und um 6,7 Prozent unter den Stand des Jahres 1927 sank, während in Polen das Produktionsniveau nach der vorjährigen Krise, mit dem Vorjahr verglichen, um 15,2 Prozent sank und damit um 3,9 Prozent unter den Stand des Jahres 1927 zurückging.

Sie besagt zweitens, dass England schon drei Jahre nicht vom Fleck kommt, über den Stand von 1927 nicht hinaus kann und eine schwere wirtschaftliche Stockung durchmacht, ja, im ersten Quartal 1930 das Niveau der Produktion gegenüber dem Vorjahr schon um 0,5 Prozent gesenkt hat und damit in die Anfangsphase der Krise eingetreten ist.

Sie besagt drittens, dass es von den großen kapitalistischen Ländern nur Frankreich ist, wo ein gewisses Wachstum der Großindustrie stattfindet, und zwar betrug der Zuwachs im Jahre 1928 13,4 Prozent und im Jahre 1929 9,4 Prozent, erreichte dagegen im ersten Quartal 1930 - mit 1929 verglichen - nur 3,7 Prozent und bietet somit das Bild einer von Jahr zu Jahr sinkenden Entwicklungskurve.

Sie besagt schließlich, dass es von allen Ländern der Welt nur die UdSSR ist, wo ein stürmischer Aufstieg der Großindustrie vor sich geht, und zwar ist das Produktionsniveau im ersten Quartal 1930 mehr als doppelt so hoch wie das Niveau von 1927, die Zuwachsrates steigt von 17,6 Prozent im Jahre 1928 auf 23,5 Prozent im Jahre 1929 und auf 32 Prozent im ersten Quartal 1930, bietet also das Bild einer von Jahr zu Jahr ansteigenden Entwicklungskurve.

Man könnte einwenden: Mag das auch der Stand der Dinge bis Ende des ersten Quartals dieses Jahres gewesen sein, so wäre es doch nicht ausgeschlossen, dass im zweiten Quartal dieses Jahres eine Wendung zum Besseren eingetreten sei. Aber die Angaben für das zweite Quartal widerlegen entschieden eine solche Annahme. Sie besagen im Gegenteil, dass die Lage sich im zweiten Quartal noch mehr verschlechtert hat. Diese Angaben zeugen: von einem neuen Aktiensturz an der New-Yorker Börse und einer neuen Welle der Bankrotte in den USA; von einem neuen Rückgang der Produktion, einer Senkung der Löhne der Arbeiter und einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den USA, Deutschland, England, Italien, Japan, Südamerika, Polen, der Tschechoslowakei usw.; vom Eintreten einer Reihe von Industriezweigen Frankreichs in die Phase der Stockung, die bei der heutigen internationalen Wirtschaftslage ein Anzeichen der einsetzenden Krise ist. Arbeitslose gibt es heute in den USA mehr als 6 Millionen, in Deutschland etwa 5 Millionen, in England über 2 Millionen, in

Italien, Südamerika und Japan je eine Million, in Polen, der Tschechoslowakei und Österreich je 500000. Ich spreche gar nicht von der weiteren Verschärfung der Landwirtschaftskrise, die Millionen Farmer und werktätige Bauern ruiniert. Die Überproduktionskrise in der Landwirtschaft geht so weit, dass zur Aufrechterhaltung der hohen Preise und Profite der Bourgeoisie in Brasilien 2 Millionen Sack Kaffee ins Meer versenkt wurden; in Amerika hat man begonnen, statt Kohle Mais zu verfeuern, in Deutschland werden Hunderttausende Zentner Roggen als Schweinefutter verwandt; und was Baumwolle und Weizen anbetrifft, so werden alle Maßnahmen getroffen, um die Anbaufläche um 10 bis 15 Prozent einzuschränken. Das ist das allgemeine Bild der sich entfaltenden Weltwirtschaftskrise.

b) Jetzt, da die Weltwirtschaftskrise ihre zerstörende Wirkung entfaltet, indem sie ganzen Schichten mittlerer und kleiner Kapitalisten den Untergang bereitet, ganze Gruppen der Arbeiteraristokratie und der Farmer ruiniert und die Millionenmassen der Arbeiter zum Hungern verdammt, fragt alles: Wo liegt die Ursache der Krise, worin ist sie begründet, wie soll man sie bekämpfen, wie kann man sie aus der Welt schaffen? Es werden die verschiedenartigsten „Theorien“ der Krise ausgeklügelt. Es werden ganze Projekte vorgeschlagen zur „Linderung“, „Verhütung“, „Liquidierung“ der Krise. Die bürgerlichen Oppositionen deuten hin auf die bürgerlichen Regierungen, die jetzt auf einmal „nicht alle Maßnahmen ergriffen haben“ sollen, um die Krise zu verhüten. Die „Demokraten“ beschuldigen die „Republikaner“, die „Republikaner“ die „Demokraten“ und alle zusammen die Gruppe Hoover mit ihrem „Federal Reserve System“ das die Krise nicht „zu zügeln“ vermochte. Es gibt sogar Schlauköpfe, die die Ursache der Weltwirtschaftskrise in „Ränken der Bolschewiki“ sehen. Ich denke dabei an den bekannten „Unternehmer“ Reichberg, der eigentlich einem Unternehmer wenig ähnlich sieht und viel eher an einen „Unternehmer“ unter den Literaten und an einen „Literaten“ unter den Unternehmern erinnert. (Heiterkeit.)

Es versteht sich, dass alle diese „Theorien“ und Projekte mit Wissenschaft nichts gemein haben. Man muss feststellen, dass die bürgerlichen Ökonomen sich angesichts der Krise als völlig bankrott erwiesen haben. Mehr noch, ihnen fehlt, wie sich herausgestellt hat, sogar jenes Minimum an Wirklichkeitssinn, das man ihren Vorgängern nicht immer absprechen kann. Diese Herren vergessen, dass die Krisen nicht als eine zufällige Erscheinung im System der kapitalistischen Wirtschaft angesehen werden dürfen. Diese Herren vergessen, dass die Wirtschaftskrisen ein unvermeidliches Resultat des Kapitalismus sind. Diese Herren vergessen, dass die Krisen zusammen mit der Herrschaft des Kapitalismus auf die Welt kamen. Seit mehr als hundert Jahren treten periodische Wirtschaftskrisen ein, die sich nach Ablauf von je zwölf, zehn, acht und weniger Jahren wiederholen. Seit dieser Zeit haben bürgerliche Regierungen aller Ränge und Farben, bürgerliche Persönlichkeiten aller Stufen und Kaliber, alle ohne Ausnahme ihre Kräfte an dem Problem der „Verhütung“ und „Beseitigung“ der Krisen versucht. Sie alle aber erlitten Schiffbruch. Sie erlitten Schiffbruch, weil die Wirtschaftskrisen weder verhütet noch beseitigt werden können, wenn man im Rahmen des Kapitalismus bleibt. Was ist also Erstaunliches daran, wenn die bürgerlichen Persönlichkeiten von heute ebenfalls Schiffbruch erleiden? Was ist also Erstaunliches daran, wenn die Maßnahmen der bürgerlichen Regierungen in Wirklichkeit nicht zu einer Linderung der Krise, nicht zu einer Erleichterung der Lage der Millionenmassen der Werktätigen führen, sondern zu einer Kette neuer Bankrotte, zu einer neuen Welle der Arbeitslosigkeit, zum Verschlingen der weniger starken kapitalistischen Vereinigungen durch die stärkeren kapitalistischen Vereinigungen?

Die Basis der ökonomischen Überproduktionskrisen, ihre Ursache liegt im ganzen System der kapitalistischen Wirtschaft selbst. Die Basis der Krise liegt in dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Form der Aneignung der Produktionsergebnisse. Ausdruck dieses Grundwiderspruchs des Kapitalismus ist der Widerspruch zwischen dem kolossalen Anwachsen der Produktionskapazitäten des



Kapitalismus, die auf die Erzielung eines Maximums kapitalistischen Profits berechnet sind, und dem relativen Rückgang der zahlungsfähigen Nachfrage seitens der Millionenmassen der Werktätigen, deren Lebenshaltung die Kapitalisten ständig in den Schranken des äußersten Minimums zu halten suchen. Um im Konkurrenzkampf zu gewinnen und möglichst viel Profit herauszupressen, müssen die Kapitalisten die Technik entwickeln, eine Rationalisierung durchführen, die Ausbeutung der Arbeiter verschärfen und die Produktionskapazitäten ihrer Betriebe bis aufs äußerste steigern. Damit keiner hinter dem anderen zurückbleibe, sind alle Kapitalisten gezwungen, in einer oder der anderen Weise diesen Weg rasender Entwicklung der Produktionsmöglichkeiten zu beschreiten. Aber der Binnenmarkt wie der Außenmarkt, die Kaufkraft der Millionenmassen der Arbeiter und Bauern, die in letzter Instanz die Hauptkäufer sind, bleiben auf einem niedrigen Niveau. Daher die Überproduktionskrisen. Daher die bekannten Resultate, die sich mehr oder weniger periodisch wiederholen, kraft deren die Waren unverkauft bleiben, die Produktion zurückgeht, die Arbeitslosigkeit wächst, die Löhne gesenkt werden, wodurch sich der Widerspruch zwischen dem Produktionsniveau und dem Niveau der zahlungsfähigen Nachfrage noch mehr verschärft. Die Überproduktionskrise ist der Ausdruck dieses Widerspruchs in stürmischen und verheerenden Formen.

Könnte der Kapitalismus die Produktion nicht der Erzielung eines Maximums von Profit, sondern einer systematischen Verbesserung der materiellen Lage der Volksmassen anpassen, könnte er den Profit verwenden nicht zur Befriedigung der Launen parasitärer Klassen, nicht zur Vervollkommnung der Ausbeutungsmethoden, nicht zur Kapitalausfuhr, sondern zur systematischen Hebung der materiellen Lage der Arbeiter und Bauern, dann gäbe es keine Krisen. Aber dann wäre auch der Kapitalismus kein Kapitalismus. Um die Krisen abzuschaffen, muss man den Kapitalismus abschaffen.

Das ist die Basis der ökonomischen Überproduktionskrisen im Allgemeinen.

Aber hiermit kann es bei der Charakterisierung der heutigen Krise nicht sein Bewenden haben. Die heutige Krise ist nicht als eine einfache Wiederholung der alten Krisen zu betrachten. Sie entspringt und entwickelt sich unter einigen neuen Bedingungen, die man klarstellen muss, um ein volles Bild der Krise zu erhalten. Sie kompliziert und vertieft sich durch eine ganze Reihe besonderer Umstände, ohne deren Klärung es unmöglich ist, sich eine klare Vorstellung von der heutigen Wirtschaftskrise zu verschaffen. Was sind das für besondere Umstände?

Sie, diese besonderen Umstände, laufen auf folgende charakteristische Tatsachen hinaus:

1. Die Krise hat am stärksten das Hauptland des Kapitalismus, seine Zitadelle, die USA, erfasst, die nicht weniger als die Hälfte der gesamten Produktion und des gesamten Konsums aller Länder der Welt in ihren Händen konzentrieren. Man begreift, dass dieser Umstand notwendigerweise die Einflussphäre der Krise kolossal erweitern, zu einer Verschärfung der Krise und zur Anhäufung unvorhergesehener Schwierigkeiten für den Weltkapitalismus führen muss.

2. Im Laufe der Entfaltung der Wirtschaftskrise ist die Industriekrise der wichtigsten kapitalistischen Länder mit der landwirtschaftlichen Krise der Agrarländer nicht einfach zusammengefallen, sondern hat sich mit ihr verflochten, wodurch sich die Schwierigkeiten vertieften und ein allgemeines Absinken der wirtschaftlichen Aktivität unvermeidlich wurde. Es erübrigt sich zu sagen, dass die industrielle Krise die landwirtschaftliche verstärken und die landwirtschaftliche die industrielle in die Länge ziehen wird, was notwendigerweise zu einer Vertiefung der Wirtschaftskrise in ihrer Gesamtheit führt.

3. Der heutige Kapitalismus ist, zum Unterschied vom alten Kapitalismus, monopolistischer Kapitalismus, und das macht von vornherein den Kampf unvermeidlich, den die kapitalistischen Vereinigungen führen, um die hohen Monopolpreise der Waren trotz Überproduktion aufrechtzuerhalten. Es versteht sich, dass dieser Umstand, der die Krise für die Volksmassen, diese Hauptverbraucher der Waren, besonders qualvoll und verheerend gestaltet, unvermeidlich die Krise in die Länge ziehen, ihr Abflauen aufhalten muss.

4. Die heutige Wirtschaftskrise entfaltet sich auf Basis der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die bereits in der Periode des imperialistischen Krieges begonnen hat, die die Grundpfeiler des Kapitalismus unterwühlt und die den Eintritt der Wirtschaftskrise erleichtert hat.

Was bedeutet das?

Das bedeutet vor allem, dass der imperialistische Krieg und seine Folgen die Fäulnis des Kapitalismus verstärkt und sein Gleichgewicht erschüttert haben, dass wir heute in einer Epoche der Kriege und Revolutionen leben, dass der Kapitalismus schon nicht mehr das einzige und allumfassende System der Weltwirtschaft darstellt, dass neben dem kapitalistischen Wirtschaftssystem das sozialistische System besteht, das wächst und gedeiht, das dem kapitalistischen System gegenübersteht und das durch die bloße Tatsache seines Bestehens die Fäulnis des Kapitalismus demonstriert und dessen Grundlagen erschüttert.

Das bedeutet weiter, dass der imperialistische Krieg und der Sieg der Revolution in der UdSSR die Grundpfeiler des Imperialismus in den kolonialen und abhängigen Ländern erschüttert haben, dass die Autorität des Imperialismus in diesen Ländern schon untergraben ist, dass er nicht mehr die Kraft hat, in diesen Ländern auf die alte Art zu wirtschaften.

Das bedeutet weiter, dass während des Krieges und nach dem Kriege in den kolonialen und abhängigen Ländern ein eigener junger Kapitalismus entstanden und herangewachsen ist, der mit den alten kapitalistischen Ländern auf den Märkten erfolgreich konkurriert und dadurch den Kampf um die Absatzmärkte verschärft und kompliziert.

Das bedeutet schließlich, dass der Krieg den meisten kapitalistischen Ländern ein schweres Erbe in Gestalt der chronischen Unterbelastung der Betriebe und des Vorhandenseins von Millionenarmeen Arbeitsloser hinterlassen hat, die sich aus Reservearmeen in ständige Arbeitslosenarmeen verwandelt haben, was für den Kapitalismus schon vor der jetzigen Wirtschaftskrise eine Menge Schwierigkeiten schuf und die Dinge während der Krise noch weiter komplizieren muss.

Das sind die Umstände, die die Weltwirtschaftskrise verschlimmern und verschärfen.

Es muss festgestellt werden, dass die heutige Wirtschaftskrise von allen bisherigen Weltwirtschaftskrisen die ernsteste und tiefstgehende Krise ist.

## *2. Die Verschärfung der Gegensätze des Kapitalismus*

Das wichtigste Resultat der Weltwirtschaftskrise ist die Bloßregung und Verschärfung der dem Weltkapitalismus innewohnenden Gegensätze.

a) Es entblößen und verschärfen sich die Gegensätze zwischen den wichtigsten imperialistischen Ländern, der Kampf um die Absatzmärkte, der Kampf um die Rohstoffe, der Kampf um den Kapitalexport. Heute gibt sich keiner der kapitalistischen Staaten mehr mit der alten Aufteilung der Einflussphären und Kolonien zufrieden. Sie sehen, dass sich das Kräfteverhältnis geändert hat, und in Übereinstimmung damit müssen die Absatzmärkte, die Rohstoffquellen, die Einflussphären usw. neu verteilt werden. Der wichtigste dieser Gegensätze ist der Gegensatz zwischen den USA und England. Sowohl auf dem Gebiet der Fertigwarenausfuhr als auch auf dem Gebiet der Kapitalausfuhr spielt sich der Kampf vornehmlich zwischen den USA und England ab. Man braucht nur eine beliebige Wirtschaftszeitung, ein beliebiges Dokument über die Waren- und Kapitalausfuhr zur Hand zu nehmen, um sich davon zu überzeugen. Die Hauptarena dieses Kampfes sind Südamerika, China, die Kolonien und Dominions der alten imperialistischen Staaten. Das Übergewicht der Kräfte in diesem Kampf - und zwar ein eindeutiges Übergewicht - liegt auf Seiten der USA.

Auf diesen wichtigsten Gegensatz folgen die zwar weniger wichtigen, aber doch recht wesentlichen Gegensätze: zwischen Amerika und Japan, zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen Frankreich und Italien, zwischen England und Frankreich usw.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass im Zusammenhang mit der sich entfaltenden Krise der Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffe und Kapitalausfuhr mit jedem Monat, mit jedem Tag stärker werden wird.

Die Mittel des Kampfes sind Zollpolitik, billige Waren, billiger Kredit, Umgruppierung der Kräfte und neue militärisch-politische Bündnisse, zunehmende Rüstungen, Vorbereitung zu neuen imperialistischen Kriegen und schließlich - der Krieg.

Ich sprach von einer Krise, die alle Produktionszweige erfasst hat. Aber es gibt einen Produktionszweig, der nicht von der Krise erfasst ist. Dieser Produktionszweig ist die Kriegsindustrie. Sie wächst ständig, trotz der Krise. Die bürgerlichen Staaten betreiben eine wahnwitzige Auf- und Umrüstung. Wozu? Natürlich nicht zum Zeitvertreib, sondern zum Krieg. Den Krieg aber brauchen die Imperialisten, da er das einzige Mittel ist zur Neuaufteilung der Welt, zur Neuaufteilung der Absatzmärkte, der Rohstoffquellen, der Sphären für Kapitalanlagen.

Es ist durchaus begreiflich, dass unter diesen Umständen der so genannte Pazifismus in den letzten Zügen liegt, der Völkerbund bei lebendigem Leibe verfault, die „Abrüstungsprojekte“ in der Versenkung verschwinden und die Konferenzen für die Einschränkung der Flottenrüstungen sich in Konferenzen zur Modernisierung und Erweiterung der Marine verwandeln.

Das bedeutet, dass die Kriegsgefahr in beschleunigtem Tempo wachsen wird.

Mögen die Sozialdemokraten von Pazifismus, von Frieden, von friedlicher Entwicklung des Kapitalismus und dergleichen schwatzen. Die Erfahrungen mit den Regierungen der Sozialdemokratie in Deutschland und England zeigen, dass ihr Pazifismus lediglich eine Maske ist, notwendig zur Verschleierung der Vorbereitung neuer Kriege.

b) Es entblößen sich und werden sich weiter verschärfen die Gegensätze zwischen den Siegerländern und den besiegten Ländern. Unter den letzteren meine ich insbesondere Deutschland. Unzweifelhaft wird sich im Zusammenhang mit der Krise und der Verschärfung des Problems der Märkte der Druck auf Deutschland verstärken, das nicht nur Schuldner, sondern auch einer der größten Exporteure ist. Man könnte das eigenartige Verhältnis, das sich zwischen den Siegerländern und Deutschland herausgebildet hat, als eine Pyramide darstellen, auf deren Spitze Amerika, Frankreich, England usw. wie die Herren thronen, mit dem Youngplan<sup>[38]</sup> in Händen, auf dem geschrieben steht: „Zahle!“, während unten Deutschland hingestreckt liegt, das sich abplagt und alle Kräfte aus sich herausholen muss, um die befohlenen Milliardenkontributionen zahlen zu können. Wollen Sie wissen, was das ist? Das ist der „Geist von Locarno“<sup>[39]</sup>. Zu glauben, dass ein solcher Zustand für den Weltkapitalismus ohne Folgen bleiben könne, hieße vom Leben überhaupt nichts verstehen. Zu glauben, dass die deutsche Bourgeoisie imstande sein werde, in den nächsten zehn Jahren 20 Milliarden Mark zu zahlen, und dass das unter dem doppelten Joch der „eigenen“ und der „fremden“ Bourgeoisie lebende deutsche Proletariat sich diese 20 Milliarden ohne ernstliche Kämpfe und Erschütterungen von der deutschen Bourgeoisie abzapfen lassen werde, hieße den Verstand verloren haben. Mögen deutsche oder französische Politiker sich den Anschein geben, als glaubten sie an dieses Wunder. Wir Bolschewiki glauben nicht an Wunder.

c) Es entblößen und verschärfen sich die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten und den kolonialen und abhängigen Ländern. Die wachsende Wirtschaftskrise verstärkt unvermeidlich den Druck der Imperialisten auf die Kolonien und die abhängigen Länder, die die wichtigsten Absatz- und Rohstoffmärkte darstellen. Und tatsächlich verstärkt sich der Druck bis aufs äußerste. Ist es doch Tatsache, dass sich die europäische Bourgeoisie jetzt im Zustand des Krieges mit „ihren“ Kolonien in Indien, in Indochina, in Indonesien, in Nordafrika befindet. Ist es doch Tatsache, dass das „unabhängige“ China bereits faktisch in Einflussphären aufgeteilt ist und dass die Generalscliquen der konterrevolutionären Kuomintang, die sich gegenseitig bekämpfen und das chinesische Volk an den Bettelstab bringen, den Willen ihrer Gebieter aus dem imperialistischen Lager erfüllen.

Die verlogene Version, dass Mitarbeiter der russischen Botschaften in China an der Störung von „Frieden und Ruhe“ in China die Schuld trügen, muss als endgültig widerlegt betrachtet werden. Schon lange gibt es weder in Süd- noch in Mittelchina russische Botschaften. Dafür aber gibt es dort englische, japanische, deutsche, amerikanische und alle möglichen anderen Botschaften. Russische Botschaften gibt es schon lange weder in Süd- noch in Mittelchina. Dafür aber gibt es dort deutsche, englische und japanische militärische Ratgeber bei den kriegführenden chinesischen Generalen. Russische Botschaften gibt es dort schon lange nicht mehr. Dafür aber gibt es englische, amerikanische, deutsche, tschechoslowakische und alle möglichen anderen Geschütze, Gewehre, Flugzeuge, Tanks und Giftgase. Und was sehen wir? Statt „Frieden und Ruhe“ sehen wir in Süd- und Mittelchina jetzt den zügellosesten und verheerendsten Generalkrieg, der von den „zivilisierten“ Staaten Europas und Amerikas finanziert und nach ihren Instruktionen geführt wird. Somit bietet die „zivilisatorische“ Tätigkeit der kapitalistischen Staaten ein recht pikantes Bild. Unverständlich ist nur, was die russischen Bolschewiki damit zu tun haben sollen.

Es wäre lächerlich zu glauben, dass die erwähnten Gewalttaten der Imperialisten ihnen ohne Folgen hingehen werden. Die chinesischen Arbeiter und Bauern haben darauf bereits mit der Bildung von Sowjets und einer Roten Armee geantwortet. Man sagt, dass dort schon eine Regierung der Sowjets gebildet worden ist. Ich glaube, dass dies, wenn es wahr ist, nicht weiter verwunderlich ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass nur Sowjets imstande sind, China vor dem endgültigen Zerfall und vor der Verelendung zu retten.

Was Indien, Indochina, Indonesien, Afrika usw. anbelangt, so unterliegt es keinem Zweifel, dass die revolutionäre Bewegung in diesen Ländern, die zeitweise die Formen eines nationalen Befreiungskrieges annimmt, im Wachsen begriffen ist. Die Herren Bourgeois gedenken in diesen Ländern Ströme von Blut zu vergießen und sich auf Polizeibajonette zu stützen, wobei sie Leute wie Gandhi zu Hilfe rufen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass Polizeibajonette eine schlechte Stütze sind. Auch der Zarismus suchte sich seinerzeit auf Polizeibajonette zu stützen, aber was für eine Stütze daraus geworden ist, weiß jedermann. Was die Helfer vom Schlage Gandhis anbelangt, so hatte der Zarismus ihrer eine ganze Herde in der Person liberaler Paktierer jeder Art, was jedoch nichts anderes als Blamage zur Folge hatte.

d) Entblößt und verschärft haben sich die Gegensätze zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat in den kapitalistischen Ländern. Die Krise hat bereits zu verstärktem Druck der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse geführt. Die Krise hat bereits eine neue Welle kapitalistischer Rationalisierung, eine neue Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Vermehrung des ständigen Arbeitslosenheeres und Lohnabbau ausgelöst. Es ist nicht verwunderlich, dass diese Umstände die Situation revolutionieren, den Kampf der Klassen verschärfen und die Arbeiter zu neuen Klassenschlachten drängen.

Im Zusammenhang damit werden die sozialdemokratischen Illusionen in den Arbeitermassen zerstört und beseitigt. Nach den Erfahrungen mit den Regierungen der Sozialdemokraten, die Streiks abwürgen, Aussperrungen organisieren und Arbeiter niederschließen, klingen die lügnerischen Versprechungen einer „Wirtschaftsdemokratie“, eines „Industriefriedens“ und „friedlicher Methoden“ des Kampfes in den Ohren der Arbeiter wie ein böser Hohn. Ob man jetzt noch viele Arbeiter finden wird, die willens sind, den verlogenen Predigten der Sozialfaschisten zu glauben? Die bekannten Arbeiterdemonstrationen am 1. August 1929 (gegen die Kriegsgefahr) und am 6. März 1930 (gegen die Arbeitslosigkeit)<sup>[40]</sup> zeigen, dass die besten Elemente der Arbeiterklasse sich bereits von den Sozialfaschisten abgewandt haben. Die Wirtschaftskrise wird den sozialdemokratischen Illusionen unter den Arbeitern einen neuen Schlag versetzen. Es werden sich jetzt wenig Arbeiter finden, die nach den durch die Krise ausgelösten Wellen von Bankrott und Ruin gewillt sein werden, an die Möglichkeit der Bereicherung „jedes Arbeiters“ durch Beteiligung an „demokratisierten“ Aktiengesellschaften

zu glauben. Es erübrigt sich zu sagen, dass die Krise allen diesen und ähnlichen Illusionen einen vernichtenden Schlag versetzen wird.

Aber die Abkehr der Arbeitermassen von der Sozialdemokratie bedeutet, dass sie sich dem Kommunismus zuwenden. So geschieht es auch tatsächlich. Das Anwachsen der kommunistischen Partei nahe stehenden Gewerkschaftsbewegung; die Wahlerfolge der kommunistischen Parteien; die Welle von Streiks unter führender Beteiligung der Kommunisten; das Umschlagen wirtschaftlicher Streiks in politische, von den Kommunisten organisierte Protestaktionen; die Massendemonstrationen der mit dem Kommunismus sympathisierenden Arbeiter, die in der Arbeiterklasse den lebhaftesten Widerhall finden - alles das zeugt davon, dass die Arbeitermassen in der kommunistischen Partei die einzige Partei sehen, die fähig ist, den Kapitalismus zu bekämpfen, die einzige Partei, die des Vertrauens der Arbeiter würdig ist, die einzige Partei, der man im Kampf für die Befreiung vom Kapitalismus folgen kann, die es wert ist, dass man ihr folgt. Das ist eine Schwenkung der Massen zum Kommunismus. Es ist die Gewähr dafür, dass unsere kommunistischen Bruderparteien zu großen Massenparteien der Arbeiterklasse werden. Notwendig ist nur, dass die Kommunisten es verstehen, die Lage richtig zu bewerten, und sie in entsprechender Weise ausnutzen. Durch die Entfaltung ihres unversöhnlichen Kampfes gegen die Sozialdemokratie, diese Agentur des Kapitals in der Arbeiterklasse, durch die Zerschlagung aller und jeglicher Abweichungen vom Leninismus, die Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie sind, haben die kommunistischen Parteien gezeigt, dass sie auf dem richtigen Wege sind. Es ist notwendig, dass sie auf diesem Wege endgültig festen Fuß fassen. Können sie doch nur unter dieser Bedingung darauf rechnen, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern und das Proletariat erfolgreich auf die kommenden Klassenschlachten vorzubereiten. Kann doch nur unter dieser Bedingung auf ein weiteres Steigen des Einflusses und Ansehens der Kommunistischen Internationale gerechnet werden.

So steht es mit den grundlegenden Gegensätzen des Weltkapitalismus, die sich infolge der Weltwirtschaftskrise aufs äußerste verschärft haben. Wovon zeugen alle diese Tatsachen?

Davon, dass die Stabilisierung des Kapitalismus ihrem Ende entgegengeht.

Davon, dass der Aufschwung der revolutionären Massenbewegung mit neuer Kraft weitergehen wird.

Davon, dass die Weltwirtschaftskrise in einer Reihe von Ländern in eine politische Krise umschlagen wird.

Das bedeutet erstens, dass die Bourgeoisie den Ausweg aus der Lage auf dem Gebiet der Innenpolitik in weiterer Faschisierung suchen wird, wozu sie alle reaktionären Kräfte, darunter auch die Sozialdemokratie, benutzen wird.

Das bedeutet zweitens, dass die Bourgeoisie den Ausweg auf dem Gebiet der Außenpolitik in einem neuen imperialistischen Krieg suchen wird.

Das bedeutet schließlich, dass das Proletariat im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Kriegsgefahr den Ausweg in der Revolution suchen wird.

### *3. Die Beziehungen zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Staaten*

a) Ich sprach vorher von den Gegensätzen des Weltkapitalismus. Aber außer diesen Gegensätzen besteht noch ein Gegensatz. Ich meine den Gegensatz zwischen der kapitalistischen Welt und der UdSSR. Allerdings lässt sich dieser Gegensatz nicht als ein Gegensatz von innerkapitalistischer Art betrachten. Es ist der Gegensatz zwischen dem Kapitalismus als Ganzem und dem Lande des im Aufbau begriffenen Sozialismus. Das hindert diesen Gegensatz jedoch nicht, den Kapitalismus bis in seine Grundfesten zu zersetzen und zu erschüttern. Noch mehr, er legt bis auf die Wurzeln alle Gegensätze des Kapitalismus bloß und schürzt sie zu einem Knoten zusammen, indem er sie zur Frage von Sein oder

Nichtsein der ganzen kapitalistischen Ordnung macht. Deshalb richtet die Bourgeoisie jedes Mal, wenn die kapitalistischen Gegensätze sich zu verschärfen beginnen, ihre Blicke auf die UdSSR: ob es nicht möglich wäre, diesen oder jenen Gegensatz des Kapitalismus oder aber alle Gegensätze miteinander auf Kosten der UdSSR beizulegen, auf Kosten dieses Landes der Sowjets, der Zitadelle der Revolution, die schon allein durch ihr Bestehen die Arbeiterklasse und die Kolonien revolutioniert, die Anzettelung eines neuen Krieges behindert, die Neuaufteilung der Welt behindert und die Kapitalisten daran hindert, sich auf dem ausgedehnten Binnenmarkt der Sowjetunion breitzumachen, dessen sie gerade jetzt, angesichts der Wirtschaftskrise, so bedürfen.

Daher die Tendenz zu abenteuerlichen Anrempeleien gegenüber der UdSSR und zur Intervention, welche (Tendenz) im Zusammenhang mit der sich entfaltenden Wirtschaftskrise stärker werden muss.

Der ausgesprochenste Träger dieser Tendenz ist im Augenblick das bürgerliche Frankreich von heute, die Heimat des liebetriefenden „Paneuropas“<sup>[41]</sup>, die „Wiege“ des Kellogg-Paktes<sup>[42]</sup>, das aggressivste und militaristischste Land von allen aggressiven und militaristischen Ländern der Welt.

Aber die Intervention ist ein zweiseitiges Schwert. Das weiß die Bourgeoisie sehr genau. Schön wäre es, denkt sie sich, wenn die Intervention glatt abliefe und mit einer Niederlage der UdSSR endete. Was aber, wenn sie mit einer Niederlage der Kapitalisten endet? Es gab ja schon eine Intervention, die mit einem Fiasko geendet hat. Diese erste Intervention brach zusammen, als die Bolschewiki schwach waren, welche Gewähr gibt es also dafür, dass die zweite nicht gleichfalls mit einem Fiasko enden wird? Alle sehen, dass die Bolschewiki jetzt sowohl wirtschaftlich als auch politisch und hinsichtlich der Vorbereitung der Wehrkraft des Landes ungleich stärker sind. Und wie wird es mit den Arbeitern der kapitalistischen Länder sein, die keine Intervention gegen die UdSSR zulassen werden, die gegen die Intervention kämpfen werden und, wenn es darauf ankommt, den Kapitalisten in den Rücken fallen können? Wäre es nicht besser, den Weg des Ausbaus der Handelsbeziehungen zur UdSSR zu beschreiten, wogegen auch die Bolschewiki nichts einzuwenden haben?

Daher die Tendenz zur Fortsetzung friedlicher Beziehungen mit der UdSSR.

Somit haben wir zwei Reihen von Faktoren und zwei verschiedene Tendenzen, die in einander entgegengesetzter Richtung wirken:

1. Eine Politik der Untergrabung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Ländern, provokatorische Anrempeleien gegenüber der UdSSR, offene und versteckte Vorbereitung einer Intervention gegen die UdSSR. Das sind die Faktoren, die die internationale Stellung der UdSSR bedrohen. Auf die Wirkung dieser Faktoren sind solche Tatsachen zurückzuführen wie der Bruch des konservativen englischen Kabinetts mit der UdSSR, die Besetzung der Ostchinabahn durch chinesische Militaristen, die Finanzblockade gegen die UdSSR, der „Kreuzzug“ der vom Papst geführten Klerikalen gegen die UdSSR, die Organisation einer Schädlingsarbeit unserer Spezialisten durch Agenten ausländischer Staaten, die Organisation von Sprengstoffanschlägen und Brandstiftungen in der Art, wie sie von einigen Angestellten der „Lena-Goldfields“<sup>[43]</sup> verübt wurden, Attentate auf Vertreter der UdSSR (Polen), Schikanen gegen unseren Export (USA, Polen) usw.

2. Sympathie und Unterstützung der UdSSR seitens der Arbeiter der kapitalistischen Länder, Anwachsen der ökonomischen und politischen Macht der UdSSR, wachsende Wehrkraft der UdSSR, die von der Sowjetmacht unentwegt befolgte Friedenspolitik. Das sind die Faktoren, die die internationale Stellung der UdSSR stärken. Auf die Wirkung dieser Faktoren sind solche Tatsachen zurückzuführen wie die erfolgreiche Liquidierung des Konflikts an der Ostchinabahn, die Wiederherstellung der Beziehungen zu Großbritannien, der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu den kapitalistischen Ländern usw.

Durch den Kampf dieser Faktoren wird die außenpolitische Stellung der UdSSR bestimmt.

b) Man sagt, ein Stein des Anstoßes auf dem Wege zur Besserung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und den bürgerlichen Staaten sei die Schuldenfrage. Ich glaube, dass dies kein Argument für die Zahlung der Schulden, sondern ein Vorwand für aggressive Elemente zur Interventionspropaganda ist. Unsere Politik auf diesem Gebiet ist klar und vollumfänglich begründet. Unter der Bedingung, dass uns Kredite gewährt werden, sind wir bereit, einen kleinen Teil der Vorkriegsschulden zu bezahlen, wobei wir diese Zahlung als Zuschlagszinsen für die Kredite betrachten. Ohne diese Bedingung können und dürfen wir nicht zahlen. Man verlangt mehr von uns? Mit welchem Recht? Ist es denn nicht bekannt, dass diese Schulden von der Zarenregierung aufgenommen wurden, die von der Revolution gestürzt worden ist und für deren Verpflichtungen die Sowjetregierung keine Verantwortung übernehmen kann? Man redet uns von Völkerrecht, von internationalen Verpflichtungen. Aber auf Grund welches Völkerrechts haben die Herren „Alliierten“ von der UdSSR Bessarabien losgerissen und es der Sklaverei der rumänischen Bojaren überantwortet? Auf Grund welcher internationalen Verpflichtungen sind die Kapitalisten und die Regierungen Frankreichs, Englands, Amerikas und Japans über die UdSSR hergefallen, haben sie die Intervention gegen die UdSSR vom Zaun gebrochen, haben sie die Sowjetunion drei volle Jahre hindurch geplündert und ihre Bevölkerung ruiniert? Wenn man das Völkerrecht und internationale Verpflichtung nennt, was nennt man dann Raub? (Heiterkeit, Beifall.) Ist es denn nicht klar, dass die Herren „Alliierten“ durch derartige räuberische Akte das Recht verwirkt haben, sich auf das Völkerrecht, auf internationale Verpflichtungen zu berufen?

Man sagt ferner, die Propaganda der russischen Bolschewiki sei ein Hindernis für die Anbahnung „normaler“ Beziehungen. Um die schädliche Wirkung der Propaganda zu verhüten, grenzen sich die Herren Bourgeois immer wieder durch „Sicherheitskordone“, durch „Drahtverhaue“ ab und überlassen gnädigst die Ehre, diese „Verhaue“ schützen zu dürfen, Polen, Rumänien, Finnland usw. Man sagt, Deutschland erblasse vor Neid, weil man ihm den Schutz der „Sicherheitskordone“ und „Drahtverhaue“ nicht anvertrauen wolle. Bedarf es eines Beweises dafür, dass das Geschwätz von Propaganda kein Argument gegen die Wiederherstellung „normaler Beziehungen“, sondern ein Vorwand für Interventionspropaganda ist? Wie können Leute, die sich nicht lächerlich machen wollen, sich von den Ideen des Bolschewismus „abzusperren“ suchen, wenn ihr eigenes Land diesen Ideen einen günstigen Boden bietet? Auch der Zarismus versuchte seinerzeit, sich vom Bolschewismus „abzusperren“, brachte diese „Absperrung“ aber bekanntlich nicht zuwege. Er vermochte sich nicht abzusperren, weil der Bolschewismus überall und allerorts wächst, nicht von außen her, sondern von innen her. Es gibt, wie es scheint, keine Länder, die gegen die russischen Bolschewiki in höherem Grade „abgesperrt“ wären als China, Indien, Indochina. Was sehen wir aber? Der Bolschewismus wächst dort und wird wachsen, trotz aller „Sicherheitskordone“, da es dort offenbar Bedingungen gibt, die dem Bolschewismus günstig sind. Was hat das aber mit der Propaganda der russischen Bolschewiki zu tun? Etwas anderes wäre es, wenn die Herren Kapitalisten sich irgendwie „absperrn“ könnten von der Wirtschaftskrise, der Verelendung der Massen, der Arbeitslosigkeit, den niedrigen Löhnen, der Ausbeutung der Werk-tätigen - dann lägen die Dinge anders, dann gäbe es bei ihnen auch keine bolschewistische Bewegung. Aber das ist ja die Sache, dass jeder Schurke darauf aus ist, seine Schwäche oder seine Unfähigkeit mit Berufung auf die Propaganda der russischen Bolschewiki zu rechtfertigen.

Man sagt weiter, ein Stein des Anstoßes sei unsere Sowjetordnung, sei die Kollektivierung, der Kampf gegen das Kulakentum, die antireligiöse Propaganda, der Kampf gegen Schädlinge und Konterrevolutionäre unter den „Männern der Wissenschaft“, die Verjagung der Bessedowski, Solomon, Dmitrijewski und ähnlicher Lakaien des Kapitals. Das wird nun schon ganz ergötzlich. Ihnen gefällt also die Sowjetordnung nicht. Uns aber gefällt wiederum die kapitalistische Ordnung nicht. (Heiterkeit, Beifall.) Es gefällt uns nicht, dass Dutzende Millionen von Arbeitslosen dort hungern müssen und auf Almosen angewiesen sind, während

ein kleines Häuflein von Kapitalisten Milliardenreichtümer besitzt. Da wir aber einmal übereingekommen sind, uns nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, ist es da nicht klar, dass es keinen Sinn hat, erneut auf diese Frage zurückzukommen? Die Kollektivierung, der Kampf gegen das Kulakentum, der Kampf gegen die Schädlinge, die antireligiöse Propaganda usw. sind das unanfechtbare, in unserer Verfassung verbrieftete Recht der Arbeiter und Bauern der UdSSR. Die Verfassung der UdSSR müssen und werden wir mit aller Konsequenz einhalten. Es ist deshalb begreiflich, dass derjenige, der unsere Verfassung nicht respektieren will, sich fortschleichen kann, wohin es ihm beliebt. Was die Bessedowski, Solomon, Dmitrijewski usw. anbelangt, so werden wir solche Leute auch fernerhin als einen für die Revolution unbrauchbaren und schädlichen Trödel hinauswerfen. Mögen diejenigen, die an Abfällen besonderes Gefallen haben, sie auf den Schild heben. (Heiterkeit.) Die Mühlen unserer Revolution arbeiten gut. Ihre Mühlsteine arbeiten alles Wertvolle heraus und geben es den Sowjets, die Abfälle aber werfen sie hinaus. Man sagt, in Frankreich, unter den Pariser Bourgeois, mache sich eine starke Nachfrage nach diesem Trödel geltend. Schön, mögen sie diese Ware nach Herzenslust importieren. Freilich wird das die Einfuhr rubriken der französischen Handelsbilanz etwas belasten, wogegen die Herren Bourgeois stets zu protestieren pflegen. Das aber ist schon ihre Sache. Wohlan, wollen wir uns nicht in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einmischen. (Heiterkeit, Beifall.) So verhält es sich mit den „Hindernissen“, die die Anbahnung „normaler“ Beziehungen der UdSSR zu anderen Ländern hemmen.

Man sieht also, dass diese „Hindernisse“ nur vermeintliche Hindernisse sind, auf die man sich nur beruft, um einen Vorwand für sowjetfeindliche Propaganda zu erhalten.

Unsere Politik ist eine Politik des Friedens und des Ausbaus der Handelsbeziehungen zu allen Ländern. Ein Ergebnis dieser Politik ist die Besserung der Beziehungen zu einer Anzahl von Ländern und der Abschluss einer Reihe von Handelsverträgen, von Abkommen über technische Hilfe usw. Ihr Ergebnis ist weiter der Beitritt der UdSSR zum Kellogg-Pakt, die Unterzeichnung des bekannten, im Sinne des Kellogg-Paktes liegenden Protokolls mit Polen, Rumänien, Litauen usw., die Unterzeichnung des Protokolls über die Verlängerung der Geltungsdauer des Freundschafts- und Neutralitätsvertrages mit der Türkei. Ein Ergebnis dieser Politik ist schließlich die Tatsache, dass es uns gelungen ist, den Frieden zu wahren, da wir uns von den Feinden nicht in Konflikte verwickeln ließen, obgleich die Kriegshetzer eine Reihe provokatorischer Akte und abenteuerlicher Anrennereien unternahmen. Diese Friedenspolitik werden wir auch fernerhin mit allen Kräften, mit allen Mitteln durchführen. Wir wollen keinen Fuß breit fremden Bodens. Aber auch von unserem eigenen Boden werden wir niemand auch nur einen Zoll breit überlassen. (Beifall.)

Das ist unsere Außenpolitik.

Die Aufgabe ist nun, diese Politik auch fernerhin mit der ganzen Beharrlichkeit durchzuführen, wie sie Bolschewiki eigen ist.

## II DER WACHSENDE AUFSCHWUNG DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS UND DIE INNERE LAGE DER UdSSR

Gehen wir zur inneren Lage der UdSSR über.

Im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern, in denen jetzt die ökonomische Krise und wachsende Erwerbslosigkeit herrschen, bietet die innere Lage unseres Landes ein Bild des wachsenden Aufschwungs der Volkswirtschaft und des progressiven Rückgangs der Erwerbslosigkeit. Die Großindustrie ist gewachsen und hat ihr Entwicklungstempo beschleunigt. Die Schwerindustrie ist erstarkt. Der sozialistische Sektor der Industrie ist weit vorangekommen. In der Landwirtschaft ist eine neue Macht herangewachsen - die Sowjet-



und Kollektivwirtschaften. Während wir vor zwei Jahren eine Krise der Getreideproduktion hatten und uns bei der Getreidebeschaffung hauptsächlich auf die Einzelwirtschaft stützten, ist der Schwerpunkt jetzt auf die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften verlegt, und die Getreidekrise kann in der Hauptsache als überwunden betrachtet werden. Die Hauptmassen der Bauernschaft haben sich endgültig den Kollektivwirtschaften zugewandt. Der Widerstand des Kulakentums ist niedergeschlagen. Die innere Lage der UdSSR hat sich noch mehr gefestigt.

Das ist im Ganzen das Bild der inneren Lage der UdSSR zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Sehen wir uns das konkrete Material an.

### *1. Das Wachstum der Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit*

a) Hatten wir im Jahre 1926/27, d. h. zur Zeit des XV. Parteitags, in der gesamten Landwirtschaft - Forstwirtschaft, Fischerei usw. einbegriffen - eine Bruttoproduktion von 12370 Millionen Vorkriegsrubel, d. h. 106,6 Prozent des Vorkriegsstands, so hatten wir im folgenden Jahr, d. h. 1927/28, 107,2 Prozent, im Jahre 1928/29 109,1 Prozent, während wir im laufenden Jahr, 1929/30, nach dem Gang der Entwicklung der Landwirtschaft zu urteilen, mindestens 113-114 Prozent des Vorkriegsstands erreichen werden.

Es ist also ein ununterbrochenes, wenn auch verhältnismäßig langsames Wachstum der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion festzustellen.

Betrug die Bruttoproduktion der gesamten Industrie - sowohl der Klein- wie auch der Großindustrie, die Mühlenindustrie eingeschlossen - im Jahre 1926/27, d. h. zur Zeit des XV. Parteitags, 8641 Millionen Vorkriegsrubel, d. h. 102,5 Prozent des Vorkriegsstands, so hatten wir im folgenden Jahr, d. h. 1927/28, 122 Prozent, im Jahre 1928/29 142,5 Prozent, während wir im laufenden Jahr, 1929/30, nach dem Entwicklungstempo der Industrie zu urteilen, mindestens 180 Prozent des Vorkriegsstands erreichen werden.

Es ist also ein beispiellos rasches Wachstum der industriellen Gesamtproduktion festzustellen.

b) Betrug im Jahre 1926/27, d. h. zur Zeit des XV. Parteitags, der Güterumschlag in unserem gesamten Eisenbahnnetz 81,7 Milliarden Tonnenkilometer, d. h. 127 Prozent des Vorkriegsniveaus, so hatten wir im folgenden Jahr, d. h. 1927/28, 134,2 Prozent, im Jahre 1928/29 162,4 Prozent, während der Güterumschlag im laufenden Jahr, 1929/30, voraussichtlich mindestens 193 Prozent des Vorkriegsstands ausmachen wird. Was den Bau neuer Strecken anbelangt, so wächst in der Berichtsperiode, d. h. seit 1927/28, das Eisenbahnnetz von 76000 Kilometer auf 80000 Kilometer, was 136,7 Prozent des Vorkriegsumfanges ausmacht.

c) Setzt man den Stand des Handelsumsatzes im Lande im Jahre 1926/27 gleich 100 (31 Milliarden Rubel), so wuchs der Umsatz im Jahre 1927/28 auf 124,6 Prozent, im Jahre 1928/29 auf 160,4 Prozent, während der Umsatz im laufenden Jahr, 1929/30, voraussichtlich 202 Prozent betragen wird, d. h. sich im Vergleich zu 1926/27 verdoppeln wird.

d) Setzt man die Gesamtbilanz aller unserer Kreditanstalten vom 1. Oktober 1927 gleich 100 (9173 Millionen Rubel), dann ergibt sich für den 1. Oktober 1928 ein Anwachsen auf 141 Prozent und für den 1. Oktober 1929 auf 201,1 Prozent, d. h. eine Verdoppelung im Vergleich zu 1927.

e) Setzt man den Gesamtstaatshaushalt 1926/27 gleich 100 (6371 Millionen Rubel), so hatten wir für 1927/28 ein Anwachsen des Staatshaushalts auf 125,5 Prozent, für 1928/29 auf 146,7 Prozent und für 1929/30 auf 204,4 Prozent, d. h. im Vergleich mit dem Haushalt des Jahres 1926/27 eine Verdoppelung (12605 Millionen Rubel).

f) Machte unser Außenhandelsumsatz (Export und Import) im Jahre 1926/27 47,9 Prozent des Vorkriegsniveaus aus, so wuchs er im Jahre 1927/28 auf 56,8 Prozent, im Jahre 1928/29 auf 67,9 Prozent, während er im Jahre 1929/30 voraussichtlich nicht weniger als 80 Prozent des Vorkriegsumfanges betragen wird.

g) Zusammenfassend können wir feststellen, dass das Wachstum des gesamten Volkseinkommens in der Berichtsperiode (in unveränderten Preisen des Jahres 1926/27) folgendes Bild bietet: Im Jahre 1926/27 betrug das Volkseinkommen nach den Zahlen der Staatlichen Plankommission 23127 Millionen Rubel, im Jahre 1927/28 25396 Millionen Rubel - ein Wachstum um 9,8 Prozent -, im Jahre 1928/29 28596 Millionen Rubel - ein Wachstum um 12,6 Prozent; im Jahre 1929/30 wird das Volkseinkommen voraussichtlich nicht weniger als 34 Milliarden Rubel betragen, so dass der Zuwachs des letzten Jahres 20 Prozent ausmachen wird. Der durchschnittliche Jahreszuwachs in den drei Berichtsjahren beträgt also mehr als 15 Prozent.

Zieht man in Betracht, dass die durchschnittliche Jahreszunahme des Volkseinkommens in Ländern wie den USA, England, Deutschland nicht mehr als 3-8 Prozent beträgt, so muss man zugeben, dass das Wachstumstempo des Volkseinkommens in der UdSSR wirklich einen Rekord darstellt.

## *2. Die Erfolge der Industrialisierung*

Das Wachstum der Volkswirtschaft geht bei uns nicht spontan vor sich, sondern in einer bestimmten Richtung, nämlich in Richtung auf die Industrialisierung, es steht im Zeichen der Industrialisierung, im Zeichen des Anwachsens des Anteils der Industrie am Gesamtsystem der Volkswirtschaft, im Zeichen der Verwandlung unseres Landes aus einem Agrarland in ein Industrieland.

a) Die Dynamik des Wechselverhältnisses zwischen der gesamten Industrie und der gesamten Landwirtschaft vom Standpunkt des Anteils der Industrie an der Bruttonproduktion der gesamten Volkswirtschaft zeichnet sich in der Berichtsperiode wie folgt ab: Von der Bruttonproduktion der Volkswirtschaft entfielen in der Vorkriegszeit auf die Industrie 42,1 Prozent und auf die Landwirtschaft 57,9 Prozent, im Jahre 1927/28 auf die Industrie 45,2 Prozent und auf die Landwirtschaft 54,8 Prozent, im Jahre 1928/29 auf die Industrie 48,7 Prozent, auf die Landwirtschaft 51,3 Prozent; im Jahre 1929/30 werden auf die Industrie voraussichtlich nicht weniger als 53 Prozent und auf die Landwirtschaft nicht mehr als 47 Prozent entfallen.

Dies bedeutet, dass der Anteil der Industrie am Gesamtsystem der Volkswirtschaft den Anteil der Landwirtschaft bereits zu überwiegen beginnt und dass wir am Vorabend der Umwandlung unseres Landes aus einem Agrarland in ein Industrieland stehen. (Beifall.)

b) Ein noch entschiedeneres Übergewicht zugunsten der Industrie erhalten wir, wenn wir den Anteil der Industrie an der Warenproduktion der Volkswirtschaft betrachten. Während 1926/27 der Anteil der industriellen Warenproduktion an der Gesamtbilanz der volkswirtschaftlichen Warenproduktion 68,8 Prozent betrug und der Anteil der landwirtschaftlichen Warenproduktion 31,2 Prozent, sind die entsprechenden Zahlen im Jahre 1927/28 für die Industrie 71,2 Prozent, für die Landwirtschaft 28,8 Prozent, im Jahre 1928/29 für die Industrie 72,4 Prozent, für die Landwirtschaft 27,6 Prozent; und für das Jahr 1929/30 werden wir voraussichtlich für die Industrie 76 Prozent, für die Landwirtschaft aber 24 Prozent haben.

In dieser besonders ungünstigen Lage der Landwirtschaft kommt unter anderem der kleinbäuerliche Charakter der Landwirtschaft, ihre schwach entwickelte Warenproduktion, zum Ausdruck. Dabei versteht sich, dass dieser Zustand sich in gewissem Maße ändern wird, je mehr die Vergrößerung des landwirtschaftlichen Betriebs - in Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften - voranschreitet, je mehr die landwirtschaftliche Produktion zur Warenproduktion wird.

c) Aber die Entwicklung der Industrie überhaupt gibt noch kein vollständiges Bild vom Tempo der Industrialisierung. Um ein vollständiges Bild zu gewinnen, muss man noch die Dynamik des Wechselverhältnisses zwischen Schwer- und Leichtindustrie feststellen. Daher

muss als klarstes Zeichen des Wachstums der Industrialisierung das fortschreitende Anwachsen des Anteils der Produktion von Produktionsinstrumenten und -mitteln (Schwerindustrie) an der Gesamtproduktion der Industrie gelten. Während der Anteil der Produktion von Produktionsinstrumenten und -mitteln an der Gesamtproduktion der ganzen Industrie im Jahre 1927/28 27,2 Prozent betrug und der Anteil der Produktion von Massenbedarfsgütern 72,8 Prozent, betrug der Anteil der Produktion von Produktionsinstrumenten und -mitteln im Jahre 1928/29 28,7 Prozent gegenüber 71,3 Prozent, und im Jahre 1929/30 wird der Anteil der Produktion von Produktionsinstrumenten und -mitteln allem Anschein nach bereits 32,7 Prozent gegenüber 67,3 Prozent betragen.

Nimmt man jedoch nicht die ganze Industrie, sondern nur die vom Obersten Volkswirtschaftsrat durch Planung erfasste Industrie, die alle wichtigsten Industriezweige einbegreift, so ist hier das Verhältnis zwischen der Produktion von Produktionsinstrumenten und -mitteln und der Produktion von Massenbedarfsgütern ein noch günstigeres, und zwar betrug der Anteil der Produktion von Produktionsinstrumenten und -mitteln im Jahre 1927/28 42,7 Prozent gegenüber 57,3 Prozent, im Jahre 1928/29 44,6 Prozent gegenüber 55,4 Prozent; und im Jahre 1929/30 wird er voraussichtlich mindestens 48 Prozent betragen gegenüber den 52 Prozent, die auf die Produktion von Massenbedarfsgütern entfallen.

Die Entwicklung unserer Volkswirtschaft steht im Zeichen der Industrialisierung, im Zeichen der Festigung und Entfaltung unserer eigenen Schwerindustrie.

Dies bedeutet, dass wir die Grundlage unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit, unsere Schwerindustrie, bereits ausgebaut haben und sie weiter ausbauen.

### *3. Die Schlüsselstellung der sozialistischen Industrie und ihr Wachstumstempo*

Die Entwicklung unserer Volkswirtschaft steht im Zeichen der Industrialisierung. Aber wir können nicht jede beliebige Industrialisierung brauchen. Wir brauchen eine Industrialisierung, die den sozialistischen Formen der Industrie ein wachsendes Übergewicht über die Formen der kleinen Warenproduktion und erst recht über die Formen der kapitalistischen Produktion sichert. Der kennzeichnende Zug unserer Industrialisierung besteht darin, dass sie eine sozialistische Industrialisierung ist, eine Industrialisierung, die dem vergesellschafteten Sektor der Industrie den Sieg über den privatwirtschaftlichen Sektor, über den Sektor der kleinen Warenproduktion und den kapitalistischen Sektor, sichert.

Hier einige Angaben über das Wachstum der Kapitalinvestitionen und der Bruttoproduktion nach Sektoren.

a) Nimmt man das Anwachsen der Kapitalinvestitionen in der Industrie nach Sektoren, so erhält man folgendes Bild. Vergesellschafteter Sektor: im Jahre 1926/27 1270 Millionen Rubel, im Jahre 1927/28 1614 Millionen Rubel, im Jahre 1928/29 2046 Millionen Rubel, im Jahre 1929/30 4275 Millionen Rubel. Privatwirtschaftlicher und kapitalistischer Sektor: im Jahre 1926/27 63 Millionen Rubel, im Jahre 1927/28 64 Millionen Rubel, im Jahre 1928/29 56 Millionen Rubel, im Jahre 1929/30 51 Millionen Rubel.

Dies bedeutet erstens, dass die Kapitalinvestitionen im vergesellschafteten Sektor der Industrie in dieser Zeit auf mehr als das Dreifache gestiegen sind (335 Prozent).

Dies bedeutet zweitens, dass die Kapitalinvestitionen des privatwirtschaftlichen und kapitalistischen Sektors in dieser Zeit um ein Fünftel gesunken sind (81 Prozent).

Der privatwirtschaftliche und kapitalistische Sektor lebt auf Kosten des alten Kapitals und geht seinem Untergang entgegen.

b) Nimmt man das Anwachsen der Bruttoproduktion der Industrie nach Sektoren, so erhält man folgendes Bild. Vergesellschafteter Sektor: im Jahre 1926/27 11999 Millionen Rubel, im Jahre 1927/28 15389 Millionen Rubel, im Jahre 1928/29 18903 Millionen Rubel, im Jahre 1929/30 24740 Millionen Rubel. Privatwirtschaftlicher und kapitalistischer Sektor: im Jahre

1926/27 4043 Millionen Rubel, im Jahre 1927/28 3704 Millionen Rubel, im Jahre 1928/29 3389 Millionen Rubel; im Jahre 1929/30 3310 Millionen Rubel.

Dies bedeutet erstens, dass die Bruttoproduktion des vergesellschafteten Sektors der Industrie in drei Jahren auf mehr als das Doppelte angewachsen ist (206,2 Prozent).

Dies bedeutet zweitens, dass die industrielle Bruttoproduktion des privatwirtschaftlichen und kapitalistischen Sektors im gleichen Zeitraum um fast ein Fünftel gesunken ist (81,9 Prozent).

Nimmt man die Produktion nicht der gesamten Industrie, sondern nur der Großindustrie (Zensusindustrie), und betrachtet man sie nach Sektoren, so bietet das Verhältnis zwischen dem vergesellschafteten und dem privatwirtschaftlichen Sektor folgendes Bild. Der Anteil des vergesellschafteten Sektors an der Produktion der Großindustrie des Landes: 1926/27 97,7 Prozent, 1927/28 98,6 Prozent, 1928/29 99,1 Prozent, 1929/30 99,3 Prozent. Der Anteil des privatwirtschaftlichen Sektors an der Produktion der Großindustrie des Landes: 1926/27 2,3 Prozent, 1927/28 1,4 Prozent, 1928/29 0,9 Prozent, 1929/30 0,7 Prozent.

Wie Sie sehen, sind in der Großindustrie die kapitalistischen Elemente bereits untergegangen. Es ist klar, dass die Frage „Wer - wen?“, die Frage, ob der Sozialismus die kapitalistischen Elemente in der Industrie besiegen wird oder ob diese den Sozialismus besiegen werden, schon zugunsten der sozialistischen Formen der Industrie entschieden ist. Sie ist endgültig und unwiderruflich entschieden. (Beifall.)

c) Besonders interessant sind die Angaben über das Entwicklungstempo der vom Obersten Volkswirtschaftsrat durch Planung erfassten staatlichen Industrie während der Berichtsperiode. Setzt man die Bruttoproduktion der vom Obersten Volkswirtschaftsrat geleiteten sozialistischen Industrie für das Jahr 1926/27 gleich 100, so ergibt sich, dass die Bruttoproduktion dieser Industrie im Jahre 1927/28 auf 127,4 Prozent und im Jahre 1928/29 auf 158,6 Prozent gewachsen ist, im Jahre 1929/30 aber auf 209,8 Prozent angewachsen wird.

Dies bedeutet, dass die vom Obersten Volkswirtschaftsrat geleitete sozialistische Industrie, die alle grundlegenden Industriezweige und die gesamte Schwerindustrie umfasst, sich in drei Jahren mehr als verdoppelt hat.

Es muss zugegeben werden, dass kein einziges Land der Welt ein derartig rasendes Entwicklungstempo seiner Großindustrie aufzuweisen hat.

Dieser Umstand gibt uns denn auch das Recht, von der Erfüllung des Fünfjahrplans in vier Jahren zu sprechen.

d) Manche Genossen blicken skeptisch auf die Losung „Fünfjahrplan in vier Jahren“. Noch vor ganz kurzer Zeit hielt ein Teil der Genossen unseren vom V. Sowjetkongress<sup>[44]</sup> bestätigten Fünfjahrplan für Phantasterei. Ich rede schon gar nicht von den bürgerlichen Schriftstellern, denen allein beim Wort „Fünfjahrplan“ die Augen aus den Höhlen treten. Was sehen wir aber in Wirklichkeit, wenn wir den Fünfjahrplan vom Gesichtspunkt seiner Durchführung in den ersten zwei Jahren betrachten? Was zeigt uns die Kontrolle der Erfüllung des Fünfjahrplans in seiner Optimalvariante? Sie zeigt uns nicht nur, dass wir den Fünfjahrplan in vier Jahren erfüllen können. Sie zeigt auch, dass wir ihn in einer ganzen Reihe von Industriezweigen in drei oder sogar zweieinhalb Jahren erfüllen können. Dies mag den Skeptikern aus dem opportunistischen Lager unwahrscheinlich vorkommen. Aber es ist eine Tatsache, die zu bestreiten albern und lächerlich wäre.

Man urteile selbst.

Laut Fünfjahrplan sollte die Erdölindustrie 1932/33 Erzeugnisse im Werte von 977 Millionen Rubel liefern. In Wirklichkeit aber liefert sie bereits 1929/30 Erzeugnisse im Werte von 809 Millionen Rubel, d. h. 83 Prozent der im Fünfjahrplan für das Jahr 1932/33 vorgesehenen Produktion. Wir erfüllen also den Fünfjahrplan in der Erdölindustrie in dem geringen Zeitraum von zweieinhalb Jahren.

In der Torfindustrie sollten wir laut Fünfjahrplan 1932/33 Erzeugnisse im Werte von 122 Millionen Rubel erhalten. In Wirklichkeit aber liefert sie bereits 1929/30 Erzeugnisse im Werte von mehr als 115 Millionen Rubel, d. h. 96 Prozent der im Fünfjahrplan für das Jahr

1932/33 vorgesehenen Produktion. Wir erfüllen also den Fünfjahrplan in der Torfindustrie in zweieinhalb Jahren, wenn nicht früher.

Laut Fünfjahrplan soll der allgemeine Maschinenbau 1932/33 Erzeugnisse im Werte von 2058 Millionen Rubel liefern. In Wirklichkeit aber liefert er bereits 1929/30 Erzeugnisse im Werte von 1458 Millionen Rubel, d. h. 70 Prozent der im Fünfjahrplan für das Jahr 1932/33 vorgesehenen Produktion. Wir erfüllen also den Fünfjahrplan im allgemeinen Maschinenbau in zweieinhalb bis drei Jahren.

Laut Fünfjahrplan soll der landwirtschaftliche Maschinenbau 1932/33 Erzeugnisse im Werte von 610 Millionen Rubel liefern. In Wirklichkeit aber liefert er bereits 1929/30 Erzeugnisse im Werte von 400 Millionen Rubel, d. h. etwas über 60 Prozent der im Fünfjahrplan für das Jahr 1932/33 vorgesehenen Produktion. Wir erfüllen also den Fünfjahrplan im landwirtschaftlichen Maschinenbau in drei Jahren, wenn nicht früher.

Laut Fünfjahrplan soll die elektrotechnische Industrie 1932/33 Erzeugnisse im Werte von 896 Millionen Rubel liefern. In Wirklichkeit aber liefert sie bereits 1929/30 Erzeugnisse im Werte von 503 Millionen Rubel, d. h. etwas über 56 Prozent der im Fünfjahrplan für das Jahr 1932/33 vorgesehenen Produktion. Wir erfüllen also den Fünfjahrplan für die elektrotechnische Industrie in drei Jahren.

Derart ist das beispiellose Entwicklungstempo unserer sozialistischen Industrie.

Wir schreiten in beschleunigtem Tempo vorwärts und holen die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in technisch-ökonomischer Hinsicht ein.

e) Das bedeutet natürlich nicht, dass wir sie, was den Umfang der Produktion anbetrifft, schon eingeholt hätten, dass unsere Industrie das Entwicklungsniveau der Industrie der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder bereits erreicht hätte. Nein, bei weitem noch nicht. Das Entwicklungstempo der Industrie und das Entwicklungsniveau der Industrie dürfen nicht miteinander verwechselt werden. Bei uns werden sie von vielen durcheinander gebracht, in der Meinung, wenn wir ein noch nicht dagewesenes Entwicklungstempo der Industrie erzielt haben, hätten wir dadurch bereits das industrielle Entwicklungsniveau der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder erreicht. Das ist aber grundfalsch.

Nehmen wir zum Beispiel die Erzeugung von Elektroenergie, in der wir ein sehr hohes Tempo aufzuweisen haben. In der Produktion elektrischer Energie haben wir von 1924 bis 1929 eine Erhöhung auf beinahe 600 Prozent erreicht, während die USA die Produktion elektrischer Energie in der gleichen Zeit nur auf 181 Prozent erhöht haben, Kanada auf 218 Prozent, Deutschland auf 241 Prozent, Italien auf 222 Prozent. Wie Sie sehen, haben wir hier ein geradezu beispielloses, das Tempo aller anderen Staaten übertreffendes Tempo. Nimmt man aber das Entwicklungsniveau der Produktion elektrischer Energie in diesen Ländern, beispielsweise im Jahre 1929, und vergleicht es mit dem Entwicklungsniveau in der UdSSR, so erhält man ein für die UdSSR bei weitem nicht erfreuliches Bild. Trotz des beispiellos hohen Entwicklungstempos in der Erzeugung elektrischer Energie betrug die Produktion elektrischer Energie in der UdSSR im Jahre 1929 nur 6465 Millionen Kilowattstunden, während die Vereinigten Staaten 126000 Millionen Kilowattstunden, Kanada 17628 Millionen, Deutschland 33000 Millionen und Italien 10850 Millionen Kilowattstunden hatten. Der Unterschied ist, wie Sie sehen, kolossal.

Es ergibt sich, dass wir in Bezug auf das Entwicklungsniveau hinter allen diesen Staaten zurückstehen.

Oder nehmen wir zum Beispiel unsere Roheisenerzeugung. Setzt man die Produktion von Roheisen im Jahre 1926/27 gleich 100 (2,9 Millionen Tonnen), so erhöht sich bei uns in drei Jahren, d. h. von 1927/28 bis 1929/30, die Produktion von Roheisen fast auf das Doppelte und erreicht 190 Prozent (5,5 Millionen Tonnen). Wie Sie sehen, ein ziemlich hohes Entwicklungstempo. Betrachtet man aber die Sache vom Standpunkt des Entwicklungsniveaus der Roheisenproduktion bei uns und vergleicht man das Ausmaß der Roheisenproduktion der UdSSR mit dem Produktionsausmaß der fortgeschrittenen

kapitalistischen Länder, so erhält man ein ziemlich unerfreuliches Bild. Zunächst einmal erreichen und überschreiten wir den Vorkriegsstand der Roheisenerzeugung erst im laufenden Jahre, 1929/30. Schon dies allein zwingt uns, die unerbittliche Schlussfolgerung zu ziehen, dass wir ohne eine weitere Beschleunigung des Entwicklungstempos im Hüttenwesen Gefahr laufen, das Geschick unserer gesamten Industrieproduktion in Frage zu stellen. Was das Entwicklungsniveau der Roheisenindustrie bei uns und im Westen betrifft, so haben wir folgendes Bild: Die Roheisenerzeugung betrug im Jahre 1929 in den USA 42,3 Millionen Tonnen, in Deutschland 13,4 Millionen Tonnen, in Frankreich 10,45 Millionen Tonnen, in England 7,7 Millionen Tonnen; in der UdSSR aber wird die Roheisenproduktion Ende 1929/30 insgesamt nur 5,5 Millionen Tonnen betragen.

Der Unterschied ist, wie Sie sehen, nicht gering.

Es ergibt sich also, dass wir in Bezug auf das Entwicklungsniveau der Roheisenerzeugung hinter allen diesen Staaten zurückstehen. Was besagt das alles?

Es besagt folgendes:

1. Das Entwicklungstempo der Industrie darf nicht verwechselt werden mit ihrem Entwicklungsniveau;
2. wir sind in Bezug auf das Entwicklungsniveau unserer Industrie hinter den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern verteuftel zurückgeblieben;
3. nur eine weitere Beschleunigung des Entwicklungstempos unserer Industrie wird uns die Möglichkeit verschaffen, die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in technisch-ökonomischer Beziehung einzuholen und zu überholen;
4. Leute, die von der Notwendigkeit einer Verlangsamung des Entwicklungstempos unserer Industrie schwatzen, sind Feinde des Sozialismus, Agenten unserer Klassenfeinde. (Beifall.)

#### *4. Die Landwirtschaft und das Getreideproblem*

Ich habe vorhin von der Lage der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit gesprochen, die Forstwirtschaft, Fischerei usw. einbegriffen, ohne auf die Hauptzweige der Landwirtschaft im Einzelnen einzugehen. Greift man aus der Landwirtschaft als Ganzem ihre wichtigsten Zweige wie zum Beispiel Getreidewirtschaft, Viehzucht, den Anbau gewerblicher Nutzpflanzen heraus, so zeigt sich laut Angaben der Staatlichen Plankommission und des Volkskommissariats für Landwirtschaft der UdSSR der Stand der Dinge wie folgt:

a) Setzt man die Anbaufläche für Getreidekulturen im Jahre 1913 gleich 100, so bietet die Entwicklung der Getreideanbauflächen in der Berichtsperiode folgendes Bild: 1926/27 96,9 Prozent, 1927/28 94,7 Prozent, 1928/29 98,2 Prozent; im laufenden Jahr, 1929/30, werden sie allem Anschein nach 105,1 Prozent der Vorkriegsfläche erreichen.

Auffallend ist hierbei die Tatsache des Rückgangs der Getreideanbauflächen im Jahre 1927/28. Dieser Rückgang erklärt sich nicht durch einen Verfall der Getreidewirtschaft, wie die Ignoranten im Lager der Rechtsopportunisten schwätzten, sondern durch das Eingehen der Wintersaaten auf einer Fläche von 7700000 Hektar (20 Prozent der gesamten Wintersaaten der UdSSR).

Setzt man weiter die Bruttoproduktion an Getreide im Jahre 1913 gleich 100, so erhält man folgendes Bild: 1927 91,9 Prozent, 1928 90,8 Prozent, 1929 94,4 Prozent; im Jahre 1930 aber haben wir allem Anschein nach an die 110 Prozent des Vorkriegsumfangs.

Hier fällt gleichfalls das Sinken der Getreidebruttoproduktion im Jahre 1928 auf, das sich durch das Eingehen der Wintersaaten in der Ukraine und im Nordkaukasus erklärt.

Was den auf den Markt gelangenden Teil des produzierten Gesamtgetreides (den Umsatz außerhalb des Dorfes) anbelangt, so ist das Bild noch lehrreicher. Setzt man den auf den Markt gelangten Teil des produzierten Getreides von 1913 gleich 100, so hatten wir 1927 37 Prozent, im Jahre 1928 36,8 Prozent, im Jahre 1929 58 Prozent; und im laufenden Jahr, 1930, werden wir allem Anschein nach mindestens 73 Prozent des Vorkriegsstands erreichen.

Daraus geht also hervor, dass wir in Bezug auf die Anbauflächen und die Bruttoproduktion an Getreide den Vorkriegsstand erst in diesem Jahr, 1930, erreichen und etwas überschreiten.

Weiter ergibt sich, dass wir, was die Produktion von Warengetreide anbelangt, den Vorkriegsstand noch bei weitem nicht erreicht haben und auch in diesem Jahr noch um etwa 25 Prozent unter diesem Stand bleiben werden.

Darin ist die Ursache unserer Getreideschwierigkeiten zu suchen, die sich im Jahre 1928 besonders verschärft hatten.

Darin liegt auch das Wesen des Getreideproblems.

b) Annähernd das gleiche Bild, aber mit noch beunruhigenderen Zahlen, beobachten wir auf dem Gebiet der Viehzucht.

Wenn wir den gesamten Viehbestand des Jahres 1916, alle Vieharten eingerechnet, gleich 100 setzen, so ergibt sich nach Jahren folgendes Bild: 1927 gab es, gemessen am Stand von 1916, 88,9 Prozent der Pferde, 114,3 Prozent der Rinder, 119,3 Prozent der Schafe und Ziegen, 111,3 Prozent der Schweine; im Jahre 1928 94,6 Prozent der Pferde, 118,5 Prozent der Rinder, 126 Prozent der Schafe und Ziegen, 126,1 Prozent der Schweine; im Jahre 1929 96,9 Prozent der Pferde, 115,6 Prozent der Rinder, 127,8 Prozent der Schafe und Ziegen, 103 Prozent der Schweine; im Jahre 1930 88,6 Prozent der Pferde, 89,1 Prozent der Rinder, 87,1 Prozent der Schafe und Ziegen, 60,1 Prozent der Schweine.

Wie Sie sehen, haben wir, wenn wir die Angaben für das letzte Jahr ins Auge fassen, deutliche Anzeichen eines beginnenden Rückgangs der Viehzucht.

Ein noch unerfreulicheres Bild erhalten wir vom Standpunkt der auf den Markt gelangenden Menge der Viehzuchtprodukte, besonders von Fleisch und Speck. Setzt man die Bruttoproduktion von Fleisch und Speck in jedem Jahr gleich 100, so sind davon auf den Markt gelangt im Jahre 1926 33,4 Prozent, im Jahre 1927 32,9 Prozent, im Jahre 1923 30,4 Prozent, im Jahre 1929 29,2 Prozent.

Wir haben demnach deutliche Anzeichen dafür, dass die kleine und wenig für den Markt produzierende Wirtschaft in der Viehzucht unbeständig und ökonomisch unverlässlich ist.

Es ergibt sich, dass wir, statt den Stand von 1916 in der Viehzucht überschritten zu haben, im letzten Jahr deutliche Anzeichen eines Absinkens unter diesen Stand feststellen müssen.

Somit tritt im Anschluss an das Getreideproblem, das wir im Wesentlichen schon erfolgreich lösen, das Fleischproblem an uns heran, das sich schon jetzt scharf geltend macht und Lösung heischt.

c) Ein anderes Bild bietet sich uns in der Entwicklung des Anbaus gewerblicher Nutzpflanzen, die Rohstoffe für unsere Leichtindustrie liefern. Setzt man die Anbaufläche für gewerbliche Nutzpflanzen von 1913 gleich 100, so haben wir für Baumwolle im Jahre 1927 107,1 Prozent, im Jahre 1928 131,4 Prozent, im Jahre 1929 151,4 Prozent, im Jahre 1930 217 Prozent der Vorkriegsfläche; für Flachs im Jahre 1927 86,6 Prozent, im Jahre 1928 95,7 Prozent, im Jahre 1929 112,9 Prozent, im Jahre 1930 125 Prozent der Vorkriegsfläche; für Zuckerrüben im Jahre 1927 106,6 Prozent, im Jahre 1928 124,2 Prozent, im Jahre 1929 125,8 Prozent, im Jahre 1930 169 Prozent der Vorkriegsfläche; für Ölpflanzen im Jahre 1927 179,4 Prozent, im Jahre 1928 230,9 Prozent, im Jahre 1929 219,7 Prozent, im Jahre 1930 mindestens 260 Prozent der Vorkriegsfläche.

Dasselbe in der Hauptsache günstige Bild zeigt die Bruttoproduktion von gewerblichen Nutzpflanzen. Setzt man die Bruttoproduktion des Jahres 1913 gleich 100, so betrug sie für Baumwolle im Jahre 1928 110,5 Prozent, im Jahre 1929 119 Prozent - im Jahre 1930 werden wir allem Anschein nach 182,8 Prozent der Vorkriegsmenge haben; für Flachs im Jahre 1928 71,6 Prozent, im Jahre 1929 81,5 Prozent - im Jahre 1930 wird sie allem Anschein nach 101,3 Prozent des Vorkriegsniveaus betragen; für Zuckerrüben im Jahre 1928 93 Prozent, im Jahre 1929 58 Prozent - im Jahre 1930 wird die Bruttoproduktion allem Anschein nach 139,4 Prozent des Vorkriegsumfanges erreichen; für Ölpflanzen im Jahre 1928 161,9 Prozent, im

Jahre 1929 149,8 Prozent - im Jahre 1930 wird sie allem Anschein nach 220 Prozent des Vorkriegsniveaus ausmachen.

Die gewerblichen Nutzpflanzen bieten uns also ein günstigeres Bild, wenn wir die Zuckerrübenenernte im Jahre 1929, die von Insekten verheert worden war, außer acht lassen.

Im übrigen sind auch hier, auf dem Gebiet der gewerblichen Nutzpflanzen, angesichts des Überwiegens der Kleinwirtschaft ernstliche Schwankungen und Anzeichen von Unbeständigkeit in Zukunft möglich und wahrscheinlich, ähnlich den sich in den angeführten Zahlen zeigenden Schwankungen und Anzeichen von Unbeständigkeit hinsichtlich Flachs und Ölpflanzen, die am wenigsten vom Einfluss der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften erfasst werden.

Wir stehen demnach vor folgenden Problemen der Landwirtschaft: dem Problem der Stabilisierung des Anbaus gewerblicher Nutzpflanzen durch Versorgung der betreffenden Gebiete mit billigen Getreideprodukten in genügender Menge;

2. dem Problem der Hebung der Viehzucht und der Lösung der Fleischfrage durch Versorgung der entsprechenden Gebiete mit genügenden und billigen Getreideprodukten und Futtermitteln;

3. dem Problem der endgültigen Lösung der Frage der Getreidewirtschaft als der Hauptfrage der Landwirtschaft im gegenwärtigen Augenblick.

Daraus folgt, dass das Getreideproblem das wichtigste Kettenglied im System der Landwirtschaft und der Schlüssel zur Lösung aller anderen landwirtschaftlichen Probleme ist.

Daraus folgt, dass die Lösung des Getreideproblems die erste Aufgabe in der Reihe der Probleme der Landwirtschaft darstellt.

Aber das Getreideproblem lösen und dadurch die Landwirtschaft einem ernstlichen Aufstieg entgegenführen, das bedeutet, die Rückständigkeit der Landwirtschaft bis auf die Wurzel liquidieren, sie mit Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen ausrüsten, sie mit neuen Kadern wissenschaftlicher Fachkräfte versorgen, die Arbeitsproduktivität steigern, die Produktion für den Markt vergrößern. Ohne diese Voraussetzungen kann man von der Lösung des Getreideproblems nicht einmal träumen.

Können alle diese Voraussetzungen auf der Basis der individuellen Kleinbauernwirtschaft verwirklicht werden? Nein, das ist unmöglich. Es ist unmöglich, weil die kleine Bauernwirtschaft nicht imstande ist, der neuen Technik Einlass zu gewähren und sie zu meistern; sie ist nicht imstande, die Arbeitsproduktivität in genügendem Maße zu heben, sie ist nicht imstande, die landwirtschaftliche Warenproduktion im erforderlichen Maße zu steigern. Es bleibt nur ein Weg, der Weg der 'Vergrößerung der landwirtschaftlichen Betriebe, der Weg der Schaffung von Großwirtschaften, die mit modernen technischen Mitteln ausgerüstet sind.

Aber das Sowjetland kann nicht den Weg der Organisierung kapitalistischer Großwirtschaften einschlagen. Es kann allein und muss den Weg der Organisierung großer Betriebe von sozialistischem Typus gehen, die mit modernen technischen Mitteln ausgerüstet sind. Solche Betriebe nun sind bei uns eben die Sowjetwirtschaften und die Kollektivwirtschaften.

Daher die Aufgabe, Sowjetwirtschaften zu schaffen und die individuellen Kleinbauernwirtschaften in großen Kollektivwirtschaften zu vereinigen, als einziger Weg zur Lösung des Problems der Landwirtschaft überhaupt und des Getreideproblems im Besonderen. Diesen Weg hat denn auch die Partei in ihrer tagtäglichen praktischen Arbeit nach dem XV. Parteitag beschritten, insbesondere, nachdem Anfang 1928 ernste Getreideschwierigkeiten zutage getreten waren.

Es muss bemerkt werden, dass dieses grundlegende Problem von unserer Partei schon auf dem XV. Parteitag als praktische Aufgabe auf die Tagesordnung gesetzt wurde, als es bei uns noch keine ernsten Getreideschwierigkeiten gab. In der bekannten Resolution des XV. Parteitags „Über die Arbeit auf dem Lande“ heißt es eindeutig:



„In der gegenwärtigen Periode muss die Aufgabe der Vereinigung und Umgestaltung der kleinen individuellen Bauernwirtschaften zu großen Kollektiven als die Hauptaufgabe der Partei auf dem Lande angesehen werden.“<sup>[45]</sup>

Es ist vielleicht nicht überflüssig, auch die betreffende Stelle aus dem Rechenschaftsbericht des ZK an den XV. Parteitag anzuführen, wo das Problem, die Rückständigkeit der Landwirtschaft auf Basis der Kollektivierung zu liquidieren, ebenso scharf und bestimmt umrissen wird. Es heißt da:

„Wo ist nun der Ausweg? Der Ausweg liegt im Übergang der kleinen, zersplitterten Bauernwirtschaften zu großen, zusammengeschlossenen Wirtschaften auf der Grundlage der gesellschaftlichen Bodenbestellung, im Übergang zur kollektiven Bodenbestellung auf der Grundlage der modernen, höheren Technik.

Der Ausweg liegt darin, die bäuerlichen Klein- und Zwergwirtschaften allmählich, aber unentwegt, nicht durch Zwang, sondern durch Beispiel und Überzeugung zu Großwirtschaften zusammenzuschließen auf der Grundlage der gesellschaftlichen, gemeinschaftlichen, kollektiven Bodenbestellung, unter Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen und Traktoren, unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden zur Intensivierung der Landwirtschaft.

Ändere Auswege gibt es nicht.“<sup>[46]</sup>

##### *5. Die Wendung der Bauernschaft zum Sozialismus und das Entwicklungstempo beim Aufbau der Sowjet- und Kollektivwirtschaften*

Die Wendung der Bauernschaft zur Kollektivierung trat nicht plötzlich ein. Sie, diese Wendung, konnte auch nicht plötzlich eintreten. Wohl wurde die Losung der Kollektivierung von der Partei schon auf dem XV. Parteitag proklamiert. Aber damit sich die Bauernmassen zum Sozialismus hinwenden, ist die Verkündung einer Losung noch nicht genügend. Für diese Wendung ist mindestens noch ein Umstand erforderlich, und zwar, dass die Bauernmassen selbst sich von der Richtigkeit der verkündeten Losung überzeugen und sie zu ihrer eigenen Losung machen. Deshalb ist diese Wendung von langer Hand vorbereitet worden.

Sie wurde vorbereitet durch den ganzen Gang unserer Entwicklung, durch den ganzen Entwicklungsgang unserer Industrie, vor allem aber durch die Entwicklung derjenigen Industrien, die Maschinen und Traktoren für die Landwirtschaft liefern. Sie wurde vorbereitet durch die Politik des entschlossenen Kampfes gegen das Kulakentum und durch die Abwicklung unserer Getreidebeschaffung in ihren neuen Formen während der Jahre 1928 und 1929, durch die die Kulakenwirtschaft unter die Kontrolle der Massen der armen und Mittelbauern gestellt wird. Sie wurde vorbereitet durch die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die den einzeln wirtschaftenden Bauern an den kollektiven Wirtschaftsbetrieb gewöhnen. Sie wurde vorbereitet durch das Netz der Kollektivwirtschaften, wo der Bauer die Überlegenheit der kollektiven Formen der Wirtschaft gegenüber der individuellen Wirtschaft erprobte. Sie wurde schließlich vorbereitet durch das Netz der Sowjetwirtschaften, die über die ganze UdSSR verstreut und mit modernen technischen Mitteln ausgerüstet sind und die dem Bauern die Möglichkeit boten, sich von der Kraft und den Vorzügen der neuen Technik zu überzeugen.

Es wäre falsch, in unseren Sowjetwirtschaften bloß eine Quelle von Getreidevorräten zu sehen. In Wirklichkeit waren die Sowjetwirtschaften mit ihrer neuen Technik, mit der Hilfe, die sie den umwohnenden Bauern leisten, mit ihrem beispiellosen wirtschaftlichen Schwung jene führende Macht, die den Bauernmassen die Wendung erleichtert und sie auf den Weg der Kollektivierung gebracht hat.

Das ist die Grundlage, der die kollektivwirtschaftliche Massenbewegung von Millionen armen und Mittelbauern entsprungen ist, die im zweiten Halbjahr 1929 begonnen und die Periode des großen Umschwungs im Leben unseres Landes eröffnet hat.

Welche Maßnahmen traf das ZK, um dieser Bewegung in voller Rüstung zu begegnen und sich an ihre Spitze zu stellen?

Die Maßnahmen des ZK bewegen sich auf drei Linien: auf der Linie der Organisierung von Sowjetwirtschaften und ihrer Finanzierung, auf der Linie der Organisierung von Kollektivwirtschaften und ihrer Finanzierung sowie schließlich auf der Linie der Organisierung der Produktion von Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen und der Versorgung des Dorfes mit diesen Maschinen durch die Maschinen- und Traktorenstationen, durch die Traktorenkolonnen usw.

a) Schon im April 1928 beschloss das Politbüro des ZK die Organisierung von neuen Sowjetwirtschaften in den nächsten 3 bis 4 Jahren mit der Maßgabe, dass diese Sowjetwirtschaften am Ende dieser Frist mindestens 100 Millionen Pud Warengetreide liefern können. Dieser Beschluss wurde später vom ZK-Plenum bestätigt. Es wurde ein Getreidetrust organisiert, der mit der Durchführung dieses Beschlusses beauftragt wurde. Gleichzeitig wurde beschlossen, die alten Sowjetwirtschaften zu festigen und ihre Anbaufläche zu erweitern. Es wurde eine Zentrale für Sowjetwirtschaften gegründet, die den Auftrag erhielt, diesen Beschluss zu verwirklichen.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass diese Beschlüsse den opportunistischen Teil unserer Partei in Harnisch brachten. Man hörte sagen, das in den Sowjetwirtschaften angelegte Geld sei „hinausgeworfenes“ Geld. Es gab auch eine Kritik seitens der Männer der „Wissenschaft“, unterstützt von den opportunistischen Elementen der Partei, wonach die Organisierung großer Sowjetwirtschaften unmöglich und sinnlos sei. Aber das ZK setzte seine Linie fort und führte sie trotz alledem mit aller Konsequenz durch.

Im Jahre 1927/28 wurden für die Finanzierung von Sowjetwirtschaften (kurzfristige Umsatzkredite nicht mitgerechnet) 65,7 Millionen Rubel bereitgestellt; im Jahre 1928/29 185,8 Millionen Rubel; schließlich im laufenden Jahr 856,2 Millionen Rubel. Den Sowjetwirtschaften wurden in der Berichtsperiode 18000 Traktoren mit insgesamt 350000 PS zur Verfügung gestellt.

Welche Ergebnisse zeitigten diese Maßnahmen?

Die Anbaufläche des Getreidetrusts betrug im Jahre 1928/29 150000 Hektar, im Jahre 1929/30 1060000 Hektar, im Jahre 1930/31 wird sie 4,5 Millionen Hektar, im Jahre 1931/32 9 Millionen Hektar und im Jahre 1932/33, das heißt zum Ende des Planjahrfünfts, 14 Millionen Hektar betragen. Die Anbaufläche der Zentrale für Sowjetwirtschaften betrug 1928/29 430000 Hektar, 1929/30 860000 Hektar, im Jahre 1930/31 wird sie 1800000 Hektar, im Jahre 1931/32 2 Millionen Hektar und 1932/33 2,5 Millionen Hektar betragen. Die Anbaufläche der Ukrainischen Vereinigung der Sowjetwirtschaften betrug 1928/29 170000 Hektar, im Jahre 1929/30 280000 Hektar, im Jahre 1930/31 wird sie 500000 Hektar und im Jahre 1932/33 720000 Hektar betragen. Die Getreideanbaufläche des Zuckerverbands betrug 1928/29 780000 Hektar, 1929/30 820000 Hektar, 1930/31 wird sie 860 000 Hektar, 1931/32 980000 Hektar und 1932/33 990000 Hektar betragen.

Dies bedeutet erstens, dass allein der Getreidetrust bis zum Ende des Planjahrfünfts eine ebenso große Getreideanbaufläche haben wird, wie sie jetzt ganz Argentinien hat. (Beifall.)

Dies bedeutet zweitens, dass alle Sowjetwirtschaften zusammengenommen gegen Ende des Planjahrfünfts 1 Million Hektar Getreideanbauflächen mehr haben werden, als sie heute ganz Kanada hat. (Beifall.)

Was die auf die Sowjetwirtschaften entfallende Bruttogetreideproduktion und Warengetreideproduktion anbelangt, so haben wir im Laufe der Jahre folgende Entwicklung: Im Jahre 1927/28 betrug die Bruttoproduktion sämtlicher Sowjetwirtschaften 9,5 Millionen Doppelzentner, davon Warengetreide 6,4 Millionen Doppelzentner; im Jahre 1928/29 12,8

Millionen Doppelzentner, davon Warengetreide 7,9 Millionen Doppelzentner; im Jahre 1929/30 werden es voraussichtlich 28,2 Millionen Doppelzentner sein, davon Warengetreide 18 Millionen Doppelzentner (108 Millionen Pud); im Jahre 1930/31 werden wir 71,7 Millionen Doppelzentner haben, davon Warengetreide 61 Millionen Doppelzentner (370 Millionen Pud) usw. usf.

Das sind die vorhandenen und die zu erwartenden Ergebnisse der Politik unserer Partei auf dem Gebiet der Sowjetwirtschaften.

Laut Beschluss des Politbüros des ZK vom April 1928 über die Organisierung neuer Sowjetwirtschaften sollten wir von den neuen Sowjetwirtschaften im Jahre 1931/32 mindestens 100 Millionen Pud Warengetreide erhalten. In Wirklichkeit ist es so, dass wir schon im Jahre 1931/32 allein von den neuen Sowjetwirtschaften mehr als 200 Millionen Pud erhalten werden. Es ergibt sich eine Übererfüllung des Programms zu 200 Prozent.

Daraus folgt, dass diejenigen, die über den Beschluss des Politbüros des ZK spotteten, über sich selbst Hohn und Spott gebracht haben.

Laut dem vom Sowjetkongress bestätigten Fünfjahrplan sollten wir gegen Ende des Planjahrfünfts in allen Sowjetwirtschaften sämtlicher Systeme 5 Millionen Hektar Anbaufläche haben. In Wirklichkeit haben wir schon in diesem Jahr in den Sowjetwirtschaften eine Anbaufläche von 3,8 Millionen Hektar, und im nächsten Jahr, das heißt im dritten Jahr des Planjahrfünfts, werden wir 8 Millionen Hektar Anbaufläche haben.

Dies bedeutet, dass wir das Fünfjahrprogramm des Aufbaus der Sowjetwirtschaften in drei Jahren erfüllen und übererfüllen.

Laut Fünfjahrplan sollten wir gegen Ende des Planjahrfünfts eine Getreidebruttoproduktion der Sowjetwirtschaften in Höhe von 54,3 Millionen Doppelzentner haben. In Wirklichkeit haben wir von den Sowjetwirtschaften schon in diesem Jahr eine Getreidebruttoproduktion in Höhe von 28,2 Millionen Doppelzentner, und im nächsten Jahr werden wir 71,7 Millionen Doppelzentner haben.

Dies bedeutet, dass wir in der Getreidebruttoproduktion den Fünfjahrplan in drei Jahren erfüllen und übererfüllen. Der Fünfjahrplan in drei Jahren!

Mögen jetzt die bürgerlichen Schreiberseelen und ihre opportunistischen Nachbeter daherschwätzen, es sei nicht möglich, den Fünfjahrplan des Aufbaus von Sowjetwirtschaften in drei Jahren zu erfüllen und überzuerfüllen.

b) Was den Aufbau von Kollektivwirtschaften anbelangt, so ist das Bild hier noch günstiger.

Schon im Juli 1928 fasste das ZK-Plenum folgenden Beschluss über den kollektivwirtschaftlichen Aufbau:

„Unentwegt durchzuführen ist die vom XV. Parteitag gestellte Aufgabe der ‚Vereinigung und Umgestaltung der kleinen individuellen Bauernwirtschaften zu großen Kollektiven‘ als zu freiwilligen Vereinigungen, die auf der Basis der neuen Technik errichtet werden und eine höhere Form der Getreidewirtschaft darstellen, sowohl im Sinne der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft als auch im Sinne der Sicherung einer radikalen Steigerung ihrer Produktivität und Warenproduktion.“ (Siehe Resolution des Juliplenums des ZK „Über die Politik der Getreidebeschaffung im Zusammenhang mit der all-gemeinen Wirtschaftslage“, 1928.)<sup>[47]</sup>

Im Weiteren wurde dieser Beschluss durch die Resolutionen der XVI. Parteikonferenz und durch eine vom Novemberplenum des ZK im Jahre 1929 angenommene besondere Resolution über die Kollektivwirtschaftsbewegung<sup>[48]</sup> bestätigt. Im zweiten Halbjahr 1929, als sich die grundlegende Wendung der Bauernschaft zu den Kollektivwirtschaften anbahnte und als die Mittelbauernschaft in ihrer Masse in die Kollektivwirtschaften eintrat, fasste das Politbüro des ZK einen speziellen, vom 5. Januar 1930 datierten Beschluss „Über das Tempo der Kollektivierung und die Hilfsmaßnahmen des Staates für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau“.

In dieser Resolution hat das ZK:

1. die Wendung der Bauernmassen zu den Kollektivwirtschaften festgestellt und die Möglichkeit nachgewiesen, den Fünfjahrplan des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus im Frühjahr 1930 überzuerfüllen;
2. das Vorhandensein der materiellen und sonstigen Voraussetzungen festgestellt, die notwendig sind zur Ersetzung der kulakischen Produktion durch die Produktion der Kollektivwirtschaften, und es im Zusammenhang damit für notwendig erklärt, von der Politik der Einschränkung zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse überzugehen;
3. die Perspektive gegeben, dass schon im Frühjahr 1930 die auf vergesellschafteter Grundlage bearbeitete Saatfläche 30 Millionen Hektar bedeutend übersteigen wird;
4. die UdSSR in drei Gruppen von Gebieten eingeteilt und für jede von ihnen Orientierungstermine festgelegt, bis zu denen die Kollektivierung im Großen und Ganzen vollendet sein soll;
5. die Methoden der Flurbereinigung zugunsten der Kollektivwirtschaften sowie die Formen der Finanzierung der Landwirtschaft revidiert und für die Kollektivwirtschaften im Jahre 1929/30 Kredite in Höhe von mindestens 500 Millionen Rubel vorgesehen;
6. die Artelform der Kollektivierungsbewegung als das Hauptglied des Kollektivwirtschaftssystems im gegenwärtigen Augenblick festgesetzt;
7. den opportunistischen Elementen in der Partei, die wegen des Mangels an Maschinen und Traktoren die Kollektivwirtschaftsbewegung zu hemmen suchen, eine Abfuhr erteilt;
8. schließlich die Parteifunktionäre gewarnt vor eventuellen Überspitzungen in der Kollektivwirtschaftsbewegung und vor der Gefahr einer Dekretierung des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus von oben, vor der Gefahr einer Ersetzung der wirklichen und von den Massen getragenen Kollektivierungsbewegung durch ein Spielen mit Kollektivierung.

Es muss bemerkt werden, dass dieser Beschluss des ZK von den opportunistischen Elementen unserer Partei mehr als unfreundlich aufgenommen wurde. Man hörte reden und tuscheln, das ZK versteige sich zu Phantastereien, es „vergeude“ Volksgelder für „nicht existierende“ Kollektivwirtschaften. Die rechten Elemente rieben sich die Hände und schwelgten im Vorgefühl des „garantierten“ Reinfalls. Aber das ZK verfolgte seine Linie mit aller Beharrlichkeit und führte sie trotz alledem mit aller Konsequenz durch, trotz des spießerischen Kicherns der Rechten, trotz der Überspitzungen und des Taumels der „Linken“. Für die Finanzierung der Kollektivwirtschaften wurden im Jahre 1927/28 76 Millionen Rubel, im Jahre 1928/29 170 Millionen Rubel, schließlich im laufenden Jahr 473 Millionen Rubel bereitgestellt. Außerdem wurden 65 Millionen Rubel dem Kollektivierungsfonds überwiesen. Es wurden Vergünstigungen für die Kollektivwirtschaften festgesetzt und damit die finanziellen Hilfsmittel der Kollektivwirtschaften um 200 Millionen Rubel erhöht. Den Kollektivwirtschaften wurde das Wirtschaftsinventar der enteigneten Kulaken im Werte von mehr als 400 Millionen Rubel übereignet. Für die Bearbeitung der Kollektivwirtschaftsfelder wurden nicht weniger als 30000 Traktoren mit einer Gesamtkapazität von mehr als 400000 PS bereitgestellt, nicht mitgerechnet 7000 Traktoren der Traktorenzentrale, die für Kollektivwirtschaften arbeiten, und die Traktorenhilfe, die den Kollektivwirtschaften vom System der Sowjetwirtschaften geleistet wird. Die Kollektivwirtschaften erhielten in diesem Jahr Saatgutdarlehen und Hilfe mit Saatgut in Höhe von 10 Millionen Doppelzentner Getreide (61 Millionen Pud). Schließlich wurden die Kollektivwirtschaften unmittelbar organisatorisch unterstützt bei der Schaffung von Maschinen- und Pferdeausleihstellen, deren es über 7000 mit nicht weniger als 1,3 Millionen Pferden gibt.

Welche Ergebnisse zeitigten diese Maßnahmen?

Die Anbaufläche der Kollektivwirtschaften betrug 1927 0,8 Millionen Hektar, 1928 1,4 Millionen Hektar, 1929 4,3 Millionen Hektar, 1930 mindestens 36 Millionen Hektar, Sommer- und Wintersaat zusammengerechnet.

Dies bedeutet erstens, dass die Anbaufläche der Kollektivwirtschaften in drei Jahren auf mehr als das Vierzigfache angewachsen ist. (Beifall.)

Es bedeutet zweitens, dass unsere Kollektivwirtschaften jetzt eine ebenso große Anbaufläche besitzen wie Frankreich und Italien zusammen. (Beifall.)

Was die Bruttogetreideproduktion und die Warengetreideproduktion anbelangt, so erhalten wir folgendes Bild: Im Jahre 1927 bekamen wir von den Kollektivwirtschaften 4,9 Millionen Doppelzentner Getreide, davon 2 Millionen Doppelzentner Warengetreide; im Jahre 1928 8,4 Millionen Doppelzentner, davon 3,6 Millionen Doppelzentner Warengetreide; im Jahre 1929 29,1 Millionen Doppelzentner, davon 12,7 Millionen Doppelzentner Warengetreide; im Jahre 1930 werden wir voraussichtlich 256 Millionen Doppelzentner erhalten (1550 Millionen Pud), davon mindestens 82 Millionen Doppelzentner (über 500 Millionen Pud) Warengetreide.

Es muss zugegeben werden, dass noch kein einziger Zweig unserer Industrie, die sich im Allgemeinen mit hinreichender Beschleunigung entwickelt, ein so beispielloses Aufstiegstempo gezeigt hat wie der kollektivwirtschaftliche Aufbau.

Was besagen alle diese Zahlen?

Sie besagen vor allem, dass die Bruttogetreideproduktion der Kollektivwirtschaften in drei Jahren auf mehr als das Fünfzigfache gestiegen ist und die Produktion von Warengetreide auf mehr als das Vierzigfache.

Sie besagen zweitens, dass wir die Möglichkeit haben, in diesem Jahr von den Kollektivwirtschaften mehr als die Hälfte der gesamten Warengetreideproduktion des Landes zu erhalten.

Sie besagen drittens, dass das Schicksal der Landwirtschaft und ihrer Hauptprobleme von jetzt an nicht von den individuellen Bauernwirtschaften, sondern von den Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften entschieden wird.

Sie besagen viertens, dass der Prozess der Liquidierung des Kulakentums als Klasse bei uns mit Volldampf vorwärts schreitet.

Sie besagen schließlich, dass im Lande bereits ökonomische Wandlungen vor sich gegangen sind, die uns allen Grund geben zu der Behauptung, dass es uns gelungen ist, das Dorf auf einen neuen Weg, auf den Weg der Kollektivierung, zu führen und damit den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande zu sichern.

In seinem Beschluss vom 5. Januar 1930 hat das Politbüro des ZK für das Frühjahr 1930 ein Programm festgesetzt, wonach die auf vergesellschafteter Grundlage bearbeitete kollektivwirtschaftliche Anbaufläche 30 Millionen Hektar betragen soll. In Wirklichkeit aber haben wir 36 Millionen Hektar. Das Programm des ZK ist also übererfüllt worden.

Daraus folgt, dass diejenigen, die über den Beschluss des ZK spotteten, über sich selbst Hohn und Spott gebracht haben. Den opportunistischen Schwätzern in unserer Partei haben weder die kleinbürgerliche Anarchie noch die Überspitzungen in der Kollektivwirtschaftsbewegung geholfen.

Laut Fünfjahrplan sollten wir gegen Ende des Planjahrfünfts in den Kollektivwirtschaften 20,6 Millionen Hektar Anbaufläche haben. In Wirklichkeit aber haben wir schon in diesem Jahr 36 Millionen Hektar Anbaufläche in den Kollektivwirtschaften.

Dies bedeutet, dass wir das Fünfjahrprogramm des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus in zwei Jahren zu mehr als 150 Prozent übererfüllt haben. (Beifall.)

Laut Fünfjahrplan sollten wir gegen Ende des Planjahrfünfts in den Kollektivwirtschaften eine Bruttogetreideproduktion von 190,5 Millionen Doppelzentner haben. In Wirklichkeit werden wir in den Kollektivwirtschaften schon in diesem Jahr eine Bruttogetreideproduktion von 256 Millionen Doppelzentner haben.

Dies bedeutet, dass wir das Fünfjahrprogramm der kollektivwirtschaftlichen Getreideproduktion in zwei Jahren um mehr als 30 Prozent übererfüllen.

Der Fünfjahrplan in zwei Jahren! (Beifall.)

Mögen jetzt die opportunistischen Klatschbasen behaupten, es sei nicht möglich, den Fünfjahrplan des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus in zwei Jahren zu erfüllen und überzuerfüllen.

*6. Die Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage  
der Arbeiter und Bauern*

Es ergibt sich demnach, dass das fortschreitende Wachstum des sozialistischen Sektors sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft eine Tatsache ist, die keinerlei Zweifel unterliegt.

Was kann dies vom Standpunkt der materiellen Lage der Werktätigen bedeuten?

Das bedeutet, dass damit bereits die Grundlagen für eine radikale Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Bauern geschaffen sind.

Warum, auf welche Weise?

Erstens darum, weil das Wachstum des sozialistischen Sektors vor allem eine Verminderung der Ausbeuterelemente in Stadt und Land, eine Abnahme ihres Gewichts in der Volkswirtschaft bedeutet. Dies aber bedeutet, dass der Anteil der Arbeiter und Bauern am Volkseinkommen des Landes unvermeidlich wachsen muss auf Kosten des Anteils der Ausbeuterklassen.

Zweitens darum, weil bei einem Wachstum des vergesellschafteten (sozialistischen) Sektors derjenige Teil des Volkseinkommens, der bisher die Pfründe der Ausbeuterklassen und ihres Gesindes bildete, von jetzt an in der Produktion selbst bleiben muss zur Erweiterung der Produktion, zum Bau neuer Industriebetriebe, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Werktätigen. Dies aber bedeutet, dass die Arbeiterklasse an Zahl und Kraft wachsen, die Erwerbslosigkeit dagegen zurückgehen und versickern muss.

Schließlich darum, weil das Wachstum des vergesellschafteten Sektors, da es zur Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse führt, ein fortschreitendes Wachstum der Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes bedeutet, vergrößerte Nachfrage der Arbeiter und Bauern nach Industrieprodukten. Dies aber bedeutet, dass das Wachstum des inneren Marktes dem Wachstum der Industrie vorausseilen und diese vorwärts treiben wird, zu unaufhörlicher Erweiterung.

Alle diese und ähnliche Umstände bewirken, dass sich die materielle und kulturelle Lage der Arbeiter und Bauern ununterbrochen verbessert.

a) Beginnen wir mit der Frage des zahlenmäßigen Wachstums der Arbeiterklasse und des Rückgangs der Erwerbslosigkeit.

Betrug die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger (ohne Erwerbslose) im Jahre 1926/27 10990000, so hatten wir im Jahre 1927/28 11456000, im Jahre 1928/29 11997000, und im Jahre 1929/30 wird sie voraussichtlich mindestens 13129000 erreichen. Davon waren Arbeiter (Landarbeiter und Saisonarbeiter inbegriffen) im Jahre 1926/27 7069000, im Jahre 1927/28 7404000, im Jahre 1928/29 7758000, im Jahre 1929/30 8533000. Arbeiter der Großindustrie (ohne Angestellte) waren davon im Jahre 1926/27 2439000, im Jahre 1927/28 2632000, im Jahre 1928/29 2858000 und im Jahre 1929/30 3029000.

Dies bedeutet, dass wir das Bild eines stetigen Anstiegens der zahlenmäßigen Stärke der Arbeiterklasse haben, wobei, wenn die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in drei Jahren um 19,5 Prozent und die der Arbeiter um 20,7 Prozent gestiegen ist, die Zahl der Industriearbeiter sich um 24,2 Prozent erhöht hat.

Gehen wir zur Frage der Arbeitslosigkeit über. Auf diesem Gebiet herrscht, das muss man sagen, sowohl beim Volkskommissariat für Arbeit als auch beim Zentralrat der Gewerkschaften ein großes Durcheinander.

Einerseits geht aus den Angaben dieser Institutionen hervor, dass wir ungefähr 1 Million Arbeitslose haben, von denen die mit minimaler Qualifikation nur 14,3 Prozent ausmachen,

während etwa 73 Prozent aus Leuten so genannter intellektueller Arbeit und aus Ungelernten bestehen, wobei die gewaltige Mehrheit der letzteren Frauen und Jugendliche sind, die noch nichts mit industrieller Produktion zu tun gehabt haben.

Andererseits leiden wir nach denselben Angaben einen schrecklichen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, die Arbeitsnachweise können die Nachfrage unserer Betriebe nach Arbeitskräften zu 80 Prozent nicht befriedigen, und wir sind daher gezwungen, schnellstens, buchstäblich von heute auf morgen ganz unqualifizierte Leute zu schulen und zu qualifizierten Facharbeitern zu machen, um die Bedürfnisse unserer Betriebe auch nur minimal befriedigen zu können.

Man versuche da, sich in diesem Durcheinander zurechtzufinden. Klar ist jedenfalls, dass diese Arbeitslosen keine Reservearmee unserer Industrie und noch weniger eine ständige Arbeitslosenarmee bilden. Und was ergibt sich? Selbst aus den Angaben des Volkskommissariats für Arbeit geht hervor, dass in der letzten Zeit die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 700000 zurückgegangen ist. Dies bedeutet einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen bis zum 1. Mai dieses Jahres um mehr als 42 Prozent.

Hier haben Sie ein weiteres Ergebnis des Wachstums des sozialistischen Sektors in unserer Volkswirtschaft.

b) Zu einem noch erstaunlicheren Ergebnis kommt man, wenn man die Sache vom Gesichtspunkt der Verteilung des Volkseinkommens auf die Klassen betrachtet. Die Frage der Verteilung des Volkseinkommens auf die Klassen ist die Schlüsselfrage vom Gesichtspunkt der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Bauern. Nicht umsonst bemühen sich die bürgerlichen Ökonomen in Deutschland, England, den USA, diese Frage zugunsten der Bourgeoisie zu verwirren, indem sie immer wieder ihre „völlig objektiven“ Untersuchungen darüber veröffentlichen.

Nach den Angaben des deutschen Statistischen Reichsamts betrug der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen Deutschlands im Jahre 1929 70 Prozent, der Anteil der Bourgeoisie aber 30 Prozent. Nach den Angaben der Federal Trade Commission [Föderale Handelskommission] und des National Bureau of Economic Research [Nationales Büro für ökonomische Untersuchungen] betrug der Anteil der Arbeiter am Volkseinkommen der USA im Jahre 1923 über 54 Prozent, der Anteil der Kapitalisten aber etwas über 45 Prozent. Schließlich betrug nach den Angaben der Ökonomen Bowley und Stamp der Anteil der Arbeiterklasse am Volkseinkommen Englands im Jahre 1924 etwas weniger als 50 Prozent, der Anteil der Kapitalisten aber etwas mehr als 50 Prozent des Volkseinkommens Englands. Es ist klar, dass man die Ergebnisse dieser Erhebungen nicht unbesehen hinnehmen darf. Man darf das nicht, da es bei diesen Untersuchungen außer Verfehlungen rein ökonomischer Art noch Verfehlungen einer anderen Art gibt, die zum Ziele haben, teilweise das Einkommen der Kapitalisten zu verschleiern und es geringer hinzustellen, als es ist, teilweise aber die Einkünfte der Arbeiterklasse aufzubauschen und größer hinzustellen, als sie sind, indem man zu den Arbeitern Beamte hinzuzählt, die kolossale Gehälter beziehen. Ich rede schon gar nicht davon, dass bei diesen Untersuchungen die Einkünfte der Farmer und überhaupt der ländlichen Kapitalisten häufig nicht berücksichtigt werden.

Genosse Varga hat diese Angaben einer kritischen Analyse unterzogen. Und er kam zu folgendem Ergebnis: Es zeigt sich, dass der Anteil der Arbeiter und der übrigen Werktätigen in Stadt und Land, die keine fremde Arbeit ausbeuten, in Deutschland 55 Prozent des Volkseinkommens betrug, in den USA 54 Prozent, in England 45 Prozent; der Anteil der Kapitalisten aber in Deutschland 45 Prozent, in den USA 46 Prozent, in England 55 Prozent.

So liegen die Dinge in den größten kapitalistischen Ländern. Wie aber liegen die Dinge in der UdSSR?

Hier sind die Angaben der Staatlichen Plankommission. Es zeigt sich folgendes:

a) Der Anteil der Arbeiter und der werktätigen Bauern, die keine fremde Arbeit ausbeuten, betrug bei uns im Jahre 1927/28 75,2 Prozent des gesamten Volkseinkommens (darunter der

Anteil der städtischen und ländlichen Arbeiter 33,3 Prozent), im Jahre 1928/29 76,5 Prozent (darunter der Anteil der städtischen und ländlichen Arbeiter 33,2 Prozent), im Jahre 1929/30 77,1 Prozent (darunter der Anteil der städtischen und ländlichen Arbeiter 33,5 Prozent).

b) Der Anteil der Kulaken und der städtischen Kapitalisten betrug im Jahre 1927/28 8,1 Prozent, im Jahre 1928/29 6,5 Prozent, im Jahre 1929/30 1,8 Prozent.

c) Der Anteil der Kleingewerbetreibenden, deren Mehrheit ein werktätiges Element darstellt, betrug im Jahre 1927/28 6,5 Prozent, im Jahre 1928/29 5,4 Prozent, im Jahre 1929/30 4,4 Prozent.

d) Der Anteil des staatlichen Sektors, dessen Einkünfte Einkünfte der Arbeiterklasse und überhaupt der werktätigen Massen sind, betrug im Jahre 1927/28 8,4 Prozent, im Jahre 1928/29 10 Prozent, im Jahre 1929/30 15,2 Prozent.

e) Schließlich betrug der Anteil der so genannten Sonstigen (gemeint sind Pensionsempfänger) im Jahre 1927/28 1,8 Prozent, im Jahre 1928/29 1,6 Prozent, im Jahre 1929/30 1,5 Prozent.

Es ergibt sich also, dass, während in den führenden kapitalistischen Ländern der Anteil der Ausbeuterklassen am Volkseinkommen ungefähr 50 Prozent, manchmal aber auch mehr beträgt, bei uns, in der UdSSR, der Anteil der Ausbeuterklassen nicht mehr als 2 Prozent des Volkseinkommens beträgt.

Hierdurch erklärt sich denn auch die frappierende Tatsache, dass in den USA im Jahre 1922, wie der amerikanische bürgerliche Schriftsteller Denny mitteilt, „ein Prozent der Eigentümer 59 Prozent des gesamten Nationalreichtums besaßen“, in England aber im Jahre 1920/21, wie der gleiche Denny angibt, „weniger als zwei Prozent der Eigentümer 64 Prozent des gesamten Nationalreichtums besaßen“. (Siehe das Büchlein Dennys „Amerika erobert Britannien“.)

Können derartige Tatsachen bei uns, in der UdSSR, im Lande der Sowjets, vorkommen? Natürlich nicht. In der UdSSR gibt es schon längst keine derartigen „Eigentümer“ mehr und kann es sie auch nicht geben.

Wenn aber in der UdSSR im Jahre 1929/30 insgesamt nur ungefähr 2 Prozent des Volkseinkommens für die Ausbeuterklassen abfallen, wohin gelangt dann die übrige Masse des Volkseinkommens?

Es ist klar, dass sie in den Händen der Arbeiter und der werktätigen Bauern verbleibt.

Hier ist die Quelle der Kraft und des Ansehens der Sowjetmacht bei den Millionenmassen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.

Hier ist die Grundlage für das systematische Anwachsen des materiellen Wohlstands der Arbeiter und der Bauern in der UdSSR.

f) Im Lichte dieser entscheidenden Tatsachen begreift man vollauf das systematische Steigen des Reallohnes der Arbeiter, die Vergrößerung des Haushalts der Sozialversicherung für Arbeiter, die verstärkte Hilfeleistung an die Wirtschaften der armen und Mittelbauern, die vermehrten Bewilligungen für den Bau von Arbeiterwohnungen, für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, für Mutter- und Säuglingsschutz und im Zusammenhang damit die fortschreitende Bevölkerungszunahme in der UdSSR bei gleichzeitigem Rückgang der Sterblichkeit, besonders der Kindersterblichkeit.

Bekannt ist zum Beispiel, dass der Reallohn der Arbeiter, wenn man die Sozialversicherung und die Gewinnüberweisungen an den Fonds zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter berücksichtigt, gegenüber dem Vorkriegsstand auf 167 Prozent gestiegen ist. Allein der Haushalt der Sozialversicherung für Arbeiter ist in den letzten drei Jahren von 980 Millionen Rubel im Jahre 1927/28 auf 1400 Millionen Rubel im Jahre 1929/30 angewachsen. Für Mutter- und Säuglingsschutz wurden in den letzten drei Jahren (1927/28-1929/30) 494 Millionen Rubel verausgabt. Für Vorschulerziehung (Kindergärten, Spielplätze usw.) wurden im gleichen Zeitraum 204 Millionen Rubel ausgegeben, für den Bau von Arbeiterwohnungen 1880 Millionen Rubel.

Dies bedeutet natürlich nicht, dass schon alles Notwendige für eine ernstliche Erhöhung des Reallohnes getan worden wäre, dass es unmöglich gewesen wäre, den Reallohn auf eine



höhere Stufe zu bringen. Und wenn dies nicht getan wurde, so ist daran der Bürokratismus unseres Versorgungsapparates im Allgemeinen, der Bürokratismus der Konsumgenossenschaften vor allem und im Besonderen schuld. Nach den Angaben der Staatlichen Plankommission erfasst der vergesellschaftete Sektor im Binnenhandel 1929/30 beim Großhandel mehr als 99 Prozent und beim Einzelhandel mehr als 89 Prozent. Dies bedeutet, dass das Genossenschaftswesen den privaten Sektor systematisch verdrängt und auf dem Gebiet des Handels zum Monopolisten wird. Das ist natürlich gut. Schlecht aber ist, dass dieses Monopol in einer Reihe von Fällen den Verbrauchern Schaden bringt. Es zeigt sich, dass die Genossenschaften, trotz ihrer fast uneingeschränkten Monopolstellung im Handel, es vorziehen, die Arbeiter mit „einträglicheren“ Waren zu versorgen, die größere Gewinne abwerfen (Galanteriewaren usw.), und davon absehen, sie mit weniger „einträglichen“ Waren zu beliefern, auch wenn die Arbeiter diese notwendiger brauchen (landwirtschaftliche Produkte). Infolgedessen sind die Arbeiter genötigt, etwa 25 Prozent ihres Bedarfs an landwirtschaftlichen Produkten auf dem Privatmarkt zu decken, wo sie überhöhte Preise zahlen. Ich will schon gar nicht davon reden, dass der Genossenschaftsapparat sich in erster Linie um die Bilanz kümmert und infolgedessen allzu widerstrebend an die Herabsetzung der Einzelhandelspreise herangeht, ungeachtet der kategorischen Weisungen seitens der leitenden Zentralen. Es ergibt sich, dass das Genossenschaftswesen in diesem Falle nicht als sozialistischer Sektor handelt, sondern als ein eigenartiger Sektor, der von einer Art NÖPmangeist angesteckt ist. Es fragt sich, wer ein derartiges Genossenschaftswesen braucht und welchen Nutzen die Arbeiter von seinem Monopol haben, wenn es die Aufgabe, den Reallohn der Arbeiter ernstlich zu verbessern, nicht erfüllt?

Und wenn trotzdem der Reallohn bei uns unausgesetzt von Jahr zu Jahr steigt, so bedeutet dies, dass unsere Gesellschaftsordnung, das System der Verteilung des Volkseinkommens und die gesamte Einstellung in Lohnfragen derart sind, dass sie die Möglichkeit haben, alle und jedwede Minusfaktoren, die von den Genossenschaften ausgehen, zu paralysieren und mehr als wettzumachen.

Fügt man diesem Umstand noch eine Reihe anderer Faktoren bei wie die zunehmende Bedeutung des Speisehallenwesens, die Verbilligung der Arbeiterwohnungen, die gewaltige Anzahl von Stipendien für Arbeiter und für Arbeiterkinder, die kulturelle Betreuung usw., so kann man ohne weiteres sagen, dass die Erhöhung der Arbeiterlöhne prozentual viel größer ist, als das in der Statistik mancher unserer Institutionen ausgewiesen wird.

All das zusammengenommen plus Überführung von mehr als 830000 Industriearbeitern (33,5 Prozent) auf den Siebenstundentag plus Überführung von mehr als 1,5 Millionen Industriearbeitern (63,4 Prozent) auf die Fünftagewoche plus Vorhandensein eines weit ausgedehnten Netzes von Erholungsheimen, Sanatorien und Kurorten für Arbeiter, in denen in den letzten drei Jahren mehr als 1,7 Millionen Arbeiter weilten - all das schafft der Arbeiterklasse Arbeits- und Lebensverhältnisse, die uns die Möglichkeit bieten, eine neue Generation von Arbeitern heranzubilden, die gesund und lebensfroh sind, die imstande sind, die Macht des Sowjetlandes auf die gebührende Höhe zu bringen und es unter Einsatz ihres Lebens gegen Anschläge der Feinde zu schützen. (Beifall.)

Was die Hilfeleistung an die Bauern, Einzelbauern wie Kollektivbauern, betrifft, so betrug sie in den letzten drei Jahren (1927/28-1929/30), die Unterstützung der Dorfarmut mitgerechnet, nicht weniger als 4 Milliarden Rubel, die ihnen als Kredite gewährt wurden oder im Rahmen des Staatshaushalts zugeflossen sind. Es ist bekannt, dass allein als Saatguthilfe den Bauern in diesen drei Jahren nicht weniger als 154 Millionen Pud Getreide geliefert worden sind.

Kein Wunder, dass die Arbeiter und Bauern bei uns im allgemeinen nicht schlecht leben, dass sich die Sterblichkeit der Bevölkerung im Vergleich zur Vorkriegszeit um 36 Prozent überhaupt und um 42,5 Prozent bei den Kindern vermindert hat, während der jährliche Zuwachs der Bevölkerung bei uns rund 3 Millionen ausmacht. (Beifall.)

Was die kulturelle Lage der Arbeiter und Bauern betrifft, so haben wir auch auf diesem Gebiet gewisse Errungenschaften, die uns jedoch angesichts ihrer Geringfügigkeit keinesfalls zufrieden stellen können. Sieht man ab von den Arbeiterklubs jeder Art, den Lesehallen, den Büchereien und den Stellen zur Liquidierung des Analphabetentums, die in diesem Jahr 10,5 Millionen Menschen erfassten, so stellt sich die Lage des Kultur- und Bildungswesens folgendermaßen dar: Die Grundschulen erfassen im laufenden Jahr 11638000 Schüler, die Schulen zweiter Stufe 1945000, die industriell-technischen, Transport- und Landwirtschaftsschulen sowie die Produktionskurse für Massenschulung 333100, die Techniken und ihnen gleichgestellte Berufsschulen 238700, die allgemeinen Hochschulen und technischen Hochschulen 190400. All das hat es ermöglicht, den Prozentsatz der des Lesens und Schreibens Kundigen in der UdSSR von 33 Prozent in der Vorkriegszeit auf 62,6 Prozent zu erhöhen.

Die Hauptsache ist jetzt, zur allgemeinen Grundschulpflicht überzugehen. Ich sage „die Hauptsache“, weil ein derartiger Übergang einen entscheidenden Schritt in der Kulturrevolution bedeuten würde. Dazu überzugehen, ist aber schon längst Zeit, denn wir haben jetzt alles, was notwendig ist für die Einführung der allgemeinen Grundschulpflicht in allen Gebieten der UdSSR.

Bisher waren wir gezwungen, „an allem zu sparen, sogar an den Schulen“, um „die Schwerindustrie zu retten, sie wiederherzustellen“ (Lenin). In letzter Zeit jedoch haben wir die Schwerindustrie bereits wiederhergestellt und bringen sie weiter vorwärts. Folglich ist die Zeit gekommen, in der wir die restlose Einführung der allgemeinen Grundschulpflicht in Angriff nehmen müssen.

Ich glaube, dass der Parteitag recht daran tun wird, wenn er in dieser Hinsicht einen bestimmten und absolut kategorischen Beschluss fasst. (Beifall.)

### *7. Die Schwierigkeiten des Wachstums, der Kampf der Klassen und die Offensive des Sozialismus an der ganzen Front*

Ich sprach von unseren Errungenschaften bei der Entwicklung der Volkswirtschaft. Ich sprach von den Errungenschaften in der Industrie, in der Landwirtschaft, bei der Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft nach den Grundsätzen des Sozialismus. Ich sprach schließlich von den Errungenschaften bei der Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Bauern.

Es wäre jedoch falsch, wenn man annehmen wollte, wir hätten diese Errungenschaften „leicht und ruhig“, sozusagen im Selbstlauf, ohne besondere Anstrengungen und ohne Willensanspannung, ohne Kampf und Erschütterungen erzielt. Solche Errungenschaften sind im Selbstlauf nicht zu erreichen. In Wirklichkeit haben wir diese Errungenschaften in entschlossenem Kampf gegen die Schwierigkeiten, in einem ernsten und langwierigen Kampf für die Überwindung der Schwierigkeiten erzielt.

Von Schwierigkeiten sprechen bei uns alle. Aber nicht alle legen sich Rechenschaft ab über den Charakter dieser Schwierigkeiten. Indessen ist das Problem der Schwierigkeiten für uns von ernstester Bedeutung.

Worin bestehen die charakteristischen Wesenszüge unserer Schwierigkeiten, welche feindlichen Kräfte stecken hinter ihnen, und wie überwinden wir sie?

a) Bei Charakterisierung unserer Schwierigkeiten müssen zumindest die folgenden Umstände ins Auge gefasst werden.

Vor allem muss der Umstand berücksichtigt werden, dass unsere gegenwärtigen Schwierigkeiten Schwierigkeiten der Rekonstruktionsperiode sind. Was bedeutet das? Es bedeutet, dass sie sich von den Schwierigkeiten der Wiederherstellungsperiode unserer Wirtschaft grundlegend unterscheiden. Handelte es sich in der Wiederherstellungsperiode um die Ausnutzung der alten Betriebe und um die Unterstützung der Landwirtschaft auf ihrer

alten Grundlage, so handelt es sich jetzt darum, sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft von Grund aus umzubauen, sie durch Veränderung ihrer technischen Basis, durch ihre Ausrüstung mit modernen technischen Mitteln zu rekonstruieren. Das bedeutet, dass wir vor der Aufgabe stehen, die gesamte technische Basis der Volkswirtschaft umzubauen. Das aber erfordert neue, solidere Investitionen in der Volkswirtschaft, neue, erfahrenere Kader, die fähig sind, die neue Technik zu meistern und sie weiterzuentwickeln. Zweitens muss man den Umstand im Auge haben, dass die Rekonstruktion der Volkswirtschaft bei uns nicht auf den Umbau ihrer technischen Basis beschränkt bleibt, im Gegenteil, sie erfordert gleichzeitig einen Umbau der sozialen und ökonomischen Verhältnisse. Ich denke dabei hauptsächlich an die Landwirtschaft. In der Industrie, die bereits zusammengefasst und sozialisiert ist, besteht für die technische Rekonstruktion schon eine im Großen und Ganzen fertige soziale und ökonomische Basis. Die Aufgabe der Rekonstruktion besteht hier darin, den Prozess der Verdrängung der kapitalistischen Elemente in der Industrie zu verstärken. Nicht so einfach liegen die Dinge in der Landwirtschaft. Die Rekonstruktion der technischen Basis der Landwirtschaft verfolgt selbstverständlich die gleichen Ziele. Aber die Besonderheit der Landwirtschaft besteht bei uns darin, dass in ihr noch immer der bäuerliche Kleinbetrieb überwiegt, dass dem Kleinbetrieb die Möglichkeit fehlt, sich die neue Technik anzueignen, dass infolgedessen der Umbau der technischen Basis der Landwirtschaft unmöglich ist ohne gleichzeitigen Umbau der alten sozialen und ökonomischen Struktur, ohne Vereinigung der individuellen Kleinbetriebe zu kollektiven Großbetrieben, ohne Ausrodung der Wurzeln des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Es ist begreiflich, dass diese Umstände unsere Schwierigkeiten zwangsläufig komplizieren müssen, dass sie uns die Überwindung dieser Schwierigkeiten zwangsläufig erschweren müssen.

Drittens muss man den Umstand im Auge haben, dass unsere Arbeit an der sozialistischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft, die die ökonomischen Beziehungen des Kapitalismus zerreißt und alle Kräfte der alten Welt über den Haufen wirft, den verzweifelten Widerstand dieser Kräfte hervorrufen muss. Bekanntlich ist dem auch so. Die böswillige Schädlingarbeit einer Oberschicht der bürgerlichen Intelligenz in allen Zweigen unserer Industrie, der bestialische Kampf des Kulakentums gegen die kollektiven Wirtschaftsformen im Dorf, die Sabotage der von der Sowjetmacht getroffenen Maßnahmen durch die bürokratischen Elemente des Apparats, die eine Agentur des Klassenfeindes darstellen - das sind vorläufig die Hauptformen des Widerstands der untergehenden Klassen unseres Landes. Es ist klar, dass diese Umstände nicht dazu angetan sind, unsere Arbeit an der Rekonstruktion der Volkswirtschaft zu erleichtern.

Viertens muss man den Umstand im Auge haben, dass die untergehenden Klassen unseres Landes bei ihrem Widerstand nicht von der Außenwelt isoliert sind, sondern dass ihr Widerstand von der kapitalistischen Umwelt unterstützt wird. Die kapitalistische Umwelt ist nicht als ein einfacher geographischer Begriff zu betrachten. Kapitalistische Umwelt heißt, dass die UdSSR von feindlichen Klassenkräften umgeben ist, die bereit sind, unsere Klassenfeinde im Innern der UdSSR sowohl moralisch und materiell als auch durch eine Finanzblockade und bei Gelegenheit auch durch eine militärische Intervention zu unterstützen. Es ist bewiesen, dass die Schädlingarbeit unserer Spezialisten, die sowjetfeindlichen Aktionen des Kulakentums, die Brandstiftungen und Sprengstoffanschläge auf unsere Betriebe und Bauten von außen subsidiert und inspiriert wurden. Die imperialistische Welt hat kein Interesse daran, dass die UdSSR fest auf die Beine kommt und die Möglichkeit erhält, die führenden kapitalistischen Länder einzuholen und zu überholen. Deshalb unterstützt sie die Kräfte der alten Welt in der UdSSR. Es ist verständlich, dass dieser Umstand gleichfalls nicht dazu angetan ist, unsere Rekonstruktionsarbeit zu erleichtern.

Die Charakteristik unserer Schwierigkeiten wäre aber nicht vollständig, wenn man nicht noch einen Umstand berücksichtigte. Es handelt sich um den besonderen Charakter unserer

Schwierigkeiten. Es handelt sich darum, dass unsere Schwierigkeiten nicht Schwierigkeiten des Niedergangs oder Schwierigkeiten der Stagnation sind, sondern Schwierigkeiten des Wachstums, Schwierigkeiten des Aufstiegs, Schwierigkeiten des Vormarsches. Dies bedeutet, dass sich unsere Schwierigkeiten von denen der kapitalistischen Länder grundlegend unterscheiden. Wenn man in den USA von Schwierigkeiten spricht, so meint man Schwierigkeiten des Niedergangs, denn Amerika macht gegenwärtig eine Krise durch, das heißt einen Niedergang der Wirtschaft. Wenn man in England von Schwierigkeiten spricht, so meint man Schwierigkeiten der Stagnation, denn England macht jetzt schon seit mehreren Jahren eine Stagnation durch, das heißt, die Vorwärtsbewegung hat aufgehört. Wenn wir dagegen von unseren Schwierigkeiten sprechen, so meinen wir nicht einen Niedergang und nicht eine Stagnation in der Entwicklung, sondern das Wachstum unserer Kräfte, den Aufschwung unserer Kräfte, die Vorwärtsbewegung unserer Wirtschaft. Um wie viel Punkte wir uns bis zu einer bestimmten Frist vorwärts bewegen, um wie viel Prozent Produkte wir mehr erzeugen, um wie viel Millionen Hektar wir mehr bestellen, um wie viel Monate früher wir einen Industriebetrieb, eine Eisenbahn erbauen - das sind Fragen, die man bei uns meint, wenn man von Schwierigkeiten spricht. Folglich sind unsere Schwierigkeiten zum Unterschied von den Schwierigkeiten, sagen wir, Amerikas oder Englands Wachstumsschwierigkeiten, Schwierigkeiten der Vorwärtsbewegung.

Was aber bedeutet das? Das bedeutet, dass es sich bei unseren Schwierigkeiten um Schwierigkeiten handelt, die in sich selbst die Möglichkeit ihrer Überwindung enthalten. Das bedeutet, dass das unterscheidende Merkmal unserer Schwierigkeiten darin besteht, dass sie uns selbst die Basis für ihre Überwindung geben.

Was folgt nun aus alledem?

Daraus folgt vor allem, dass unsere Schwierigkeiten nicht Schwierigkeiten infolge kleiner und zufälliger „Unzulänglichkeiten“, sondern Schwierigkeiten des Klassenkampfes sind.

Daraus folgt zweitens, dass hinter unseren Schwierigkeiten unsere Klassenfeinde stecken, dass diese Schwierigkeiten kompliziert werden durch den verzweifelten Widerstand der untergehenden Klassen unseres Landes, durch die Unterstützung dieser Klassen von außen, durch das Vorhandensein bürokratischer Elemente in unseren eigenen Institutionen, durch das Vorhandensein von Unsicherheit und Engstirnigkeit in einigen Schichten unserer Partei.

Daraus folgt drittens, dass es zur Überwindung der Schwierigkeiten vor allem notwendig ist, die Angriffe der kapitalistischen Elemente zurückzuschlagen, ihren Widerstand zu unterdrücken und so die Bahn für einen raschen Vormarsch freizulegen.

Daraus folgt schließlich, dass unsere Schwierigkeiten, die ihrem ganzen Charakter nach Schwierigkeiten des Wachstums sind, uns die zur Unterdrückung der Klassenfeinde erforderlichen Möglichkeiten geben.

Um aber diese Möglichkeiten auszunutzen und sie Wirklichkeit werden zu lassen, um den Widerstand der Klassenfeinde zu unterdrücken und die Überwindung der Schwierigkeiten durchzusetzen, gibt es nur ein Mittel: Organisation der Offensive gegen die kapitalistischen Elemente an der ganzen Front und Isolierung der opportunistischen Elemente in unseren eigenen Reihen, die die Offensive hindern, die in ihrer Panik von einem Extrem ins andere stürzen und in der Partei den Glauben an den Sieg zu erschüttern suchen. (Beifall.)

Andere Mittel gibt es nicht.

Nur Leute, die den Kopf verloren haben, können einen Ausweg suchen in der kindischen Formel Bucharins vom friedlichen Hineinwachsen der kapitalistischen Elemente in den Sozialismus. Die Entwicklung verlief und verläuft bei uns nach wie vor nicht nach der Formel Bucharins. Die Entwicklung verlief und verläuft nach wie vor nach Lenins Formel „Wer - wen?“. Werden wir sie, die Ausbeuter, unterkriegen und niederhalten, oder werden sie uns, die Arbeiter und Bauern der UdSSR, unterkriegen und niederhalten - so ist die Frage gestellt, Genossen.

Mithin Organisierung der Offensive des Sozialismus an der ganzen Front - das ist die Aufgabe, die uns erstand, als wir die Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft entfalteten. Gerade so fasste die Partei ihre Mission auf, als sie die Offensive gegen die kapitalistischen Elemente unseres Landes organisierte.

b) Ist aber überhaupt eine Offensive, und zwar eine Offensive an der ganzen Front unter den Bedingungen der NÖP zulässig?

Manche glauben, die Offensive sei unvereinbar mit der NÖP, die NÖP sei im Wesen der Sache ein Rückzug, und da der Rückzug beendet sei, müsse mit der NÖP Schluss gemacht werden. Das ist natürlich Unsinn. Ein Unsinn, ausgehend entweder von den Trotzlisten, die vom Leninismus nichts begriffen haben und die NÖP „im Handumdrehen“ „abschaffen“ möchten, oder von den Rechtsopportunisten, die ebenfalls vom Leninismus nichts begriffen haben und glauben, durch ihr Geschwätz von der „Gefahr der Abschaffung der NÖP“ sich den Verzicht auf die Offensive erhandeln zu können. Wenn es bei der NÖP mit dem Rückzug sein Bewenden hätte, dann hätte Lenin auf dem XI. Parteitag, als die NÖP bei uns mit aller Konsequenz durchgeführt wurde, nicht gesagt, dass der „Rückzug beendet ist“. Hat Lenin, als er von der Beendigung des Rückzuges sprach, denn nicht gleichzeitig erklärt, dass wir die NÖP „ernstlich und auf lange“ durchführen wollen? Man braucht nur diese Frage zu stellen, um die ganze Ungereimtheit des Geschwätzes von der Unvereinbarkeit der NÖP mit einer Offensive zu begreifen. In Wirklichkeit sieht die NÖP nicht nur einen Rückzug und die Zulassung einer Belebung des Privathandels vor, die Zulassung einer Belebung des Kapitalismus bei Sicherung einer regulierenden Rolle des Staates (Anfangsstadium der NÖP). In Wirklichkeit sieht die NÖP gleichzeitig in einem bestimmten Entwicklungsstadium die Offensive des Sozialismus gegen die kapitalistischen Elemente vor, die Einengung des Betätigungsfeldes des Privathandels, die relative und absolute Einschränkung des Kapitalismus, das wachsende Übergewicht des vergesellschafteten Sektors über den nicht vergesellschafteten Sektor, den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus (gegenwärtiges Stadium der NÖP). Die NÖP wurde eingeführt im Interesse des Sieges des Sozialismus über die kapitalistischen Elemente. Mit dem Übergang zur Offensive an der ganzen Front schaffen wir die NÖP noch nicht ab, denn der Privathandel und die kapitalistischen Elemente bleiben noch bestehen, der „freie“ Warenumsatz bleibt noch bestehen - wir machen aber eindeutig Schluss mit dem Anfangsstadium der NÖP, indem wir ihr nächstes Stadium entwickeln, das gegenwärtige Stadium der NÖP, das das letzte Stadium der NÖP ist.

Lenin sagte 1922, ein Jahr nach der Einführung der NÖP:

„Wir gehen jetzt zurück, treten gleichsam den Rückzug an, wir tun dies jedoch, um zuerst zurückzugehen, dann aber einen Anlauf zu nehmen und einen um so größeren Sprung vorwärts zu machen. Nur unter dieser einen Bedingung sind wir bei der Durchführung unserer Neuen Ökonomischen Politik zurückgegangen. Wo und wie wir unsere Reihen jetzt umgruppieren, uns anpassen, uns reorganisieren müssen, um nach dem Rückzug den hartnäckigsten Vormarsch anzutreten, das wissen wir noch nicht. Um alle diese Aktionen in normaler Weise durchführen zu können, muss man, wie das Sprichwort sagt, nicht zehnmal, sondern hundertmal abwägen, bevor man sich einmal entschließt.“ (4. Ausgabe, Bd. 33, S. 399, russ.)

Das dürfte klar sein.

Es fragt sich nun: Ist die Zeit bereits gekommen, um zur Offensive überzugehen, ist der richtige Augenblick für die Offensive bereits da?

Lenin sprach an einer anderen Stelle im selben Jahre 1922 davon, dass es notwendig ist:

„sich eng mit der Bauernmasse, mit der einfachen, werktätigen Bauernschaft zusammenzuschließen und zu beginnen, sich vorwärts zu bewegen, zwar unvergleichlich,

unendlich langsamer, als wir es geträumt haben, dafür aber so, dass die ganze Masse wirklich mit uns vorwärts schreitet... Dann wird auch zur gegebenen Zeit eine solche Beschleunigung dieser Bewegung einsetzen, von der wir augenblicklich nicht einmal träumen können.“ (4. Ausgabe, Bd. 33, S. 243 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 920].)

Und wiederum die gleiche Frage: Ist die Zeit bereits gekommen für eine solche Beschleunigung der Bewegung, für eine Beschleunigung des Tempos unserer Entwicklung, hatten wir den Augenblick richtig gewählt, als wir im zweiten Halbjahr 1929 an der ganzen Front zur entschlossenen Offensive übergangen?

Auf diese Frage hat die Partei bereits eine klare und bestimmte Antwort gegeben.

Ja, dieser Augenblick ist bereits eingetreten.

Ja, die Partei hatte den Augenblick richtig gewählt, als sie an der ganzen Front zur Offensive überging.

Davon zeugen die wachsende Aktivität der Arbeiterklasse und das beispiellose Anwachsen der Autorität der Partei unter den Millionenmassen der Werktätigen.

Davon zeugt die wachsende Aktivität der Massen der armen und Mittelbauern und die radikale Wendung dieser Massen zum kollektivwirtschaftlichen Aufbau.

Davon zeugen unsere Errungenschaften sowohl auf dem Gebiet der industriellen Entwicklung als auch beim Aufbau der Sowjet- und Kollektivwirtschaften.

Davon zeugt die Tatsache, dass wir jetzt die Möglichkeit haben, die kulakische Produktion durch die Produktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften nicht nur zu ersetzen, sondern sie auch um ein Vielfaches zu überbieten.

Davon zeugt die Tatsache, dass wir das Getreideproblem in der Hauptsache bereits gelöst und bestimmte Getreidereserven angesammelt haben, da wir den Schwerpunkt der Warengetreideproduktion aus der Sphäre der individuellen Produktion in die der kollektiv- und sowjetwirtschaftlichen Produktion verlegt haben.

Das sind die Beweise dafür, dass die Partei den Augenblick richtig gewählt hatte, als sie zur Offensive an der ganzen Front überging und die Losung der Liquidierung des Kulakentums als Klasse proklamierte.

Was wäre geschehen, wenn wir auf die Rechtsopportunisten aus der Gruppe Bucharins gehört hätten, wenn wir auf die Offensive verzichtet, das Entwicklungstempo der Industrie gedrosselt, die Entwicklung der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften gehemmt und uns auf die individuelle Bauernwirtschaft gestützt hätten?

Wir wären unweigerlich mit unserer Industrie gescheitert, hätten die Sache der sozialistischen Rekonstruktion der Landwirtschaft zugrunde gerichtet, wären ohne Getreide geblieben und hätten der Vorherrschaft des Kulakentums den Weg geebnet. Wir säßen jetzt vor einem Scherbenhaufen.

Was wäre geschehen, wenn wir auf die „linken“ Opportunisten aus der Gruppe Trotzki-Sinowjew gehört und die Offensive 1926/27 eröffnet hätten, als wir keine Möglichkeit besäßen, die kulakische Produktion durch die Produktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu ersetzen?

Wir hätten dabei unweigerlich Fiasko erlitten, hätten unsere Schwäche demonstriert, die Positionen des Kulakentums und der kapitalistischen Elemente überhaupt gestärkt, den Mittelbauern dem Kulaken in die Arme getrieben, wir hätten unseren sozialistischen Aufbau vereitelt und wären ohne Getreide geblieben. Wir säßen jetzt vor einem Scherbenhaufen.

Die Resultate wären die gleichen.

Nicht umsonst sagen unsere Arbeiter: „Gehst du nach ‚links‘, kommst du nach rechts.“ (Beifall.)

Manche Genossen glauben, die Hauptsache bei der Offensive des Sozialismus seien die Repressalien, und wenn die Repressalien nicht zunehmen, so gebe es auch keine Offensive.

Ist das richtig? Das ist selbstverständlich falsch.

Repressalien sind beim sozialistischen Aufbau ein notwendiges Element der Offensive, aber ein nebeneordnetes Element, nicht das Hauptelement. Die Hauptsache bei der Offensive des Sozialismus ist unter unseren jetzigen Verhältnissen das gesteigerte Entwicklungstempo unserer Industrie, das gesteigerte Entwicklungstempo der Sowjet- und Kollektivwirtschaften, die beschleunigte wirtschaftliche Verdrängung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land, die Mobilisierung der Massen für den sozialistischen Aufbau, die Mobilisierung der Massen gegen den Kapitalismus. Sie können Zehntausende und Hunderttausende Kulaken verhaften und verschicken, wenn Sie aber nicht gleichzeitig damit alles Notwendige unternehmen, um den Aufbau der neuen Formen der Wirtschaft zu beschleunigen, die alten, kapitalistischen Formen durch neue Wirtschaftsformen zu ersetzen, die Betriebsquellen für die ökonomische Existenz und Entwicklung der kapitalistischen Elemente auf dem Lande zu verschütten und zu liquidieren - so wird das Kulakentum sowieso wiedererstehen und wachsen.

Andere wieder glauben, die Offensive des Sozialismus sei einzig und allein Vormarsch, ohne entsprechende Vorbereitung, ohne Umgruppierung der Kräfte während der Offensive, ohne Befestigung der eroberten Stellungen, ohne Einsetzung der Reserven zu dem Zweck, die erzielten Erfolge weiterzuentwickeln, und wenn, sagen wir, Anzeichen des Abflutens eines Teiles der Bauern aus den Kollektivwirtschaften sich bemerkbar machen, so bedeute dies, dass wir schon ein „Abebben der Revolution“, einen Niedergang der Bewegung, ein Stocken der Offensive hätten.

Ist das richtig? Das ist selbstverständlich falsch.

Erstens verläuft keine Offensive, und sei es auch die erfolgreichste, ohne dass an einzelnen Abschnitten der Front der Feind einbricht, ohne dass man hie und da zu weit vorprellt. Deswegen von einem Stocken oder einem Misserfolg der Offensive reden heißt das Wesen der Offensive nicht begreifen.

Zweitens gab es nie eine erfolgreiche Offensive und kann es keine geben ohne Umgruppierung der Kräfte während der Offensive selbst, ohne Befestigung der eroberten Stellungen, ohne Einsetzung der Reserven zu dem Zweck, die erzielten Erfolge weiterzuentwickeln und die Offensive zu vollenden. Wenn man immer nur vorrücken will, das heißt, wenn man diese Bedingungen nicht beachtet, muss die Offensive unvermeidlich zum Erliegen kommen und scheitern. Bloßes Vorrücken ist der Tod der Offensive. Davon zeugen die reichen Erfahrungen Unseres Bürgerkriegs.

Drittens, wie kann man eine Analogie sehen zwischen dem „Abebben der Revolution“, das gewöhnlich durch einen Niedergang der Bewegung verursacht wird, und dem Abfluten eines Teils der Bauern aus den Kollektivwirtschaften, das verursacht wurde durch den fortdauernden Aufschwung der Bewegung, durch den fortdauernden Aufschwung unseres ganzen sozialistischen Aufbaus, sowohl des industriellen als auch des kollektivwirtschaftlichen, durch den fortdauernden Aufschwung unserer Revolution? Was können diese beiden absolut verschiedenartigen Erscheinungen miteinander gemein haben?

c) Worin besteht das Wesen der bolschewistischen Offensive unter unseren gegenwärtigen Verhältnissen?

Das Wesen der bolschewistischen Offensive besteht vor allem darin, dass man die Klassenwachsamkeit und die revolutionäre Aktivität der Massen gegen die kapitalistischen Elemente unseres Landes mobilisiert; dass man die schöpferische Initiative und Selbsttätigkeit der Massen gegen den Bürokratismus in unseren Institutionen und Organisationen mobilisiert, der die ungeheuren, im Schoße unserer Gesellschaftsordnung enthaltenen Reserven ungenutzt lässt und ihre Verwertung verhindert; dass man den Wettbewerb und den Arbeitsaufschwung der Massen im Interesse gesteigerter Arbeitsproduktivität, im Interesse des entfalteten sozialistischen Aufbaus organisiert.

Das Wesen der bolschewistischen Offensive besteht zweitens darin, dass man die Umstellung der gesamten praktischen Arbeit der Gewerkschaften, Genossenschaften, Sowjets und aller

sonstigen Massenorganisationen in Anpassung an die Bedürfnisse der Rekonstruktionsperiode organisiert; dass man in diesen aus den aktivsten und revolutionärsten Funktionären einen Kern bildet und die opportunistischen, tradeunionistischen, bürokratischen Elemente beiseite drängt und isoliert; dass man die fremden und entarteten Elemente aus den genannten Organisationen verjagt und neue, von unten kommende Kräfte an ihre Stelle befördert.

Das Wesen der bolschewistischen Offensive besteht ferner darin, dass man das Maximum an Mitteln für die Finanzierung unserer Industrie, für die Finanzierung unserer Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften mobilisiert und die fähigsten Leute unserer Partei mit diesem Werke betraut.

Das Wesen der bolschewistischen Offensive besteht schließlich darin, dass man die Partei selbst zur Organisation der Offensive in ihrer Gesamtheit mobilisiert; dass man die Parteiorganisationen festigt und ihnen die nötige Schärfe verleiht, indem man die Elemente des Bürokratismus und der Entartung aus ihnen vertreibt; dass man die Träger der rechten und der „linken“ Abweichung, der Abweichung von der Leninschen Linie, isoliert und beiseite drängt und wirkliche, standhafte Leninisten aufrücken lässt.

Das sind die Grundlagen der bolschewistischen Offensive im gegenwärtigen Augenblick.

Wie verwirklichte die Partei diesen Offensivplan?

Sie wissen, dass die Partei diesen Plan mit aller Konsequenz verwirklichte.

Die Sache begann damit, dass die Partei eine breite Selbstkritik entfaltete, indem sie die Aufmerksamkeit der Massen auf die Mängel unseres Aufbaus, auf die Mängel unserer Organisationen und Institutionen konzentrierte. Bereits auf dem XV. Parteitag wurde die Notwendigkeit einer verstärkten Selbstkritik proklamiert. Die Schachty-Affäre und das Schädlingwesen in verschiedenen Industriezweigen, die die Tatsache enthüllten, dass es in der Partei stellenweise an revolutionärem Spürsinn fehlte, auf der einen Seite, der Kampf gegen das Kulakentum und die zutage getretenen Mängel unserer Dorforganisationen auf der anderen Seite gaben der Selbstkritik einen weiteren Anstoß. In seinem Aufruf vom 2. Juni 1928<sup>[49]</sup> gab das ZK der Selbstkritikkampagne endgültig Gestalt, indem es alle Kräfte der Partei und der Arbeiterklasse aufforderte zur Entfaltung der Selbstkritik „von oben bis unten und von unten bis oben“, „ohne Ansehen der Person“. Sich abgrenzend von der trotzkistischen „Kritik“, die von der anderen Seite der Barrikade kommt und auf die Diskreditierung und Schwächung der Sowjetmacht abzielt, erklärte die Partei es als Aufgabe der Selbstkritik, die Mängel unserer Arbeit rücksichtslos aufzudecken, damit unsere Aufbauarbeit verbessert, damit die Sowjetmacht gefestigt werde. Es ist bekannt, dass der Appell der Partei in den Massen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft lebhaftesten Widerhall fand.

Die Partei organisierte weiter eine groß angelegte Kampagne gegen den Bürokratismus. Sie stellte die Losung der Säuberung der Partei-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Sowjetorganisationen von fremden und verbürokratisierten Elementen auf. Die Fortsetzung dieser Kampagne ist der bekannte Beschluss des ZK und der ZKK vom 16. März 1930 über das Aufrücken von Arbeitern in den Staatsapparat und die Massenkontrolle der Arbeiter über den Sowjetapparat (Patenschaft der Betriebe)<sup>[50]</sup>. Es ist bekannt, dass diese Kampagne unter den Arbeitermassen größte Begeisterung und Aktivität auslöste. Das Resultat dieser Kampagne ist das gewaltige Anwachsen der Autorität der Partei unter den werktätigen Massen, das wachsende Vertrauen der Arbeiterklasse zu ihr, der Eintritt von Hunderttausenden neuer Arbeiter in die Partei, Resolutionen der Arbeiter, die geschlossen in ganzen Abteilungen und Betrieben ihre Aufnahme in die Partei beantragen. Schließlich ist es ein Resultat dieser Kampagne, dass unsere Organisationen eine Reihe engstirniger und bürokratischer Elemente losgeworden sind, dass der Zentralrat der Gewerkschaften die alte, opportunistische Leitung losgeworden ist.

Die Partei organisierte ferner einen umfassenden sozialistischen Wettbewerb und den Arbeitsaufschwung der Massen in den Industriebetrieben. Der Wettbewerbsappell der XVI.



Parteikonferenz brachte die Sache ins Rollen. Die Stoßbrigaden bringen sie weiter vorwärts. Der Leninsche Kommunistische Jugendverband und die vom ihm geleitete Arbeiterjugend krönen das Werk des Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung mit entscheidenden Erfolgen. Es muss anerkannt werden, dass unsere revolutionäre Jugend hierbei eine außerordentliche Rolle gespielt hat. Jetzt kann es keinem Zweifel mehr unterliegen: eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Tatsache unseres Aufbaus im gegenwärtigen Augenblick sind der sozialistische Wettbewerb der Industriebetriebe, sind die gegenseitigen Berichte Hunderttausender Arbeiter über ihre Wettbewerbsergebnisse, die breite Entfaltung der Stoßarbeiterbewegung.

Nur Blinde bemerken nicht, dass in der Denkart der Massen und in ihrer Einstellung zur Arbeit ein gewaltiger Umschwung eingetreten ist, der das Antlitz unserer Industriebetriebe von Grund aus geändert hat. Es ist noch nicht lange her, dass bei uns Stimmen laut wurden, die den Wettbewerb und die Stoßarbeiterbewegung als etwas „Ausgeklügeltes“ und „Unhaltbares“ bezeichneten. Heute werden diese „Schlauköpfe“ nicht einmal mehr des Spottes gewürdigt, sie gelten einfach als abgelebte „Schlauberger“. Heute kann das Werk des Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung als errungen und gefestigt gelten. Ist es doch Tatsache, dass der sozialistische Wettbewerb bei uns über 2 Millionen Arbeiter erfasst hat und dass in die Stoßbrigaden nicht weniger als 1 Million Arbeiter hineingezogen wurden.

Das Bemerkenswerteste am Wettbewerb ist, dass er in den Ansichten der Menschen über die Arbeit eine radikale Umwälzung hervorruft, denn er macht die Arbeit aus einer schimpflichen und schweren Last, als die sie früher galt, zu einer Sache der Ehre, zu einer Sache des Ruhmes, zu einer Sache der Tapferkeit und des Heroismus. In den kapitalistischen Ländern gibt es nichts Derartiges und kann es nichts Derartiges geben. Dort bei ihnen, bei den Kapitalisten, ist das Erstrebenswerteste, was den öffentlichen Beifall findet, im Besitz einer Rente zu sein, von Zinsen zu leben, frei zu sein von Arbeit, die als eine schimpfliche Beschäftigung gilt. Bei uns, in der UdSSR, wird umgekehrt zum Erstrebenswertesten, zu dem, was den öffentlichen Beifall findet, die Möglichkeit, ein Held der Arbeit zu sein, die Möglichkeit, ein Held der Stoßarbeiterbewegung zu sein, der unter Millionen Werktätigen mit der Aureole des Ruhmes umgeben ist.

Als nicht minder bemerkenswert am Wettbewerb ist die Tatsache zu betrachten, dass er sich auch auf dem Lande auszudehnen beginnt und bereits unsere Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften erfasst hat. Allgemein bekannt sind die zahlreichen Tatsachen eines wirklichen Arbeitsenthusiasmus unter den Millionenmassen der Werktätigen der Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften.

Wer hätte vor zwei Jahren von solchen Erfolgen des Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung auch nur träumen können?

Die Partei mobilisierte ferner die finanziellen Hilfsquellen des Landes für die weitere Entwicklung der Sowjet- und Kollektivwirtschaften, sie führte den Sowjetwirtschaften die fähigsten Organisatoren zu, sie sandte den Kollektivwirtschaften 25000 fortgeschrittene Arbeiter zu Hilfe, sie zog die fähigsten Kollektivbauern zur Leitung der Kollektivwirtschaften heran, sie organisierte ein Netz von Kursen für Kollektivbauern und legte damit den Grund für die Ausbildung standhafter und erprobter Kader der Kollektivwirtschaftsbewegung.

Schließlich brachte die Partei ihre eigenen Reihen in Kampfzustand, gab der Presse eine neue kämpferische Einstellung, organisierte den Kampf an zwei Fronten, zerschlug die Überreste des Trotzkismus, schlug die rechten Abweichler aufs Haupt, isolierte die Versöhnler und sicherte damit die für eine erfolgreiche Offensive notwendige Einheit ihrer Reihen auf der Basis der Leninschen Linie; sie verwirklichte die richtige Führung der Offensive, indem sie sowohl die Immer-langsam-voran-Männer aus dem Lager der Rechten als auch die „linken“ Überspitzer auf dem Gebiet der Kollektivwirtschaftsbewegung zur Ordnung rief und in die Schranken wies.

Das waren die wichtigsten Maßnahmen der Partei, die sie im Zuge der Offensive an der ganzen Front durchführte.

Es ist allgemein bekannt, dass diese Offensive auf sämtlichen Gebieten unserer Arbeit von Erfolg gekrönt war.

Hier liegt die Ursache dafür, dass es uns gelungen ist, eine ganze Reihe von Schwierigkeiten der Periode der Rekonstruktion unserer Volkswirtschaft zu überwinden.

Hier liegt die Ursache dafür, dass es uns gelingt, die größte Schwierigkeit unseres Aufbaus mit Erfolg zu überwinden, die Schwierigkeit nämlich, zu erreichen, dass sich die Hauptmassen der Bauernschaft dem Sozialismus zuwenden.

Ausländer erkundigen sich mitunter nach der inneren Lage der UdSSR. Kann es aber einen Zweifel darüber geben, dass die innere Lage der UdSSR fest und unerschütterlich ist? Schauen Sie sich die kapitalistischen Länder an, die Ausweitung der Krise und der Arbeitslosigkeit in diesen Ländern, die Streiks und Aussperrungen, die regierungsfeindlichen Demonstrationen - was kann es da für einen Vergleich zwischen der inneren Lage in diesen Ländern und der inneren Lage in der UdSSR geben?

Es muss anerkannt werden, dass die Sowjetmacht heute die stabilste Staatsmacht der Welt ist. (Beifall.)

### *8. Kapitalistisches oder sozialistisches Wirtschaftssystem*

Wir haben somit ein Bild von der inneren Lage der UdSSR.

Wir haben gleichzeitig damit ein Bild von der inneren Lage in den wichtigsten kapitalistischen Ländern.

Unwillkürlich ersteht die Frage: Welcher Art sind die Ergebnisse, wenn man die beiden Bilder gegeneinander hält, sie miteinander vergleicht?

Diese Frage ist um so interessanter, als die bürgerlichen Politiker aller Länder, die bürgerliche Presse aller Stufen und Ränge, von den ausgesprochen kapitalistischen bis zu den menschenwütisch-trotzkistischen, wie aus einem Munde schreien und von „Prosperität“ der kapitalistischen Länder, von „Untergang“ der UdSSR, von „finanziellem und wirtschaftlichem Zusammenbruch“ der UdSSR usw. reden.

Welches sind also die Ergebnisse einer Analyse der Lage bei uns, in der UdSSR, und bei ihnen, in den kapitalistischen Ländern?

Vermerken wir die wichtigsten, allgemein bekannten Tatsachen.

Bei ihnen, den Kapitalisten, herrschen Wirtschaftskrise und Niedergang der Produktion sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft.

Bei uns, in der UdSSR, wirtschaftlicher Aufstieg und Wachstum der Produktion in allen Zweigen der Volkswirtschaft.

Bei ihnen, den Kapitalisten, Verschlechterung der materiellen Lage der Werktätigen, Abbau der Arbeiterlöhne und Wachstum der Arbeitslosigkeit.

Bei uns, in der UdSSR, Hebung der materiellen Lage der Werktätigen, Erhöhung der Arbeiterlöhne und Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Bei ihnen, den Kapitalisten, Zunahme der Streiks und Demonstrationen, die den Verlust von Millionen Arbeitstagen zur Folge hat.

Bei uns, in der UdSSR, keinerlei Streiks und ein zunehmender Arbeitsenthusiasmus der Arbeiter und Bauern, der unserer Gesellschaftsordnung Millionen zusätzlicher Arbeitstage gibt.

Bei ihnen, den Kapitalisten, Verschärfung der inneren Lage und Anwachsen der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische Regime.

Bei uns, in der UdSSR, Festigung der inneren Lage und Zusammenschluss der Millionenmassen der Arbeiterklasse um die Sowjetmacht.

Bei ihnen, den Kapitalisten, Zuspitzung der nationalen Frage und ein Anwachsen der nationalen Befreiungsbewegung in Indien, Indochina, Indonesien, auf den Philippinen usw., das in den nationalen Krieg übergeht.

Bei uns, in der UdSSR, Festigung der Grundlagen der nationalen Brüderlichkeit, gesicherter nationaler Frieden und Zusammenschluss der Millionenmassen der Völker der UdSSR um die Sowjetmacht.

Bei ihnen, den Kapitalisten, Verwirrung und die Perspektive einer weiteren Verschlechterung der Lage.

Bei uns, in der UdSSR, glauben an die eigenen Kräfte und die Perspektive einer weiteren Verbesserung der Lage.

Man schwätzt von „Untergang“ der UdSSR, von „Prosperität“ der kapitalistischen Länder und dergleichen mehr. Wäre es nicht richtiger, von dem unvermeidlichen Untergang derjenigen zu sprechen, die so „unerwartet“ in den Strudel der Wirtschaftskrise geraten sind und sich noch immer nicht aus dem Morast des Niedergangs herausarbeiten können?

Wo liegen die Ursachen eines so ernsten Fiaskos bei ihnen, den Kapitalisten, und so ernster Erfolge bei uns, in der UdSSR?

Man sagt, der Zustand der Volkswirtschaft hänge in vielem vom Überfluss oder Mangel an Kapital ab. Das stimmt natürlich! Erklären sich nun vielleicht die Krise in den kapitalistischen Ländern und der Aufstieg in der UdSSR aus unserem Überfluss und ihrem Mangel an Kapital?

Nein, natürlich nicht! Jedermann weiß, dass die UdSSR viel weniger Kapital besitzt als die kapitalistischen Länder. Wäre im gegebenen Fall der Stand der Akkumulation entscheidend, so hätten wir eine Krise und die kapitalistischen Länder einen Aufstieg.

Man sagt, der Zustand der Wirtschaft hänge in vielem von der technischen und organisatorischen Geschultheit der wirtschaftlichen Kader ab. Das ist natürlich richtig. Erklärt sich nun vielleicht die Krise in den kapitalistischen Ländern und der Aufstieg in der UdSSR aus ihrem Mangel und unserem Überfluss an technischen Kadern? Nein, natürlich nicht! Jedermann weiß, dass die kapitalistischen Länder weitaus mehr technisch erprobte Kader besitzen als wir in der UdSSR. Wir haben nie verheimlicht und tragen uns auch nicht mit der Absicht, es zu verheimlichen, dass wir auf dem Gebiet der Technik Schüler der Deutschen, Engländer, Franzosen, Italiener und vor allem und hauptsächlich der Amerikaner sind. Nein, entscheidend ist hier nicht der Überfluss oder Mangel an technischen Kadern, wenn auch das Problem der Kader für die Entwicklung der Volkswirtschaft von ernster Bedeutung ist.

Vielleicht findet man des Rätsels Lösung darin, dass das Kulturniveau bei uns höher ist als in den kapitalistischen Ländern? Wiederum nein. Jedermann weiß, dass das allgemeine Kulturniveau der Massen bei uns niedriger ist als in den USA, in England, in Deutschland. Nein, es handelt sich hier nicht um die Kultiviertheit der Massen, obgleich auch sie für die Entwicklung der Volkswirtschaft von gewaltiger Bedeutung ist.

Vielleicht liegt die Ursache hier in den persönlichen Eigenschaften der führenden Männer in den kapitalistischen Ländern? Wiederum nein. Die Krisen wurden gleichzeitig mit dem Anbruch der Herrschaft des Kapitalismus geboren. Schon seit mehr als hundert Jahren kommt es zu periodischen Wirtschaftskrisen des Kapitalismus, die sich alle zwölf, zehn, acht oder weniger Jahre wiederholen. Alle Parteien des Kapitalismus, alle einigermaßen namhaften Vertreter des Kapitalismus, von den „genialsten“ bis zu den mittelmäßigsten, haben ihre Kräfte an der „Verhütung“ oder „Beseitigung“ der Krisen erprobt. Sie haben aber alle eine Niederlage erlitten. Was ist also Erstaunliches daran, dass Hoover samt seiner Gruppe ebenfalls eine Niederlage erlitten hat? Nein, hier handelt es sich nicht um die Führer oder die Parteien des Kapitalismus, obgleich auch die Führer und die Parteien des Kapitalismus dabei von nicht geringer Bedeutung sind.

Worum handelt es sich also?

Was ist die Ursache dafür, dass die UdSSR trotz ihrer kulturellen Rückständigkeit, trotz des Mangels an Kapital, trotz des Mangels an technisch erfahrenen Wirtschaftskadern sich in

einem wachsenden wirtschaftlichen Aufstieg befindet und an der Front des Wirtschaftsaufbaus entscheidende Erfolge aufzuweisen hat, während die führenden kapitalistischen Länder trotz des Überflusses an Kapitalien, trotz des Überflusses an technischen Kadern und trotz eines höheren Kulturniveaus sich im Zustand einer wachsenden Wirtschaftskrise befinden und auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung Niederlage auf Niederlage erleiden?

Die Ursache liegt im Unterschied der Wirtschaftssysteme bei uns und bei den Kapitalisten.

Die Ursache liegt in der Unhaltbarkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Die Ursache liegt in den Vorzügen des sowjetischen Wirtschaftssystems gegenüber dem kapitalistischen System.

Was ist das sowjetische Wirtschaftssystem?

Sowjetisches Wirtschaftssystem bedeutet:

1. Die Klassenmacht der Kapitalisten und der Gutsherren ist gestürzt und durch die Macht der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft ersetzt;
2. die Produktionsinstrumente und -mittel, der Boden, die Industriebetriebe usw. sind den Kapitalisten genommen und der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauernmassen übereignet;
3. die Entwicklung der Produktion ist nicht dem Prinzip der Konkurrenz und der Sicherung kapitalistischen Profits untergeordnet, sondern dem Prinzip planmäßiger Leitung und systematischer Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Werktätigen;
4. das Volkseinkommen wird nicht im Interesse der Bereicherung der Ausbeuterklassen und ihres zahlreichen parasitären Anhangs verteilt, sondern im Interesse systematischer Hebung der materiellen Lage der Arbeiter und Bauern und der Erweiterung der sozialistischen Produktion in Stadt und Land;
5. die systematische Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen und die ununterbrochene Steigerung ihrer Bedürfnisse (der Kaufkraft), die die ständig wachsende Quelle der Produktionserweiterung sind, sind für die Werktätigen eine Garantie gegen Überproduktionskrisen, gegen eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und des Elends;
6. die Arbeiterklasse und die werktätige Bauernschaft sind Herren des Landes, sie arbeiten nicht für die Kapitalisten, sondern für ihr eigenes werktätiges Volk.

Was ist kapitalistisches Wirtschaftssystem?

Kapitalistisches Wirtschaftssystem bedeutet:

1. Die Macht im Lande gehört den Kapitalisten;
2. die Produktionsinstrumente und -mittel sind in den Händen der Ausbeuter konzentriert;
3. die Produktion ist nicht dem Prinzip der Verbesserung der materiellen Lage der werktätigen Massen, sondern dem Prinzip der Sicherung eines hohen kapitalistischen Profits untergeordnet;
4. das Volkseinkommen wird nicht im Interesse einer Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen verteilt, sondern im Interesse der Sicherung maximaler Profite der Ausbeuter;
5. die kapitalistische Rationalisierung und das rasche Wachstum der Produktion, die das Ziel verfolgen, den Kapitalisten hohe Profite zu sichern, stoßen auf die Schranke der Verelendung und der materiellen Schlechterstellung der werktätigen Millionenmassen, die nicht immer die Möglichkeit haben, ihre Bedürfnisse auch nur im Rahmen des äußersten Minimums zu befriedigen, was unvermeidlich den Boden vorbereitet für Überproduktionskrisen, für das Wachstum der Arbeitslosigkeit und des Massenelends;
6. die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern sind Ausgebeutete, die nicht für sich selbst, sondern für eine fremde Klasse, für die Klasse der Ausbeuter arbeiten.

Das sind die Vorzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Das sind die Vorzüge der sozialistischen Wirtschaftsorganisation gegenüber der kapitalistischen Organisation.

Das ist die Ursache dafür, dass es bei uns, in der UdSSR, einen wachsenden Wirtschaftsaufstieg und bei ihnen, den Kapitalisten, eine wachsende Wirtschaftskrise gibt.

Das ist die Ursache dafür, dass bei uns, in der UdSSR, das Wachstum des Verbrauchs (der Kaufkraft) der Massen dauernd das Wachstum der Produktion überholt und damit die Produktion vorwärts treibt, während umgekehrt bei ihnen, den Kapitalisten, das Wachstum des Verbrauchs der Massen (der Kaufkraft) nie Schritt hält mit dem Wachstum der Produktion, sondern ständig hinter ihm zurückbleibt und die Produktion immer wieder zu Krisen verdammt.

Das ist die Ursache dafür, dass es bei ihnen, den Kapitalisten, als durchaus normal gilt, wenn während der Krisen der „Überfluss“ an Industriewaren vernichtet und der „Überschuss“ an landwirtschaftlichen Produkten verbrannt wird, damit die hohen Preise gehalten und hohe Profite gesichert werden können, während man bei uns, in der UdSSR, die solcher Verbrechen Schuldigen ins Irrenhaus stecken würde. (Beifall.)

Das ist die Ursache dafür, dass dort, bei den Kapitalisten, die Arbeiter streiken und demonstrieren und den revolutionären Kampf gegen die bestehende kapitalistische Macht organisieren, während wir bei uns, in der UdSSR, ein Bild des großen Arbeitswettbewerbs von Millionen Arbeitern und Bauern vor uns haben, die bereit sind, für den Schutz der Sowjetmacht ihr Leben einzusetzen.

Das ist die Ursache für die Stabilität und Festigkeit der inneren Lage der UdSSR, für die Labilität und die Brüchigkeit der inneren Situation in den kapitalistischen Ländern.

Man muss schon sagen, dass ein Wirtschaftssystem, das nicht weiß, was es mit dem „Überschuss“ seiner Produktion anfangen soll, und gezwungen ist, ihn zu verbrennen, während unter den Massen Not und Arbeitslosigkeit, Hunger und Ruin herrschen - dass ein solches Wirtschaftssystem über sich selbst das Todesurteil fällt.

Die letzten Jahre waren eine Periode der praktischen Prüfung, eine Periode des Examins der beiden einander entgegen gesetzten Wirtschaftssysteme, des sowjetischen und des kapitalistischen Systems. In diesen Jahren wurden immer wieder der „Untergang“ und der „Zusammenbruch“ des Sowjetsystems prophezeit. Noch mehr redete und sang man Lobeshymnen von der „Prosperität“ des Kapitalismus. Und die Wirklichkeit? Diese Jahre haben noch einmal gezeigt, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem ein unhaltbares System ist, dass das sowjetische Wirtschaftssystem über Vorzüge verfügt, von denen kein einziger bürgerlicher Staat, und sei er auch der „demokratischste“, der „volksumfassendste“ usw., auch nur zu träumen wagt.

In seiner Rede auf der Konferenz der KPR(B) im Mai 1921 sagte Lenin:

„Jetzt wirken wir auf die internationale Revolution hauptsächlich durch unsere Wirtschaftspolitik ein. Auf die Russische Sowjetrepublik sind die Augen aller gerichtet, aller Werktätigen in allen Ländern der Welt ohne jede Ausnahme und ohne jede Übertreibung. Das ist erreicht. Die Kapitalisten können jetzt nichts mehr verschweigen, nichts mehr verbergen, sie suchen daher vor allem nach unseren wirtschaftlichen Fehlern und unseren Schwächen. Der Kampf ist im Weltmaßstab auf dieses Gebiet übertragen. Lösen wir diese Aufgabe, dann haben wir im internationalen Maßstab bestimmt und endgültig gewonnen.“ (4. Ausgabe, Bd. 32, S. 413, russ.)

Es muss festgestellt werden, dass unsere Partei die ihr von Lenin gestellte Aufgabe erfolgreich erfüllt.

## *9. Die nächsten Aufgaben*

### *a) Allgemein*

1. Vor allem das Problem der richtigen Standortverteilung der Industrie in der UdSSR. Wie wir die Volkswirtschaft auch entwickeln, wir kommen nicht um die Frage herum, wie die

Standorte der Industrie als des führenden Zweigs der Volkswirtschaft am richtigsten zu verteilen sind. Gegenwärtig liegen die Dinge so, dass unsere Industrie wie unsere Volkswirtschaft überhaupt sich im Wesentlichen auf die Kohlen- und Hüttenbasis der Ukraine stützt. Es leuchtet ein, dass ohne eine solche Basis die Industrialisierung des Landes undenkbar ist. Eine solche Basis nun ist bei uns die ukrainische Brennstoff- und Hüttenbasis. Kann aber im weiteren Verlauf diese eine Basis allein sowohl dem Süden als auch dem zentralen Teil der UdSSR und dazu noch dem Norden und Nordosten, dem Fernen Osten und Turkestan genügen? Alle Tatsachen sprechen dagegen. Das Neue in der Entwicklung unserer Volkswirtschaft besteht unter anderem darin, dass diese Basis uns nicht mehr genügt. Das Neue besteht darin, dass, während diese Basis intensiv weiterentwickelt wird, zugleich auch unverzüglich mit der Errichtung einer zweiten Kohlen- und Hüttenbasis begonnen werden muss. Eine solche Basis muss das Ural-Kusnezsk-Kombinat sein, die Verbindung der Kusnezker Koks- und Hüttenwerke mit dem Uraler Erz. (Beifall.) Der Bau eines Automobilwerks in Nischni Nowgorod, eines Traktorenwerks in Tscheljabinsk, einer Maschinenfabrik in Swerdlowsk, von Mährescherwerken in Saratow und Nowosibirsk, das Vorhandensein einer wachsenden Nichteisenmetallurgie in Sibirien und Kasachstan, die die Schaffung eines Netzes von Reparaturwerkstätten und einer Reihe von grundlegenden Hüttenwerken im Osten erfordert, schließlich der Beschluss über den Bau von Textilfabriken in Nowosibirsk und in Turkestan - all das erfordert gebieterisch, dass die Schaffung einer zweiten Kohlen- und Hüttenbasis im Ural sofort in Angriff genommen wird.

Sie wissen, dass das ZK unserer Partei sich eben in diesem Sinne ausgesprochen hat in seiner Resolution über den Metalltrust „Uralmetall“<sup>[51]</sup>.

2. Ferner das Problem der richtigen Standortverteilung für die grundlegenden Zweige der Landwirtschaft in der UdSSR, das Problem der Spezialisierung unserer Gebiete nach landwirtschaftlichen Kulturen und Betriebszweigen. Selbstverständlich ist bei bäuerlicher Kleinwirtschaft eine ernstliche Spezialisierung unmöglich. Sie ist unmöglich, weil der Kleinbetrieb, der eine un stabile Wirtschaft ist und nicht über die notwendigen Reserven verfügt, zum Anbau aller und jeglicher Kulturen genötigt ist, damit ihm, wenn die einen Kulturen eine Missernte ergeben, andere Kulturen aus der Patsche helfen. Verständlich ist auch, dass Spezialisierung unmöglich ist ohne Sicherung bestimmter Getreidereserven in staatlichem Besitz. Jetzt, da wir zur Großwirtschaft übergegangen sind und dafür gesorgt haben, dass der Staat Getreidereserven hat, können und müssen wir uns die Aufgabe stellen, die Spezialisierung nach Kulturen und Betriebszweigen richtig zu organisieren. Ausgangspunkt hierbei muss die endgültige Lösung des Getreideproblems sein. Ich sage „Ausgangspunkt“, da es ohne Lösung des Getreideproblems, ohne Organisation eines umfassenden Netzes von Getreidespeichern in den Viehzucht-, Baumwoll-, Rüben-, Flachs- und Tabakgebieten unmöglich ist, die Viehzucht und den Anbau gewerblicher Nutzpflanzen vorwärts zu bringen, da es ohne diese Voraussetzungen unmöglich ist, die Spezialisierung unserer Gebiete nach Kulturen und Zweigen zu organisieren.

Die Aufgabe besteht darin, die erschlossenen Möglichkeiten auszunutzen und die Sache vorwärts zu bringen.

3. Weiter folgt das Problem der Kader sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft. Jedermann weiß, dass unsere wirtschaftlichen Kader, unsere Spezialisten, Techniker und Wirtschaftler technisch noch wenig erfahren sind. Die Sache wird dadurch noch kompliziert, dass, wie sich herausgestellt hat, ein Teil der Spezialisten, der mit den früheren Unternehmern verbunden ist und vom Ausland aufgewiegt wird, an der Spitze der Schädlingstätigkeit steht. Noch komplizierter wird die Sache durch den Umstand, dass eine ganze Reihe unserer als Wirtschaftler tätigen Kommunisten hierbei keine revolutionäre Wachsamkeit gezeigt hat und sich häufig im geistigen Bann von Schädlingselementen befand. Indessen stehen wir vor den durch die Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft bedingten ungeheuren Aufgaben, die eine große Anzahl neuer, zur Meisterung der neuen Technik fähiger Kräfte erfordern. In

Verbindung damit ist das Problem der Kader bei uns wirklich zum vordringlichsten Problem geworden.

Die Lösung dieses Problems erfolgt bei uns im Zuge folgender Maßnahmen:

1. entschlossener Kampf gegen die Schädlinge;
2. ein Maximum an Fürsorge und Entgegenkommen gegenüber der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Spezialisten und Techniker, die sich von den Schädlingen abgegrenzt haben (ich denke dabei nicht an Phrasendrescher und Wichtigtuere vom Schlage Ustrjalows, sondern an wirkliche Wissenschaftler, die schlicht und redlich mit der Arbeiterklasse zusammenarbeiten);
3. Organisierung technischer Hilfe aus dem Ausland;
4. Entsendung unserer Wirtschaftler ins Ausland zum Studium und überhaupt zur Erwerbung technischer Erfahrungen;
5. Unterstellung der technischen Lehranstalten unter die entsprechenden wirtschaftlichen Organisationen, damit in möglichst kurzer Frist Techniker und Spezialisten aus den Reihen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in genügender Anzahl herangebildet werden.

Die Aufgabe besteht darin, die Durchführung dieser Maßnahmen in Angriff zu nehmen.

4. Das Problem des Kampfes gegen den Bürokratismus. Der Bürokratismus ist vor allem dadurch gefährlich, dass er die kolossalen Reserven, die im Schoß unserer Gesellschaftsordnung enthalten sind, ungenutzt lässt, ihre Verwertung verhindert, die schöpferische Initiative der Massen lahmzulegen sucht, sie in einem Papierwust erstickt und darauf aus ist, jedes neue Beginnen der Partei in eine flache und unnütze Kleinigkeitskrämerei zu verwandeln. Zweitens ist der Bürokratismus dadurch gefährlich, dass er keine Kontrolle der Durchführung duldet und versucht, die grundlegenden Weisungen der leitenden Organisationen zu einem leeren Wisch zu machen, der mit dem pulsierenden Leben nichts gemein hat. Gefährlich sind nicht nur und nicht so sehr die alten Bürokraten, die in unseren Institutionen stecken geblieben sind, sondern auch - und besonders - die neuen Bürokraten, sowjetische Bürokraten, unter denen die „kommunistischen“ Bürokraten bei weitem nicht die letzte Rolle spielen. Ich denke dabei an diejenigen „Kommunisten“, die versuchen, durch Kanzleibefehle und „Dekrete“, an die sie wie an einen Fetisch glauben, die schöpferische Initiative und Selbsttätigkeit der Millionenmassen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu ersetzen.

Die Aufgabe ist nun, den Bürokratismus in unseren Institutionen und Organisationen zu zerschlagen, die bürokratischen „Sitten“ und „Bräuche“ zu liquidieren und den Weg freizulegen für die Ausnutzung der Reserven unserer Gesellschaftsordnung, für die Entfaltung der schöpferischen Initiative und Selbsttätigkeit der Massen.

Dies ist keine leichte Aufgabe. Man kann sie nicht „im Handumdrehen“ lösen. Man muss sie aber um jeden Preis lösen, wenn wir wirklich unser Land nach den Grundsätzen des Sozialismus umgestalten wollen.

Den Kampf gegen den Bürokratismus führt die Partei auf vier Linien: auf der Linie der Entfaltung der Selbstkritik, auf der Linie der Organisierung der Kontrolle der Durchführung, auf der Linie der Säuberung des Apparats und schließlich auf der Linie der Beförderung treuer Kräfte von unten, aus der Mitte der Arbeiterklasse, in den Apparat.

Die Aufgabe besteht darin, alle Kräfte für die Erfüllung aller dieser Maßnahmen aufzubieten.

5. Das Problem der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Ohne systematische Steigerung der Arbeitsproduktivität sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft können wir die Aufgaben der Rekonstruktion nicht lösen, können wir die führenden kapitalistischen Länder nicht einholen und überholen, ja nicht einmal unsere selbständige Existenz behaupten. Daher ist das Problem der Steigerung der Arbeitsproduktivität für uns ein Problem ersten Ranges.

Dieses Problem löst die Partei durch Maßnahmen auf drei Linien: auf der Linie einer systematischen Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen, auf der Linie der Einbürgerung einer kameradschaftlichen Arbeitsdisziplin in den Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben und schließlich auf der Linie der Organisierung des sozialistischen

Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung. Und dies alles auf der Basis einer verbesserten Technik und rationeller Arbeitsorganisation.

Die Aufgabe besteht darin, die Massenkampagne zur Durchführung dieser Maßnahmen weiter zu entfalten.

6. Das Problem der Versorgung. Hierher gehören die Frage einer ausreichenden Versorgung der Werktätigen in Stadt und Land mit den notwendigen Erzeugnissen, die Frage der Anpassung des Genossenschaftsapparats an die Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern, die Frage der systematischen Erhöhung des Reallohns der Arbeiter, die Frage der Senkung der Preise für Industriewaren und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Über die Mängel der Konsumgenossenschaften habe ich bereits gesprochen. Es gilt, diese Mängel zu liquidieren und die Durchführung einer Politik der Preissenkung zu erreichen. Was den Mangel an Waren („Warenhunger“) betrifft, so haben wir jetzt die Möglichkeit, die Rohstoffbasis der Leichtindustrie zu erweitern und die Erzeugung städtischer Massenbedarfsgüter zu steigern. Die Brotversorgung kann bereits als gesichert betrachtet werden. Schwieriger ist es mit der Fleisch-, Molkereiwaren- und Gemüseversorgung. Diese Schwierigkeit kann leider nicht im Laufe weniger Monate behoben werden. Zu ihrer Überwindung bedarf es zumindest eines Jahres. In einem Jahr werden wir, vor allem durch die zu diesem Zweck organisierten Sowjet- und Kollektivwirtschaften, die Möglichkeit haben, die Belieferung mit Fleisch, Molkereiprodukten und Gemüse in vollem Umfang zu garantieren. Was aber bedeutet es, die Versorgung mit diesen Lebensmitteln zu sichern, wenn wir bereits über Getreidereserven und Textilien verfügen, der Bau von Arbeiterwohnungen verstärkt betrieben wird und unsere Kommunalleistungen billig sind? Es bedeutet, sich aller jener entscheidenden Faktoren zu bemächtigen, die den Haushalt des Arbeiters und seinen Reallohn bestimmen. Es bedeutet die sichere und endgültige Garantie einer raschen Steigerung des Reallohnes der Arbeiter.

Die Aufgabe besteht darin, die Arbeit aller unserer Organisationen in dieser Richtung zur Entfaltung zu bringen.

7. Das Problem des Kreditwesens und des Geldumlaufs. Die rationelle Organisierung des Kreditwesens und das richtige Manövrieren mit den Geldreserven sind für die Entwicklung der Volkswirtschaft von ernster Bedeutung. Dieses Problem löst die Partei durch Maßnahmen auf zwei Linien: Konzentrierung aller kurzfristigen Kreditgewährungen in der Staatsbank und Organisierung des bargeldlosen Verkehrs im vergesellschafteten Sektor. Dadurch wird erstens die Staatsbank zu einem gesamtstaatlichen Apparat, der über die Produktion und Verteilung der Produkte Buch führt, zweitens wird in der Zirkulation eine große Menge Geld frei. Es kann kein Zweifel bestehen, dass diese Maßnahmen zur Regelung unseres gesamten Kreditwesens und zur Konsolidierung unseres Tscherwonez führen werden (sie führen schon jetzt dazu).

8. Das Problem der Reserven. Es ist schon mehrmals gesagt worden und braucht nicht wiederholt zu werden, dass der Staat überhaupt und unser Staat im besonderen ohne Reserven nicht auskommen kann. Wir haben gewisse Reserven an Getreide, Waren, Valuta. Unsere Genossen haben bereits Gelegenheit gehabt, in dieser Zeit die wohlthuende Wirkung dieser Reserven zu spüren. Aber „gewisse“ Reserven genügen nicht. Wir brauchen solidere Reserven auf allen Linien.

Daher die Aufgabe, Reserven anzusammeln.

### *b) In der Industrie*

1. Das Hauptproblem ist die forcierte Entwicklung des Eisenhüttenwesens. Beachten Sie, dass wir die Vorkriegsnorm der Roheisengewinnung erst im laufenden Jahr, 1929/30, erreicht haben und überholen. Das ist eine große Gefahr für unsere gesamte Volkswirtschaft. Um diese Gefahr bannen zu können, müssen wir die forcierte Entwicklung des Eisenhüttenwesens



in die Wege leiten. Wir benötigen am Ende des Planjahrfünfts nicht, wie der Fünfjahrplan fordert, 10 Millionen Tonnen Roheisen, sondern 15-17 Millionen Tonnen. Diese Aufgabe müssen wir um jeden Preis bewältigen, wenn wir die Industrialisierung unseres Landes richtig entfalten wollen.

Die Bolschewiki müssen zeigen, dass sie imstande sind, mit dieser Aufgabe fertig zu werden. Dies bedeutet natürlich nicht, dass wir die Leichtindustrie vernachlässigen sollten. Keineswegs. Bisher haben wir an allem gespart, darunter auch an der Leichtindustrie, um die Schwerindustrie wiederaufzubauen. Die Schwerindustrie aber haben wir schon wiederaufgebaut. Es bedarf nur noch ihrer weiteren Entfaltung. Jetzt können wir uns der Leichtindustrie zuwenden und sie in beschleunigtem Tempo vorwärts bringen. Das Neue in der Entwicklung unserer Industrie besteht unter anderem darin, dass wir jetzt die Möglichkeit haben, sowohl die Schwerindustrie als auch die Leichtindustrie in beschleunigtem Tempo zu entwickeln. Die Übererfüllung der Pläne im diesjährigen Baumwoll-, Flachs- und Rübenbau, die Lösung des Kendyr- und Kunstseideproblems - dies alles zeugt davon, dass wir tatsächlich die Möglichkeit haben, die Leichtindustrie vorwärts zu bringen.

2. Das Problem der Rationalisierung, der Senkung der Selbstkosten und der Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse. Die Versäumnisse auf dem Gebiet der Rationalisierung, die Nichterfüllung des Plans zur Senkung der Selbstkosten und die skandalöse Qualität der Erzeugnisse einer Reihe unserer Betriebe dürfen nicht länger geduldet werden. Diese Versäumnisse und Mängel lasten auf unserer gesamten Volkswirtschaft und hindern sie am Vorwärtsschreiten. Es ist an der Zeit, schon lange an der Zeit, mit dieser Schande Schluss zu machen.

Die Bolschewiki müssen zeigen, dass sie imstande sind, mit dieser Aufgabe fertig zu werden.

3. Das Problem der individuellen Leitung. Unerträglich werden auch die Verstöße gegen das Prinzip der individuellen Leitung in den Betrieben. Die Arbeiter klagen immer wieder: „Es gibt keinen Verantwortlichen im Betrieb“, „Es herrscht keine Ordnung in der Arbeit“. Es darf nicht länger geduldet werden, dass unsere Betriebe sich aus Produktionsorganismen in Parlamente verwandeln. Unsere Partei- und Gewerkschaftsorganisationen müssen endlich begreifen, dass wir ohne Sicherung der individuellen Leitung und ohne Einführung einer strengen Verantwortlichkeit für den Gang der Arbeit die mit der Rekonstruktion der Industrie verbundenen Aufgaben nicht lösen können.

### *c) In der Landwirtschaft*

1. Das Problem der Viehzucht und der gewerblichen Nutzpflanzen. Jetzt, da wir das Getreideproblem im Wesentlichen bereits gelöst haben, können wir darangehen, das gegenwärtig vordringliche Problem der Viehzucht und das Problem der gewerblichen Nutzpflanzen gleichzeitig zu lösen. Bei der Lösung dieser Probleme müssen wir denselben Weg gehen, den wir bei der Lösung des Getreideproblems gegangen sind, das heißt, wir müssen durch Organisierung von Sowjet- und Kollektivwirtschaften, die die Stützpunkte unserer Politik sind, allmählich die technische und ökonomische Grundlage der gegenwärtigen kleinbäuerlichen Viehzucht und des Anbaus von gewerblichen Nutzpflanzen umgestalten. „Viehzuchttrust“, „Schafzuchttrust“, „Schweinezuchttrust“, „Meiereitrust“ plus Kollektivwirtschaften auf dem Gebiet der Viehzucht; die bestehenden Sowjet- und Kollektivwirtschaften auf dem Gebiet der gewerblichen Nutzpflanzen - das sind die Ausgangspunkte bei der Lösung der vor uns stehenden Probleme.

2. Das Problem der weiteren Entfaltung des Aufbaus von Sowjet- und Kollektivwirtschaften. Es braucht wohl kaum ausführlich dargelegt zu werden, dass dieses Problem für unseren gesamten Aufbau im Dorf das dringendste Problem ist. Jetzt sehen sogar Blinde, dass eine gewaltige, radikale Wendung der Bauernschaft vom Alten zum Neuen, von der Kulakenknechtschaft zum freien kollektivwirtschaftlichen Leben eingetreten ist. Es gibt keine

Rückkehr zum Alten mehr. Das Kulakentum ist dem Untergang geweiht und wird liquidiert werden. Es bleibt nur ein Weg, der Weg der Kollektivwirtschaften. Der Weg der Kollektivwirtschaften aber ist für uns kein unbekannter und unerforschter Weg mehr. Er ist von den Bauernmassen selbst tausendfach erforscht und erprobt, erforscht und als das Neue befunden worden, das den Bauern die Befreiung von der Kulakenknechtschaft, von Not und Unwissenheit bringt. Das ist die Grundlage unserer Errungenschaften.

Wie wird sich die neue Bewegung im Dorf weiterentwickeln? An der Spitze werden die Sowjetwirtschaften marschieren, die beim Umbau der alten Lebensstruktur des Dorfes das Rückgrat bilden. Ihnen werden die zahlreichen Kollektivwirtschaften als Stützpunkte der neuen Bewegung im Dorf folgen. Das Zusammenwirken dieser beiden Systeme schafft die Voraussetzungen für die vollständige Kollektivierung aller Gebiete der UdSSR.

Eine der bemerkenswertesten Errungenschaften der Kollektivwirtschaftsbewegung besteht darin, dass dank ihr bereits Tausende Organisatoren und Zehntausende Agitatoren für die Sache der Kollektivwirtschaften aus den Reihen der Bauern selbst hervorgegangen sind. Jetzt sind es nicht mehr wir, die qualifizierten Bolschewiki, allein, sondern Bauern aus den Kollektivwirtschaften selbst, Zehntausende Bauern, die als Organisatoren und Agitatoren für die Sache der Kollektivwirtschaften das Banner der Kollektivierung vorwärts tragen werden. Die bäuerlichen Agitatoren aber sind glänzende Agitatoren für die Kollektivwirtschaftsbewegung, denn sie werden Argumente zugunsten der Kollektivwirtschaften finden, die für die übrige Masse der Bauern verständlich und annehmbar sind, Argumente, von denen wir, qualifizierte Bolschewiki, nicht einmal träumen können.

Hier und da hört man sagen, es sei notwendig, auf die Politik der durchgängigen Kollektivierung zu verzichten. Wie man erfährt, gibt es sogar in unserer Partei Anhänger dieser „Idee“. So können aber nur Leute reden, die sich gewollt oder ungewollt mit den Feinden des Kommunismus zusammengetan haben. Die Methode der durchgängigen Kollektivierung ist jene unerlässliche Methode, ohne die eine Durchführung des Fünfjahrplans der Kollektivierung aller Gebiete der UdSSR unmöglich ist. Wie kann man auf sie verzichten, ohne den Kommunismus zu verraten, ohne an den Interessen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft Verrat zu üben?

Dies bedeutet natürlich nicht, dass auf dem Gebiet der kollektivwirtschaftlichen Bewegung bei uns alles „glatt“ und „normal“ verlaufen werde. Schwankungen innerhalb der Kollektivwirtschaften wird es noch geben. Es wird noch Flut und Ebbe geben. Dies kann und darf aber die Baumeister der Kollektivwirtschaftsbewegung nicht aus der Fassung bringen. Umso weniger kann es ein ernstes Hindernis sein für die machtvolle Entwicklung der Kollektivwirtschaftsbewegung. Eine so gesunde Bewegung, wie es die kollektivwirtschaftliche ohne Zweifel ist, wird allen Hemmnissen zum Trotz, ungeachtet einzelner Hindernisse und Schwierigkeiten, ihr Ziel erreichen.

Die Aufgabe ist nun, die Kräfte vorzubereiten und alles in die Wege zu leiten, was geeignet ist, die kollektivwirtschaftliche Bewegung weiter zur Entfaltung zu bringen.

3. Das Problem der maximalen Annäherung des Apparats an die Rayons und Dörfer. Es unterliegt keinem Zweifel, dass wir die gewaltige Arbeit, die der Umbau der Landwirtschaft und die Entwicklung der kollektivwirtschaftlichen Bewegung erfordern, nicht hätten leisten können, wenn wir nicht die Rayonierung durchgeführt hätten. Die Vergrößerung der Amtsbezirke und ihre Umwandlung in Rayons, die Abschaffung der Gouvernements und ihre Umwandlung in kleinere Einheiten (Kreise) und schließlich die Schaffung von Gebieten als der direkten Stützpunkte des ZK - das ist das allgemeine Bild der Rayonierung. Das Ziel der Rayonierung ist es, die Partei- und Sowjetorganisationen sowie den wirtschaftlichen und genossenschaftlichen Apparat dem Rayon und dem Dorf näher zu bringen, damit wir die Möglichkeit erhalten, die dringlichen Fragen der Landwirtschaft rechtzeitig zu lösen, die

Landwirtschaft zu heben, zu rekonstruieren. Ich wiederhole, in diesem Sinne hat die Rayonierung unseren ganzen Aufbau gewaltig gefördert.

Ist jedoch alles geschehen, um den Apparat tatsächlich dem Rayon und dem Dorf näher zu bringen, und zwar gehörig näher zu bringen? Nein, das ist nicht der Fall. Gegenwärtig ist der Schwerpunkt des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus in die Rayonorganisationen verlegt. Hier laufen die Fäden des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus und jeder sonstigen wirtschaftlichen Tätigkeit im Dorf auf der Linie des Genossenschaftswesens, auf der Linie der Sowjets, auf der Linie des Kreditwesens, auf der Linie des Beschaffungswesens zusammen. Haben die Rayonorganisationen in hinreichendem Maße die erforderlichen und geeigneten Mitarbeiter erhalten, damit sie diese mannigfaltige Arbeit bewältigen können? Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass sie äußerst ungenügend mit Mitarbeitern versorgt sind. Wo ist also der Ausweg? Was muss man tun, um diesem Mangel abzuhelpen und die Rayonorganisationen auf allen Gebieten unserer Tätigkeit mit der notwendigen Zahl brauchbarer Mitarbeiter zu versorgen? Dazu sind zumindest zwei Dinge erforderlich:

1. Abschaffung der Kreise (Beifall), die zu einer unnützen trennenden Scheidewand zwischen Gebiet und Rayons werden, und Verstärkung der Rayonorganisationen durch die in den Kreisen frei gewordenen Mitarbeiter;
2. Verbindung der Rayonorganisationen unmittelbar mit dem Gebiet (dem Regionalkomitee, dem Zentralkomitee in der nationalen Republik).

Dies wird die Vollendung der Rayonierung, die Vollendung der Annäherung des Apparats an die Rayons und Dörfer sein.

Hier wurde Beifall geklatscht, als von der bevorstehenden Abschaffung der Kreise die Rede war. Gewiss, die Kreise müssen liquidiert werden. Es wäre aber ein Fehler, wollte man glauben, dass dieser Umstand uns berechtigt, die Kreise zu verunglimpfen, wie es einige Genossen in den Spalten der „Prawda“ tun. Es darf nicht vergessen werden, dass die Kreise eine gewaltige Arbeit getan und seinerzeit eine große historische Rolle gespielt haben. (Beifall.)

Ich glaube ferner, dass es ein Fehler wäre, bei der Abschaffung der Kreise übermäßige Eile an den Tag zu legen. Das ZK hat die Abschaffung der Kreise zum Beschluss erhoben.<sup>[52]</sup> Es ist aber durchaus nicht der Meinung, dass diese Maßnahme sofort durchgeführt werden muss. Offenbar werden vor Abschaffung der Kreise noch die notwendigen Vorarbeiten zu leisten sein.

#### *d) Im Verkehrswesen*

Schließlich das Problem des Verkehrswesens. Man braucht nicht viele Worte zu verlieren über die ungeheure Bedeutung des Verkehrswesens für die gesamte Volkswirtschaft. Und nicht nur für die Volkswirtschaft. Bekanntlich ist das Verkehrswesen von ernstester Bedeutung auch für die Landesverteidigung. Nun bleibt aber ungeachtet der gewaltigen Bedeutung des Verkehrswesens die Verkehrswirtschaft, die Rekonstruktion dieser Wirtschaft noch immer hinter dem allgemeinen Entwicklungstempo zurück. Bedarf es da noch eines Beweises, dass wir bei einer solchen Sachlage Gefahr laufen, das Verkehrswesen zu einem „Engpass“ der Volkswirtschaft werden zu lassen, der unseren Vormarsch hemmen kann? Ist es nicht an der Zeit, einem solchen Zustand ein Ende zu bereiten?

Besonders schlimm ist es um die Flussschiffahrt bestellt. Ist es doch Tatsache, dass die Wolgaschiffahrt kaum 60 Prozent und die Dnjeprschiffahrt erst 40 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht hat. 60 und 40 Prozent des Vorkriegsstandes - das ist alles, was die Flussschiffahrt als „Errungenschaft“ buchen kann. Eine schöne „Errungenschaft“! Ist es nicht an der Zeit, dieser Schmach ein Ende zu bereiten? (Zwischenrufe: „Ja, es ist Zeit!“)

Die Aufgabe ist nun, endlich das Verkehrswesen auf bolschewistische Art anzupacken und es vorwärts zu bringen.

Das sind die nächsten Aufgaben der Partei.

Was ist erforderlich, um diese Aufgaben zu verwirklichen?

Dazu ist es vor allem und hauptsächlich erforderlich, dass die entfaltete Offensive gegen die kapitalistischen Elemente an der ganzen Front fortgesetzt und zu Ende geführt wird.

Das sind der Angelpunkt und die Grundlage unserer Politik im gegenwärtigen Augenblick. (Beifall.)

### III DIE PARTEI

Ich komme nun zur Frage der Partei.

Vorhin sprach ich von den Vorzügen des sowjetischen Wirtschaftssystems gegenüber dem kapitalistischen System. Ich sprach von den kolossalen Möglichkeiten, die unsere Gesellschaftsordnung uns im Kampf für den vollen Sieg des Sozialismus bietet. Ich sprach davon, dass wir ohne diese Möglichkeiten, ohne die Ausnutzung dieser Möglichkeiten, nicht die Erfolge hätten erzielen können, die wir in der verflochtenen Periode erkämpft haben.

Nun ist die Frage die: Hat die Partei es verstanden, die uns durch die Sowjetordnung gegebenen Möglichkeiten richtig auszunutzen; hat sie diese Möglichkeiten nicht brachliegen lassen und dadurch die Arbeiterklasse gehindert, ihre ganze revolutionäre Stärke restlos zu entfalten; hat sie es verstanden, aus diesen Möglichkeiten alles herauszuholen, was man herausholen konnte, um den sozialistischen Aufbau an der ganzen Front zur Entfaltung zu bringen?

Die Sowjetordnung gewährt kolossale Möglichkeiten für den vollen Sieg des Sozialismus. Möglichkeit ist aber noch nicht Wirklichkeit. Um eine Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen, braucht man eine ganze Reihe von Voraussetzungen, unter denen die Parteilinie und die richtige Durchführung dieser Linie bei weitem nicht die letzte Rolle spielen.

Einige Beispiele.

Die Rechtsopportunisten behaupten, die NÖP sichere uns den Sieg des Sozialismus - folglich brauche man sich keine Sorgen zu machen wegen des Industrialisierungstempos, wegen der Entwicklung der Sowjet- und Kollektivwirtschaften usw., da der Sieg sowieso gesichert sei, da er sozusagen im Selbstlauf kommen müsse. Das ist selbstverständlich falsch und dumm. So reden heißt die Rolle der Partei im Aufbau des Sozialismus verneinen, heißt die Verantwortung der Partei für diesen Aufbau verneinen. Lenin sagte keineswegs, dass die NÖP uns den Sieg des Sozialismus garantiere. Lenin sprach lediglich davon, dass „die NÖP uns ökonomisch und politisch vollauf die Möglichkeit sichert, das Fundament der sozialistischen Ökonomik zu errichten“<sup>[53]</sup>. Möglichkeit ist aber noch nicht Wirklichkeit. Um eine Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen, muss man vor allem die opportunistische Theorie des Selbstlaufs verwerfen, muss man die Volkswirtschaft umbauen (rekonstruieren) und eine entschlossene Offensive gegen die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land führen.

Die Rechtsopportunisten behaupten ferner, es gebe in unserer Gesellschaftsordnung keine Grundlagen für eine Spaltung zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, folglich brauche man sich keine Sorgen zu machen um die Festlegung einer richtigen Politik gegenüber den sozialen Gruppen im Dorf, da der Kulak sowieso in den Sozialismus hineinwachsen werde und das Bündnis der Arbeiter und Bauern sozusagen im Selbstlauf gesichert werden würde. Das ist ebenfalls falsch und dumm. So können nur Leute reden, die nicht begreifen, dass die Politik der Partei und dazu der an der Macht stehenden Partei hier das Hauptmoment bildet, das für das Schicksal des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern entscheidend ist. Lenin betrachtete die Gefahr einer Spaltung zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft keineswegs als ausgeschlossen. Lenin sagte, dass „unsere soziale Ordnung nicht notwendigerweise Grundlagen für eine solche Spaltung enthält“, aber „wenn ernste klassenmäßige

Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen Klassen entstehen, dann wird die Spaltung unvermeidlich sein“.

In Verbindung damit war Lenin folgender Meinung:

„Die Hauptaufgabe unseres ZK und unserer ZKK sowie unserer Partei in ihrer Gesamtheit besteht darin, die Umstände aufmerksam zu verfolgen, aus denen sich eine Spaltung ergeben könnte, und ihnen vorzubeugen, denn in letzter Instanz wird das Schicksal unserer Republik davon abhängen, ob die Bauernmasse der Arbeiterklasse folgen, also dem Bündnis mit ihr die Treue wahren wird oder ob sie es den ‚NÖPmännern‘, das heißt der neuen Bourgeoisie, gestatten wird, ihre Einheit mit den Arbeitern zunichte zu machen, sie von ihnen abzuspalten.“<sup>[54]</sup>

Folglich ist eine Spaltung zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft nicht ausgeschlossen, sie muss aber durchaus nicht unbedingt eintreten, da in unserer Ordnung die Möglichkeit enthalten ist, dieser Spaltung vorzubeugen und das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft zu festigen. Was braucht man nun, um diese Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen? Um die Möglichkeit, einer Spaltung vorzubeugen, Wirklichkeit werden zu lassen, muss man vor allem die opportunistische Theorie des Selbstlaufs begraben, muss man die Wurzeln des Kapitalismus ausrodern, indem man Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften organisiert, muss man von der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums übergehen zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse.

Es ergibt sich also, dass man streng unterscheiden muss zwischen den Möglichkeiten, die in unserer Gesellschaftsordnung enthalten sind, und der Ausnutzung dieser Möglichkeiten, der Verwandlung dieser Möglichkeiten in Wirklichkeit.

Es ergibt sich, dass durchaus Fälle denkbar sind, wo Möglichkeiten für den Sieg vorhanden sind, die Partei aber diese Möglichkeiten nicht sieht oder es nicht versteht, sie richtig auszunutzen, so dass an Stelle eines Sieges eine Niederlage eintreten kann.

Also wieder die gleiche Frage: Hat die Partei es verstanden, die Möglichkeiten und Vorzüge, die uns die Sowjetordnung bietet, richtig auszunutzen? Hat sie alles getan, um diese Möglichkeiten zur Wirklichkeit werden zu lassen und so unserem Aufbau ein Maximum an Erfolgen zu sichern?

Mit anderen Worten: Haben die Partei und ihr ZK den Aufbau des Sozialismus in der verflossenen Periode richtig geleitet?

Was ist erforderlich, damit die Partei unter unseren gegenwärtigen Verhältnissen richtig leite? Damit die Partei richtig leite, ist es, abgesehen von allem anderen, notwendig, dass die Linie der Partei richtig sei, dass die Massen die Richtigkeit der Parteilinie erkennen und sie aktiv unterstützen, dass die Partei sich nicht auf die Ausarbeitung ihrer Generallinie beschränke, sondern auch ihre Durchführung Tag für Tag leite, dass die Partei einen entschlossenen Kampf führe gegen die Abweichungen von der Generallinie und das versöhnlerische Verhalten gegenüber diesen Abweichungen, dass die Partei im Kampf gegen die Abweichungen die Einheit ihrer Reihen und eine eiserne Disziplin schmiede.

Was haben die Partei und ihr ZK getan, um diese Voraussetzungen zu schaffen?

### *1. Fragen der Leitung des sozialistischen Aufbaus*

a) Die entscheidende Zielsetzung der Partei im gegenwärtigen Augenblick ist der Übergang von der Offensive des Sozialismus an einzelnen Abschnitten der Wirtschaftsfront zur Offensive an der ganzen Front, sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft.

Der XIV. Parteitag war vornehmlich der Parteitag der Industrialisierung.

Der XV. Parteitag war vornehmlich der Parteitag der Kollektivierung. Das war die Vorbereitung zur allgemeinen Offensive.

Zum Unterschied von den durchschrittenen Etappen ist die Periode vor dem XVI. Parteitag eine Periode der allgemeinen Offensive des Sozialismus an der ganzen Front, eine Periode des verstärkten sozialistischen Aufbaus sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft.

Der XVI. Parteitag ist der Parteitag der voll entfaltetten Offensive des Sozialismus an der ganzen Front, der Liquidierung des Kulakentums als Klasse und der Verwirklichung der durchgängigen Kollektivierung.

Das ist, kurz gesagt, das Wesen der Generallinie unserer Partei.

Ist diese Linie richtig?

Ja, sie ist richtig. Die Tatsachen beweisen, dass die Generallinie unserer Partei die einzig richtige Linie ist. (Beifall.)

Davon zeugen die Erfolge und Errungenschaften, die wir an der Front des sozialistischen Aufbaus erzielt haben. Niemals kam es vor noch kann es überhaupt vorkommen, dass ein entscheidender Sieg, wie ihn die Partei in der verflochtenen Periode an der Front des sozialistischen Aufbaus in Stadt und Land errungen hat, das Resultat einer unrichtigen Politik ist. Nur eine richtige Generallinie konnte uns einen solchen Sieg bringen.

Davon zeugt jenes wütende Gebelfer gegen die Politik unserer Partei, das in der letzten Zeit unsere Klassenfeinde erhoben haben, die Kapitalisten und ihre Presse, der Papst und die verschiedensten Bischöfe, die Sozialdemokraten und die „russischen“ Menschewiki vom Schlage eines Abramowitsch und Dan. Die Kapitalisten und ihre Lakaien schmähen unsere Partei - folglich ist die Generallinie unserer Partei richtig. (Beifall.)

Davon zeugt das jetzt allen bekannte Schicksal des Trotzismus. Die Herrschaften aus dem Lager der Trotzisten schwatzten von einer „Entartung“ der Sowjetmacht, von einem „Thermidor“, von einem „unausbleiblichen Sieg“ des Trotzismus usw. Was aber ist tatsächlich eingetreten? Eingetreten ist der Zerfall, das Ende des Trotzismus. Ein Teil der Trotzisten hat bekanntlich mit dem Trotzismus gebrochen, hat in zahlreichen Erklärungen seiner Vertreter bekannt, dass die Partei im Recht ist, und hat den konterrevolutionären Charakter des Trotzismus bescheinigt. Der andere Teil der Trotzisten ist tatsächlich zu typischen kleinbürgerlichen Konterrevolutionären entartet und hat sich praktisch in ein Büro verwandelt, das der kapitalistischen Presse Spitzelinformationen über die KPdSU(B) liefert. Die Sowjetmacht dagegen, die „entarten“ sollte (oder „bereits entartet ist“), erfreut sich nach wie vor bester Gesundheit, arbeitet nach wie vor am Aufbau des Sozialismus und bricht mit Erfolg den kapitalistischen Elementen unseres Landes sowie ihren kleinbürgerlichen Nachbetern das Rückgrat.

Davon zeugt das jetzt allgemein bekannte Schicksal der rechten Abweichler. Sie zeterten und schwatzten von „Verderblichkeit“ der Parteilinie, von einer „wahrscheinlichen Katastrophe“ in der UdSSR, von der Notwendigkeit, das Land vor der Partei und ihrer Führung zu „retten“ usw. Was aber ist tatsächlich eingetreten? Tatsächlich hat die Partei an allen Fronten des sozialistischen Aufbaus größte Erfolge erzielt, während die Gruppe der rechten Abweichler, die das Land „retten“ wollte, dann aber die Fehlerhaftigkeit ihrer Auffassungen zugab, jetzt auf der Sandbank sitzt.

Davon zeugen die wachsende revolutionäre Aktivität der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, die aktive Unterstützung der Politik der Partei durch die Millionenmassen der Werktätigen und schließlich jener beispiellose Arbeitsenthusiasmus der Arbeiter und der Kollektivbauern, dessen gewaltiges Ausmaß Feind und Freund unseres Landes in Erstaunen setzt. Ich rede schon gar nicht von solchen Merkmalen des wachsenden Vertrauens zur Partei, wie die an die Partei gerichteten Aufnahmeanträge der Belegschaften ganzer Abteilungen und Betriebe, die Zunahme der Mitgliederzahl der Partei in der Zeit zwischen dem XV. und dem XVI. Parteitag um mehr als 600000, die Aufnahme von 200000 neuen Mitgliedern in die Partei allein im ersten Quartal dieses Jahres. Wovon spricht das alles, wenn nicht davon, dass die Millionenmassen der Werktätigen die Richtigkeit der Politik unserer Partei anerkennen und bereit sind, sie zu unterstützen?

Man wird einräumen müssen, dass diese Tatsachen nicht bestehen würden, wenn die Generallinie unserer Partei nicht die einzig richtige Linie wäre.

b) Aber die Partei kann sich nicht auf die Ausarbeitung ihrer Generallinie beschränken. Sie muss außerdem tagtäglich die Durchführung der Generallinie in der Praxis überprüfen. Sie muss die Durchführung der Generallinie leiten, indem sie die beschlossenen Pläne des wirtschaftlichen Aufbaus im Prozess der Arbeit verbessert und vervollkommenet, Fehler korrigiert und verhütet.

Wie erfüllte das ZK unserer Partei diese Aufgabe?

Die Arbeit des ZK auf diesem Gebiet bewegte sich hauptsächlich auf der Linie der Korrektur und Präzisierung des Fünfjahrplans im Sinne einer Steigerung des Tempos und der Verkürzung der Fristen, auf der Linie einer Kontrolle über die Durchführung der gestellten Aufgaben durch die Wirtschaftsstellen.

Hier sind einige grundlegende Beschlüsse des ZK, die den Fünfjahrplan im Geiste einer Steigerung des Aufbautempos und der Verkürzung der Durchführungsfristen korrigieren.

Eisenhüttenwesen: Der Fünfjahrplan sieht vor, dass die Roheisenerzeugung im letzten Jahr des Planjahrfünfts bis auf 10 Millionen Tonnen erhöht werden soll; im Beschluss des ZK wird diese Norm als ungenügend angesehen und bestimmt, dass die Roheisenerzeugung im letzten Jahr des Planjahrfünfts auf 17 Millionen Tonnen erhöht werden soll.

Traktorenbau: Der Fünfjahrplan sieht vor, dass die Erzeugung von Traktoren im letzten Jahr des Planjahrfünfts auf 55000 gebracht werden soll; im Beschluss des ZK wird dieses Soll als ungenügend angesehen und bestimmt, dass die Zahl der hergestellten Traktoren im letzten Jahr des Planjahrfünfts 170000 erreichen muss.

Dasselbe gilt vom Automobilbau, wo beschlossen worden ist, die für das letzte Jahr des Planjahrfünfts vorgesehene Herstellung von 100000 Automobilen (Last- und Personenwagen) auf 200000 Automobile zu steigern.

Dasselbe ist in der Nichteisenmetallurgie zu verzeichnen, wo die Voranschläge des Fünfjahrplans um mehr als 100 Prozent erhöht worden sind, sowie im Landmaschinenbau, wo die Voranschläge des Fünfjahrplans ebenfalls um mehr als 100 Prozent erhöht worden sind.

Ich rede gar nicht erst von den Mähreschern, deren Bau im Fünfjahrplan überhaupt nicht vorgesehen war und deren Erzeugung im letzten Jahr des Planjahrfünfts auf mindestens 40000 Stück gebracht werden muss.

Aufbau der Sowjetwirtschaften: Der Fünfjahrplan sieht eine Erweiterung der Anbaufläche bis Ende des Planjahrfünfts auf 5 Millionen Hektar vor; im Beschluss des ZK wird diese Norm als ungenügend bezeichnet und bestimmt, dass die Anbaufläche der Sowjetwirtschaften bis Ende des Planjahrfünfts auf 18 Millionen Hektar erhöht werden muss.

Aufbau der Kollektivwirtschaften: Der Fünfjahrplan sieht eine Erweiterung der Anbaufläche bis Ende des Planjahrfünfts auf 20 Millionen Hektar vor; im Beschluss des ZK wird diese Norm als ausgesprochen ungenügend bezeichnet (sie ist bereits in diesem Jahr übererfüllt worden) und bestimmt, dass bis Ende des Planjahrfünfts die Kollektivierung der UdSSR im wesentlichen abgeschlossen werden soll und die Anbaufläche der Kollektivwirtschaften zu diesem Zeitpunkt neun Zehntel der gesamten Anbaufläche der UdSSR umfassen muss, die gegenwärtig von Einzelbauern bestellt wird. (Beifall.)

Und so weiter und dergleichen mehr.

Dieser Gesamtüberblick zeigt, wie das ZK die Durchführung der Generallinie der Partei, die Planung des sozialistischen Aufbaus leitete.

Man könnte einwenden, durch eine so gründliche Änderung der Voranschläge des Fünfjahrplans durchbreche das ZK das Prinzip der Planung und setze die Autorität der Planorgane herab. Aber so können nur hoffnungslose Bürokraten reden. Für uns Bolschewiki ist der Fünfjahrplan nicht etwas Abgeschlossenes und ein für allemal Gegebenes. Für uns ist der Fünfjahrplan wie jeder andere Plan nur ein Plan, der als erste Nahrung angenommen ist, der auf Grund der an Ort und Stelle gemachten Erfahrungen, auf Grund der bei der

Durchführung des Plans gemachten Erfahrungen präzisiert, geändert und vervollkommen werden muss. Kein Fünfjahrplan kann all die Möglichkeiten berücksichtigen, die im Schoße unserer Gesellschaftsordnung schlummern und erst im Prozess der Arbeit, im Prozess der Durchführung des Plans in der Fabrik, in der Kollektivwirtschaft, in der Sowjetwirtschaft, im Rayon usw. zum Vorschein kommen. Nur Bürokraten können glauben, die Planungsarbeit sei mit der Aufstellung des Plans beendet. Die Aufstellung des Plans ist nur der Anfang der Planung. Die richtige planmäßige Führung entwickelt sich erst nach Aufstellung des Plans, nach Überprüfung an Ort und Stelle, im Prozess der Realisierung, der Korrektur und der Präzisierung des Plans.

Das ist der Grund, warum das ZK und die ZKK es für notwendig hielten, gemeinsam mit den Planorganen der Republik den Fünfjahrplan auf Grund der gemachten Erfahrungen im Geiste einer Steigerung des Aufbautempos und der Verkürzung der Ausführungsfristen zu berichtigen und zu verbessern.

Auf dem VIII. Sowjetkongress, bei Beratung des Zehnjahrplans der GOELRO<sup>[55]</sup>, sagte Lenin über das Prinzip der Planung und der planmäßigen Leitung folgendes:

„Unser Parteiprogramm kann nicht nur das Programm der Partei bleiben. Es muss zu einem Programm unseres wirtschaftlichen Aufbaus werden, sonst ist es auch als Programm der Partei untauglich. Es muss ergänzt werden durch ein zweites Programm der Partei, durch einen Arbeitsplan, der dazu führt, dass die gesamte Volkswirtschaft wiederaufgebaut und auf das Niveau der modernen Technik gehoben wird... Wir müssen dazu gelangen, einen bestimmten Plan zu beschließen; natürlich wird das ein Plan sein, der nur als erste Näherung angenommen wird. Dieses Parteiprogramm wird nicht so unveränderlich sein wie unser eigentliches Programm, das nur auf den Parteitagen geändert werden kann. Nein, dieses Programm wird jeden Tag, in jeder Werkstatt, in jedem Amtsbezirk verbessert, weiter ausgearbeitet, vervollkommen und abgeändert werden... Im Verfolg der wissenschaftlichen und der praktischen Erfahrungen müssen wir allerorts unablässig danach streben, dass der Plan rascher als festgesetzt erfüllt wird, damit die Massen sehen, dass die lange Periode, die uns vom vollständigen Wiederaufbau der Industrie trennt, durch die Erfahrungen verkürzt werden kann. Das hängt von uns ab. Lasst uns in jeder Werkstatt, in jedem Depot, auf jedem Gebiet die Wirtschaft verbessern, dann werden wir die Frist verkürzen. Und wir verkürzen sie bereits.“ (4. Ausgabe, Bd. 31, S. 482, 483, 479, russ.)

Wie Sie sehen, ging das ZK den von Lenin gewiesenen Weg, als es den Fünfjahrplan änderte und verbesserte, die Ausführungsfristen verkürzte und das Aufbautempo steigerte.

Auf welche Möglichkeiten stützte sich das ZK bei der Steigerung des Aufbautempos und der Verkürzung der Fristen für die Durchführung des Fünfjahrplans? Auf die Reserven, die im Schoße unserer Gesellschaftsordnung schlummern und erst im Prozess der Arbeit zum Vorschein kommen, auf die Möglichkeiten, die uns die Rekonstruktionsperiode bietet. Das ZK ist der Auffassung, dass der Umbau der technischen Basis von Industrie und Landwirtschaft bei sozialistischer Organisation der Produktion Möglichkeiten einer Tempobeschleunigung erschließt, von denen kein kapitalistisches Land auch nur träumen kann.

Nur durch diese Umstände lässt sich die Tatsache erklären, dass unsere sozialistische Industrie in den letzten drei Jahren ihre Produktion mehr als verdoppelt hat, während diese Industrie 1930/31 gegenüber dem laufenden Jahr um 47 Prozent wachsen muss, wobei der Umfang allein dieses Zuwachses dem Produktionsumfang der gesamten Großindustrie der Vorkriegszeit gleichkommen wird.

Nur durch diese Umstände lässt sich die Tatsache erklären, dass im Aufbau der Sowjetwirtschaften der Fünfjahrplan in drei Jahren übererfüllt wird, während im Aufbau der Kollektivwirtschaften der Fünfjahrplan bereits in zwei Jahren übererfüllt worden ist.

Es besteht eine Theorie, nach der ein hohes Entwicklungstempo nur in der Wiederherstellungsperiode zulässig wäre, während das Aufbautempo mit dem Anbruch der



Rekonstruktionsperiode von Jahr zu Jahr krass sinken müsste. Diese Theorie nennt sich die Theorie der „erlöschenden Kurve“. Es ist eine Theorie zur Rechtfertigung unserer Rückständigkeit. Sie hat mit Marxismus, mit Leninismus nichts gemein. Sie ist eine bürgerliche Theorie und zielt darauf ab, die Rückständigkeit unseres Landes zu verewigen. Von den Leuten, die Beziehungen zu unserer Partei hatten oder haben, vertreten und propagieren diese Theorie nur die Trotzlisten und die rechten Abweichler.

Die Trotzlisten werden von einigen für Ultraindustrialisierer gehalten. Diese Auffassung ist aber nur teilweise richtig. Sie ist nur soweit richtig, als es sich um das Ende der Wiederherstellungsperiode handelt, wo die Trotzlisten tatsächlich Phantasien von Ultraindustrialisierung entwickelten. Was die Rekonstruktionsperiode betrifft, so sind die Trotzlisten vom Gesichtspunkt des Tempos extremste Minimalisten und jämmerlichste Kapitulant. (Heiterkeit, Beifall.)

In ihren Plattformen und Deklarationen machten die Trotzlisten keine Zahlenangaben über das Tempo, sondern beschränkten sich auf ein allgemeines Geschwätz über das Tempo. Es existiert aber ein Dokument, worin die Trotzlisten ihre Auffassung vom Entwicklungstempo der staatlichen Industrie in Zahlen niedergelegt haben. Ich meine die auf den Prinzipien des Trotzismus aufgebaute Denkschrift der „Besonderen Beratung über die Wiederherstellung des fixen Kapitals“ in der staatlichen Industrie. Es ist interessant, dieses Dokument aus dem Jahre 1925/26 kurz durchzunehmen. Es ist von Interesse, weil in ihm das trotzlistische Schema von der erlöschenden Kurve seine volle Widerspiegelung gefunden hat.

Nach diesem Dokument sollten in der staatlichen Industrie investiert werden: 1926/27 - 1543 Millionen Rubel, 1927/28 - 1490 Millionen Rubel, 1928/29 - 1320 Millionen Rubel, 1929/30 - 1060 Millionen Rubel (in Preisen von 1926/27).

Das ist das Bild der erlöschenden trotzlistischen Kurve.

Wie viel aber haben wir tatsächlich investiert? Tatsächlich haben wir in der staatlichen Industrie investiert: 1926/27 - 1065 Millionen Rubel, 1927/28 - 1304 Millionen Rubel, 1928/29 - 1819 Millionen Rubel und 1929/30 - 4775 Millionen Rubel (in Preisen von 1926/27).

Das ist das Bild der aufsteigenden bolschewistischen Kurve.

Nach diesem Dokument sollte die Produktion der staatlichen Industrie steigen: 1926/27 um 31,6 Prozent, 1927/28 um 22,9 Prozent, 1928/29 um 15,5 Prozent und 1929/30 um 15 Prozent. Das ist das Bild der erlöschenden trotzlistischen Kurve.

Was aber haben wir tatsächlich erreicht? Tatsächlich stieg die Produktion der staatlichen Industrie: 1926/27 um 19,7 Prozent, 1927/28 um 26,3 Prozent, 1928/29 um 24,3 Prozent, 1929/30 um 32 Prozent, und 1930/31 wird sie um 47 Prozent steigen.

Das ist das Bild der aufsteigenden bolschewistischen Kurve.

Bekanntlich hat Trotzki diese Kapitulantentheorie der erlöschenden Kurve in seinem Büchlein „Zum Sozialismus oder zum Kapitalismus?“ speziell verteidigt. Er sagt dort direkt: Da „vor dem Kriege die Erweiterung der Industrie im Wesentlichen im Bau neuer Betriebe bestand“, während „in unserer Zeit die Erweiterung in viel höherem Grade in der Ausnutzung der alten Werke und der vollen Belastung der alten Anlagen besteht“, so „ist es folglich natürlich, dass mit Abschluss des Wiederherstellungsprozesses der Wachstumskoeffizient bedeutend sinken muss“, wobei er vorschlägt, „in den nächsten Jahren den industriellen Wachstumskoeffizienten nicht nur auf das Doppelte, sondern auch auf das Dreifache der 6 Prozent vor dem Kriege und vielleicht noch mehr zu steigern“.

Also dreimal 6 Prozent an jährlichem Zuwachs der Industrie. Wie viel macht das aber aus? Nur 18 Prozent Zuwachs pro Jahr. Demnach halten die Trotzlisten einen Jahreszuwachs der staatlichen Industrieproduktion von 18 Prozent für das Höchstmögliche dessen, was der Planung im Interesse eines beschleunigten Entwicklungstempos in der Periode der Rekonstruktion zugrunde gelegt werden kann und als Ideal angestrebt werden sollte. Man vergleiche diese Knickerweisheit der Trotzlisten mit dem tatsächlichen Zuwachs der

Produktion in den letzten drei Jahren (1927/28 - 26,3 Prozent, 1928/29 - 24,3 Prozent, 1929/30 - 32 Prozent), man vergleiche diese Kapitulantphilosophie der Trotzisten mit den von der Staatlichen Plankommission für 1930/31 veranschlagten Kontrollzahlen: 47 Prozent Zuwachs, also mehr als zur Zeit der raschesten Produktionszunahme in der Wiederherstellungsperiode - und man wird den ganzen reaktionären Charakter der trotzkistischen Theorie von der „erlöschenden Kurve“, die ganze Tiefe des Unglaubens der Trotzisten an die Möglichkeiten der Rekonstruktionsperiode ermessen können.

Hier liegt die Ursache dafür, dass die Trotzisten jetzt lamentieren über die „Maßlosigkeit“ des bolschewistischen Tempos in der Entwicklung der Industrie und des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus.

Hier liegt die Ursache dafür, dass man die Trotzisten heute nicht mehr von unseren rechten Abweichtlern unterscheiden kann.

Selbstverständlich hätten wir ohne Zertrümmerung der trotzkistischrechtsabweichlerischen Theorie der „erlöschenden Kurve“ weder eine tatsächliche Planung noch eine Steigerung des Tempos und eine Verkürzung der Baufristen erreichen können. Um die Verwirklichung der Generallinie der Partei zu leiten, um den Fünfjahrplan des Aufbaus zu berichtigen und zu verbessern, um das Tempo zu erhöhen und Fehler im Aufbau zu verhüten, musste man vor allem die reaktionäre Theorie der „erlöschenden Kurve“ zerschlagen und liquidieren.

Wie schon früher gesagt, hat das ZK dementsprechend gehandelt.

## *2. Fragen der Leitung in innerparteilichen Angelegenheiten*

Man könnte meinen, dass die Leitung des sozialistischen Aufbaus, die Durchführung der Generallinie der Partei bei uns in der Partei ruhig und reibungslos, ohne Kampf und Willensanstrengung verlaufen sei. Das stimmt aber nicht, Genossen. In Wirklichkeit musste diese Arbeit im Kampf gegen innerparteiliche Schwierigkeiten, im Kampf gegen alle möglichen Abweichungen vom Leninismus sowohl auf allgemein politischem Gebiet als auch auf dem Gebiet der nationalen Frage geleistet werden. Unsere Partei lebt und wirkt nicht im luftleeren Raum. Sie lebt und wirkt mitten im tiefsten Getriebe des Lebens und ist dem Einfluss ihres Milieus ausgesetzt. Das Milieu aber besteht bei uns bekanntlich aus verschiedenen Klassen und sozialen Gruppen. Wir haben eine entfaltete Offensive gegen die kapitalistischen Elemente eingeleitet, wir haben unsere sozialistische Industrie weit vorangebracht, wir haben den Aufbau von Sowjet- und Kollektivwirtschaften zur Entfaltung gebracht. Aber von solchen Erscheinungen können die Ausbeuterklassen nicht unberührt bleiben. Diese Erscheinungen sind in der Regel begleitet vom Ruin der ablebenden Klassen, vom Ruin des Kulakentums im Dorf, von einer Einengung des Betätigungsfeldes der städtischen kleinbürgerlichen Schichten. Selbstverständlich muss all dies den Kampf der Klassen, den Widerstand der ablebenden Klassen gegen die Politik der Sowjetmacht unweigerlich verschärfen. Es wäre lächerlich, glauben zu wollen, dass der Widerstand dieser Klassen sich nicht so oder anders in den Reihen unserer Partei widerspiegeln wird. Und er findet tatsächlich seine Widerspiegelung in der Partei. Eine Widerspiegelung des Widerstands der ablebenden Klassen sind eben alle und jedwede Abweichungen von der Leninschen Linie, die in den Reihen unserer Partei zu verzeichnen sind.

Kann man einen erfolgreichen Kampf gegen die Klassenfeinde führen, ohne gleichzeitig gegen die Abweichungen in unserer Partei zu kämpfen, ohne diese Abweichungen zu überwinden? Nein, das geht nicht. Das geht nicht, weil es unmöglich ist, einen wirklichen Kampf gegen die Klassenfeinde zu entfalten, wenn man im Rücken ihre Agenten hat, wenn man Leute im Rücken belässt, die nicht an unsere Sache glauben und in jeder Weise bestrebt sind, unseren Vormarsch zu hemmen.

Daher der unversöhnliche Kampf gegen die Abweichungen von der Leninschen Linie als nächste Aufgabe der Partei.

Warum ist jetzt die rechte Abweichung die Hauptgefahr in der Partei? Weil diese Abweichung die Kulakengefahr widerspiegelt, die Kulakengefahr aber im gegenwärtigen Moment, im Augenblick der entfalteten Offensive und der Ausrodung der Wurzeln des Kapitalismus, die größte Gefahr im Lande ist.

Was musste das ZK tun, um die rechte Abweichung zu überwinden, der „linken“ Abweichung den Rest zu geben und den Weg frei zu machen für den maximalen Zusammenschluss der Partei um die Leninsche Linie?

a) Es galt vor allem aufzuräumen mit den Überresten des Trotzismus in der Partei, mit den Überbleibseln der trotzkistischen Theorie. Die trotzkistische Gruppe als Opposition haben wir schon lange zerschlagen und hinausgeworfen. Jetzt stellt die trotzkistische Gruppe eine antiproletarische und sowjetfeindliche, konterrevolutionäre Gruppe dar, die der Bourgeoisie in Angelegenheiten unserer Partei geflissentlich als Spitzelagentur dient. Aber die Überreste der trotzkistischen Theorie, die Überbleibsel des Trotzismus sind aus der Partei noch nicht ganz verschwunden. Also galt es vor allem mit diesen Überresten aufzuräumen.

Worin besteht das Wesen des Trotzismus?

Das Wesen des Trotzismus besteht vor allem darin, dass er die Möglichkeit leugnet, den Sozialismus in der UdSSR mit den Kräften der Arbeiterklasse und der Bauernschaft unseres Landes zu errichten. Was bedeutet das? Es bedeutet, dass wir, wenn uns nicht in nächster Zeit die siegreiche Weltrevolution zu Hilfe kommt, vor der Bourgeoisie kapitulieren und den Weg frei machen müssten für eine bürgerlich-demokratische Republik. Wir haben hier also eine bürgerliche Leugnung der Möglichkeit, den Sozialismus in unserem Lande zu errichten, getarnt durch eine „revolutionäre“ Phrase vom Sieg der Weltrevolution.

Ist es bei solchen Auffassungen möglich, die Millionenmassen der Arbeiterklasse zum Arbeitsenthusiasmus, zum sozialistischen Wettbewerb, zu einer Massenbewegung der Stoßarbeiter, zur entfalteten Offensive gegen die kapitalistischen Elemente zu begeistern? Natürlich ist das nicht möglich. Es wäre dumm, annehmen zu wollen, dass sich unsere Arbeiterklasse, die drei Revolutionen gemacht hat, für den Arbeitsenthusiasmus und die Massenbewegung der Stoßarbeiter gewinnen lassen würde, um den Boden für den Kapitalismus zu düngen. Unsere Arbeiterklasse will mit ihrem Arbeitsenthusiasmus nicht dem Kapitalismus dienen, sondern den Kapitalismus endgültig begraben und den Sozialismus in der UdSSR errichten. Man nehme ihr die feste Überzeugung, dass es möglich ist, den Sozialismus zu errichten, und man vernichtet damit jeden Boden für den Wettbewerb, für den Arbeitsenthusiasmus, für die Stoßarbeiterbewegung.

Daher die Schlussfolgerung: Um die Arbeiterklasse zum Arbeitsenthusiasmus und zum Wettbewerb begeistern und die entfaltete Offensive organisieren zu können, musste man vor allem die bürgerliche Theorie des Trotzismus begraben, nach der es unmöglich ist, den Sozialismus in unserem Lande zu errichten.

Das Wesen des Trotzismus besteht zweitens darin, dass er die Möglichkeit leugnet, die Hauptmassen der Bauernschaft für den sozialistischen Aufbau im Dorf zu gewinnen. Was bedeutet dies? Es bedeutet, dass er behauptet, die Arbeiterklasse sei nicht imstande, die Bauernschaft bei der Überleitung der individuellen Bauernwirtschaften auf die kollektiven Geleise mitzureißen, die Bauernschaft werde, wenn der Arbeiterklasse nicht in kürzester Frist der Sieg der Weltrevolution zu Hilfe kommt, die alten bürgerlichen Zustände wiederherstellen. Wir haben hier also eine bürgerliche Leugnung der Kräfte und Möglichkeiten der proletarischen Diktatur, die Bauernschaft zum Sozialismus zu führen, getarnt durch die Maske „revolutionärer“ Phrasen vom Sieg der Weltrevolution.

Ist es bei solchen Auffassungen möglich, die Bauernmassen für die Kollektivwirtschaftsbewegung zu mobilisieren, eine kollektivwirtschaftliche Massenbewegung zu organisieren, die Liquidierung des Kulakentums als Klasse zu organisieren? Natürlich ist das nicht möglich.

Daher die Schlussfolgerung: Um die kollektivwirtschaftliche Massenbewegung der Bauernschaft zu organisieren und das Kulakentum liquidieren zu können, musste man vor allem die bürgerliche Theorie des Trotzismus begraben, nach der es unmöglich ist, die werktätigen Massen der Bauernschaft in den Sozialismus einzugliedern.

Das Wesen des Trotzismus besteht schließlich darin, dass er die Notwendigkeit einer eisernen Disziplin in der Partei leugnet, die Freiheit fraktioneller Gruppierungen in der Partei fordert und es für notwendig hält, eine trotzistische Partei zu bilden. Der Trotzismus will, dass die KPdSU(B) keine einheitliche und fest zusammengefügte Kampfpartei sei, sondern ein Sammelsurium von Gruppen und Fraktionen mit eigenen Zentralen, mit eigener Disziplin, mit eigener Presse usw. Was aber bedeutet dies? Es bedeutet die Verkündung der Freiheit politischer Fraktionen in der Partei. Es bedeutet, dass der Freiheit politischer Gruppierungen in der Partei die Freiheit politischer Parteien im Lande, das heißt die bürgerliche Demokratie, folgen muss. Demnach haben wir hier eine Anerkennung der Freiheit fraktioneller Gruppierungen in der Partei, einbegriffen die Zulassung politischer Parteien im Lande der Diktatur des Proletariats, getarnt mit der Phrase von „innerparteilicher Demokratie“, von „Verbesserung des Regimes“ in der Partei. Dass die Freiheit fraktionellen Gezänks von Intellektuellengruppen noch keine innerparteiliche Demokratie ist, dass aber die entfaltete Selbstkritik, die von der Partei durchgeführt wird, und die kolossale Aktivität der Parteimassen die Erscheinungsform einer tatsächlichen und wahren innerparteilichen Demokratie sind - das zu verstehen ist dem Trotzismus nicht gegeben.

Ist es bei solchen Auffassungen von der Partei möglich, die eiserne Disziplin in der Partei, die eiserne Einheit der Partei zu sichern, die für den erfolgreichen Kampf gegen den Klassenfeind notwendig ist? Natürlich ist das nicht möglich.

Daher die Schlussfolgerung: Um die eiserne Einheit der Partei und die proletarische Disziplin in ihr zu sichern, musste man vor allem die Organisationstheorie des Trotzismus begraben.

Kapitulantenentum in der Tat als Inhalt, „linke“ Phrasen und „revolutionär“-abenteuerliche Allüren als eine Form, die den kapitulantenhaften Inhalt verhüllt und für ihn Reklame machen soll - das ist das Wesen des Trotzismus.

Diese Zwiespältigkeit des Trotzismus widerspiegelt die zwiespältige Lage des dem Ruin verfallenen städtischen Kleinbürgertums, das das „Regime“ der Diktatur des Proletariats nicht erträgt und sich bemüht, entweder „sofort“ in den Sozialismus hinüber zu springen, um dem Ruin zu entgehen (daher Abenteuerentum und Hysterie in der Politik), oder, wenn dies nicht möglich ist, dem Kapitalismus jedwede Konzession zu machen (daher Kapitulantenentum in der Politik).

Diese Zwiespältigkeit des Trotzismus erklärt die Tatsache, dass der Trotzismus seine „rasenden“ Scheinangriffe gegen die rechten Abweichler in der Regel durch einen Block mit ihnen als den Kapitulanten ohne Maske krönt.

Was aber stellen die „linken“ Überspitzungen dar, die wir in der Partei auf dem Gebiet der kollektivwirtschaftlichen Bewegung hatten? Sie stellen einen gewissen, allerdings unbewussten Versuch dar, die Traditionen des Trotzismus bei uns in der Praxis wiederaufleben zu lassen, die trotzistische Einstellung zum Mittelbauern wiederaufleben zu lassen. Sie sind das Resultat jenes Fehlers in der Politik, den Lenin „Überadministrierung“ nennt. Dies bedeutet, dass einige unserer Genossen, berauscht von den Erfolgen der Kollektivwirtschaftsbewegung, das Problem des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus nicht als Baumeister, sondern vornehmlich als Administratoren anzupacken begannen, weswegen sie eine Reihe größter Fehler begingen.

Es gibt bei uns in der Partei Leute, die glauben, man hätte die „linken“ Überspitzer nicht zur Ordnung zu rufen brauchen. Sie meinen, man hätte unsere Funktionäre nicht kränken und ihrem Übereifer nicht entgegenwirken dürfen, selbst wenn dieser Übereifer zu Fehlern führte. Das sind Kindereien, Genossen. So können nur Leute reden, die unbedingt mit dem Strom schwimmen wollen. Es sind die gleichen Leute, die nie imstande sein werden, sich die

Leninsche Linie zu Eigen zu machen - gegen den Strom zu schwimmen, wenn die Lage es erfordert, wenn die Interessen der Partei es erfordern. Es sind Nachtrapolitiker und keine Leninisten. Der Partei gelang es gerade deswegen, ganze Gruppen unserer Genossen auf den richtigen Weg zu bringen, es gelang ihr gerade deswegen, die Fehler zu korrigieren und Erfolge zu erzielen, weil sie im Interesse der Verwirklichung der Generallinie entschlossen gegen den Strom ankämpfte. Das eben ist Leninismus in der Praxis, Leninismus in der Führung.

Deswegen glaube ich, dass wir ohne Überwindung der „linken“ Überspitzungen nicht jene Erfolge in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, die wir heute haben, hätten erzielen können.

So verhält es sich mit dem Kampf gegen die Überreste des Trotzismus und ihre Nachwirkungen in der Praxis.

Etwas anders verhält es sich mit der Frage des Rechtsopportunismus, an dessen Spitze Bucharin, Rykow und Tomski standen oder stehen.

Von den rechten Abweichlern läßt sich nicht sagen, dass sie die Möglichkeit, den Sozialismus in der UdSSR zu errichten, nicht zugeben. Nein, sie geben sie zu, und darin unterscheiden sie sich von den Trotzisten. Das Malheur der rechten Abweichler ist jedoch, dass sie, obgleich sie die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus in einem Lande formal zugeben, die Mittel und Wege des Kampfes, ohne die die Errichtung des Sozialismus unmöglich ist, nicht anerkennen wollen. Sie wollen nicht anerkennen, dass die mit allem Nachdruck betriebene Entwicklung der Industrie der Schlüssel ist zur Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft auf den Grundlagen des Sozialismus. Sie wollen den unversöhnlichen Klassenkampf gegen die kapitalistischen Elemente und die entfaltete Offensive des Sozialismus gegen den Kapitalismus nicht anerkennen. Sie begreifen nicht, dass alle diese Mittel und Wege jenes System von Maßnahmen darstellen, ohne die es unmöglich ist, die Diktatur des Proletariats zu behaupten und den Sozialismus in unserem Lande zu errichten. Sie glauben, man könne den Sozialismus in aller Stille errichten, im Selbstlauf, ohne Klassenkampf, ohne Offensive gegen die kapitalistischen Elemente. Sie glauben, die kapitalistischen Elemente würden entweder selbst unmerklich absterben oder in den Sozialismus hineinwachsen. Da aber solche Wunder in der Geschichte nicht vorkommen, so ergibt sich, dass die rechten Abweichler in der Praxis zu einer Auffassung abgleiten, die die Möglichkeit leugnet, den Sozialismus in unserem Lande zu errichten.

Von den rechten Abweichlern kann man auch nicht sagen, dass sie die Möglichkeit verneinen, die Hauptmassen der Bauernschaft in den Aufbau des Sozialismus im Dorf einzubeziehen. Nein, sie erkennen diese Möglichkeit an, und darin unterscheiden sie sich von den Trotzisten. Aber bei formaler Anerkennung dieser Möglichkeit lehnen sie gleichzeitig die Mittel und Wege ab, ohne die die Einbeziehung der Bauernschaft in den Aufbau des Sozialismus unmöglich ist. Sie wollen nicht zugeben, dass die Sowjet- und Kollektivwirtschaften das grundlegende Mittel und die „Heerstraße“ zur Einbeziehung der Hauptmassen der Bauernschaft in das sozialistische Aufbauwerk sind. Sie wollen nicht zugeben, dass ohne Durchführung der Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse die Umgestaltung des Dorfes auf den Grundlagen des Sozialismus nicht zu erreichen ist. Sie glauben, man könne das Dorf in aller Stille, im Selbstlauf, ohne Klassenkampf, nur durch die Einkaufs- und Absatzgenossenschaften auf die Geleise des Sozialismus überleiten - sind sie doch überzeugt, der Kulak werde von selbst in den Sozialismus hineinwachsen. Sie glauben, die Hauptsache bestehe jetzt nicht in dem hohen Entwicklungstempo der Industrie und nicht in den Kollektiv- und Sowjetwirtschaften, sondern darin, die Elementarkräfte des Marktes zu „entfesseln“, den Markt „freizugeben“ und den individuellen Wirtschaften, die kapitalistischen Elemente im Dorf nicht ausgenommen, „die Fesseln abzunehmen“. Da aber der Kulak nicht in den Sozialismus hineinwachsen kann und die „Freigabe“ des Marktes die Bewaffnung des Kulakentums und die Entwaffnung der Arbeiterklasse bedeutet, so ergibt sich, dass die

rechten Abweichler in der Praxis zu einer Auffassung abgleiten, die die Möglichkeit leugnet, die Hauptmassen der Bauernschaft in den Aufbau des Sozialismus einzubeziehen.

Dies gibt denn auch die Erklärung für die Tatsache, dass die rechten Abweichler ihre Hahnenkämpfe gegen die Trotzlisten gewöhnlich hinter den Kulissen durch Verhandlungen krönen, die sie mit den Trotzlisten über Blockbildung führen.

Das Grundübel des Rechtsopportunisten besteht darin, dass er mit der Leninschen Auffassung vom Klassenkampf bricht und auf den Standpunkt eines kleinbürgerlichen Liberalismus hinabsinkt.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass ein Sieg der rechten Abweichung in unserer Partei die vollständige Entwaffnung der Arbeiterklasse, die Bewaffnung der kapitalistischen Elemente im Dorf und wachsende Aussichten für eine Restaurierung des Kapitalismus in der UdSSR bedeuten würde.

Die rechten Abweichler vertreten nicht die Bildung einer anderen Partei, und dies ist ein weiteres Merkmal, das sie von den Trotzlisten unterscheidet. Die Führer der rechten Abweichler haben offen ihre Fehler bekannt und vor der Partei kapituliert. Es wäre jedoch töricht, aus diesem Grunde glauben zu wollen, dass die rechte Abweichung bereits begraben sei. Die Kraft des Rechtsopportunisten darf nicht an diesem Umstand gemessen werden. Die Kraft des Rechtsopportunisten besteht in der Stärke des kleinbürgerlichen Elements, in der Stärke des Drucks, den die kapitalistischen Elemente überhaupt und das Kulakentum im Besonderen auf die Partei ausüben. Und gerade weil die rechte Abweichung den Widerstand der entscheidenden Elemente der ablebenden Klassen widerspiegelt, gerade deswegen ist die rechte Abweichung zurzeit die Hauptgefahr in der Partei.

Daher erachtete es die Partei für notwendig, einen entschlossenen und unversöhnlichen Kampf gegen die rechte Abweichung zu führen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass wir es ohne den entschlossenen Kampf gegen die rechte Abweichung, ohne die Isolierung ihrer führenden Elemente nicht fertig gebracht hätten, die Kräfte der Partei und der Arbeiterklasse zu mobilisieren, die armen Bauern und die Masse der Mittelbauern zu mobilisieren für die entfaltete Offensive des Sozialismus, für die Organisation von Sowjet- und Kollektivwirtschaften, für den Wiederaufbau unserer Schwerindustrie, für die Liquidierung des Kulakentums als Klasse.

So verhält es sich mit der „linken“ und mit der rechten Abweichung in der Partei.

Die Aufgabe besteht darin, den unversöhnlichen Kampf an zwei Fronten auch in Zukunft fortzusetzen, sowohl gegen die „Linken“, die den kleinbürgerlichen Radikalismus vertreten, als auch gegen die Rechten, die den kleinbürgerlichen Liberalismus vertreten.

Die Aufgabe besteht darin, den unversöhnlichen Kampf gegen jene versöhnlerischen Elemente in der Partei auch in Zukunft fortzusetzen, die die Notwendigkeit des entschlossenen Zweifrontenkampfes nicht begreifen oder so tun, als ob sie diese Notwendigkeit nicht begriffen.

b) Das Bild des Kampfes gegen die Abweichungen in der Partei wäre unvollständig, wenn wir nicht die in der Partei vorhandenen Abweichungen in der nationalen Frage berührten. Ich denke dabei erstens an die Abweichung zum großrussischen Chauvinismus und zweitens an die Abweichung zum lokalen Nationalismus. Diese Abweichungen sind nicht so augenfällig und draufgängerisch wie die „linke“ oder die rechte Abweichung. Man könnte sie schleichende Abweichungen nennen. Dies bedeutet aber noch nicht, dass sie nicht existieren. Nein, sie existieren, und - was die Hauptsache ist - sie nehmen zu. Das kann keinem Zweifel unterliegen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, weil die ganze Atmosphäre zugespitzten Klassenkampfes zu einer bestimmten Verschärfung der nationalen Reibungen führen muss, die ihre Widerspiegelung in der Partei finden. Daher müsste man das Gepräge dieser Abweichungen aufdecken und in helles Licht rücken.

Worin besteht das Wesen der Abweichung zum großrussischen Chauvinismus unter unseren gegenwärtigen Verhältnissen?

Das Wesen der Abweichung zum großrussischen Chauvinismus besteht in dem Bestreben, die nationalen Unterschiede der Sprache, der Kultur, der Lebensweise unberücksichtigt zu lassen; in dem Bestreben, die Liquidierung der nationalen Republiken und Gebiete vorzubereiten; in dem Bestreben, das Prinzip der nationalen Gleichberechtigung zu untergraben und die auf Nationalisierung des Apparats, auf Nationalisierung der Presse, der Schulen und der anderen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen gerichtete Politik der Partei zu diskreditieren.

Die Abweichler dieser Art gehen dabei von der Auffassung aus, da die Nationen sich beim Sieg des Sozialismus in eins verschmelzen und ihre Nationalsprachen in einer einheitlichen Gemeinsprache aufgehen müssen, sei die Zeit gekommen, die nationalen Unterschiede zu beseitigen und auf die Politik zu verzichten, die die Entwicklung der nationalen Kultur der früher geknechteten Völker fördert.

Sie berufen sich dabei auf Lenin, indem sie ihn falsch zitieren, ja mitunter direkt entstellen und verleumden.

Lenin sagte, dass im Sozialismus die Interessen der Nationalitäten zu einem Ganzen verschmelzen werden - folgt daraus nicht, dass es an der Zeit wäre, mit den nationalen Republiken und Gebieten im Interesse ... des Internationalismus Schluss zu machen? Lenin sagte 1913 in der Polemik mit den Anhängern des „Bund“, dass die Losung der nationalen Kultur eine bürgerliche Losung ist - folgt daraus nicht, dass es an der Zeit wäre, mit der nationalen Kultur der Völker der UdSSR im Interesse ... des Internationalismus Schluss zu machen?

Lenin sagte, dass das nationale Joch und die nationalen Schranken unter dem Sozialismus beseitigt werden - folgt daraus nicht, dass es an der Zeit wäre, Schluss zu machen mit der Politik, die die nationalen Besonderheiten der Völker der UdSSR in Rechnung zieht, und überzugehen zur Politik der Assimilierung im Interesse ... des Internationalismus?

Und so weiter und dergleichen mehr.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass diese Abweichung in der nationalen Frage, die noch dazu mit der Maske des Internationalismus und dem Namen Lenins getarnt wird, die raffinierteste und daher gefährlichste Abart des großrussischen Nationalismus ist.

Erstens hat Lenin nie gesagt, dass die nationalen Unterschiede verschwinden und die Nationalsprachen in einer einheitlichen Sprache aufgehen müssen in den Grenzen eines Staates, vor dem Siege des Sozialismus im Weltmaßstab. Im Gegenteil, Lenin hat das direkte Gegenteil gesagt, und zwar, dass „nationale und staatliche Unterschiede zwischen den Völkern und Ländern... sich noch sehr, sehr lange sogar nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab erhalten werden“. (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 72 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 736].)

Wie kann man sich auf Lenin berufen und dabei diesen seinen grundlegenden Hinweis vergessen?

Freilich, einer der früheren Marxisten, heute Renegat und Reformist, Herr Kautsky, behauptet das direkte Gegenteil von dem, was Lenin uns lehrt. Er behauptet entgegen Lenin, dass der Sieg der proletarischen Revolution in einem vereinigten österreichisch-deutschen Staat Mitte des vorigen Jahrhunderts zur Bildung einer gemeinsamen deutschen Sprache und zur Germanisierung der Tschechen geführt hätte, denn „ohne jegliche gewaltsame Germanisation musste einfach die Macht des entfesselten Verkehrs, die Macht der modernen Kultur, welche die Deutschen brachten, die rückständigen tschechischen Kleinbürger, Bauern und Proletarier, denen ihre verkümmerte Nationalität gar nichts zu bieten hatte, zu Deutschen machen“. (Siehe Vorwort zur deutschen Ausgabe von „Revolution und Konterrevolution“.)

Begreiflicherweise harmoniert eine solche „Konzeption“ durchaus mit dem Sozialchauvinismus Kautskys. Diese Auffassungen Kautskys waren es, die ich 1925 in meinem Vortrag an der Universität der Völker des Ostens<sup>[56]</sup> bekämpft habe. Kann denn aber für uns Marxisten, die wir konsequente Internationalisten bleiben wollen, dieses

antimarxistische Geschwätz eines wild gewordenen deutschen Sozialchauvinisten wirklich irgendeine positive Bedeutung haben?

Wer hat Recht, Kautsky oder Lenin?

Wenn Kautsky recht hat, wie läßt sich dann die Tatsache erklären, dass solche relativ rückständigen Nationalitäten wie die Bjelorussen und Ukrainer, die den Großrussen näher stehen als die Tschechen den Deutschen, durch den Sieg der proletarischen Revolution in der UdSSR nicht russifiziert wurden, sondern, umgekehrt, zu neuem Leben erwachten und sich als selbständige Nationen entwickelten? Wie läßt es sich erklären, dass Nationen wie die Turkmenen, Kirgisen, Usbeken, Tadshiken (gar nicht zu reden von den Georgiern, Armeniern, Aserbaidshanern usw.) im Zusammenhang mit dem Sieg des Sozialismus in der UdSSR trotz ihrer Rückständigkeit nicht nur nicht russifiziert wurden, sondern, umgekehrt, zu neuem Leben erwachten und sich zu selbständigen Nationen entwickelten? Ist es nicht klar, dass unsere verehrten Abweichler auf der Jagd nach einem Paradeinternationalismus in die Fänge des Kautskyschen Sozialchauvinismus geraten sind? Ist es nicht klar, dass sie, wenn sie sich für eine gemeinsame Sprache auf dem Territorium eines Staates, der UdSSR, einsetzen, im Grunde genommen die Wiederherstellung der Privilegien der früher herrschenden Sprache, nämlich der großrussischen, anstreben?

Wo bleibt da der Internationalismus?

Zweitens hat Lenin nie gesagt, dass die Beseitigung des nationalen Jochs und die Verschmelzung der Interessen der Nationalitäten zu einem einheitlichen Ganzen der Beseitigung der nationalen Unterschiede gleichkommen. Wir haben das nationale Joch beseitigt. Wir haben die nationalen Privilegien beseitigt und die nationale Gleichberechtigung eingeführt. Wir haben die staatlichen Grenzen im alten Sinne des Wortes, die Grenzpfähle und Zollschranken zwischen den Nationalitäten der UdSSR beseitigt. Wir haben die Einheit der ökonomischen und politischen Interessen der Völker der UdSSR herbeigeführt. Bedeutet dies aber, dass wir damit die nationalen Unterschiede in Sprache, Kultur, Lebensweise usw. beseitigt haben? Natürlich nicht. Wenn aber die nationalen Unterschiede in Sprache, Kultur, Lebensweise usw. bestehen bleiben, ist es dann nicht klar, dass die Forderung, die nationalen Republiken und Gebiete in der gegenwärtigen historischen Periode abzuschaffen, eine reaktionäre, gegen die Interessen der Diktatur des Proletariats gerichtete Forderung ist? Begreifen unsere Abweichler, dass die Abschaffung der nationalen Republiken und Gebiete im gegenwärtigen Augenblick nichts anderes bedeutet, als die Millionenmassen der Völker der UdSSR um die Möglichkeit zu bringen, sich Bildung in der Muttersprache anzueignen, sie um die Möglichkeit zu bringen, Schulen, Gerichte, Verwaltungsorgane, gesellschaftliche und andere Organisationen und Institutionen in der Muttersprache zu haben, sie um die Möglichkeit zu bringen, sich am sozialistischen Aufbau zu beteiligen? Ist es nicht klar, dass unsere Abweichler auf der Jagd nach einem Paradeinternationalismus in die Fänge der reaktionären großrussischen Chauvinisten geraten sind und die Losung der Kulturrevolution in der Periode der Diktatur des Proletariats, die für alle Völker der UdSSR, sowohl für die Großrussen als auch für die Nichtgroßrussen, die gleiche Geltung hat, vergessen, vollständig vergessen haben?

Drittens hat Lenin nie gesagt, die Losung der Entwicklung der nationalen Kultur unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats sei eine reaktionäre Losung. Im Gegenteil, Lenin trat stets dafür ein, dass man den Völkern der UdSSR helfen soll, ihre nationale Kultur zu entwickeln. Unter der Leitung Lenins und keines anderen wurde auf dem X. Parteitag die Resolution zur nationalen Frage abgefasst und angenommen, in der es direkt heißt:

„Die Aufgabe der Partei besteht darin, dass sie den werktätigen Massen der nichtgroßrussischen Völker hilft, das vorangeschrittene Zentralrußland einzuholen, dass sie ihnen hilft: a) bei sich ein sowjetisches Staatswesen zu entwickeln und zu festigen in Formen, die den nationalen Verhältnissen und der Lebensweise dieser Völker entsprechen; b) bei sich in der Muttersprache wirkende Gerichte, Verwaltungs-, Wirtschafts- und Machtorgane zu



entwickeln und zu festigen, zusammengesetzt aus Einheimischen, die mit den Lebensgewohnheiten und der Denkart der einheimischen Bevölkerung vertraut sind; c) bei sich das Presse- und Schulwesen, das Theater- und Klubwesen und überhaupt in der Muttersprache wirkende Kultur- und Aufklärungsstätten zu entwickeln; d) ein umfassendes Netz von Kursen und Schulen in der Muttersprache zu organisieren und zu entwickeln, sowohl allgemein bildender als auch beruflich-technischer Art.<sup>[57]</sup>

Ist es nicht klar, dass Lenin voll und ganz eintrat für die Losung der Entwicklung der nationalen Kultur unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats?

Ist es nicht klar, dass die Ablehnung der Losung der nationalen Kultur unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats soviel bedeutet wie die Verneinung der Notwendigkeit des kulturellen Aufstiegs der nicht-großrussischen Völker der UdSSR, wie die Verneinung der Notwendigkeit einer allgemein obligatorischen Bildung für diese Völker, wie die Auslieferung dieser Völker an reaktionäre Nationalisten zur geistigen Knechtung?

Lenin bezeichnete tatsächlich die Losung der nationalen Kultur unter der Herrschaft der Bourgeoisie als eine reaktionäre Losung. Aber konnte es anders sein?

Was heißt nationale Kultur unter der Herrschaft der nationalen Bourgeoisie? Bürgerlich ihrem Inhalt und national ihrer Form nach, hat diese Kultur das Ziel, die Massen mit Nationalismus zu vergiften und die Herrschaft der Bourgeoisie zu festigen.

Was heißt nationale Kultur unter der Diktatur des Proletariats? Sozialistisch ihrem Inhalt und national ihrer Form nach, hat diese Kultur das Ziel, die Massen im Geiste des Sozialismus und des Internationalismus zu erziehen.

Wie kann man diese beiden prinzipiell verschiedenen Erscheinungen verwechseln, ohne mit dem Marxismus zu brechen?

Ist es nicht klar, dass Lenin durch seinen Kampf gegen die Losung der nationalen Kultur unter dem bürgerlichen Regime Schläge führte gegen den bürgerlichen Inhalt der nationalen Kultur und nicht gegen ihre nationale Form?

Es wäre dumm, annehmen zu wollen, Lenin hätte die sozialistische Kultur als eine anationale Kultur, ohne diese oder jene nationale Form betrachtet. Die Anhänger des „Bund“ sagten Lenin allerdings eine Zeitlang einen solchen Unsinn nach. Aus Lenins Werken ist jedoch bekannt, dass er gegen eine solche Verleumdung scharf protestierte, sich von diesem Unsinn entschieden distanzierte. Sind denn tatsächlich unsere verehrten Abweichler in die Fußtapfen des „Bund“ getreten?

Was bleibt nach allem Gesagten von den Argumenten unserer Abweichler übrig?

Nichts als ein Jonglieren mit der Flagge des Internationalismus und eine Verleumdung Lenins. Diejenigen, die zum großrussischen Chauvinismus abweichen, sind schwer im Irrtum, wenn sie glauben, die Periode des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR sei eine Periode des Zerfalls und der Liquidierung der nationalen Kulturen. Die Sache verhält sich gerade umgekehrt. In Wirklichkeit ist die Periode der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR eine Periode des Aufblühens der nationalen Kulturen, die ihrem Inhalt nach sozialistisch und ihrer Form nach national sind, denn die Nationen selbst sind in der Sowjetordnung ja keine gewöhnlichen „modernen“ Nationen, sondern sozialistische Nationen, ebenso wie ihre nationalen Kulturen dem Inhalt nach keine gewöhnlichen, bürgerlichen Kulturen, sondern sozialistische Kulturen sind.

Sie begreifen offenbar nicht, dass sich die Entwicklung der nationalen Kulturen mit Einführung und Verankerung der allgemeinen Grundschulpflicht in der Muttersprache mit neuer Kraft entfalten muss. Sie begreifen nicht, dass man die rückständigen Nationalitäten nur unter der Bedingung in den sozialistischen Aufbau wirklich einbeziehen können, dass sich die nationalen Kulturen entwickeln.

Sie begreifen nicht, dass die Leninsche Politik der Förderung und Unterstützung der Völker der UdSSR bei der Entwicklung ihrer nationalen Kulturen gerade dies zur Grundlage hat.

Es mag sonderbar erscheinen, dass wir, die Anhänger der künftigen Verschmelzung der nationalen Kulturen zu einer (nach Form wie nach Inhalt) gemeinsamen Kultur, mit einer gemeinsamen Sprache, gleichzeitig Anhänger des Aufblühens der nationalen Kulturen im gegenwärtigen Augenblick, in der Periode der Diktatur des Proletariats, sind. Aber daran ist nichts Sonderbares. Man muss den nationalen Kulturen die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln und zu entfalten, alle ihre Potenzen zutage zu fördern, um die Voraussetzungen zu schaffen für ihre Verschmelzung zu einer gemeinsamen Kultur mit einer gemeinsamen Sprache in der Periode, da der Sozialismus in der ganzen Welt gesiegt haben wird. Das Aufblühen der ihrer Form nach nationalen und ihrem Inhalt nach sozialistischen Kulturen unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats in einem Lande zum Zwecke ihrer Verschmelzung zu einer (nach Form wie nach Inhalt) gemeinsamen sozialistischen Kultur mit gemeinsamer Sprache, wenn das Proletariat in der ganzen Welt gesiegt und der Sozialismus sich im Leben eingebürgert haben wird - darin besteht gerade das dialektische Wesen des Leninschen Herantretens an die Fragen der nationalen Kultur.

Man könnte sagen, ein solches Herantreten an die Frage sei „widerspruchsvoll“. Aber haben wir bei uns nicht den gleichen „Widerspruch“ in der Frage des Staates? Wir sind für das Absterben des Staates. Wir sind jedoch gleichzeitig für die Verstärkung der Diktatur des Proletariats, der stärksten und mächtigsten Staatsmacht, die jemals bestanden hat. Höchste Entwicklung der Staatsmacht zur Vorbereitung der Bedingungen für das Absterben der Staatsmacht - so lautet die marxistische Formel. Ist das „widerspruchsvoll“? Ja, es ist „widerspruchsvoll“. Aber dieser Widerspruch ist dem Leben eigen, und er widerspiegelt vollständig die Marxsche Dialektik.

Oder nehmen wir Lenins Herantreten an die Frage des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung. Lenin brachte manchmal die These der nationalen Selbstbestimmung auf die einfache Formel „Trennung zwecks Vereinigung“. Man überlege sich das nur: Trennung zwecks Vereinigung. Das klingt sogar nach einem Paradoxon. Indessen widerspiegelt diese „widerspruchsvolle“ Formel jene Lebenswahrheit der Marxschen Dialektik, die den Bolschewiki die Möglichkeit gibt, auf dem Gebiet der nationalen Frage die unzugänglichsten Festungen einzunehmen.

Das gleiche muss gesagt werden von der Formel hinsichtlich der nationalen Kultur: Aufblühen der nationalen Kulturen (und Sprachen) in der Periode der Diktatur des Proletariats in einem Lande zwecks Vorbereitung der Bedingungen für ihr Absterben und ihre Verschmelzung zu einer gemeinsamen sozialistischen Kultur (und zu einer gemeinsamen Sprache) in der Periode des Sieges des Sozialismus in der ganzen Welt.

Wer diese Eigenart und diesen „Widerspruch“ unserer Übergangszeit nicht begriffen hat, wer diese Dialektik der historischen Prozesse nicht begriffen hat, der ist für den Marxismus verloren.

Das Malheur unserer Abweichler ist, dass sie die Marxsche Dialektik nicht verstehen und nicht verstehen wollen.

So verhält es sich mit der Abweichung zum großrussischen Chauvinismus.

Es ist nicht schwer zu begreifen, dass diese Abweichung das Bestreben der ablebenden Klassen der früher herrschenden großrussischen Nation widerspiegelt, die verlorenen Privilegien wiederzuerlangen.

Daher die Gefahr des großrussischen Chauvinismus als Hauptgefahr in der Partei auf dem Gebiet der nationalen Frage.

Worin besteht das Wesen der Abweichung zum lokalen Nationalismus?

Das Wesen der Abweichung zum lokalen Nationalismus besteht in dem Bestreben, sich abzusondern und sich im eigenen nationalen Schneckenhaus abzukapseln, in dem Bestreben, die Klassengegensätze innerhalb der eigenen Nation zu vertuschen, in dem Bestreben, sich vor dem großrussischen Chauvinismus durch die Abkehr vom gemeinsamen Strom des sozialistischen Aufbaus zu schützen, in dem Bestreben, nicht zu sehen, was die werktätigen

Massen der Nationen der UdSSR einander näher bringt und vereinigt, und nur das zu sehen, was geeignet ist, sie voneinander zu entfernen.

Die Abweichung zum lokalen Nationalismus widerspiegelt die Unzufriedenheit der ablebenden Klassen der früher unterdrückten Nationen mit dem Regime der Diktatur des Proletariats, ihr Bestreben, sich zu einem eigenen bürgerlichen Nationalstaat abzusondern und dort die eigene Klassenherrschaft aufzurichten.

Die Gefahr dieser Abweichung besteht darin, dass sie den bürgerlichen Nationalismus kultiviert, die Einheit der Werktätigen der Völker der UdSSR schwächt und den Interventionisten in die Hände arbeitet.

Das ist das Wesen der Abweichung zum lokalen Nationalismus.

Die Aufgabe der Partei besteht darin, diese Abweichung entschieden zu bekämpfen und die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen für die internationale Erziehung der werktätigen Massen der Völker der UdSSR.

So verhält es sich mit den Abweichungen in unserer Partei, mit der „linken“ und der rechten Abweichung auf dem Gebiet der allgemeinen Politik, mit den Abweichungen auf dem Gebiet der nationalen Frage. Das ist unsere innerparteiliche Lage.

Heute, da die Partei aus dem Kampf für die Generallinie als Sieger hervorgegangen ist, da die Leninsche Linie unserer Partei an der ganzen Front triumphiert, sind viele geneigt, jene Schwierigkeiten zu vergessen, die uns die allerverschiedensten Abweichler in unserer Arbeit bereitet haben. Mehr noch, einige spießbürgerlich gestimmte Genossen glauben jetzt noch, man hätte ohne den Kampf gegen die Abweichler auskommen können. Man braucht wohl kaum zu sagen, dass diese Genossen sich in einem schweren Irrtum befinden. Man braucht nur rückwärts zu schauen und sich der schändlichen Streiche der Trotzlisten und der rechten Abweichler zu erinnern, man braucht sich nur der Geschichte des Kampfes gegen die Abweichungen in der verflossenen Periode zu erinnern, um die ganze Hohlheit und Untauglichkeit dieser Parteispießerei zu begreifen. Es kann keinen Zweifel daran geben, dass wir die Erfolge, auf die unsere Partei jetzt mit Recht stolz ist, nicht erzielt hätten, wenn wir nicht den Abweichlern die Zügel angelegt, wenn wir sie nicht im offenen Kampf geschlagen hätten.

Im Kampf gegen die Abweichungen von der Leninschen Linie ist unsere Partei gewachsen und erstarkt. Im Kampf gegen die Abweichungen hat sie die Leninsche Einheit ihrer Reihen geschmiedet. Niemand stellt jetzt mehr die unbestreitbare Tatsache in Abrede, dass die Partei noch nie so fest um ihr ZK zusammengeschlossen war wie heute. Alle müssen heute anerkennen, dass die Partei heute mehr denn je einig und geschlossen dasteht, dass der XVI. Parteitag einer der wenigen Parteitage unserer Partei ist, auf dem es keine formell organisierte und geschlossene Opposition mehr gibt, die imstande wäre, der Generallinie der Partei eine eigene, besondere Linie entgegenzustellen.

Welchem Umstand verdankt die Partei diese entscheidende Errungenschaft?

Sie verdankt diese Errungenschaft dem Umstand, dass sie in ihrem Kampf gegen die Abweichungen stets eine prinzipielle Politik durchgeführt, sich nie zu Kombinationen hinter den Kulissen und zu diplomatischem Schacher hergegeben hat.

Lenin sagte, dass prinzipielle Politik die einzig richtige Politik ist. Wir sind aus dem Kampf gegen die Abweichungen als Sieger hervorgegangen, weil wir dieses Vermächtnis Lenins ehrlich und konsequent erfüllt haben. (Beifall.)

\*

Ich komme zum Schluss, Genossen.

Welches ist die allgemeine Schlussfolgerung?

Wir haben in der verflossenen Periode eine Reihe entscheidender Erfolge an allen Fronten des sozialistischen Aufbaus erzielt. Wir haben diese Erfolge erzielt, weil wir es verstanden haben,

das große Banner Lenins hochzuhalten. Wenn wir siegen wollen, müssen wir auch künftig Lenins Banner hochhalten und es rein und unbefleckt bewahren. (Beifall.)

Das ist die allgemeine Schlussfolgerung.

Mit dem Banner Lenins haben wir in den Kämpfen um die Oktoberrevolution gesiegt.

Mit dem Banner Lenins haben wir im Kampf für den Sieg des sozialistischen Aufbaus entscheidende Erfolge erzielt.

Mit dem gleichen Banner wird die proletarische Revolution in der ganzen Welt siegen.

Es lebe der Leninismus! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall. Ovationen im ganzen Saal.)

*„Prawda“ Nr. 177,  
29. Juni 1930.*

## ANMERKUNGEN

1. Das Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) tagte vom 16. bis zum 23. April 1929. Das Plenum behandelte folgende Fragen: 1. innerparteiliche Angelegenheiten; 2. Fragen der XVI. Unionsparteikonferenz; 3. über die Parteidereinigung. Das Plenum billigte die in der gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK am 9. Februar 1929 angenommene Resolution über innerparteiliche Angelegenheiten und verurteilte in einer besonderen Resolution die rechtsopportunistische Tätigkeit Bucharins, Rykows und Tomskis. Das Plenum billigte die vom Politbüro eingebrachten Thesen über den Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft, über die Wege zur Hebung der Landwirtschaft und über Steuererleichterungen für den Mittelbauern, über die Ergebnisse und die nächsten Aufgaben des Kampfes gegen den Bürokratismus und beschloss, diese Thesen der XVI. Unionsparteikonferenz vorzulegen. Das Plenum beschloss ferner, die im Wesentlichen gebilligten Thesen über die Parteidereinigung und die Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten der KPdSU(B) der XVI. Parteikonferenz vorzulegen. J. W. Stalin hielt in der Sitzung des Plenums am 22. April die Rede „Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B)“. (Die Resolutionen des Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU(B) siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 311-323, russ.)
2. Gemeint ist die Schädlingssarbeit der konterrevolutionären Organisation bürgerlicher Spezialisten, die in den Jahren 1923 bis 1928 in Schachtybezirk und in anderen Bezirken des Donezbeckens ihr Unwesen trieb.
3. Der VI. Kongress der Komintern tagte in Moskau vom 17. Juli bis zum 1. September 1928. Der Kongress erörterte den Rechenschaftsbericht des Exekutivkomitees der Komintern, die Rechenschaftsberichte des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale und der Internationalen Kontrollkommission, Maßnahmen des Kampfes gegen die Gefahr imperialistischer Kriege, das Programm der Kommunistischen Internationale, die Frage der revolutionären Bewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, die Wirtschaftslage in der UdSSR und die Lage in der KPdSU(B) und bestätigte das Statut der Komintern. In seinen Beschlüssen wies der Kongress auf das Anwachsen der inneren Gegensätze des Kapitalismus hin, deren unvermeidliche Folge die Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung und eine heftige Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist. Der Kongress legte die Aufgaben der Kommunistischen Internationale fest, die sich aus den neuen Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse ergaben, er mobilisierte die kommunistischen Parteien zum verstärkten Kampf gegen die rechte Abweichung als die Hauptgefahr und gegen das Versöhnertum ihr gegenüber. Der Kongress hob die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR hervor sowie ihre Bedeutung für die Festigung der revolutionären Positionen des internationalen Proletariats und rief die Werktätigen der ganzen Welt zur Verteidigung der Sowjetunion auf. J. W. Stalin nahm an der Arbeit des Kongresses führenden Anteil, er wurde in das Präsidium des Kongresses, in die Programmkommission und in die politische Kommission gewählt, die mit der Ausarbeitung der Thesen über die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale beauftragt wurde.
4. Gemeint ist das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B), das unter Teilnahme von Mitgliedern der Zentralen Kontrollkommission und der Zentralen Revisionskommission vom 16. bis zum 24. November 1928 tagte.
5. Kathedersozialismus - eine Richtung der bürgerlichen Ideologie, hauptsächlich der bürgerlichen politischen Ökonomie, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in

Deutschland entstand und später in England, Amerika und Frankreich weite Verbreitung fand. Die Vertreter dieser Richtung, bürgerlich-liberale Professoren, führten von den Kathedern der Universität herab (daher die Bezeichnung „Kathedersozialismus“) den Kampf gegen den Marxismus und die sich entfaltende revolutionäre Arbeiterbewegung, vertuschten die Widersprüche des Kapitalismus und predigten Klassenversöhnung. Die Kathedersozialisten leugneten den Klassencharakter des bürgerlichen Staates, leugneten, dass er ein Ausbeuterstaat ist, und behaupteten, er sei angeblich fähig, den Kapitalismus mittels sozialer Reformen zu vervollkommen. Engels schrieb über die deutschen Kathedersozialisten: „Unsere Katheder-Sozialisten sind theoretisch nie mehr gewesen als leicht philanthropische Vulgärökonomien, und jetzt sind sie auf dem Niveau bloßer Apologeten des Bismarckschen Staatssozialismus angelangt.“ (K. Marx und F. Engels, „Werke“, Bd. XXVII, S.499 [deutsch in „Ausgewählte Briefe“, S. 465].) In Rußland wurden die bürgerlich-liberalen reformistischen Ideen der Kathedersozialisten von den legalen Marxisten gepredigt. Die russischen Menschewiki, die opportunistischen Parteien der II. Internationale und die heutigen Rechtssozialisten, die die Arbeiterbewegung den Interessen der Bourgeoisie unterzuordnen suchen und die das friedliche, allmähliche Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus predigen, sind ebenfalls zum Kathedersozialismus hinab gesunken.

6. Gemeint ist das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B), das vom 4. bis zum 12. Juli 1928 tagte.
7. „Jugend-Internationale“ - Zeitschrift, Organ der internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen, das von September 1915 bis Mai 1918 in Zürich erschien. Von 1919 bis 1941 wurde die Zeitschrift als Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale herausgegeben.
8. Siehe Lenin-Sammelband XIV, S. 250-259 (russ.).
9. „Sbornik Sozialdemokrata“ (Sammelband des Sozialdemokraten) wurde vom ZK der SDAPR im Jahre 1916 unter unmittelbarer Leitung W.I. Lenins herausgegeben. Es erschienen zwei Nummern: im Oktober und im Dezember 1916.
10. In der Periode des Brester Friedens (1918) eröffneten Bucharin und die von ihm geleitete Gruppe „linker“ Kommunisten zusammen mit Trotzki innerhalb der Partei einen wütenden Kampf gegen Lenin und forderten die Fortführung des Krieges mit dem Ziel, die junge Sowjetrepublik, die noch keine Armee hatte, den Schlägen des deutschen Imperialismus auszusetzen. Im Jahre 1938 wurde im Prozess gegen den antisowjetischen „Block der Rechten und Trotzkiisten“ festgestellt, dass Bucharin und die von ihm geleitete Gruppe „linker“ Kommunisten zusammen mit Trotzki und den linken Sozialrevolutionären eine geheime konterrevolutionäre Verschwörung gegen die Sowjetregierung angezettelt und sich das Ziel gesetzt hatten, den Brester Friedensvertrag zu vereiteln, W.I. Lenin, J. W. Stalin, J.M. Swerdlow zu verhaften, sie zu ermorden und eine Regierung aus Bucharinleuten, Trotzkiisten und linken Sozialrevolutionären zu bilden.
11. Gemeint ist der Wirtschaftsrat beim Rat der Volkskommissare der RSFSR.
12. Die XVI. Konferenz der KPdSU(B) tagte vom 23. bis zum 29. April 1929 in Moskau. Die Konferenz behandelte folgende Fragen: der Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft, über die Wege zur Hebung der Landwirtschaft und über Steuererleichterungen für den Mittelbauern, über die Ergebnisse und die nächsten Aufgaben des Kampfes gegen den Bürokratismus, über die Parteireinigung und die Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten der KPdSU(B). Die Hauptfrage der Konferenz war der erste Fünfjahrplan. Die Konferenz lehnte die von den rechten Kapitulanten verteidigte „minimale“ Variante des Fünfjahrplans ab und nahm die „optimale“ Variante als unter allen Umständen verbindlich an. Die Konferenz

verurteilte die rechte Abweichung als Ausdruck der völligen Abkehr von der Leninschen Politik der Partei, als direkten Übergang auf die Position des Kulakentums und rief die Partei auf, der rechten Abweichung als der Hauptgefahr in dieser Periode sowie den versöhnlerischen Stimmungen gegenüber den Abweichungen von der Leninschen Linie eine vernichtende Abfuhr zu erteilen. Die Konferenz nahm den informatorischen Bericht W. M. Molotows über das Aprilplenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) und über die auf diesem Plenum von J. W. Stalin gehaltene Rede „Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B)“ (siehe den vorliegenden Band) entgegen und nahm einstimmig die Resolution „Über innerparteiliche Angelegenheiten“ an. Die Konferenz beschloss einen Aufruf an alle Arbeiter und werktätigen Bauern der Sowjetunion zur Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs. (Die Resolutionen der XVI. Konferenz siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 324-358, russ.)

13. W. I. Lenin, „Wie soll man den Wettbewerb organisieren?“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 26, S. 367, 368 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 289, 290]).
14. Die Besondere Fernöstliche Armee wurde im August 1929 zur Zeit des von chinesischen konterrevolutionären Generalen und den japanischen Imperialisten provozierten Konflikts an der Ostchinabahn gegründet. „Tretyoga“ (Alarm) - Organ der Politischen Verwaltung der Besonderen Fernöstlichen Armee, das seit dem Jahre 1929 erscheint.
15. „Komsomolskaja Prawda“ - Tageszeitung, Organ des Zentralkomitees und des Moskauer Komitees des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands der Sowjetunion; erscheint seit dem 24. Mai 1925. Der Artikel „Abriss zur Einführung in den Leninismus“ wurde in Nr.282 der „Komsomolskaja Prawda“ vom 7. Dezember 1929 veröffentlicht.
16. Die Unionskonferenz marxistischer Agrarwissenschaftler, die von der Kommunistischen Akademie beim ZEK der UdSSR einberufen worden war, tagte vom 20. bis zum 27. Dezember 1929. An der Konferenz nahmen Vertreter von wissenschaftlichen Forschungsinstituten, von landwirtschaftlichen Hochschulen und Wirtschaftshochschulen, von Zeitschriften- und Zeitungsredaktionen teil. Insgesamt waren 302 Delegierte anwesend. J. W. Stalin hielt auf der Abschlussplenarsitzung der Konferenz am 27. Dezember die Rede „Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR“.
17. Siehe Lenin-Sammelband XI, S. 368 (russ.).
18. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 5.718 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S.672].
19. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 483 (russ.).
20. F. Engels, „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“, 1922, S. 66 (siehe ferner K. Marx und F. Engels, „Werke“, Bd. XVI, Teil II, 1936, S. 456 [deutsch in „Ausgewählte Schriften“ in zwei Bänden, Bd. 11, S. 408]).
21. Siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 11, S. 81-97 [deutsche Ausgabe S. 72 bis 86].
22. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 211-215 (russ.).
23. „Sa Rubesbom“ (Im Ausland) - Zeitschrift; erschien seit 1930 unter der Redaktion M. Gorkis. Von 1932 bis 1938 erschien die Zeitschrift in Zeitungsformat.
24. „Krasnaja Swesda“ (Der Rote Stern) - militärpolitische Tageszeitung; erscheint seit Januar 1924. Seit März 1946 ist sie das Zentralorgan des Ministeriums der Streitkräfte der UdSSR.
25. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S.47-53 (russ.).

26. Die Resolution der XVI. Konferenz der KPdSU(B) „Über die Wege zur Hebung der Landwirtschaft und über Steuererleichterungen für den Mittelbauern“ siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 329-338 (russ.).
27. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 247-259 (russ.).
28. Die Resolution des XV. Parteitags der KPdSU(B) „Über die Direktiven zur Ausarbeitung eines Fünfjahrplans der Volkswirtschaft“ siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 234-247 (russ.).
29. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 222-227 (russ.).
30. Swerdlower - Studenten der Kommunistischen J. M. Swerdlow-Universität.
31. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 32, S. 430/431 (russ.).
32. W. I. Lenin, „Wertvolle Geständnisse Pitirim Sorokins“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd.28, S.171, russ.).
33. „Rubinismus“ und „Mechanizismus“ - antimarxistische, revisionistische Richtungen in der politischen Ökonomie. Der Menschewik Rubin revidierte Marx' Lehre vom idealistischen bürgerlichen Standpunkt aus, beraubte den Marxismus seines revolutionären Inhalts, lenkte die Aufmerksamkeit der Ökonomen nach Schädlingsart vom Studium der Fragen der Sowjetökonomie ab und führte sie auf das Gebiet scholastischer Streitereien und Abstraktionen. Der „Mechanizismus“ ist eine Entstellung des Marxismus auf dem Gebiet der Philosophie und der politischen Ökonomie vom vulgär-mechanistischen Standpunkt aus, die auf eine Leugnung der materialistischen Dialektik und ihre Ersetzung durch die bürgerliche Gleichgewichtstheorie hinauslief. Einer der Hauptvertreter des Mechanizismus war der Ideologe der rechten Abweichler, Bucharin. In der politischen Ökonomie leugneten die Mechanisten die inneren Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft, den historisch vergänglichen Charakter ihrer Entwicklungsgesetze und übertrugen die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus auf die sozialistische Sowjetgesellschaft.
34. Der erwähnte Beschluss des Zentralkomitees der KPdSU(B) wurde in Nr.73 der „Prawda“ vom 15. März 1930 veröffentlicht. (Siehe auch „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S.8131814, russ.)
35. Den Beschluss des ZK der KPdSU(B) vom 5. Januar 1930 „Über das Tempo der Kollektivierung und die Hilfsmaßnahmen des Staates für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau“ siehe auch in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 389-391 (russ.).
36. Der XVI. Parteitag der KPdSU(B) tagte in Moskau vom 26. Juni bis zum 13. Juli 1930. Der Parteitag erörterte den politischen und den organisatorischen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Partei; die Rechenschaftsberichte der Zentralen Revisionskommission, der ZKK, der Delegation der KPdSU(B) im Exekutivkomitee der Komintern und folgende Referate: über die Erfüllung des Fünfjahrplans der Industrie; über die Kollektivwirtschaftsbewegung und den Aufstieg der Landwirtschaft; über die Aufgaben der Gewerkschaften in der Rekonstruktionsperiode. Der Parteitag billigte einstimmig die politische Linie und die Tätigkeit des Zentralkomitees der Partei und gab dem ZK die Anweisung, auch in Zukunft ein bolschewistisches Tempo des sozialistischen Aufbaus zu sichern, die Erfüllung des Fünfjahrplans in vier Jahren zu erreichen und die voll entfaltete sozialistische Offensive an der ganzen Front sowie die Liquidierung des Kulakentums



als Klasse auf Basis der durchgängigen Kollektivierung unentwegt durchzuführen. Der Parteitag stellte fest, dass der Umschwung in der Entwicklung der Landwirtschaft, durch den die Kollektivbauernschaft zur wirklichen und festen Stütze der Sowjetmacht wurde, von weltgeschichtlicher Bedeutung ist. Der Parteitag beauftragte das Zentralkomitee der Partei, auch fernerhin eine feste Friedenspolitik zu betreiben und die Verteidigungskraft der UdSSR zu stärken. Der Parteitag gab Weisung, die Schwerindustrie mit allen Mitteln zu entfalten und eine neue, starke Kohlen- und Hüttenbasis im Osten des Landes zu schaffen; die Arbeit aller Massenorganisationen umzustellen und die Rolle der Gewerkschaften beim sozialistischen Aufbau zu verstärken; alle Arbeiter und die übrigen werktätigen Massen in den sozialistischen Wettbewerb einzubeziehen. Der Parteitag entlarvte vollends den Rechtsopportunisten als Agentur des Kulakentums innerhalb der Partei und erklärte die Anschauungen der rechten Opposition für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur KPdSU(B). Der Parteitag wies die Parteioorganisationen an, den Kampf gegen die Abweichungen in der nationalen Frage - den großrussischen Chauvinismus und den lokalen Nationalismus - zu verstärken und die Leninsche nationale Politik unentwegt durchzuführen, die den Völkern der UdSSR eine großzügige Entwicklung ihrer der Form nach nationalen, dem Inhalt nach sozialistischen Kulturen sichert. Der XVI. Parteitag ist in die Geschichte der Partei eingegangen als der Parteitag der voll entfaltetten Offensive des Sozialismus an der ganzen Front, der Liquidierung des Kulakentums als Klasse und der Verwirklichung der durchgängigen Kollektivierung. J. W. Stalin erstattete dem Parteitag am 27. Juni den politischen Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU(B) und hielt am 2. Juli das Schlusswort. (Über den XVI. Parteitag der KPdSU(B) siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S.296 bis 298 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 386-389]. Die Beschlüsse des Parteitags siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teint 1941, S. 394-436, russ.)

37. Federal Reserve System - eine 1913 gegründete Bankorganisation der USA. Die zwölf föderalen Reservebanken, die in den wichtigsten Zentren des Landes gebildet wurden, vereinigen und kontrollieren die gesamte Tätigkeit der USA-Banken und sind ein Werkzeug des Monopolkapitals. Geleitet wird das Federal Reserve System von dem Federal Reserve Board (das 1933 in Board of Governors of the FRS umbenannt wurde). Diese Körperschaft wird vom Präsidenten der USA ernannt und befindet sich restlos in den Händen der Finanzmagnaten. Die bürgerlichen Ökonomen, die sich als Apologeten des amerikanischen Kapitalismus betätigen, sowie die Finanz- und Regierungskreise der USA sahen im Federal Reserve System ein Mittel, die Wirtschaft des Landes vor Krisen zu sichern. Die Versuche des Präsidenten Hoover, mit Hilfe des Federal Reserve System die 1929 ausgebrochene Krise zu bekämpfen, endeten mit einem völligen Fiasko.
38. Der Youngplan, der Deutschlands Reparationszahlungen regeln sollte, trägt den Namen seines Urhebers - des amerikanischen Bankiers Young. Dieser Plan wurde am 7. Juni 1929 durch einen Sachverständigenausschuss von Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Belgiens, der USA und Deutschlands angenommen und auf der Haager Konferenz am 20. Januar 1930 endgültig bestätigt. Der Plan setzte die Gesamtsumme der deutschen Reparationszahlungen auf 113,9 Milliarden Mark (in ausländischer Währung) fest, die im Laufe von 59 Jahren geleistet werden sollten. Alle Reparationsverrechnungen sollten von der Bank für internationalen Zahlungsausgleich besorgt werden, in der die USA die Vorherrschaft hatten. Die Gründung der Bank war einer der zentralen Punkte des Youngplans und bot dem amerikanischen Monopolkapital ein Mittel der Kontrolle über den Handel und Geldverkehr der europäischen Staaten. Laut Youngplan wurde die deutsche Industrie

von der Beteiligung an den Reparationsleistungen ausgenommen, die ganze Last der Zahlungen wurde den Werk-tätigen aufgebürdet. Der Youngplan schuf die Bedingungen für eine raschere Wiederherstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials Deutschlands, wofür sich die amerikanischen Imperialisten ins Zeug legten, um eine Aggression gegen die UdSSR entfalten zu können.

39. Gemeint sind die Verträge und Abkommen, geschlossen von den imperialistischen Staaten auf der Konferenz in Locarno (Schweiz), die vom 5. bis zum 16. Oktober 1925 tagte. Die Locarnoabkommen, die eine Konsolidierung der durch den Versailler Vertrag hergestellten Nachkriegsordnung in Europa anstrebten, führten zu einer noch größeren Zuspitzung der Gegensätze zwischen den wichtigsten imperialistischen Ländern und zur Vorbereitung neuer Kriege. (über die Locarnokonferenz siehe J. W. Stalin, „Werke“, Band 7, S. 271-277 [deutsche Ausgabe S. 236-241].)
40. Die Demonstrationen und Proteststreiks gegen die Kriegsbrandstifter am 1. August 1929 (dem 15. Jahrestag des Beginns des ersten imperialistischen Weltkriegs) und die Protestdemonstrationen vom 6. März 1930 gegen die rasch ansteigende Arbeitslosigkeit (im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise von 1929) erfassten viele Städte und Industriezentren Frankreichs, Deutschlands, Englands, der USA, Polens und anderer Länder Europas und Amerikas. Die Protestbewegung stand restlos unter der Führung der kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale.
41. „Paneuropa“ - ein geplanter Block der europäischen Staaten gegen die Sowjetunion, der von dem französischen Außenminister Briand im Mai 1930 angeregt wurde. Das in einem „Föderalverband“ vereinigte Europa sollte diesem Plan zufolge eine einheitliche Antisowjetfront bilden, und das Vollzugsorgan des „Föderalverbandes“ - das „Europäische Komitee“ - sollte den Stab abgeben für die Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR. Außerdem machte der Briand-Plan es sich zur Aufgabe, die Hegemonie Frankreichs in Kontinentaleuropa herzustellen, und deswegen stieß er in England, Italien und den USA auf Widerstand. Infolge der Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten fand das „Paneuropa“-Projekt keine Verwirklichung.
42. Gemeint ist der Kriegsächtungspakt, der am 27. August 1928 von den USA, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Polen, Italien, Japan, der Tschechoslowakei, Belgien und den britischen Dominions in Paris unterzeichnet wurde. Die UdSSR war zu den Verhandlungen über den Abschluss des Kellogg-Paktes nicht eingeladen worden, da man das Ziel verfolgte, die UdSSR aus der Zahl der Länder auszuschließen, auf die sich die im Pakt vorgesehene Ächtung des Krieges als eines Mittels der nationalen Politik erstreckte. Unter dem Deckmantel demagogischer Phrasen über „allgemeinen Frieden“ gedachten die Initiatoren des Vertrags (Frankreich, die USA, England), ihn zu einem Werkzeug der Isolierung der UdSSR und des Kampfes gegen sie zu machen. Die wahren Ziele des Paktes wurden von der Regierung der UdSSR in ihrer Erklärung vom 5. August 1928 entlarvt. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung mussten die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs die UdSSR einladen, den Pakt gleichfalls zu unterzeichnen. Die Sowjetregierung schloss sich dem Kellogg-Pakt an, sie ratifizierte ihn als eine der ersten Regierungen und schlug den Nachbarstaaten vor, ein Abkommen abzuschließen, durch das die Verpflichtungen des Paktes unverzüglich in Kraft gesetzt werden sollten. Am 9. Februar 1929 wurde ein solches Abkommen von der UdSSR, Polen, Rumänien, Estland und Lettland in Moskau unterzeichnet; dem Abkommen schlossen sich später auch die Türkei und Litauen an.
43. „Lena-Goldfields“ - englische Aktiengesellschaft, die in den Jahren 1925 bis 1930 in der UdSSR eine Konzession zur Erschließung und Förderung von Gold, Kupfer, Eisen und anderen Metallen in Sibirien besaß. Gemäß den Bedingungen des

Konzessionsvertrages war die Gesellschaft „Lena-Goldfields“ verpflichtet, neue Bergbaubetriebe anzulegen und die ihr verpachteten Betriebe und Goldfelder zu rekonstruieren. Da die Aktiengesellschaft ihren Verpflichtungen nicht nachkam und die ihr als Konzession überlassenen Betriebe, Goldfelder und anderen Anlagen verfallen ließ, annullierte die Sowjetregierung die Konzession und ließ die Mitarbeiter der Gesellschaft, die sich mit Spionage und Schädlingsarbeit in der UdSSR befassten, gerichtlich zur Verantwortung ziehen.

44. Der V. Sowjetkongress der UdSSR tagte vom 20. bis zum 28. Mai 1929 in Moskau und behandelte folgende Fragen: den Bericht der Regierung der UdSSR; den Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR; die Hebung der Landwirtschaft und den Genossenschaftsaufbau auf dem Lande. Die zentrale Frage des Kongresses war die Erörterung und Annahme des ersten Stalinschen Fünfjahrplans. Der Kongress billigte den Bericht der Regierung der UdSSR, er bestätigte den Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft, er wies die Wege zur Hebung der Landwirtschaft und zum Aufbau der Genossenschaften auf dem Lande und wählte ein neues Zentralexekutivkomitee der UdSSR.
45. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S.251 (russ.).
46. „J. Stalin, Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XV. Parteitag der KPdSU(B) (siehe „Werke“, Bd. 10, S. 305/306 [deutsche Ausgabe S. 265]).
47. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 278/279 (russ.).
48. Das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B), das vom 10. bis zum 17. November 1929 tagte, behandelte folgende Fragen: die Kontrollzahlen der Volkswirtschaft für das Jahr 1929/30; die Ergebnisse und die weiteren Aufgaben des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus; die Landwirtschaft der Ukraine und die Arbeit auf dem Lande; die Schaffung eines Volkskommissariats für Landwirtschaft der UdSSR; die Erfüllung der vom Juliplenium des ZK (1928) gefassten Beschlüsse über die Ausbildung technischer Kader. Das Plenum erklärte die Propagierung der Anschauungen des rechten Opportunismus und des Versöhnertums ihm gegenüber für unvereinbar mit dem Verbleiben in der KPdSU(B) und fasste den Beschluss, Bucharin als den Anführer und Leiter der rechten Kapitulanten aus dem Politbüro des ZK der KPdSU(B) auszuschließen. Das Plenum stellte fest, dass die Sowjetunion in die Phase der entfaltetten sozialistischen Umgestaltung des Dorfes und des Aufbaus einer im großen betriebenen sozialistischen Landwirtschaft eingetreten ist, und entwarf eine Anzahl konkreter Maßnahmen, die geeignet waren, die Kollektivwirtschaften zu festigen und die Kollektivwirtschaftsbewegung breit zu entfalten. (Die Resolutionen des Plenums siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 359-388, russ.)
49. Gemeint ist der in Nr. 128 der „Prawda“ vom 3. Juni 1928 veröffentlichte Aufruf des ZK der KPdSU(B) „An alle Parteimitglieder, an alle Arbeiter“, die Selbstkritik zu entfalten. (Siehe auch „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 807-809, russ.)
50. Der vom ZK und von der ZKK der KPdSU(B) gefasste Beschluss „über das Aufrücken von Arbeitern in den Sowjetapparat und über die Kontrolle des Sowjetapparats durch die Arbeitermassen von unten (über die Patenschaft der Betriebe)“ wurde in Nr. 74 der „Prawda“ vom 16. März 1930 veröffentlicht.
51. Gemeint ist der vom Zentralkomitee der KPdSU(B) am 15. Mai 1930 gefasste Beschluss „über die Arbeit des Uralmetall“ (eines Trustes, der das Eisenhüttenwesen des Urals zusammenfasste), veröffentlicht in Nr. 135 der „Prawda“ vom 18. Mai 1930.

52. Der Beschluss des ZK der KPdSU(B) „über die Abschaffung der Kreise“ wurde in Nr. 194 der „Prawda“ vom 16. Juli 1930 veröffentlicht.
53. W. I. Lenin, Brief an W. M. Molotow über den Plan des politischen Referats auf dem XI. Parteitag (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 223/224, russ.).
54. W. I. Lenin, „Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 33, S.444 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. 1I, S. 1004]).
55. Der VIII. Sowjetkongress der RSFSR tagte vom 22. bis zum 29. Dezember 1920. Eine der Hauptfragen des Kongresses war der von der Staatlichen Kommission für die Elektrifizierung Rußlands (GOELRO) vorbereitete Plan für die Elektrifizierung des Landes. In seinem Beschluss bezeichnete der Kongress den Elektrifizierungsplan „als ersten Schritt eines großen wirtschaftlichen Beginns“. J. W. Stalin schrieb in einem Brief an W. I. Lenin vom März 1921 über den Plan der Elektrifizierung Rußlands: „In den letzten 3 Tagen hatte ich die Möglichkeit, das Sammelwerk ‚Plan der Elektrifizierung Rußlands‘ durchzulesen... Ein ausgezeichnetes, gut zusammengestelltes Buch. Ein meisterhafter Entwurf für einen wirklich einheitlichen und wirklich staatlichen Wirtschaftsplan ohne Anführungszeichen. Der in unserer Zeit einzige marxistische Versuch, den sowjetischen Überbau des wirtschaftlich rückständigen Rußlands durch eine wirklich reale und unter den heutigen Verhältnissen einzig mögliche technische Produktionsbasis zu untermauern.“ (Siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 5, S. 50 [deutsche Ausgabe S. 43].)
56. Gemeint ist die am 18. Mai 1925 in einer Studentenversammlung der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens gehaltene Rede „Über die politischen Aufgaben der Universität der Völker des Ostens“. (Siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 7, S. 138-140 [deutsche Ausgabe S. 119-121].)
57. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 1941, S. 385 (russ.).

ENDE BAND 12